

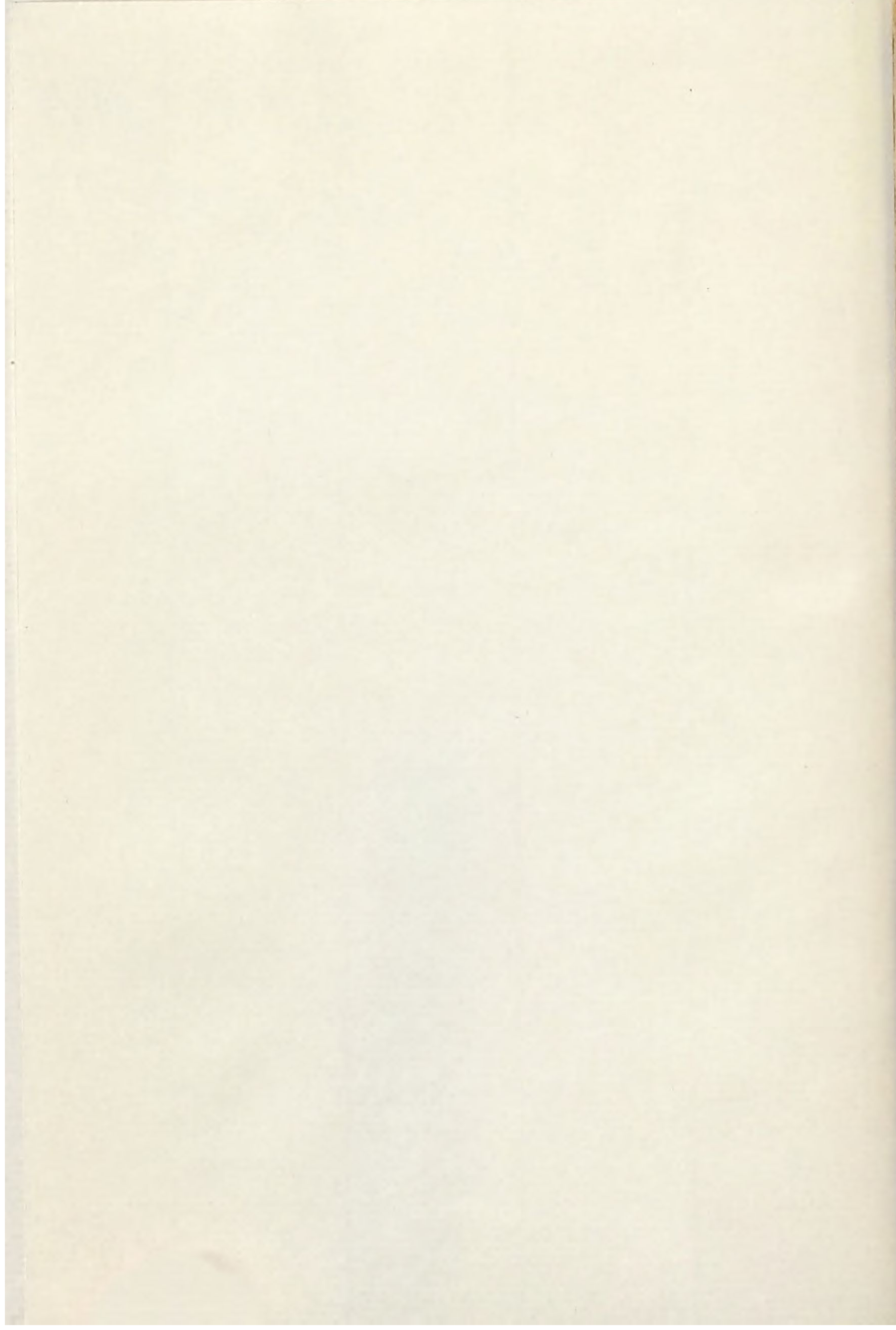
Cam.

124

d

Cam. 121 d

S→



Cam.

121

d

Die

Gemeindefinanzen

von

Berlin und Paris.

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

der

hohen philosophischen Fakultät der vereinigten Friedrichs-Universität

vorgelegt

von

Leo S. Rowe

aus Philadelphia (Vereinigte Staaten Nord-Amerika).

Halle a/S.

1893.

B

+

Cam 121 d

<36614242860010



<36614242860010

Bayer. Staatsbibliothek



V i t a.

Natus sum Leo Rowe. Idibus Septembribus a. h. s. LXXI in oppido Americae cui nomen est Mc. Gregor (Iowa, U. S. A.).

Primis literarum elementis in gymnasio Philadelphiae imbutus cum testimonium maturitatis adeptus essem adii universitatem Pennsylvaniensem (Wharton School) ut studiis operam darem historicis et politico-oeconomicis, ibique scholis interfui per tres annos vir. ill. atque doct. James, Patten, Falkner, Mc. Master, Thompson.

Deinde ad Germaniam me contuli ubi anno MDCCCXC numero civium universitatis Fridericae Hallensis legitime adscriptus sum ibique per sex menses studio philosophiae me dedidi. Magistri mihi fuerunt Conrad, Droysen, Friedberg, Haym, Loening.

Postea universitatem Parisiensem adii ubi litteris incubui per duo semestria vir. ill. atque doct. Leroy-Beaulieu, Levasseur, Stourm, Cheysson, Mox, Flach, Himly, Faguet, Luchaire, Deschanel. Anno MDCCCXCI ad universitatem Berolinensem me contuli ubi me docuerunt per duo semestria Ebbinghaus, de Gneist, Paulsen, Schmidt, Schmoller, de Treitschke, Wagner.

Quibus viris omnibus de me meritis gratias ago quam maximas, imprimis autem praeceptoribus doctissimis et carissimis, Conrad, James et Patten propter summam in me humanitatem et amicissima consilia.

Vita.

Natus sum Iulio Bore, filius Augustinus et Mariae, die 17. Julii 1871 in oppido Americano cui nomen est Mc. Gregory (Iowa, U. S. A.).

Primo in domo patris in oppido Philadelphico (Penn.) cum testimonio matris et aliorum virorum et mulierum in

et philosophico-economicis, ibidem etiam in domo patris et

III. anno doct. Iulius Bore, filius Iulii Bore et Mariae, die 17. Julii 1871 in

domo ad Germaniam meam etiam in oppido Philadelphico (Penn.) cum

etiam universitatis Philadelphicae (Penn.) in domo patris et

ibidem per sex annos etiam philosophiae meae etiam in domo patris

etiam in domo patris, ibidem etiam in domo patris

Postea universitatem Parisiensem anni 1891 in domo patris per

duo semestria viri III. anno doct. Iulius Bore, filius Iulii Bore et Mariae, die 17. Julii 1871 in

etiam in domo patris, ibidem etiam in domo patris

etiam in domo patris et universitatem Parisiensem meam etiam in domo patris

etiam per duo semestria Philadelphicae etiam in domo patris

Schmoller, de Philologia, Witten.

Quibus viris omnibus de me patris gratias ago quam maximas

imprimis autem praecipue de doctissimo et carissimo, Constante

Iulio et Iulio proprio munere in me sustinente et amantissimo

consilio

Dem Andenken

meiner geliebten Mutter.

Vorwort.

Es kann nicht unsere Aufgabe sein, in dieser kurzen Abhandlung eine irgendwie erschöpfende Behandlung des Finanzwesens der beiden in Betracht kommenden Städte zu geben. Von den schwierigen Problemen der amerikanischen Städte-Verwaltung wurde der Verfasser ganz natürlich zu den europäischen Verhältnissen geführt, um hier nach gewissen Andeutungen zu suchen, welche eine richtige Beurteilung der amerikanischen Aufgaben erleichtern würden; denn es liegt aufser allem Zweifel, daß die Frage der zweckmäßigen Verwaltung der Großstädte für die Zukunft der Vereinigten Staaten von großer Tragweite ist. Bis vor kurzem waren diese Probleme in den Hintergrund gedrängt worden: einmal durch die Fragen der Staatspolitik, dann vor allem durch die Fragen der Bundespolitik. Es ist überhaupt ein charakteristischer Zug des amerikanischen öffentlichen Lebens, daß die große Masse der Bürger sich beinahe ausschließlich um Bundespolitik bekümmert, während die Staats- und vor allem die Gemeindepolitik als von geringerer Bedeutung erachtet werden.

Leicht ersichtlich ist, daß ein solcher Zustand den „professional Politicians“ der schlimmsten Art, den Weg zur Herrschaft ebnete. Dies ist ihnen auch meistens gelungen, so daß solche Städte wie New-York, Chicago und Philadelphia (in geringerem Grade) unter den allerschwersten finanziellen Nachteilen zu leiden haben. Die Mifsstände werden noch verschlimmert durch Nachlässigkeiten der Verwaltung. So stehen z. B. Strafsenbau und Reinigung sehr oft in großem Kontrast zu manchen europäischen Städten. Ohne sich irgendwie der Illusion hinzugeben, daß die Erfahrungen von Berlin und Paris direkter Anwendung auf die amerikanischen Zustände fähig wären, hat der Verfasser geglaubt, in der historischen Entwicklung sowohl als in der gegenwärtigen Gestaltung der Stadtverwaltungen gewisse staatsrechtliche und

finanzielle Prinzipien zu erkennen, die wohl geeignet sind, selbst für die eigenartigen amerikanischen Verhältnisse Fingerzeige zu geben. Die modernen Großstädte sind eigenartige sociale Gebilde, die auch in den verschiedensten Kulturländern viele gemeinsame Züge aufweisen. Sie haben alle Probleme derselben Art zu lösen, sie haben sich vielfach in gleicher Weise entwickelt.

Was den Plan dieser Abhandlung anlangt, so hat der Verfasser es für nötig gehalten, ein einleitendes Kapitel über die verwaltungsrechtlichen Grundlagen der preussischen Gemeinden zu geben, ohne deren Kenntnis ein richtiges Verständnis der Berliner Verwaltung gänzlich ausgeschlossen ist. Die Ausgaben und Ausgabearten sind nur eingeschaltet worden, um einen Anhaltspunkt für Vergleichen mit den Einnahmen zu gewähren. Der Verfasser hofft in einer späteren Abhandlung erstere eingehend zu erörtern. Das Hauptgewicht wurde auf die Einnahmen und Einnahmearten gelegt. Direkte Vergleiche zwischen den beiden Städten waren nur sehr selten durchzuführen. Der Verfasser hat es daher vorgezogen nur „Parallelismen“ auf den meisten Gebieten anzuwenden.

Um kurz zu resumieren: der Zweck der Abhandlung ist mehr, eine Übersicht der finanziellen Verhältnisse der beiden Städte, als eine Vergleichung ihrer Finanzen zu bieten.

Wir möchten die Arbeit nicht hinausgehen lassen, ohne der Männer zu gedenken, deren Mithilfe uns den Weg gebahnt, den Ausblick erweitert hat. Bei dem Suchen und Sammeln des Materials hat der Verfasser von seiten der Gemeindebeamten von Berlin und Paris weitgehende Förderung, bereitwillige Hilfe gefunden. Vor allem hat Herr Stadtsyndikus Eberty (Berlin) mit Rat und That uns zur Seite gestanden, so dass er gewissermaßen Pflégvater dieser Arbeit geworden ist. Wissenschaftliche Belehrung hat Herr Geheimerat Professor Dr. Conrad im reichsten Masse gespendet. Ihnen allen, dem hilfreichen Ratgeber, seinem verehrten Lehrer, sowie den Gemeindebeamten der beiden Städte seinen wärmsten Dank für die nie fehlende Liebenswürdigkeit abzustatten, möchte der Verfasser an dieser Stelle Ausdruck zu geben nicht versäumen.

„Last but not least“ wollen wir Herrn stud. Philipp Stein (Frankfurt a/M.) dankend erwähnen für die gütige und sorgfältige Durchsicht dieser Arbeit.

Berlin, Herbst 1892.

Der Verfasser.

Die statistischen Daten in dieser Arbeit sind aus folgenden Quellen entnommen.

Für Berlin:

Dunkersche Verwaltungsberichte 1860—1888.

Magistrats-Verwaltungsberichte 1888/89—1891/92.

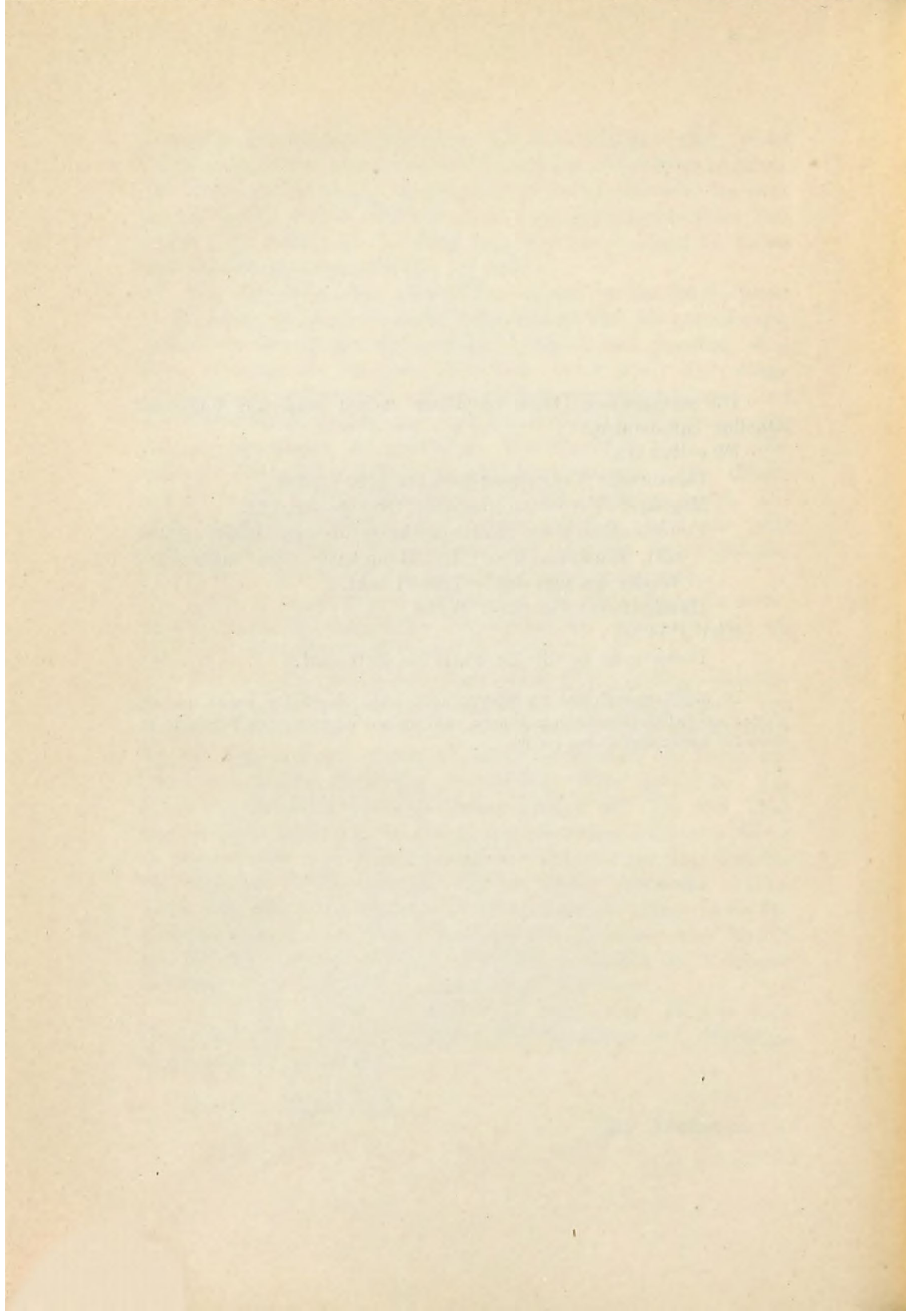
Finalabschlüsse der Stadthauptkasse bis zum Jahre 1890/91
inkl. Finalabschlüsse der Hauptkasse der städtischen
Werke bis zum Jahre 1890/91 inkl.

Haushaltsetat der Stadt Berlin.

Für Paris:

Budgets de la ville de Paris bis 1891 inkl.

Da die Finalabschlüsse für 1891/92 noch nicht alle fertig waren um alle Posten aus denselben nehmen zu können, mußten wir öfters zu den Voranschlags-etats für statistische Daten greifen.



Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Kapitel I. Verwaltungsrechtlicher Teil.	1
Einleitung. Entwicklung der Großstädte	1
Bevölkerung von Paris	4
Bevölkerung Berlins	5
Die Kommunen in Preußen	6
Die Städteordnung von 1808	8
Verwaltungsrechtliche Grundlage der preussischen Städte	9
Die Stadtverordnetenversammlung	12
Befugnisse des Magistrats	14
Das Ehrenamt in den Deutschen Städten und die Deputationen oder Verwaltungsausschüsse	16
Stellung der Deputationen im Stadtorganismus	18
Die Zuständigkeit der Stadtverordnetenversammlung	19
Verhältnis zwischen Magistrat und Stadtverordnetenversammlung	20
Der Bürgermeister	22
Die städtischen Beamten	22
Die Staatsaufsicht	23
Das Verhältnis der Stadt Berlin zum allgemeinen preussischen Stadtrecht	25
Ausnahmen in der Stellung der Stadt Berlin im Organismus des preu- ssischen Staates. Verhältnis zu den anderen Städten	30
Kapitel II. Aufgabenkreis der Kommunalverwaltung	33
Das Finanzrecht der Stadt Berlin	36
Das kommunale Budget	37
1. Budgetfeststellung	37
2. Die Kassenführung	38
3. Die Rechnungslegung	38
Kapitel III. Betrachtungen über die kommunalen Aufgaben und die damit verbundenen Ausgaben	41
Budget von Paris 1891	43
Budget von Berlin 1891/92	43

Wo nichts besonderes bemerkt ist, handeln die einzelnen Abschnitte sowohl von Paris als von Berlin.

	Seite
Kapital- und Schuldenverwaltung	44
Das Unterrichtswesen	45
Ausgaben der Armenverwaltung	48
Ausgaben für Armenpflege in Paris	50
Ausgaben für Straßenbeleuchtung, Besprengung und Reinigung	51
Die Straßenbeleuchtung von Paris	52
Die Straßenreinigung	54
Die Straßenbesprengung	57
Straßenreinigung und Besprengung in Paris	58
Die Ortspolizei in Berlin und Paris	61
Kosten der Polizeiverwaltung	66
Die Ortspolizeiverwaltung von Paris	67
Kosten des Feuerlösch- und Nachtwachtwesens	68
Kosten der Ortspolizeiverwaltung in Berlin und Paris im Jahre 1891 resp. 1891/92	71
Das Feuerlöschwesen in Paris	71
Kosten des Feuerlöschwesens in Berlin und Paris im Jahre 1891/92 bezw. 1891	72
Die Verwaltungskosten	74
Rekapitulation	77
Kapitel IV. Die Einnahmen	84
I. Privatwirtschaftliche Einnahmen	85
II. Die Einnahmen aus den städtischen Gewerbebetrieben	85
Gaswerke	86
Die städtischen Wasserwerke in Berlin	88
Einnahmen aus der Wasserversorgung in Paris	90
Märkte und Markthallen	93
Märkte und Markthallen in Paris	94
Die Einnahmen aus den Schlachthäusern und Viehmärkten	95
Der Vieh- und Schlachthof der Stadt Paris	98
Entwässerung und Abfuhranstalten	100
Die Kanalisationswerke der Stadt Paris	101
Schlussbemerkungen betreffend die Einnahmen aus dem städtischen Privatgewerbebetrieb	101
Kapitel V. Die gemeinwirtschaftlichen Einnahmen im städti- schen Haushalt	104
Die Gebühren im Gemeindehaushalt	104
Die Schulgelder	107
Einnahmen aus dem Unterrichtswesen in Paris	109
Beiträge der Adjacenten zu Straßenbau und Pflasterung	109
Gebührenartige Einnahmen aus der Straßenanlegung und Pflasterung in Paris	113
Die Gebühren für die öffentliche Gesundheitspflege in Berlin	114
Gebühren für die Veranlagung und Erhebung der Staatsklassensteuer	115
Beiträge für Straßenreinigung und Besprengung in Berlin	115
Die gebührenartigen Einnahmen aus dem Straßenreinigungswesen in Paris	116
Einnahmen aus dem Polizei- und Feuerlöschwesen	117

	Seite
Gebühren betreffend die Zivilstandsämter in Berlin	117
Die Standesämter in Paris	117
Die privatwirtschaftlichen und gebührenartigen Einnahmen von Berlin und Paris in ihrem Verhältnis zu den Gesamt-Einnahmen und den Steuern	120
Kapitel VI. Die gemeinwirtschaftlichen Einnahmen	121
b) Die Steuern	121
Die Steuern in dem Finanzwesen der Stadt Berlin	124
1. Die indirekte Besteuerung	124
Die Mahl-, Schlacht- und Braumalzsteuer	124
Mahlsteuer	124
Braumalzsteuer	125
Verhältnis der Einnahmen aus den Mahl-, Schlacht- und Braumalz- steuerzuschlägen zu den anderen Einnahmen der Stadt Berlin von 1830 bis 1891/92	126
Die direkte Besteuerung	127
I. Die Bürgerrechts-, Einzugs- und Hausstandsgelder	127
Die Haussteuer	129
Mietssteuer	129
Hundesteuer	133
Wanderlagersteuer	134
Die Gemeinde-Einkommensteuer	135
Klassensteuer	135
Entwicklung der Gemeindeeinkommensteuer der Stadt Berlin 1869 bis 1891/92	142
Verhältnis der Gemeindeeinkommensteuer zu den anderen wich- tigsten städtischen Steuern	142
Verhältnis zwischen Staats-, Klassen- und klassifizierten Einkommen- steuern und der Gemeindeeinkommensteuer	143
Die Steuern in dem Haushalte der Stadt Paris	143
Indirekte Steuer oder Oktroi	145
Die Tarifsätze	146
Oktroi-Tarifsätze von Paris	146
Die direkten Steuern	148
Grundsteuer	148
Personal- und Mobiliarsteuer	149
Thür- und Fenstersteuer	150
Die Gewerbesteuer	151
Die Zuschläge der Gemeinden	151
Zahl der Zuschlagscentimes an den Staat, Departement und Gemeinde Paris	153
Hundesteuer	154
Kapitel VII. Die Zuwendungen	155
„Lex Huene“	158
Zuwendungen an den Stadthaushalt von Paris	160
Kapitel VIII. Einnahmen aus erteilten Konzessionen und ver- schiedene kleinere Einnahmen	162

	Seite
Die Pferdebahngesellschaft	162
Die Anschlagssäulen	165
Die „Berliner Elektrizitätswerke“	166
Das Verhältnis der Stadt Paris zu den Gesellschaften des öffentlichen	
Verkehrswesens	167
Die Omnibuslinien	168
Die „Tramways“ oder Pferdebahnen	169
Der Droschken-Verkehr	170
Das öffentliche Anschlagwesen	172
Konzessionen an elektrische Gesellschaften	173
Einnahmen aus verschiedenen anderen Konzessionen	173
Einnahmen, die sich nicht unter die vorher erwähnte Kategorie ein-	
fügen lassen	175
Einnahmen aus der Armenverwaltung und öffentlichen Krankenpflege .	176
Die Einnahmen aus der Kapital- und Schuldenverwaltung	178
Verschiedene Einnahmen der Stadt Paris	179
Außerordentliche Einnahmen	180
Kapitel IX. Die außerordentlichen Einnahmen	182
Das städtische Schuldenwesen	182
Die noch nicht getilgten Anleihen der Stadt Berlin	190
Verwendung der Anleihen zu städtischen industriellen Unternehmungen	
bezw. städtischen Werken	191
Bemerkungen zu dieser Tabelle, die Gasanstalt betreffend	193
Die Wasserwerke betreffend	193
Die Schulden der Stadt Paris	195
Noch nicht getilgte Anleihen der Stadt Paris	201
Die von der Stadt zu bezahlenden Renten	201
Kapitel X. Allgemeine Ergebnisse der vorangehenden Ver-	
gleichungen	204
Verhältnis der direkten und indirekten Steuern und der Gebühren . .	226
Verhältnis zwischen Real- und Personalsteuern	226
Schlussbemerkung	230
Literatur-Verzeichnis	231

Da Berlin den Hauptgegenstand dieser Arbeit bildet, haben wir die Abschnitte den Pariser Haushalt betreffend, besonders gekennzeichnet. Die Übrigen nehmen Bezug auf die Berliner Verwaltung und Finanzen.

Nachtrag

über Ausgaben des Unterrichtswesens der Stadt Berlin Seite 47.

Seit dem Jahre 1869 hat die Stadt für den Bau von Schulen (Elementar- und höhere Schulen) 60 353 700 M. verausgabt.¹⁾

¹⁾ Diese 60 353 700 Mark sind wie folgt verausgabt worden (Bau incl. Terrain):

Gemeindeschulen	43 054 200 M.
Gymnasien	11 561 200 „
Höhere Mädchenschulen	2 868 600 „
Höhere Bürgerschulen	2 869 700 „

Kapitel I.

Verwaltungsrechtlicher Teil.

Einleitung.

Entwicklung der Großstädte.

In allen Ländern der civilisierten Welt, sei es diesseits, sei es jenseits des Atlantischen Ozeans, ist es eine der charakteristischsten Thatsachen, welche jede folgende Volkszählung in höherem Grade bestätigt, daß das Verhältnis zwischen der ländlichen und städtischen Bevölkerung ein wechselndes ist und zwar immer zu gunsten der letzteren. Es ist daher ganz natürlich, daß die öffentliche Meinung dieser Frage sich zugewendet hat und zwar in zwei Formen:

Einmal: Ist diese Zunahme der städtischen Bevölkerung eine wünschenswerte? Wenn nicht, wie soll man ihr entgegen treten? Hiermit stößt man auf die ganze Frage der Freizügigkeit und die damit verbundenen Schwierigkeiten.

Zweitens: Da wir mit den gegebenen Thatsachen zu rechnen haben — wie sollen die städtischen Verwaltungen gestaltet werden, so daß sie ihre Aufgaben am besten erfüllen?

Die zwei Gesichtspunkte, von denen diese Frage zu beleuchten ist, sind folgende: Was bietet die Verwaltung ihrer Bevölkerung, und was sind die Kosten derselben? Wie hoch sind die Lasten der Bürger, und wie sind diese Lasten verteilt?

Diese Tendenz der verhältnismäßig starken Vermehrung der großstädtischen Bevölkerung ist so allgemein bekannt, daß es über-

flüssig sein würde, mehr als einige frappante Thatsachen hervorzuheben.

Wenn man z. B. die Bevölkerung der deutschen Städte mit der des Reiches überhaupt vergleicht, so kommt man zu folgenden Ergebnissen: ¹⁾

Tab. I.

	Anteil an der Bevölkerung in Proz.		Zunahme zwischen 1867 u. 1885	
	1867	1885	absolut	Anteil
Großstädte (über 100 000)	6.8	9.5	1 716 148	25.4
Mittelstädte (20 000 bis 100 000)	6.8	8.9	1 464 108	21.6
Kleinstädte (5 bis 20 000)	10.8	12.9	1 713 316	25.3
Landstädte (2 bis 5000)	12.1	12.4	949 016	14.0
Landorte (unter 2000)	63.5	56.3	919 950	13.6
	100.00	100.00	6 762 538	99.9

Wenn man die Zunahmequotienten in pro Millen der Bevölkerung vergleicht, kommt dieser Unterschied in dem Wachstum der verschiedenen Kategorien von Kommunen noch klarer zum Vorschein. Die nachstehenden Zahlen sind aus dem Jahre 1885.

Tab. II. Zunahmequotienten pro Mille der Bevölkerung.

	1867/71	1871/75	1875/80	1880/85	1867/85
Großstädte (über 100 000 Einw.)	26.1	33.2	25.3	24.1	26.6
Mittelstädte (v. 20 bis 100 000 Einw.)	22.0	30.3	22.9	21.7	23.6
Kleinstädte (v. 5 bis 20 000 Einw.)	12.4	25.5	19.7	16.4	18.3
Landstädte (v. 2 bis 5000 Einw.)	6.4	12.4	12.4	8.4	7.9
Landorte (unter 2000 Einw.)	0.6	1.1	6.0	— 0.2	2.0
Deutsches Reich	5.9	10.0	11.4	7.0	8.6

Aus Tab. II ersieht man leicht, daß in dem Zeitraume von 1867/85 die Zunahme der städtischen Bevölkerung mehr als das dreifache der Zunahme des ganzen Reiches repräsentiert.

Daß diese Erscheinung in Deutschland erst in die ganz neueste Zeit fällt, ergibt sich daraus, daß vor 1861 es überhaupt wenige Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern gab. Ihre Zahl war sechs. Brückner, in seinen höchst verdienstvollen Untersuchungen über großstädtische Bevölkerung im Deutschen Reich, hat dieses gezeigt,

¹⁾ Siehe Brückner: „Entwicklung der großstädtischen Bevölkerung.“ Allgem. statist. Archiv 1890.

indem er das Jahr 1861 als den eigentlichen Anfang der großstädtischen Entwicklung annimmt.

Tab. III. Einwohnerzahl der Großstädte (über 100 000 Einwohner).

	Ohne Vororte:	Pro Mille der Bevölkerung:	Mit Vororten:	Bevölkerung des Deutsch. Reiches:
1861:	2 484 748	65.1	?	38 137 410
1864:	2 766 138	70.2	?	39 389 904
1867:	2 994 645	74.7	circa 3 432 261	40 088 825
1871:	3 352 181	81.6	„ 3 883 923	41 058 792
1875:	3 812 144	89.2	„ 4 538 895	42 727 360
1880:	4 325 952	95.6	„ 5 211 366	45 234 061
1885:	4 884 240	104.0	„ 5 969 089	46 855 704
1890:	5 980 834	121.0	„ 7 077 476	49 422 928

In 1890 gab es 26 Städte mit über 100 000 Einwohnern. Noch 5 andere Städte (Brandenburg, Mannheim-Ludwigshafen, Dortmund, Essen, Augsburg) können mit Einrechnung ihrer Vororte zu den Großstädten gerechnet werden. Dies bringt uns zu dem Ergebnis, daß wenigstens 15 bis 16 Prozent der ganzen Bevölkerung des Deutschen Reiches entweder in Großstädten oder in ihrer unmittelbarer Umgebung wohnen.

Dieselben Verhältnisse zeigen sich in Frankreich, wie dies eine kurze Übersicht genügend zeigen wird. Das Verhältnis der städtischen zur ländlichen Bevölkerung war 25.5 zu 100 im Jahre 1846; im Jahre 1886 aber wie 35.9 zu 100. Zwei interessante Tabellen, die von Lavasseur aufgestellt worden sind, bringen diese Thatsachen in noch viel klareres Licht.

Tab. IV. Gemeinden Frankreichs nach der Zahl ihrer Einwohner.

Jahr:	von 5000 bis 10 000 Einw.	von 10 000 bis 20 000 Einw.	von mehr als 20 000 Einw.
1836:	274	76	43
1846:	275	96	59
1856:	276	113	69
1866:	305	113	73
1876:	306	122	82
1881:	312	132	91
1886:	328	134	100

Tab. V. Vergleichung der Einwohnerzahl der verschiedenen Kategorien von Gemeinden.

Gemeinden:	1836:		1886:		Zunahme zwischen 1836 u. 1886:
	Zahl der Gemeinden:	Gesamt-Ein- wohnerzahl:	Zahl der Gemeinden:	Gesamt-Ein- wohnerzahl:	
von 10 000 bis 15 000 Einw.	52	623 733	87	1 077 062	61.6 %
„ 15 000 „ 20 000 „	24	423 432	48	722 469	77.0 %
„ 20 000 „ 30 000 „	20	505 588	45	880 609	74.2 %
„ 30 000 „ 50 000 „	8	276 298	25	816 389	195.6 %
„ 50 000 „ 100 000 „	6	255 014	19	1 093 699	328.6 %
„ 100 000 und darüber	9	1 680 124	11	4 163 608	129.8 %
Summa:	119	3 764 189	235	8 710 916	

Nachdem wir die Zunahme der großstädtischen Bevölkerung in Deutschland und Frankreich im allgemeinen kurz erwähnt haben, möchten wir unsere Aufmerksamkeit kurz auf die Bevölkerung lenken, welche den Mittelpunkt unserer Betrachtungen bildet, i. h. diejenige Berlins und Paris.

Paris.

Bevölkerung von Paris.

Erst mit 1700 können wir von einer wirklichen, zuverlässigen Bevölkerungszunahme sprechen. Bis dahin hatte man nicht die Kopf- sondern nur die Wohnungszahl gerechnet und letztere war höchst unzuverlässig. Im Jahre 1700 hat man unter Colbert eine noch sehr primitive Aufnahme gemacht, welche in Wirklichkeit mehr eine Schätzung als eine strenge Kopfzählung war. Dennoch sind die Ergebnisse weitaus zuverlässiger als die vorhergehenden; es war aber erst im Jahre 1817, daß eine sorgfältige Bevölkerungszählung ausgeführt worden ist. Folgende Tabelle zeigt den stetigen Zuwachs der Bevölkerung mit nur vier Ausnahmen.

Tab. VI.

	Einwohner:	Einwohner pro hectar:
1700 (Schätzung unter Colbert)	720 000	—
1762 (Schätzung)	600 000	—
1784 (Schätzung Neckers)	620 000	—
1800 (Aufnahme)	547 756	159
1805 (Schätzung)	580 609	—
1817 (Aufnahme)	713 966	208

	Einwohner:	Einwohner pro Hektar:
1826 (Schätzung)	890 431	—
1831 (Aufnahme)	785 862	229
1836 (do.)	868 438	253
1841 (do.)	935 261	272
1846 (do.)	1 053 897	307
1851 (do.)	1 053 262	306
1856 (do.)	1 171 346	342
1861 (do. Einverleibung)	1 696 141	217
1866 (do.)	1 825 274	233
1872 (do.)	1 851 792	237
1876 (do.)	1 988 806	256
1881 (do.)	2 239 928	290
1886 (do.)	2 344 550 ¹⁾	300
1891		

Berlin.

Bevölkerung Berlins.

Für Berlin können wir bis auf 1709 zurückgehen. Damals wurde die Bevölkerungszahl auf 55 000 angegeben, unter denen sich aber 5145 befanden, die zur Militärbevölkerung gerechnet wurden, Die Stadt war vorher in vier Teile getrennt, von welchen jeder seine eigne Verfassung und Verwaltung hatte. In diesem Jahre aber wurden diese vier Teile durch Königliches Reskript zu einem Gemeinwesen gemacht. Bis 1720 war die Zivilbevölkerung auf 53 355 (von 49 855 in 1709) gestiegen und in 1740 betrug sie 68 691. Wenn man die Militärbevölkerung noch dazu rechnet, steigt diese Zahl auf 90 000. Im Jahre 1755 stieg die Bevölkerungszahl auf ungefähr 100 000 bzw. 126 000.

Den weiteren Lauf der Bevölkerungszunahme kann man aus folgendem ersehen:

Tab. VII.

Jahr:	Zivilbevölkerung:	Militärbevölkerung:	Zusammen:
1800:	146 911	25 221	172 132
1804:	156 661	25 496	182 157
1810:	153 070	9 901	162 971
1816:	179 677	15 716	195 393

¹⁾ Jedoch bildet die Zivilbevölkerung von 1886 die Steuergrundlage. Wir haben dieselbe daher als Grundlage unserer Berechnungen genommen.

Jahr:	Zivilbevölkerung:	Militärbevölkerung:	Zusammen:
1820:	185 448	16 071	201 519
1825:	200 643	16 609	217 252
1830:	225 800	15 861	241 661
1835:	249 969	18 199	268 168
1840:	296 543	18 739	315 282
1845:	352 648	19 122	371 770
1850:	397 008	18 558	415 566
1855:	415 167	16 650	431 817
1860:	466 049	18 027	484 176
1865:	626 920	18 158	645 178
1870:	752 566	16 285	768 851
1875:	929 029	19 505	948 534
1880:	1 086 073	20 293	1 106 366
1885:	1 295 091	20 565	1 315 656
1890:	1 532 789	19 884	1 552 673
1891:	1 576 376	—	—

Man sieht hieraus, daß schon im 18. Jahrhundert Berlin zur zweitgrößten Stadt Deutschlands herangewachsen war. Die erste Stadt war Wien, das gegen Ende des Jahrhunderts ungefähr 200 000 Einwohner hatte.

Der Zuwachs in neuerer Zeit steht aber vor den anderen europäischen Großstädten soweit voran, daß man ihn nur mit dem Zuwachs der amerikanischen Großstädte vergleichen kann.

Die Kommunen in Preußen.

Um die staats- und finanzrechtlichen Grundlagen der Verwaltung der Stadt Berlin nur einigermaßen verstehen zu können, ist es unbedingt notwendig, die Kommunen in Preußen überhaupt näher zu betrachten. Dieses ist um so wichtiger, als Berlin im großen und ganzen in dem allgemeinen preussischen Kommunalrecht steht; Ausnahmen sind verhältnismäßig selten und wo sie vorkommen, sind sie mehr ein Ergebnis der physischen Größe und Ausdehnung der Stadt, als ein Resultat der Furcht des Staates vor den eigentümlichen Zuständen, die in den Haupt- und Residenzstädten der großen Kulturstaaten herrschen. Ganz anders gestalten sich die Dinge in Paris, wo die Ausnahmen zu dem allgemeinen Kommunalrecht so mannigfaltig und tiefgreifend sind, daß man oft im Zweifel ist, ob diese Stadt überhaupt eine Kommune im eigent-

lichen Sinne des Wortes ist, oder ob es nicht vielmehr ein vom Staat regiertes Territorium ist, ohne das, was man städtische Freiheiten zu nennen gewohnt ist, zu besitzen. Dieser Unterschied ist so gewaltig, daß man fast sagen könnte, daß die Verwaltung von Paris getrennt von den übrigen Kommunen Frankreichs studiert werden könnte, während jemand, der dasselbe für Berlin thun wollte, etwas völlig Unmögliches versuchen würde. Die Umgestaltung, welche das Staatswesen seit dem Mittelalter erlitten hat, ist von nachhaltiger Wirkung auf die Stellung der Gemeinde gewesen. Der Übergang von der mittelalterlichen Rechtsordnung zu dem absoluten modernen Staate hat als direkte Folge die Auflösung der Gemeinde als einer Rechts- und Interessengemeinschaft gehabt. An ihre Stelle ist die moderne Gemeinde getreten, die als eine Korporation angesehen wird, deren öffentlich-rechtliche Aufgaben in den Vordergrund getreten sind.

Eine andere, weniger erfreuliche Folge des Aufkommens des absoluten Staates war die allmähliche Herabdrückung der Gemeinden, — wir sprechen hier von Stadtgemeinden — bis sie am Ende des 17. Jahrhunderts in völliger Abhängigkeit von der Staatsgewalt sich befanden. Es ist wahr, daß die Ortsgemeinden vielfach nicht mehr im stande waren, ihre Aufgaben zu erfüllen, besonders nach dem 30jährigen Kriege, was natürlich dazu führte, daß die landesherrlichen Gewalten direkt eingriffen, sich in unmittelbares Verhältnis zu den Bürgern stellten. Soweit die städtische Obrigkeit noch Befugnisse behielt, war die Kontrolle eine so strenge und detaillierte, daß man sie kaum als selbständige Befugnisse bezeichnen kann.

Bald aber, besonders seit anfang dieses Jahrhunderts, machte sich eine andere Tendenz sehr stark bemerkbar. Der Staat nahm immer größere Befugnisse an sich. Alles dies selbst auszuführen und zu kontrollieren, war für ihn unmöglich, so daß er bald sah, daß er der Organe bedürftig war, die durch ihre nahen Beziehungen zu jedem einzelnen Bürger am besten geeignet waren, gewisse Funktionen auf sich zu nehmen.

Ungefähr zu derselben Zeit begann die große centralisierende Tendenz des absoluten Staates sich abzuschwächen, ja, eine decentralisierende machte sich sogar bemerkbar. Die Ortsgemeinde fing an, wieder aufzuwachen, nicht der vor dem Schläfe gleich — eine Art von privatrechtlicher Gruppierung von Nächstwohnenden — sondern als ein Glied am gesamten Staatsorganismus mit manchen von oben deligierten Befugnissen und anderen, die der Gemeinde selbst

eigen waren. Wie diese ganze Entwicklung und die daraus resultierenden Verhältnisse von maßgebender Bedeutung für die Gestaltung des ganzen Kommunalfinanzwesens gewesen sind, werden wir klar legen in unseren Betrachtungen über die Finanzen der Stadt Berlin.

Die Städteordnung von 1808.

Dafs die Zustände, welche durch den 30 jährigen Krieg geschaffen worden waren, auf die Dauer sich nicht halten konnten, wenn die Nation sich noch behaupten wollte, war den leitenden Staatsmännern am Anfang dieses Jahrhunderts völlig klar. Diese traurigen Zustände staatlicher Bevormundung und die damit verbundene Abgewöhnung der Bürger, ihre alltäglichen städtischen Angelegenheiten selbst zu besorgen, wurden in noch grellerem Licht gestellt durch die Ereignisse der Jahre 1806—1807. Nie hatten die Worte Mirabeaus eine zutreffendere Anwendung:

„Elles (les communes) sont la base de l'état social, le salut de tous les jours, la securité de tous les foyers, le seul moyen possible d'intéresser le peuple entier au gouvernement et de garantir tous les droits.“

Mit dem Namen des Freiherrn von Stein verknüpfen sich die grofsen Reformen auf dem Gebiete des kommunalen Lebens. In der Städteordnung vom 19. Novbr. 1808 haben seine leitenden Ideen beredten Ausdruck gefunden; Ideen, die die Grundlage der heutigen Entwicklung bilden und die immer wieder ermutigend auf das ganze Volksleben gewirkt haben. Dahlmann sagt zutreffend in seiner „Politik“: „Stein ist in tieferem Sinne als König Heinrich, der blofs Festungen bauen konnte, der Städteerbauer Deutschlands geworden.“

Auf diese Städteordnung von 1808 gründet sich das heutige Stadtrecht Preussens, so dafs in einer Darlegung des geltenden Stadtrechtes die Städteordnung von 1808 mit wenigen wesentlichen Veränderungen mit einbegriffen ist. Dabei mufs immer im Auge behalten werden, dafs die rechtlichen Grundlagen der Verwaltung Berlins im grofsen und ganzen dieselben sind, wie die aller anderer Städte Preussens, so dafs das allgemeine Stadtrecht auch für Berlin Geltung besitzt mit einigen wenigen Ausnahmen, welche wir später hervorheben werden. Unsere Ausführungen werden sich auf die östlichen Provinzen des Preussischen Staates beziehen.

Für die verwaltungsrechtliche Seite der Gemeindeverfassung sind die maßgebenden Gesetze:

1. Städteordnung vom 19. Novbr. 1808.
2. Die revidierte Städteordnung von 1831.
3. Die Gemeindeordnung von 1850, welche aber nie zur Ausführung gelangt ist, von welcher die Hauptteile aber in die
4. Städteordnung vom 30. Mai 1853 übergegangen sind.

Verwaltungsrechtliche Grundlage der preussischen Städte.

An der Spitze der Gemeinde steht der Magistrat. Dieser ist nicht, wie in den französischen Städten, durch einen Einzelbeamten repräsentiert, sondern stellt sich als eine kollegialisch organisierte Beamtschaft dar. Gleich dem Maire einer französischen Stadt hat er eine doppelte Stellung: *E r s t e n s* ist er der Vertreter des Staates oder vielmehr dessen Organ. Andererseits ist er in Verbindung mit der Strdtverordnetenversammlung Repräsentant und gleichzeitig die vollziehende Gewalt der Stadt. In ersterer Eigenschaft ist er verpflichtet, das gesamte Stadtwesen zu beaufsichtigen, die Gesetze, sowie die Verordnungen und Verfügungen der vorgesetzten Behörden auszuführen und die dazu nötigen Mafsregeln zu treffen. Als einer notwendigen Konsequenz dieses Verhältnisses ist der Magistrat als Organ des Staates von der Stadtverordnetenversammlung unabhängig; seine Verantwortlichkeit liegt in der Richtung, von wo seine Verpflichtungen ausgehen — d. h. gegen die Staatsbehörden. Die Zahl der Mitglieder bestimmt sich nach der Gröfse der Städte. An der Spitze des Magistrats steht der Bürgermeister.

Dieses Kollegialsystem ist nicht allgemein in Deutschland verbreitet. In den Rheinprovinzen besteht das bürokratische System, d. h. der Gemeindevorstand besteht in einer Person mit einem oder mehreren Gehilfen. Sämtliche Magistratsmitglieder werden von der Stadtverordnetenversammlung gewählt. Doch bedürfen alle einer Bestätigung seitens der Regierung. In Städten mit über 10000 Einwohnern ist es die staatliche Aufsichtsbehörde, die diese Bestätigung erteilt. Der Magistrat setzt sich folgendermafsen zusammen:

1. Aus dem Bürgermeister, dem durch besondere königliche Verleihung der Titel Oberbürgermeister beigelegt werden kann.
2. Seinem gesetzlichen Stellvertreter, der auch Vize- oder zweiter Bürgermeister genannt wird. Diese Stellung soll als Ehrenamt gelten, wenn nicht ein besonderes Ortsstatut es anders feststellt.
3. Aus Schöffen, deren Zahl durch Ortsstatut festgesetzt wird.

Im Fall kein Ortstatut vorhanden ist, bestimmt das Gesetz folgende Zahlen :

				Zahl der Schöffen:
In Städten mit Einwohnerzahl bis zu 2 500				2
" " " "	von	2 501—	10 000	4
" " " "	"	10 001—	30 000	6
" " " "	"	30 001—	60 000	8
" " " "	"	60 001—	100 000	10
" " " "	über 100 000 treten noch zwei Schöffen dazu für jede weitere 50 000 Einwohner.			

4. Wo sich das Bedürfnis herausstellt, können mehrere besoldete Mitglieder herbeigezogen werden, wie z. B. der Kämmerer, Schulrat, Baurat, Syndikus u. a. m.

Die Frage der Zweckmäßigkeit eines kollegialen oder bürokratischen Systems gehört nicht in den Rahmen unserer Aufgabe. Es sei hier nur erwähnt, daß die große Anhäufung der Aufgaben der städtischen und besonders großstädtischen Verwaltung das kollegialische System als dringend geboten erscheinen ließ, welches allen Anforderungen Genüge leistete und, was von besonderer Wichtigkeit ist, die Kontrolle und Verantwortlichkeit nicht erschwerte. Es ist eine bemerkenswerte Thatsache, daß die neuere Entwicklung in den Vereinigten Staaten eine entgegengesetzte gewesen ist, daß man sich dort genötigt sah, im Interesse einer genügenden Kontrolle über die verschiedenen Zweige der städtischen Verwaltung den Bürgermeister für alle auch indirekt unter ihm stehenden Zweige verantwortlich zu machen.

Die Wahlfähigkeit für die Mitgliedschaft im Stadtvorstande ist etwas verschieden für die unbesoldeten und besoldeten Mitglieder. Ersteres kann jeder Bürger und Ehrenbürger, letzteres jeder Deutsche werden, der befähigt ist, öffentliche Ämter ¹⁾ zu bekleiden, und der im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte ist. Dagegen sind ausgeschlossen nach § 30 der Städteordnung für die östlichen Provinzen:

1. Die Beamten und Mitglieder derjenigen Behörden, durch welche die Aufsicht des Staates über die Städte ausgeübt wird. Hierin sind einbegriffen — der Oberpräsident, der Regierungspräsident, der Minister des Innern, die Landräte, die Mitglieder des Bezirksausschusses und des Provinzialrats.

¹⁾ Der Regel nach: Die Qualität zum Richter oder höheren Verwaltungsbeamten.

2. Die Gemeindebeamten; Unter den Begriff Gemeindebeamten fallen auch in Städten über 10 000 Seelen die Gemeindevorsteher.

3. Lehrer der öffentlichen Schulen, Geistliche und Kirchendiener.

4. Die richterlichen Beamten, zu denen jedoch die technischen Mitglieder der Handels-, Gewerbe- und ähnlichen Gerichte nicht gehören.

5. Die Beamten der Staatsanwaltschaft.

6. Die Polizeibeamten.

7. Die Stadtverordneten.

8. Vater und Sohn, Schwiegervater und Schwiegersohn, Brüder und Schwäger dürfen nicht zugleich Mitglieder des Magistrats sein. Mit Ausnahme der Schwäger dürfen Personen der obigen Verwandtschaftsgrade auch nicht zu derselben Zeit Mitglieder des Magistrats und Stadtverordnetenversammlung sein.

Derselbe Paragraph schließt von dem Amte des Bürgermeisters diejenigen Personen aus, welche Gast- und Schankwirtschaft betreiben, sowie diejenigen, welche gewerbsmäßig zubereitete Speisen und Getränke verabreichen.

Bezüglich der Dauer der Ämter ist noch zu bemerken, daß die Schöffen, die als unbesoldete Mitglieder des Magistrats fungieren, auf sechs (6) Jahre gewählt werden. Der Bürgermeister und die besoldeten Mitglieder des Magistrats werden auf 12 Jahre gewählt. Sie können aber auch auf Lebenszeit gewählt werden. Eine sehr bemerkenswerte Thatsache, welche in keinem anderen Lande in diesem Maße durchgeführt ist, ist die gesetzliche Verpflichtung für jeden stimmfähigen Bürger, die Wahl zu den unbesoldeten Stellen des Magistrats anzunehmen. Die gesetzlichen Entschuldigungsgründe, sowie die Strafen bei Verweigerung der Annahme, werden wir unter dem Titel „Ehrenämter“ zu erörtern haben. Die Hälfte der Schöffen scheidet alle drei Jahre aus, können aber neu gewählt werden.

Wir wollen jetzt zu einer Betrachtung der Zusammensetzung der Stadtverordnetenversammlung übergehen, und dann die Befugnisse des Stadtvorstandes, des Bürgermeisters und der Stadtverordnetenversammlung darlegen. Zum Schlusse dieses rein verwaltungsrechtlichen Teiles werden wir eine Skizze der Verhältnisse beider Kollegien zu einander bringen.

Die Stadtverordnetenversammlung.

Es ist viel darüber gestritten worden, ob die Stadtverordneten die „Vertreter“ der Gemeinde seien. Man hat dagegen eingewendet, daß eine Person nur durch eine andere vertreten werden kann, welche die Rechte des ersten Rechtssubjektes ausübt.¹⁾ Ferner taucht noch die Frage auf, wem gegenüber soll die Gemeinde vertreten werden? Eine viel richtigere Auffassung, die auch von der neueren Verwaltungslehre immer mehr angenommen wird, ist folgende: Der Wille der Stadt wird durch das Zusammenwirken von Stadtvorstand und Stadtverordnetenversammlung zum Ausdruck gebracht. Letztere ist dasjenige Organ der städtischen Verwaltung, welches durch Gesetz berufen ist, an Stelle der gesamten Bürgerschaft bei der städtischen Verwaltung mitzuwirken.

Eine der wichtigsten Bestimmungen der Städteordnung von 1808 war die der Unabhängigkeit und Unverantwortlichkeit der gewählten Repräsentanten ihren Wählern gegenüber.²⁾ Man muß sich vergegenwärtigen, was dies damals bedeutete, während es jetzt das Grundprinzip aller Volksvertretungen ist.

Die Zahl der Stadtverordneten wird im allgemeinen durch Ortsstatut festgesetzt. Ein Minimum von sechs Mitgliedern ist aber vorgeschrieben. Im Fall, daß kein Ortsstatut erlassen ist, bestimmt das Gesetz folgende Zahlen:

Einwohnerzahl:	Zahl der Stadtverordneten:
bis zu 2 499	12
2 500 — 5 000	18
5 001 — 10 000	24
10 001 — 20 000	30
20 001 — 30 000	36
30 001 — 50 000	42
50 001 — 70 000	48
70 001 — 90 000	54
90 001 — 120 000	60

Für je weitere 50 000 über 100 000 Einwohner treten immer 6 Stadtverordnete zu.

Eine sehr wichtige Bestimmung, die von entscheidendem Einfluß auf die Gestaltung der preussischen Kommunal-Steuerpolitik

¹⁾ Siehe Schön: „Organisation der städtischen Verwaltung in Preußen.“ Wirth's Annalen 1890, Nr. 9, 10, 11.

²⁾ S. §. 100 der Städteordnung von 1808.

gewesen ist, besteht in der Vorschrift, daß wenigstens die Hälfte der von jeder Abteilung der stimmberechtigten Bürger gewählten Stadtverordneten Hausbesitzer sein müssen.

Das Wahlsystem hat sich im Laufe der Zeit vollständig umgewandelt. Die Städteordnung von 1808 hatte zwar bestimmt (§§. 74—78), daß alle Bürger wahlberechtigt sein sollten. Das Bürgerrecht war aber so beschränkt, daß kaum ein Zwölftel der gesamten Bürgerschaft das Wahlrecht wirklich besaß. Es waren ausgeschlossen:

1. Diejenigen, die wegen eines Verbrechens zu einer Festungs- oder Zuchthausstrafe von mindestens drei Jahren verurteilt waren, oder auch im Konkurs, in einer Kriminaluntersuchung oder unter Kuratel sich befanden;
2. die Mitglieder des Magistrates während ihrer Amtsdauer;
3. die Bürger weiblichen Geschlechts;
4. die unangesessenen Bürger, deren Einkommen in großen Städten noch nicht 200 Thaler, in mittleren und kleinen noch nicht 150 Thaler jährlich betrug;
5. diejenigen Personen, welchen als Strafe das Stimmrecht entzogen war.

Die Gemeindeordnung von 1850, deren diesbezügliche Bestimmungen in die Städteordnung von 1853 übergegangen sind, hat das ganze Wahlsystem umgestaltet. Sie hat das sogenannte Dreiklassenwahlsystem eingeführt. Wie wir später sehen werden, hat dieses System einen großen Einfluß ausgeübt auf die Gestaltung der städtischen, vor allem aber großstädtischen Verwaltung, auf die Finanzwirtschaft und ganz besonders auf das Verhältnis zwischen den städtischen Organen.

Die Wahlberechtigung überhaupt beruht auf einem gewissen Census. Das aktive und passive Wahlrecht besitzt jeder selbständige Preusse, der seit einem Jahre Einwohner des Stadtbezirks ist, zur Stadtgemeinde gehört und keine Armenunterstützung aus öffentlichen Geldern erhält. Dazu kommt als Einschränkung die Bedingung, daß er die ihn treffenden Gemeindeabgaben bezahlt hat. Diese Gemeindeabgaben müssen das Minimum des Census erreichen. Dieses erfordert den Betrieb eines stehenden Gewerbes und mindestens zwei Gehilfen, oder den Besitz eines Wohnhauses im Stadtbezirk, oder die Entrichtung eines Jahresbetrags an Klassensteuer von 6 Mark.¹⁾

¹⁾ S. Gesetz v. 25. Mai 1873 betr. Klassensteuer.

Das Dreiklassensystem beruht auf einer Einteilung der stimmfähigen Bürger in Klassen nach Maßstab der von ihnen entrichteten direkten Gemeinde-, Kreis-, Provinzial- und Staatssteuern. Diese direkten Staatssteuern sind:

1. Grund- und Gebäudesteuer.
2. Einkommensteuer (vor 1891 war es eine Klassensteuer und eine klassifizierte Einkommensteuer).
3. Gewerbesteuer.

Die genannten Steuerbeträge werden in drei gleiche Teile geteilt. Die erste Klasse setzt sich aus denjenigen zusammen, deren Steuersumme von dem höchsten Betrag abwärtsgehend das erste Drittel des gesamten Steuerbetrages ausmacht. In derselben Weise setzt sich, von den höheren Steuerbeträgen zu den nächst niederen gehend, die zweite Klasse zusammen. Der Rest der Steuerzahler wählt in der dritten Klasse.

Jede dieser Abteilungen wählt ein Drittel der Stadtverordneten. Die Wahl ist aber nicht darin gebunden, daß jede Abteilung nur Männer ihrer eignen Klasse wählen kann. Eine gewisse Beschränkung liegt aber darin, daß wenigstens die von jeder Abteilung zu wählenden Stadtverordneten aus Eigentümern, Hausbesitzern, Nießbrauchern und solchen bestehen muß, die ein erbliches Besitzrecht haben. Falls eine Abteilung mehr als 500 Wähler enthält, kann sie vom Magistrat in Wahlbezirke eingeteilt werden, nachdem ein Gemeindebeschluss das Prinzip der Gemeindebezirke angenommen hat. Durch das Einkommensteuergesetz vom 24. Juni 1891 hat das Wahlsystem sich etwas umgeändert. Die Stadtverordneten werden auf 6 Jahre gewählt. Alle zwei Jahre scheidet ein Drittel aus. Die Ausscheidenden sind aber wieder wählbar.

Zu dem Amte eines Stadtverordneten ist jeder Ehrenbürger, sowie jeder stimmfähige Bürger wählbar. Die Ausschließungsgründe, mit geringen Modifikationen, sind dieselben wie bei Magistratsmitgliedern, nur kommt noch hinzu, daß Magistratsmitglieder nicht zugleich Stadtverordnete sein können.

Eine Beschreibung des Wahlverfahrens gehört nicht in den Rahmen unserer Aufgabe.

Befugnisse des Magistrats.

Wir wollen jetzt kurz die Stellung und Befugnisse des Magistrats ins Auge fassen. Wie vorhin schon gesagt wurde, steht der Ma-

gistrat an der Spitze der Gemeinde und zwar in einer doppelten Eigenschaft. Den Bürgern gegenüber erscheint er als Obrigkeit; nach außen als Vertreter der als ein Ganzes gedachten Gemeinde. Seine Thätigkeit umfaßt das ganze Gebiet der Exekutive in den städtischen Angelegenheiten. Aber das macht nicht seine ganze Stellung aus. Man kann sagen, daß seine Zuständigkeit nur begrenzt ist

1. durch den Wirkungskreis der Gemeinde überhaupt;
2. durch das Mitwirkungsrecht der Stadtverordneten. Soweit eine Angelegenheit eines Gemeindebeschlusses bedarf, ist der Magistrat an diese Mitwirkung gebunden. Wo dies aber nicht der Fall ist, kann er selbständig entscheiden.

Die Befugnisse, die ihm nur unter Mitwirkung der Stadtverordnetenversammlung zugewiesen sind, werden sich aus unseren Betrachtungen der Befugnisse der letzteren ergeben. Die selbständigen Befugnisse erfolgen aus seiner ganzen Stellung zu der Stadt. Er ist vor allem ausführendes Organ und leitende Verwaltungsbehörde.¹⁾ „Er ernennt seine Unterbeamten, bestätigt die Wahlen der Stadtverordneten, der Beisitzer, der Deputationen und der Bezirksvorsteher.“ Ferner erläßt er generelle Verfügungen für die städtische Verwaltung und erteilt auf Antrag der einzelnen Deputationen und Kommissionen Anordnungen für Spezialangelegenheiten; er entscheidet über die Beschwerden, mögen sie die Beeinträchtigung einzelner Einwohner oder die Verzögerung von Verwaltungsangelegenheiten zum Inhalt haben, er führt die Bürgerrollen und erteilt die Gewerbekonzessionen; ordnet alle Angelegenheiten des Handels, der Stromschiffahrt, der Manufakturen und Fabriken; ihm liegt die Kontrolle der öffentlichen Kassen, die Einforderung und Prüfung des Etats, das Rechnungswesen und die Bestimmung der zu den städtischen Bedürfnissen erforderlichen Beiträge der Bürgerschaft ob; er hat die Geschäftsführung sämtlicher Deputationen und Kommissionen sorgfältig zu beaufsichtigen und haftet nächst den Mitgliedern derselben für die Befolgung der gesetzlichen Vorschriften.

Man wird hieraus leicht ersehen, daß jede Thätigkeit, welche die Aufrechterhaltung der Gesetze und die Ordnung anlangt, Sache des Magistrats ist. Wie schon oben gesagt wurde, ruht bei dem Magistrat die Exekutive derart ausschließlich, daß die Stadtver-

¹⁾ S. Schön: „Städtische Verwaltung in Preußen“.

ordnetenversammlung nie in der Lage ist, ihre Beschlüsse selbst auszuführen.

Es gibt noch einzelne Befugnisse, die sich auch aus der Stellung des Magistrats in der Gemeindeverwaltung ergeben, obwohl sie nicht ausdrücklich hervorgehoben sind. Dazu gehört die Befugnis, Prozesse im Namen der Stadt zu führen; mit anderen Worten, er ist Vertreter der Stadt in gerichtlichen Sachen — jedoch auch nicht minder in außergerichtlichen. In letzterer Eigenschaft ist er befugt, die Stadt zu verpflichten durch die von ihm geschlossenen Verträge; er ist Kirchen- und Schulpatron, d. h. er besetzt die Prediger- und Lehrerstellen; ferner ist er Verwalter der Gymnasial- und Volksbibliotheken.¹⁾

Das Ehrenamt in den Deutschen Städten und die Deputationen oder Verwaltungsausschüsse.

Im engen Zusammenhang mit der Zusammensetzung und den Befugnissen des Magistrats steht das ganze Gebiet der städtischen Ehrenämter im allgemeinen und das der Deputationen oder Verwaltungsausschüsse im besonderen.

Ehe wir zu einer Betrachtung der Befugnisse der Stadtverordnetenversammlung übergehen, scheint es uns zweckmäßig, eine Darstellung dieser Verwaltungsausschüsse hier einzuschalten, denn ohne ihre genaue Kenntnis ist das ganze preussische Städtewesen überhaupt unverständlich. Bis hierher muß jeder, vor allem der Ausländer, vorgedrungen sein, um die großartigen Leistungen der großen deutschen Städte zu verstehen. Sie beruhen in ihrem tiefsten Grunde auf einer strengen und ernsten Auffassung der Bürgerpflichten. Die Pflichten sind es in Deutschland, welche in erster Linie betont werden, und nicht, wie in vielen anderen Staaten, die Rechte. In unseren späteren Betrachtungen über die Finanzen der Stadt Berlin werden wir fast bei jedem Schritte diesen städtischen Deputationen begegnen. Man kann geradezu sagen, daß die Verwaltung der Stadt Berlin auf diesen Deputationen beruht, ohne sie wäre es ihr unmöglich, die Geschäfte zu erledigen.

Eins der charakteristischsten Merkmale der Städteordnung von

¹⁾ Anm. Der Magistrat ist in einer solchen Ausdehnung Vertreter der Stadt nach außen, daß, sobald er einen Vertrag schließt, die Stadt ihn zu halten verbunden ist, selbst wenn die Stadtverordnetenversammlung nicht damit einverstanden ist.

1808 liegt darin, daß sie den Bürgern die Möglichkeit bietet, selbstthätig an der Verwaltung der städtischen Angelegenheiten teilzunehmen. Es ist nicht zu viel behauptet, daß, aus dem Wesen des modernen Staates sich von selbst ergibt, daß den staatsbürgerlichen Elementen eine ausreichende Beteiligung bei Ausübung und Kontrolle der Verwaltungsfunktionen zugesprochen wird. Seitdem hat keine Städteordnung mit diesem Prinzip gebrochen. Vielleicht aber noch wichtiger als das Gewähren der Möglichkeit war der Grundsatz der Städteordnung von 1808, der diese Dienste als Pflichten der Bürger ausdrücklich bezeichnete. Dadurch wurde die feste Grundlage für eine gesunde Selbstverwaltung geschaffen, ein erziehlicher Einfluß auf die Bürger ausgeübt. Die Mitgliedschaft an einem städtischen Verwaltungsausschuß ist ein als Pflicht auferlegtes Ehrenamt, und eine ungerechtfertigte Ablehnung dieses Amtes zieht gewisse Strafen nach sich. Zu diesen Ehrenämtern gehören noch die Stellen der unbesoldeten Magistratsmitglieder und der Bezirksvorsteher.¹⁾

Die Ablehnungsgründe sind gleich denen, die für die Ablehnung des Amtes eines Stadtverordneten gelten. Solche sind:

1. anhaltende Krankheit;
2. Geschäfte, die eine häufige oder lange dauernde Abwesenheit mit sich bringen;
3. ein Alter über sechzig Jahre;
4. die früher innegehabte Verwaltung einer unbesoldeten Stelle in der städtischen Verwaltung, welche für die folgenden drei Jahre die Ablehnung zuläßt;
5. die Verwaltung eines öffentlichen Amtes;
6. ärztliche Praxis;
7. sonstige besondere Verhältnisse, welche nach dem Ermessen der Stadtverordnetenversammlung eine gültige Entschuldigung begründen.

Wenn keiner dieser Gründe vorhanden ist, werden folgende Strafen verhängt:²⁾

1. Zeitweilige Entziehung (von 3 bis 6 Jahren) des Bürgerrechts,³⁾ und damit Verlust aller Stadtämter die das Bürgerrecht zur Voraussetzung haben.

¹⁾ Siehe unten Seite 23.

²⁾ Es ist höchst selten, daß von Strafen Gebrauch gemacht werden muß.

³⁾ Die genaue Bestimmung ist, daß Bürger, welche die Übernahme eines unbesoldeten Amtes ablehnen, auf 3—6 Jahre durch Stadtverordnetenbe-

2. Erhöhung der Steuern des Betreffenden. Dieses Mittel ist in Berlin noch nie angewendet worden.

Stellung der Deputationen im Stadtorganismus.

Es wird vielleicht in unserer Darstellung der Befugnisse und Zuständigkeit des Magistrates schon aufgefallen sein, daß es diesem unmöglich sein würde, diejenigen einzelnen Geschäftszweige der städtischen Verwaltung, die einer anhaltenden Aufsicht und Kontrolle an Ort und Stelle bedürfen, den Ansprüchen einer wirklichen kräftigen Verwaltung gemäß zu erledigen. Der Magistrat hat eine zu große allgemeine Thätigkeit, um jeden einzelnen Zweig der städtischen Verwaltung sorgfältig handhaben, und schnell dort eingreifen zu können, wo gerade die momentanen Umstände ein solches Eingreifen notwendig machen. Zur Erfüllung dieser Aufgaben bedient sich der Magistrat besonderer Deputationen oder Kommissionen. Sie sind eine Art Verwaltungsausschüsse, eine Behörde, die dem Stadtvorstand untergeordnet ist, und deren Mitglieder öffentliche Beamten sind.

Die Zusammensetzung der Deputationen wird durch Ortsstatut festgesetzt, ebenso wie die Verwaltungszweige, für welche sie zu bilden sind. Durch Gesetz ist nur ganz allgemein bestimmt, daß die dazu besonders geeigneten Verwaltungszweige folgende sind:

Armenwesen, Kirchenangelegenheiten, Schulsachen, Feuersocietätsangelegenheiten, Sanitätspolizei, Bausachen (Straßenpflasterung einbegriffen), Entwässerung, Unterhaltung der öffentlichen Promenaden, Kuratel der Kämmereikassen, Maß- und Gewichtsrevisionen, Straßenbeleuchtung, Gefängnis- und ähnliche Anstalten, Administration von Ländereien und Waldungen der Kämmerei, Serviswesen u. s. w.

Es fällt jedem sogleich auf, welches großartige Feld hier geschaffen ist, um die Bürger in weitem Umfange zur Verwaltung heranzuziehen. Es giebt so viele Angelegenheiten in dem täglichen Leben einer Stadt und besonders einer Großstadt, für deren Erledigung keine besondere Vorbildung, sondern nur gesunder Menschenverstand nötig ist. Durch weitumfassendes Mitwirken der Bürger an diesen Angelegenheiten wird „public spirit“ groß

schluß des Bürgerrechts verlustig erklärt und um $\frac{1}{8}$ bis $\frac{1}{4}$ höher zu den direkten Gemeindeabgaben herangezogen werden können.

gezogen und ein allgemeines Interesse der Bürger für das öffentliche Gesamtleben erweckt.

In wie hohem Maße die Stadt Berlin von diesen Deputationen Gebrauch macht, werden wir später sehen.

Diese Deputationen setzen sich meistens aus Stadtverordneten, Bürgern und wenigen Magistratsmitgliedern zusammen. Eines der letzteren führt den Vorsitz, welchem auch bei Stimmengleichheit die Entscheidung zufällt. Die Stadtverordnetenversammlung wählt die Bürger- und Stadtverordnetendeputierten aus den Stadtverordneten und der Bürgerschaft auf sechs Jahre; während die Magistratsmitglieder für dieselbe Zeit vom Bürgermeister ernannt werden. Sie bekleiden das Amt unentgeltlich und können es nur unter denselben Entschuldigungsgründen ablehnen, die für die Ablehnung des Stadtverordnetenamtes gelten. Sind solche nicht vorhanden, so erfolgen auch dieselben Strafen; doch ist es gestattet, nach dreijährigem Dienst zurückzutreten. Jedes einzelne Mitglied einer Deputation haftet für den ordnungsmässigen Betrieb der Deputationsgeschäfte und für die Befolgung der Gesetze. Der Magistrat hat die Aufsicht und kann Anweisungen an die einzelnen Deputationen erlassen. Sie können die durch Gemeindebeschluss bewilligten Geldsummen ohne besondere Weiterbewilligung verwenden, haben aber dafür genaue Rechnung zu legen. Durch Ortsstatut können diese Deputationen auch mit einer einflußreicheren Stellung als bloßer Hilfsorgane des Magistrats bekleidet werden. Sie können die Befugnis erhalten, einzelne Zweige der Verwaltung selbständig zu übernehmen.

Die Zuständigkeit der Stadtverordnetenversammlung.

In einer etwas formellen, aber doch treffenden Bezeichnung kann man sagen, daß die Stadtverordnetenversammlung das vorzugsweise beschließende Organ ist, während der Stadtvorstand oder Magistrat das vorzugsweise vollziehende Organ der Stadtverfassung ist. Dieses Beschließungsrecht der Stadtverordnetenversammlung wird aber dadurch beschränkt, daß alle Angelegenheiten, deren Ausführung dem Magistrat gesetzlich überwiesen sind, auch der Zustimmung des letzteren bedürfen. Wir werden hierauf zurückzukommen haben in unseren Betrachtungen über das Verhältnis von Magistrat zu Stadtverordnetenversammlung.

In ihrer beschließenden Thätigkeit betrachtet, ergibt sich die Zuständigkeit der Stadtverordnetenversammlung aus dem Wirkungs-

kreise der Gemeinde, mit Ausnahme derjenigen Angelegenheiten, die ausschließlich dem Magistrat überwiesen sind. Außerdem liegt die Begrenzung nur in dem Begriff der Gemeindeangelegenheiten. Was außerhalb des Gebietes der Gemeindeangelegenheiten beraten und beschlossen werden kann, fällt den Stadtverordneten nur insoweit zu, wie es ihnen durch Gesetz oder besonderen Auftrag des Regierungspräsidenten (in Berlin des Oberpräsidenten) überwiesen wird. Jeder Beschluß, der darüber hinausgeht, ist gesetzwidrig und darum ungültig. Was unter den Begriff „Gemeindeangelegenheiten“ zu rechnen ist, werden wir später unter dem Titel „Wirkungskreis der Gemeinde“ näher zu erörtern haben.

Ausser dieser beschließenden Thätigkeit hat die Stadtverordnetenversammlung auch noch eine mehr handelnde oder kontrollierende.

Ein gemeinsamer Zug aller preussischen Städteordnungen ist der, daß der Stadtverordnetenversammlung ein sehr weitgehendes Recht der Kontrolle über die Verwaltung des Magistrats eingeräumt wird. Diese Kontrolle erstreckt sich aber nicht auf diejenige Thätigkeit des Magistrats, die er als Organ der Staatsgewalt ausübt. Es umfaßt alle Gemeindeangelegenheiten. Hieraus ist nicht zu schließen, daß dieses Kontrollrecht die Stadtverordnetenversammlung befugt, direkt in die Verwaltungsgeschäfte des Magistrats einzugreifen, oder auch Anweisungen an denselben zu erlassen. Alles, was die Versammlung thun kann, ist, nachdem der Magistrat ganz selbständig gehandelt hat, zu prüfen, ob diese Handlung den Gemeindebeschlüssen gemäß, erfolgt ist. Sie kann für diese Kontrolle besondere Untersuchungsausschüsse bilden. Der Bürgermeister hat aber das Recht, in diese Ausschüsse einzutreten, oder sich durch einen selbst bestimmten Magistratsbeamten vertreten zu lassen. Einer der wichtigsten Teile dieses Kontrollrechtes liegt darin, daß die Stadtverordnetenversammlung das Recht hat, eines oder mehrere ihrer Mitglieder abzuordnen, den Kassenrevisionen beizuwohnen.

Verhältnis zwischen Magistrat und Stadtverordnetenversammlung.

Den wichtigsten Teil dieser Materie haben wir schon in unserer Darstellung der Befugnisse der beiden Organe der Stadtverfassung behandelt, d. h. die Verhältnisse des Geschäftsbetriebes. Es erübrigt noch, den mehr formellen Teil darzulegen.

Von vorne herein ist hier eine Unterscheidung zu machen

zwischen Magistrat als Obrigkeit und als ein rein städtisches Organ. In einem Teil seiner Befugnisse, die er in der ersten Eigenschaft ausübt, handelt er als Organ der Staatsgewalt. In dieser Beziehung ist, wie es nicht anders sein kann, der Magistrat nicht abhängig von den Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung, hierin ist er allein den Staatsbehörden verantwortlich.

Sein Verhältnis als rein städtisches Organ zur Stadtverordnetenversammlung ist schon gekennzeichnet worden (siehe „Befugnisse des Magistrats“). Wir fügen nur hinzu, daß er die Beschlüsse der Stadtverordneten vorbereitet. Die meisten Materien werden von ihm beraten, ehe sie an die Stadtverordnetenversammlung gelangen. Mit anderen Worten — er hat das Recht der Initiative. Da ferner die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung der Zustimmung des Magistrats bedürfen, wenn sie solche Angelegenheiten betreffen, deren Ausführung ersterem zusteht, so ergibt sich, daß die Macht des Stadtvorstandes auch als beschließendes Organ sehr wichtig und bedeutend ist. Wir werden später Gelegenheit haben, näher zu untersuchen, welchen Einfluß dieser Punkt auf das ganze städtische Leben ausübt.

Im Falle die Stadtverordnetenversammlung nach Ansicht des Stadtvorstandes (oder des Regierungspräsidenten) das Gebiet ihrer Zuständigkeit überschreitet, oder daß ihre Beschlüsse ein Gesetz verletzen, ist der Magistrat befugt und eventuell auch auf Anweisung des Regierungspräsidenten verpflichtet, den Beschluß zu beanstanden. Das einzige Rechtsmittel, das die Stadtverordnetenversammlung in einem solchen Falle besitzt, ist eine Klage im Verwaltungsstreitverfahren. Im Falle der Magistrat einen Beschluß der Stadtverordnetenversammlung beanstandet aus Gründen des Staatswohls oder der Gemeindeinteressen, können zwei Eventualitäten eintreten.

1. Entweder bleibt die Sache auf sich selbst beruhen und wird nicht weiter verfolgt;

2. oder bei Klage eines der beiden Organe wird die Beschlussfassung darüber auf den Bezirksausschuß übertragen. Ehe dies geschieht, können die Behörden versuchen, eine Verständigung herbeizuführen.

Zu diesem Zwecke ist eine gemeinschaftliche Kommission einzusetzen, deren Berufung sowohl der Magistrat als auch die Stadtverordneten verlangen können.

Es ist noch zu bemerken, daß für alle Gemeindebeamten, mit Ausnahme der der Deputationen des Magistrats und der Bezirks-

vorsteher, der Magistrat gebunden ist, vor ihrer Ernennung sich mit der Stadtverordnetenversammlung darüber ins Einvernehmen zu setzen.

Der Bürgermeister.

Auf Berufung des Bürgermeisters tritt das Magistratskollegium zusammen. Er hat die Geschäfte des Magistrats vorzubereiten, die Verhandlungen zu leiten und die Beschlüsse auszuführen. Besäße er aber nur diese Funktionen, so wäre er nichts mehr, als ein reines Exekutiv-Organ der Stadtverfassung. Seine Stellung ist aber viel weitumfassender, da sich in ihm die ganze Stadtpersönlichkeit verkörpert. Er steht in manchen Beziehungen in demselben Verhältnis zum Magistrat, wie letzterer zur Stadtverordnetenversammlung, d. h. er kann und soll die Beschlüsse des Magistrats beanstanden, wenn sie nach seiner Ansicht gegen das Staatswohl oder die Gemeinde-Interessen verstößen,¹⁾ und gleich dem Magistrat gegenüber Beschlüssen der Stadtverordneten, ist der Bürgermeister zu dieser Beanstandung verpflichtet, und kann nötigenfalls dazu von der Aufsichtsbehörde angewiesen werden. Daraus ergibt sich, daß nur nach Zustimmung des Bürgermeisters die Beschlüsse der beiden anderen Organe zu dem Willen der Stadt erhoben werden. Im Fall, daß bei eintretendem Zwiespalt eine Entscheidung seitens eines Organes verlangt wird, wird die Angelegenheit dem Bezirksausschusse zur Beschlusfassung überwiesen.

Der Bürgermeister ist ferner der unmittelbare Vorgesetzte der Magistratsmitglieder und seiner Unterbeamten und der mittelbare Vorgesetzte aller übrigen Kommunalbeamten. Ihm ist die Besorgung örtlicher Geschäfte der Kreis-, Bezirks-, Provinzial- und allgemeinen Staatsverwaltung übertragen. Eine der wichtigsten dieser Funktionen ist die Führung des Personenstands-Registers, wenn nicht besondere Standesamtsbeamten vom Staat oder Gemeinde angestellt sind; wie es in Berlin der Fall ist.

Die städtischen Beamten.

Eine Besprechung der Verhältnisse der besoldeten städtischen Beamten liegt außerhalb des Rahmens dieser Arbeit. Wir wollen

¹⁾ Obwohl diese Befugnis sehr wichtig erscheint, ist thatsächlich von ihr sehr wenig Gebrauch gemacht worden. In Berlin ist in zwanzig Jahren nur ein Fall einer Beanstandung seitens des Bürgermeisters vorgekommen.

nur eine Kategorie von unbesoldeten Beamten (Ehrenämter) erwähnen, die im wesentlichen Hilfsorgane des Stadtvorstandes sind. Dies sind die Bezirksvorsteher.

In Städten von größerem Umfange oder zahlreicher Bevölkerung können kleinere Verwaltungsbezirke — Ortsbezirke — gebildet werden. Dies geschieht durch den Magistrat nach Anhörung der Stadtverordnetenversammlung. An der Spitze eines jeden dieser kleineren Verwaltungsbezirke steht ein Bezirksvorsteher, der von der Stadtverordnetenversammlung auf sechs Jahre gewählt wird. Die Wahl bedarf der Bestätigung des Magistrats. Wählbar ist jeder stimmbfähige Bürger. Wie für alle anderen unbesoldeten Stellungen besteht auch hier eine Verpflichtung zur Annahme des Amtes. Die Ablehnungsgründe sind ebenfalls die gleichen. Als Organe des Magistrats sind die Bezirksvorsteher verpflichtet, die örtlichen Geschäfte nach dessen Anordnungen zu führen.

Die Staatsaufsicht.

Schon in der Städteordnung von 1808 wurde der Rechtsbegriff festgestellt, der den Ursprung der heutigen Kommunalaufsicht bildet. Die Kommunen wurden anerkannt als vom Staate verschiedene Persönlichkeiten, die innerhalb der vom Staate festgesetzten Schranken sich selbständig bethätigen können. Diese Auffassung hat auch die Aufgabe des Staates wesentlich verändert. Nicht wie in früheren Zeiten fühlt er sich berufen, die städtischen Angelegenheiten zu leiten, sondern er beschränkt sich auf eine Wahrung seiner Interessen den Städten gegenüber. Mit anderen Worten, die Städte können nicht als souveräne Gebilde angesehen werden. Sie müssen nicht nur ihre Thätigkeit innerhalb der vom Staate gesetzten Schranken, sondern sie dürfen auch nicht innerhalb solcher Schranken ihre Autonomie im Gegensatz zu den vom Staate selbst verfolgten Zwecken ausüben. Wäre ein solcher Gegensatz zulässig, so würde dies die Lockerung aller staatlichen Bande, die Lahmlegung aller obrigkeitlicher Verwaltung zur Folge haben.

Auf diesem Gebiete weicht die Stellung Berlins mehr als auf irgend einem anderen von der der anderen preussischen Städte ab, so daß bis zu einem gewissen Grade andere Grundsätze für ersteres bestehen.

Die staatliche Aufsicht über die preussischen Städte wird in erster Instanz vom Regierungspräsidenten, in höherer und letzter

vom Oberpräsidenten ausgeübt. Beide Organe sind aber bei ihren Anordnungen und Beschlüssen in weitem Umfange an die Mitwirkung des Bezirksausschusses und des Provinzialrats gebunden.

Der Inhalt der staatlichen Aufsicht kann in zwei Teile gegliedert werden:

1. als die negative Seite in das Aufsichtsrecht, das sich nicht auf die Zweckmäßigkeit, sondern nur auf die Gesetzlichkeit der städtischen Beschlüsse erstreckt. Es prägt sich aus

a) in der Überwachung eines ordnungsmäßigen Ganges der Verwaltung;

b) in Anordnungen zur Beseitigung etwaiger Unregelmäßigkeiten und Störungen;

c) in der Untersuchung und Entscheidung der Beschwerden einzelner und in dem Recht, die Stadtgemeinde zur Erfüllung ihrer öffentlich-rechtlichen Pflichten anzuhalten. Hierunter fällt auch das Recht der Zwangsetatisierung, welches dem Regierungspräsidenten zusteht. Verweigert oder unterläßt die Stadt ihr gesetzlich obliegende Leistungen, so verfügt der Regierungspräsident unter Anführung der Gründe die Eintragung in den Etat oder die Feststellung der außerordentlichen Ausgabe. Das einzige Rechtsmittel der Stadt gegen eine derartige Verfügung ist die Einreichung einer Klage bei dem Obergerverwaltungsgericht.

2. Die positive Seite findet ihren Ursprung in dem Streben des Staates, das Wirken der Stadt so zu leiten, daß seine Zwecke und Ziele auch besser erreicht werden. Der Staat besitzt drei Mittel, seinen Willen durchzusetzen:

a) in der Bestätigung der wichtigsten städtischen Beamten und in dem Disziplinarverfahren gegen nicht richterliche Staatsbeamte.

Letzteres besteht darin, daß der Regierungspräsident das Recht hat, gegen Kommunalbeamte Warnungen und Verweise zu erteilen, Geldstrafen bis zu 90 Mark, bei besoldeten jedoch nicht über den Betrag eines einmonatlichen Dienstinkommens hinaus, und gegen untere Beamte Arreststrafen bis zu acht Tagen; zu verhängen. Eine eventuelle Beschwerde dagegen kann innerhalb zwei Wochen bei dem Oberpräsidenten in erster Instanz eingelegt werden, in letzter Instanz entscheidet das Obergerverwaltungsgericht. Bei Entfernung aus dem Amte ist in erster Instanz das Obergerverwaltungsgericht die entscheidende Disziplinarbehörde.

b) In dem Recht der Genehmigung bedeutsamer Beschlüsse der Stadt;

c) durch Anregung zu neuen Einrichtungen, durch Warnungen vor unzweckmäßigen Mafsregeln.

Obwohl in dieser positiven Richtung keine zwingende Gewalt des Staates liegt, die städtische Verwaltung nach seiner Auffassung zu lenken, so hat doch die städtische Entwicklung in Preussen seit 1808 gezeigt, dafs dies ein nötiger und wichtiger Schlufsstein in der staatlichen Aufsicht ist.

Das Recht, die Stadtverordnetenversammlung aufzulösen, kann endlich auch als eine Art staatlicher Aufsicht angesehen werden. Die Auflösung kann nur auf Antrag des Staatsministeriums durch Königliche Verordnung erfolgen. Die Gründe, die eine solche Auflösung bewirken können, sind nicht durch Gesetz geregelt, so dafs man sagen kann, dafs dies Recht ein fast unbegrenztes ist. Neuwahlen müssen binnen sechs Wochen nach der Auflösung erfolgen. In der Zwischenzeit sind die Verrichtungen der Stadtverordnetenversammlung durch den Bezirksausschuß (für die Stadt Berlin aber durch den Oberpräsidenten) zu besorgen.

Das Verhältniß der Stadt Berlin zum allgemeinen preussischen Stadtrecht.

Wir haben es vorgezogen, eine kurze Darlegung des allgemeinen preussischen Stadtrechts zu geben, anstatt speziell von dem spezifischen Stadtrecht Berlins zu sprechen. Diese Behandlung war um so leichter, als die Grundsätze des allgemeinen Stadtrechts auch für Berlin gelten, da nur wenige Ausnahmen bestehen, die wir in folgendem geben werden.

Es handelt sich jetzt darum, die Stellung Berlins in dem Organismus des preussischen Staates genau zu fixieren.

In der neueren Gesetzgebung scheint, oder wenigstens schien die Provinzialordnung vom 29. Juni 1875 für Berlin von grofser Bedeutung zu sein, da sie den Grundsatz aussprach (§ 2): „Die Haupt- und Residenzstadt Berlin scheidet aus dem Kommunalverbande der Provinz Brandenburg aus. Die Bildung eines besonderen Kommunalverbandes aus der Haupt- und Residenzstadt Berlin mit angrenzenden Gebieten, sowie die Regelung der Verfassung und Verwaltung desselben bleibt einem besonderen Gesetze vorbehalten.“

Diese beabsichtigte Bildung eines besonderen Kommunalverbandes aus Berlin und den angrenzenden Gebieten geschah aber nicht, so dafs die unmittelbare Wirkung der obengenannten Be-

stimmung nur folgende gewesen ist; — die Stadtgemeinde Berlin trat aus dem brandenburgischen Provinzialverbande aus. Da eine neue gesetzliche Regelung der staatlichen Aufsichtsinstanzen für die Stadt Berlin nicht erfolgte, so blieb die Abteilung des Innern der Königlichen Regierung und der Oberpräsident der Provinz Brandenburg die zuständigen Aufsichtsbehörden.

Inwiefern Berlin selbst durch die neue Verwaltungsreform berührt wurde, ergibt sich aus dem Zuständigkeitsgesetz vom 29. Juni 1875. Als Verwaltungsbeschlußbehörde sowohl als Verwaltungsgericht wurde ein Stadt-Ausschuß gebildet; aus dem ersten Bürgermeister resp. seinem Stellvertreter, und vier Magistratsmitgliedern bestehend. Dazu kam noch ein Bezirksverwaltungsgericht, welches aus zwei von der Regierung ernannten und drei vom Magistrat und den Stadtverordneten in gemeinschaftlicher Sitzung gewählten Mitgliedern bestand.

Die Absicht, für Berlin einen besonderen Kommunalverband zu bilden, wurde nicht aufgegeben. Die städtischen Behörden drängten mit besonderem Nachdruck darauf, da sie hierin ein Mittel sahen, die angrenzenden Gebiete der Stadt in engeren Zusammenhang mit der städtischen Verwaltung zu bringen, ohne jedoch gezwungen zu sein, die ganze Verwaltung dieser Gebiete auf sich zu nehmen, mit anderen Worten einen Weg sah, die Inkommunalisierung zu vermeiden oder wenigstens hinauszuschieben. Die Gesetzentwürfe, die von der Regierung dem Versprechen gemäß vorgelegt worden waren, scheiterten im Landtage. Die Lage blieb im wesentlichen unverändert bis zum Gesetz vom 26. Juli 1881 betreffs der Organisation der allgemeinen Landesverwaltung. Dieses Gesetz hob den Teil des § 2 der Provinzialordnung auf, welcher bestimmte, daß aus Berlin und angrenzenden Gebieten ein besonderer Kommunalverband gebildet werden sollte und stellte an dessen Stelle die Bestimmung, daß die Stadt Berlin einen Verwaltungsbezirk für sich bilden sollte. Nach diesem Gesetz gestaltete sich die staatliche Aufsicht folgendermaßen:

Die Abteilung des Innern der Regierung zu Potsdam, die früher eine der staatlichen Aufsichtsbehörden gewesen war, wurde aufgehoben. Die Funktionen dieser Behörde bezüglich der Kommunalaufsicht gingen auf den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg in seiner Eigenschaft als Oberpräsident von Berlin über; ihm wurden auch noch die aus der Königlichen Verordnung vom 26. Januar 1881 ersichtlichen Kompetenzen übertragen. Zur Ergänzung seiner Stellung

bestimmte das Gesetz § 35 Absatz 2: „Im übrigen und soweit nicht sonst die Gesetze anderes bestimmen, tritt für den Stadtkreis Berlin an Stelle des Regierungspräsidenten der Polizeipräsident von Berlin.“

Diese Bestimmungen blieben unverändert bis zum 1. April 1884, mit welchem Tage zwei Gesetze in Kraft getreten sind, die an die Stelle der früheren Gesetze getreten sind. Diese Gesetze sind:

1. Das Gesetz über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883.

2. Das Gesetz über die Zuständigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichts-Behörden vom 1. August 1883.

Die wichtigsten Bestimmungen der früheren Gesetze sind unverändert geblieben. Die Wünsche der städtischen Behörden hinsichtlich der Bildung eines besonderen Kommunalverbandes blieben immer noch unerfüllt. Berlin blieb als ein besonderer Verwaltungsbezirk für sich bestehen. Die Stellung des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg als Oberpräsident von Berlin und als staatliche Aufsichtsinstanz für Gemeindeangelegenheiten blieb wie die Stellung des Polizeipräsidenten unverändert.

Auf dem Gebiete der Selbstverwaltung aber bedeuten diese Gesetze einen sehr wesentlichen Fortschritt für die Stadt Berlin, einen Fortschritt, der geeignet war, den Wünschen der Gemeindebehörden einigermaßen entgegen zu kommen.

Die Thatsache, daß Berlin für sich einen Verwaltungsbezirk bildete, hatte die Bildung eines Provinzialrates außer Frage gestellt. Die Folge davon war, daß in Angelegenheiten, bei welchen letzterer in zweiter Instanz entscheidet, der zuständige Minister an dessen Stelle hatte treten müssen. Gegen einen Punkt hatten sich die städtischen Behörden schon lange energisch gesträubt, das war die Versagung der Mitwirkung von Laien-Elementen in denjenigen Fällen, wo in anderen Städten der Bezirksrat oder Provinzialrat¹⁾ in erster Instanz die Entscheidung hatte. Bisher hatte der Oberpräsident, oder Polizeipräsident, oder die erste Abteilung des Polizeipräsidiiums diese Entscheidung ohne Mitwirkung von Laienelementen zu treffen. Die neuen Gesetze änderten diesen Zustand den Forderungen der Gemeinde gemäß. Es muß hier bemerkt werden, daß durch das Gesetz vom 26. Juli 1876 bestimmt wurde, daß für Verwaltungsbeschlüsse und Verwaltungsgerichtsbarkeit zwei Behörden

¹⁾ Diese enthalten Laienelemente.

in erster Instanz bestehen sollten, nämlich der Bezirksrat und der Bezirksausschuß.¹⁾ Das Gesetz vom 1. August 1883 beseitigte diesen Dualismus, so daß fernerhin die Bezirksverwaltungsbeschlußbehörde oder der Bezirksrat und das Bezirksverwaltungsgericht, oder der Bezirksausschuß zu einer Behörde mit dem Namen Bezirksausschuß zusammengeschmolzen werden sollten. Das Gesetz ordnete die Bildung eines solchen Bezirksausschusses für Berlin. Es ist wahr, daß dieser Bezirksausschuß nicht ganz den Bezirksausschüssen in den anderen Teilen der Monarchie gleichgestellt wurde. Der Unterschied bestand darin, daß die Befugnisse des Bezirksausschusses von Berlin ganz genau geregelt wurden, so daß er nur mit denjenigen Angelegenheiten sich beschäftigen kann, „welche im einzelnen durch die Gesetze seiner Zuständigkeit überwiesen werden“. Die anderen Bezirksausschüsse haben insofern eine weitergehendere Kompetenz, als ihre Befugnisse nur ganz allgemein geregelt sind.

Für diejenigen Angelegenheiten, die nicht ausdrücklich dem Bezirksausschuß der Stadt Berlin überwiesen sind, bleibt wie bisher der Oberpräsident und in manchen Fällen der Polizeipräsident die zuständige Behörde.

Es erübrigt uns noch, einiges über die Zusammensetzung und Zuständigkeit des Bezirksausschusses von Berlin zu sagen.

Was seine Zusammensetzung anlangt, so hat man sich nicht genötigt gesehen, einen sehr tiefgehenden Unterschied zwischen Berlin und den Provinzen zu machen. Der Bezirksausschuß für Berlin besteht, außer dem Vorsitzenden, aus sechs Mitgliedern ebenso, wie der der Provinzen.

Von diesen sechs Mitgliedern werden zwei vom Könige ernannt und vier vom Magistrat und Stadtverordnetenversammlung in gemeinschaftlicher Sitzung gewählt. Mitglieder dieser Körperschaften sind aber nicht wählbar. Von den vom König ernannten Mitgliedern muß der eine die Befähigung zum Richteramt, der andere die zum höheren Verwaltungsamt besitzen.

Wenn wir die Ergebnisse der soeben geschilderten Gesetze zusammenfassen, so kann vielleicht gesagt werden, daß sie einen der wichtigsten Grundsätze enthalten, um die Selbständigkeit der Stadtgemeinden noch mehr zu garantieren. Es ist sehr bezeichnend, daß zur Zeit diese Entwicklung in Preußen, andere Länder gerade in entgegengesetzten Bahnen sich bewegten. In den Vereinigten

¹⁾ d. h. für die preussischen Gemeinden exkl. Berlin.

Staaten von Nord-Amerika z. B. leiden besonders die Großstädte unter dem Eingreifen und der Bevormundung der Staatsgewalt, gegen welche ihnen keine rechtlichen Mittel zur Verfügung stehen.¹⁾ In Preußen dagegen haben diese neuen gesetzlichen Anschauungen den Kommunen die Sicherung gegeben, daß die Beschlüsse des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung nicht mehr durch eine einseitige Verfügung des Staates aufgehoben werden können. Dies kann nur noch im Wege des Verwaltungsstreitverfahrens geschehen. Ein anderer wesentlicher Fortschritt, worin sich auch ein großer Unterschied vor vielen ausländischen Zuständen, besonders der amerikanischen Gesetzgebung ausprägt, liegt darin, daß die Bürger der Stadt das Recht haben, die Beschlüsse der Gemeindeverwaltung oder Gemeindevertretung durch Anrufung der Verwaltungsgerichte anzugreifen, während in den Vereinigten Staaten die gewöhnlichen Civilgerichte die zuständigen Organe sind.

Was die Zuständigkeit der verschiedenen Organe der Verwaltungsgerichtsbarkeit und der Verwaltungsbeschlu sbehörden anlangt, möchten wir nur einige Punkte hier hervorheben, die besonders wichtig für die Gestaltung und normale Entwicklung der städtischen Verwaltung erscheinen, und die wesentlich dazu beitragen, Meinungsverschiedenheiten, sei es zwischen den städtischen Organen oder zwischen Bürgern und der städtischen Verwaltung auszugleichen, ohne da s die Gegensätze zu sehr zugespitzt werden, wegen Mangel an ausreichenden Rechtsmitteln, wie es vielfach in der Pariser Verwaltung zu Tage tritt.

Die Punkte sind:

1. Bei der Gemeindevertretung liegt die Entscheidung zu fällen in den Fragen, ob jemand im Besitz des Bürgerrechts ist, ob er zur Teilnahme an den Wahlen zur Gemeindevertretung berechtigt ist. Sie hat bei Wahlen zu Ämtern, die den Besitz des Bürgerrechts zur Voraussetzung haben, zu beurteilen, ob die Gewählten dieser Bedingung genügen. Doch alle diesbezüglichen Entscheidungen und Beschlüsse der Gemeindevertretung können im Wege des Verwaltungsstreitverfahrens angefochten werden.

2. Dasselbe gilt von Entscheidungen über die Gültigkeit der Wahlen zur Gemeindevertretung.

3. Ebenso von Entscheidungen über die Berechtigung zur Ab-

¹⁾ Siehe spätere Ausführungen über diese Punkte in den „Schlu sbetrachtungen“.

lehnung oder Niederlegung von Ämtern in der Gemeindeverwaltung oder -Vertretung.¹⁾

4. Ferner in der Frage der Richtigkeit der Gemeindewählerlisten.

5. Im Fall, daß ein Beschluß der Gemeindevertretung vom Gemeindevorstand beanstandet wird, steht der Gemeindevertretung das Recht zu, Klage einzulegen und zwar in den Provinzen in erster Instanz bei dem Bezirksausschuß, in Berlin in erster und letzter Instanz bei dem Obergericht.

6. Im Fall, daß der Beschluß des Gemeindevorstandes vom Bürgermeister beanstandet wird, gilt dasselbe Verfahren wie ad 5.

7. Im Fall, daß von der Aufsichtsbehörde verfügt wird, eine der Stadt obliegende Leistung in den Etat einzutragen, steht der Gemeinde eine Klage beim Obergericht zu.

8. Für Klagen wegen der Heranziehung oder Veranlagung der Gemeindesteuern ist der Bezirksausschuß entscheidende Instanz.

Ausnahmen in der Stellung der Stadt Berlin im Organismus des preussischen Staates. Verhältnis zu den anderen Städten.

Es mag zweckmäßig sein, hier, am Ende des verwaltungsrechtlichen Teiles die wichtigeren verwaltungs- und finanzrechtlichen Fälle aufzuzählen, in welchen ein anderes staatliches Organ als Aufsichtsbehörde für die Stadt Berlin besteht, wie in den übrigen preussischen Städten. Kurz ausgedrückt könnte man sagen, daß diese Ausnahmen samt und sonders sich aus zwei einfachen Thatsachen ergeben:

1. Daß im allgemeinen für Berlin die staatliche Aufsicht vom Oberpräsidenten und in letzter Instanz vom Minister des Innern²⁾ geführt wird.

2. Daß durch die Provinzialordnung vom 29. Juni 1875 die Stadt Berlin aus dem Verbandsverbande der Provinz Brandenburg ausgeschieden ist.

Die wichtigeren Fälle, für welche diese Aufsichtsinstanzen zuständig sind, sind:

1. verwaltungsrechtlicher Art;
2. finanzrechtlicher Art.

¹⁾ d. h. die unbesoldeten oder Ehrenämter.

²⁾ In einigen Fällen ist ein anderer Minister das zuständige Organ.

Unter die ersteren entfallen:

a) Für die preussischen Stadtgemeinden, hat bei Auflösung der Stadtverordnetenversammlung bis zur Einführung der neugewählten Stadtverordneten der Bezirksausschuß deren Verrichtungen zu besorgen. Für Berlin aber ist der Oberpräsident das zuständige Organ.

b) Betreffs gewisser Straßenanlagen bedarf das Ortsstatut der Gemeinde der Bestätigung des Oberpräsidenten. Für Berlin aber erfolgt diese Bestätigung durch den Minister des Innern.

c) Im Fall, daß die Ortspolizei ihre Zustimmung zu neuen Straßenanlagen verweigert, kann die Stadt die Entscheidung des Bezirksausschusses anrufen. Für Berlin aber entscheidet der Minister der öffentlichen Arbeiten.

d) Für die Aufstellung und Veränderung von Baufluchtlinien bedarf es gewöhnlich bei Stadtgemeinden der Übereinstimmung der Stadt- und Ortspolizei-Behörden. Für Berlin, Potsdam und Charlottenburg aber ist noch königliche Genehmigung nötig.

e) In den preussischen Stadtgemeinden bestehen neben den Stadtschulausschüssen die staatlichen Orts- und Kreis-Schulinspektoren; für beide ist Oberaufsichtsbehörde die Regierungsabteilung für Kirchen- und Schulsachen. In Berlin ist das Provinzial-Schulkollegium das zuständige Organ.

f) Die Aufsicht über die Amtsführung der Standesbeamten übt gewöhnlich der Regierungspräsident und in höherer Instanz der Oberpräsident und Minister des Innern aus. Für Berlin ist der Oberpräsident erste Instanz und der Minister des Innern höhere Instanz.

Die wichtigsten Fälle finanzrechtlicher Art sind:

a) Der festgestellte Etat einer Stadtgemeinde ist sofort dem Regierungspräsidenten vorzulegen. Für Berlin aber ist der Oberpräsident das zuständige Organ.

b) Wenn die Stadt es unterläßt, einer ihr durch Gesetz festgestellte finanzielle Verpflichtung zu übernehmen, so verfügt der Regierungspräsident die Eintragung in den Etat oder die Feststellung der außerordentlichen Ausgaben. Für Berlin liegt diese Verpflichtung dem Oberpräsidenten ob.

c) Bei der Rechnungslegung ist auch die Stadtgemeinde verpflichtet, eine Abschrift des Feststellungsbeschlusses sofort dem Regierungspräsidenten vorzulegen. Für Berlin tritt der Oberpräsident an des letzteren Stelle.

d) Zuschläge zu den indirekten Steuern, welche nicht ausdrücklich durch Gesetz verboten sind, bedürfen der Bestätigung des Bezirksausschusses, während für Berlin der Oberpräsident diese Funktion übernimmt.

e) Für die Aufnahme von Anleihen, welche den Schuldenbestand der Stadt vergrößern, bedarf es der Genehmigung des Bezirksausschusses. Für Berlin ist wiederum der Oberpräsident zuständig.

Kapitel II.

Aufgabenkreis der Kommunal- verwaltung.

Als Grundlage des Verständnisses des Finanzrechts und der Finanzverwaltung eines staatlichen Organismus ist vor allem eine Darlegung seines Wirkungskreises dienlich. Dieser Grundsatz hat auch für den städtischen Organismus die gleiche Berechtigung. Sowie man genötigt ist, zu einer klaren Einsicht in die Finanzen des preussischen Staates, dessen Gesetzgebung und Verwaltung, d. h. die Aufstellung von Rechtsnormen und die Durchführung spezieller Anordnungen zur Befriedigung der einzelnen Bedürfnisse des Staatslebens genau kennen zu lernen, ebenso unerläßlich ist es, die kommunale Gesetzgebung und Verwaltung als Voraussetzung für ein Verständnis des Finanzwesens anzunehmen. Je größer die Stadt, desto notwendiger wird dieses Verfahren, so daß z. B. für eine Stadt wie Berlin, welche vom finanziellen Standpunkt einen kleinen Staat mit allen seinen Aufgaben und Bedürfnissen für sich bildet, die kommunal-finanzrechtliche Seite eine wichtige Stellung in der Betrachtung einnehmen muß. Die Grundlagen des heutigen kommunalen Wirkungskreises finden wir in der Städteordnung von 1808. Seitdem ist die Strömung stets eine der kommunalen Autonomie und Selbstverwaltung günstige gewesen. Wie wir später sehen werden, hat diese Entwicklung wiederum größere Beschränkungen auf anderen Gebieten der Städteverfassung mit sich gebracht, um so die Einheit des Staatslebens zu bewahren. Die Ortsgemeinde ist wohl der wichtigste, doch nicht der einzige Selbstverwaltungskörper. Unter letzterem sind die zwischen dem Staat und den Einzelnen

stehenden, lokalen zwangsgemeinwirtschaftlichen Organismen zu verstehen. In einer Gemeinde von der Grösse Berlins durchkreuzen sich die verschiedenen Kategorien von Selbsterhaltungskörpern in ihrem Handeln viel mehr als in den kleineren Ortsgemeinden.

In den östlichen Provinzen des preussischen Staates, in deren Gebiet Berlin sich befindet, ist die Scheidung der Ortsgemeinde in Land- und Stadtgemeinden streng beibehalten. Neben vielen anderen Ursachen hat auch dies dazu beigetragen, daß die Stadt Berlin im grossen und ganzen unter dem allgemeinen Stadtrecht bleiben konnte, während in Frankreich, wo eine allgemeine Kommunalgesetzgebung ohne Unterschiede in Stadt und Land für die in Frankreich bestehenden 36 000 Kommunen bestand, man sich genötigt sah, nicht nur einige wenige Ausnahmen für die Stadt Paris zu machen, sondern für sie geradezu eine Sonderverfassung zu geben.¹⁾

Werfen wir jetzt einen Blick auf die städtische Gesetzgebung. Mit der Entwicklung des absoluten Staates wurde die städtische Gesetzgebung allmählich immer mehr dadurch eingeengt, daß der Staat die Grenzen derselben mit grosser Sorgfalt festlegte. Zu diesem vielfach rücksichtslosen Verfahren hatten mit Recht die schlimmen Erfahrungen mit den verworrenen Zuständen der früheren autonomen Korporationen geführt.

Ein ganz natürliches Resultat der Grundprinzipien, welche sich im Laufe dieses Jahrhunderts geltend gemacht haben und besonders in Preussen seit Anfang der dezentralisierenden Tendenz, war, daß die Städte die Befugnis erhielten, Ortsstatute über solche Angelegenheiten zu erlassen, die ihnen die staatliche Gesetzgebung entweder ausdrücklich zugeteilt oder wenigstens überlassen hat. Dieses Verhältnis übt auf das ganze Finanzwesen der Kommunen, im Vergleich zu dem des Staates, einen grossen Einfluß aus. Die Selbstverwaltungskörper stehen, obwohl sie dem Staate ähnlich sind, ihm angehören, doch auf einem anderen Boden. Die Aufgaben des Staates sind und müssen seinem Wesen nach unbegrenzt sein. Die Selbstverwaltungskörper dagegen erhalten vom Staate feste Grenzen, innerhalb welcher sie sich frei bewegen können. Die Thatsache einer Begrenzung aber führt dazu, daß das Finanzwesen der Stadt in seinen Ausgaben und Einnahmequellen sich wesentlich verschieden von dem des Staates gestaltet. Auf keinem Gebiete der Verfassung oder Verwaltung ist die Kommune in dem Sinne souverän, in dem wir von staatlicher Souveränität sprechen.

¹⁾ Auch für Lyon geschehen.

Die städtische Gesetzgebung ergibt sich aus dem Begriff der Selbstverwaltung oder der spezifischen Kommunalangelegenheiten. Der Kreis der letzteren findet seinen Inhalt in dem Zweck der Gemeinde selbst. In den östlichen Provinzen des preussischen Staates und in Westfalen liegt das Recht der Ortsstatute etwas anders als in den anderen Teilen der Monarchie, und zwar ist der Unterschied folgender: In letzteren dürfen die statutarischen Anordnungen zunächst über solche Angelegenheiten der Städte und über solche Rechte und Pflichten ihrer Mitglieder ergehen, bei denen die Städteordnungen Verschiedenheiten gestatten oder doch keine ausdrücklichen Bestimmungen dagegen enthalten. Zur Feststellung, Abänderung oder Aufhebung eines Ortsstatutes bedarf es des übereinstimmenden Beschlusses beider städtischen Behörden; zu seiner Giltigkeit bedarf es noch der Bestätigung seitens des Bezirksausschusses. In Berlin wird die Bestätigung vom Oberpräsidenten gegeben. Das Statut muß dann, gemäß ortsüblichen Bestimmungen publiziert werden.

Das zweite große Gebiet der städtischen Thätigkeit ist die Verwaltung, welche zur Aufgabe, die Durchführung spezieller Anordnungen zur Befriedigung der einzelnen Bedürfnisse des Gemeindelebens hat. Geistvoll kennzeichnet Lorenz v. Stein den Unterschied zwischen Gesetzgebung und Verwaltung in den Worten „That“ und „Arbeit“.

Die städtische Verwaltung bewegt sich hauptsächlich auf drei Gebieten:

1. in der Rechtspflege;
2. „ „ Finanzverwaltung;
3. „ „ inneren Verwaltung.

Das Gebiet der Rechtspflege, das der inneren Verwaltung, sowie die privatrechtlichen Beziehungen der Stadt können wir nur insofern behandeln, als sie mit unserem Hauptthema, d. h. dem Finanzrecht, Verwaltung und Statistik in Berührung kommen.

In dem folgenden Teile unserer Arbeit werden wir speziell die Verhältnisse der Stadt Berlin in Betracht ziehen, während die anderen preussischen Städte nur insoweit berücksichtigt werden, als die Hauptbestimmungen des allgemeinen Finanzrechts der Stadt Berlin für sie auch Giltigkeit besitzen.

Das Finanzrecht der Stadt Berlin.

Alle Fragen des Finanzrechts, und des städtischen Finanzwesens überhaupt, hängen so eng mit den Fragen des städtischen Verwaltungsrechts und mit dem Wirkungskreis der kommunalen Thätigkeit zusammen, daß wir beständig genötigt werden, auf das vorher Gesagte hinzuweisen. Vielleicht auf keinem Gebiete des öffentlichen Lebens spiegelt sich so klar die ganze rechtliche Entwicklung und Richtung eines Landes, als in der Finanzstatistik eines kommunalen Körpers. Nimmt man die größten Städte, noch besser die größte Stadt verschiedener Länder als Beispiel, so wird die Entwicklung ihrer Aufgabenkreise und die damit verbundenen finanziellen Zustände ein ziemlich zuverlässiger Barometer sein; nicht nur für die Stellung dieser Stadt im staatlichen Organismus, sondern für das gesamte öffentliche Leben und seine Thätigkeit. Wir geben sehr gerne zu, daß dies nicht unter allen Umständen der Fall sein wird, aber insoweit wir den heutigen Zustand des öffentlichen Lebens auf städtischem Gebiete in allen Kulturländern der Welt, besonders Deutschland (Berlin), Frankreich (Paris), England (London) und den Vereinigten Staaten (New-York) betrachten, bleibt dieser Maßstab ein zutreffender. Wo wir eine rein staatliche Bevormundung der Städte finden (wie in Paris), wo wir sehen, daß das beständige Eingreifen des Staates in die Selbstverwaltung, das Interesse der Bürger an den kommunalen Angelegenheiten (wie in New-York) ertötet hat; wo wir eine Zusammensetzung der städtischen Behörden sehen, die nur geeignet ist, Zwistigkeiten, politische und andere Gegensätze hervorzurufen (wie in Paris); wo wir die Verantwortlichkeit so verteilt finden, daß ihre rechtliche Fixierung große Schwierigkeiten mit sich bringt, wie in vielen amerikanischen Städten, und endlich, wo es an einem zuverlässigen städtischen Beamtentum fehlt, da können wir sicher sein, daß die Aufgaben, welche die betreffende Stadt zu erfüllen hat, mit unverhältnismäßig hohen Ausgaben verbunden sein werden. Die Beschränkung ihrer Befugnisse ist in solchen Fällen vom Standpunkte der Selbsterhaltung des Staates eine unumgängliche Notwendigkeit. Die Gemeinde ist ein Glied im staatlichen Organismus, und nur da, wo ihr Wirken den staatlichen Organismus stärkt, ist es möglich, ihr einen freieren Spielraum zu lassen. Die Verschiedenheiten in dieser Beziehung in den einzelnen Ländern

sind sehr groÙe. Wir werden dieses näher auszuführen haben, wenn wir zu dem vergleichenden Teile unserer Arbeit kommen. Wir werden dann sehen, wie die scheinbar entferntesten Thatsachen groÙen EinfluÙ auf das gesamte städtische Leben, und auf die städtischen Finanzen insbesondere, ausüben. Es wird dann klar werden, daÙ ohne genaue Kenntnis der ganzen politischen Entwicklung unmöglich zu erklären ist, warum eine städtische Verwaltung äußerst kräftig und wirksam sich entwickelt hat, während eine andere mit ebenso wohlhabenden und intelligenten Bürgern sich als zerfahren, verschwenderisch und kostspielig herausstellt.

Um dieses näher zu begründen, müssen wir jetzt die Finanzen der Stadt Berlin in allen ihren Zweigen näher untersuchen, und zwar werden wir in unserer Darstellung folgenden Plan verfolgen: Nach Behandlung der mehr technischen Seite des kommunalen Budgetwesens werden wir dazu übergehen, die Gliederung der Aufgaben näher klarzulegen, um zuletzt die Ausgaben und Ausgabearten, die Einnahmen und Einnahmearten zu schildern. Erst dann wird es uns möglich sein, zu dem vergleichenden Teile überzugehen, der die Verschiedenheiten in der Entwicklung und im heutigen Zustande, besonders in den Finanzverhältnissen Berlins und Paris klarlegen soll.

Das kommunale Budget.

Unter Budget versteht man die Berechnung bzw. Schätzung der in einer bevorstehenden Finanzperiode erforderlichen Ausgaben, sowie der zur Deckung derselben zu erwartenden Einnahmen; einer öffentlichen Wirtschaft.¹⁾ Für das Budget der Gemeinde dient das Staatsbudget als Typus. Dies ist eine Folge ihres Überganges von einer Rechts- und Interessentengenossenschaft zu einer staatsähnlichen Korporation mit öffentlich rechtlichen Aufgaben.

Die technische Seite der kommunalen Finanzwirtschaft läÙt sich nach drei bestimmten Gebieten sondern:

1. die Budgetfeststellung;
2. die Kassenführung und
3. die Rechnungslegung.

1. Budgetfeststellung.

Über alle Ausgaben und deren Deckungsmittel, Einnahme und Dienste, welche sich im voraus bestimmen lassen, entwirft der Ma-

¹⁾ Definition von Schanz.

gistrat jährlich einen Haushaltsetat für das folgende Jahr. Durch Gemeindebeschluss wird dann der Etat festgestellt. Diese Etatsaufstellung ist die wichtigste Aufgabe des Magistrats.¹⁾ Im Falle, daß Magistrat und Stadtverordnetenversammlung sich nicht einigen können, gilt der Entwurf des Magistrats als abgelehnt. Man muß sich dann durch die Bildung einer gemeinsamen Kommission zu vereinigen versuchen, und bringt dies keine Einigung zustande, so fällt die Entscheidung dem Bezirksausschusse zu.

2. Die Kassenführung.

Es sind hier zwei Systeme möglich: Entweder übernimmt der Staat für die Kommunalkörper die Geschäfte der Kassenführung oder diese Geschäfte werden von den Gemeindeorganen selbst besorgt bzw. durch die von ihnen berufenen Beamten. Es entspricht der ganzen Stellung der französischen Kommunen im Staatsorganismus, daß dort das erstere System angewendet worden ist, und ebenso ist es ein Ausfluß einer liberaleren Auffassung der städtischen Freiheiten, wie in Preußen, daß das zweite System in Anwendung gekommen ist. Die Kassenführung liegt in Berlin in den Händen von Beamten, die dem Magistrat unterstehen, dessen Befehle sie befolgen müssen und welchem sie verantwortlich sind. Die Anweisungen zur Vereinnahmung, sowie die zur Auszahlung von Summen gehen von dem Magistrat an die Stadtkasse. Der Magistrat ist für ihre Rechtmäßigkeit verantwortlich.

3. Die Rechnungslegung.

Die Prüfung der Rechnungen, sowie die definitive Entscheidung darüber erfolgt durch dieselben Organe, die über das Budget zu beschließen haben, d. h. Magistrat und Stadtverordnetenversammlung. Es ist dies ein wichtiger Teil der städtischen Finanzverwaltung, da es im wesentlichen von der Handhabung dieser Rechnungslegung abhängt, ob die einzelnen Zweige der Finanzverwaltung genügend zur Verantwortung herangezogen werden. Für Berlin ist das Verfahren folgendes:

Nachdem die Rechnung von der Stadtkasse aufgestellt und durchgesehen ist, wird sie dem Magistrat zur Revision überreicht.

¹⁾ Diejenigen Ausgaben können nicht verweigert werden, die durch ausdrückliche Bestimmung des Gesetzes Rechtspflicht der Gemeinde geworden sind.

Dieser hat sie genau zu untersuchen, zu prüfen und mit seinen Bemerkungen an die Stadtverordnetenversammlung zu überweisen. Nachdem letztere die Prüfung beendigt hat, wird die Rechnung durch Gemeindebeschluss endgültig festgestellt. Eine Abschrift des Feststellungsbeschlusses wird dem Oberpräsidenten eingereicht. Die grofse Bedeutung dieses Verfahrens für eine sparsame und zugleich wirksame Thätigkeit der städtischen Verwaltung liegt darin, dafs die Revision der Rechnungen durch die beiden städtischen Organe in sich eine Prüfung der Ordnung, Sorgfalt und Gesetzmässigkeit der verschiedenen Zweige der städtischen Verwaltung einschliesst und nicht blofs eine Untersuchung der kalkulatorischen Richtigkeit der Rechnungen ist.

Wir haben hier noch einige Eigentümlichkeiten der Kassenführung und Rechnungslegung der Stadt Berlin einzuschalten, die dem wichtigen Prinzip dienen, für ganz besondere Kontrollen und finanzielle Einrichtungen zu sorgen, um allen Anforderungen einer solchen Wirtschaft gerecht zu werden.

Vor der Einführung der Städteordnung von 1808 bestand für jeden Verwaltungszweig, für jedes Institut eine besondere Kasse. Noch im Jahre 1836 waren zwanzig kleinere Kassen neben den vier grofsen Hauptkassen (Kämmerei-, Armen-, Haus- und Mietsteuer- und Schuldentilgungskasse) vorhanden. Die Notwendigkeit einer Vereinfachung war den Gemeindebehörden wohl bewufst, und diesem Ziele strebten sie zu. Allmählich wurden durch Zusammenschmelzung verschiedener Kassen vier grofse Hauptkassen gebildet, die alle Zweige der städtischen Verwaltung umspannen. Diese sind:

1. Die Stadthauptkasse, die die Einnahmen empfängt und die Ausgaben leistet, die den Stadthaushalt betreffen.

2. Für diejenigen Verwaltungszweige, die mehr den Charakter von Privatgewerbebetrieben tragen, wie Gas-, Wasser-, Kanalisationswerke, Viehhof und Markthallen, ist eine besondere „Hauptkasse der städtischen Werke“ eingerichtet worden. Wie wir bald sehen werden, werden diese Werke von der Finanzverwaltung als selbständige Unternehmungen angesehen, die der Stadthauptkasse entweder einen Überschufs gewähren, oder von dieser einen Zuschufs erhalten müssen. Nur insofern sie entweder Überschüsse gewähren oder Zuschüsse verlangen, üben sie einen Einfluss auf die Stadthauptkasse aus.

3. Für diejenigen Verwaltungszweige, die den Stadthaushalt nicht oder nur indirekt berühren, wurde eine besondere, sogen.

Hauptstiftungskasse eingerichtet. Wie der Name besagt, kommen für sie vor allem die milden Stiftungen in betracht; dazu kommt noch der sogenannte „Grundstücks-Erwerbungsfond.“

4) Die Sparkasse. Diese Kasse als ganz gesondert zu gestalten, schien ihrer Natur nach für geboten, da die städtische Sparkasse ein selbständiges Institut für sich bildet, ohne direkte finanzielle Berührungspunkte mit dem Stadthaushalt.

Mit diesen Kassen als Grundlage wird der Stadthaushalt in 13 Kapitel eingeteilt:

- I. Kämmerei-Vermögen.
- II. Verwaltung der städtischen Werke.
- III. Steuerverwaltung.
- IV. Kapital- und Schuldenverwaltung.
- V. Unterrichtsverwaltung.
- VI. Armen-Verwaltung.
- VII. Einrichtungen für die öffentliche Krankenpflege; Einrichtungen für die öffentliche Gesundheitspflege und Heimstätten für Genesende.
- VIII. Park- und Garten-Verwaltung.
- IX. Bau-Verwaltung.
- X. Verwaltungskosten.
- XI. Polizei-Verwaltung.
- XII. Städtische Strafsen-Beleuchtung, Strafsen-Reinigung und Besprengung.
- XIII. Verschiedene Einnahmen und Ausgaben.

Für die Aufzeichnung der in diesen Verwaltungen beschäftigten Beamten verweisen wir auf den Abschnitt über die Verwaltungskosten der Stadt Berlin.

Kapitel III.

Betrachtungen über die kommunalen Aufgaben und die damit verbundenen Ausgaben.

Man kann die kommunalen Aufgaben von verschiedenem Standpunkte aus betrachten; entweder von dem des Staatsorganismus als eines ganzen oder aber von dem der Gemeinde als eines selbständigen Organes, das in einem gewissen Verhältnis zum Staate steht.

I. Von ersterem Standpunkte aus könnte man die Aufgaben des Gemeindegörpers in drei Kategorien einteilen; nämlich:

1. Die Durchführung der eigentlich dem Staate zustehenden Aufgaben, die also Ausgaben für staatliche Zwecke mit sich bringen. Hierunter würden diejenigen Aufgaben fallen, deren Durchführung besondere Ortskenntnis erfordert. Dazu gehören die Militärverwaltung und Rechtspflege, die Sicherheits-, Gesundheits- und Baupolizei, die Besorgung politischer Wahlen, die Mitwirkung an der sozialen Gesetzgebung (Arbeiterversicherungsgesetzgebung).

2. Die vom Staate festgestellten Aufgaben, welche die obligatorischen kommunalen Ausgaben repräsentieren. Hierzu sind zu rechnen: Armenpflege, Unterrichtswesen, Wege- und Kommunikationsanstalten (wie Brücken) und Feuerlöschwesen.

3. Die Aufgaben, welche sich die Gemeinde selbst und freiwillig stellt und die über das staatlich festgesetzte Minimum hinausgehen. Hierzu gehören die besonderen städtischen Sicherheits-, Wohlfahrts- und Annehmlichkeitsinteressen, die in fortwährendem Wachsen begriffen sind. Hierzu können wir rechnen

a) Gebiete des Verkehrswesens, sei es Verkehr von Personen

oder gewerblicher Verkehr und Handel, wie Pflasterung, Reinigung der Strafsen, Beleuchtung, Strafsenerweiterung, Markthallen.

b) Gesundheitswesen, wie z. B. Kanalisierung, Promenaden und Parkanlagen, Wasserleitung, Schlachthöfe u. dergl. mehr.

c) Bildungswesen, zu welchem gerechnet werden müssen die über das staatlich festgesetzte Minimum hinausgehenden Leistungen auf dem Gebiete der niedrigeren Kommunalschulen, die Ausgaben für den höheren Unterricht, für Kunst, Wissenschaft u. s. w.

II. Vom Standpunkte der Gemeinde aus betrachtet würden wir die Aufgaben teilen in:

1. Allgemeine Aufgaben, unter welche die staatlichen und kommunalobligatorischen entfallen;

2. Sonderaufgaben, unter welche die Fakultativen zu rechnen sind.

Eine prinzipielle Abgrenzung der drei obengenannten Gebiete ist von vornherein völlig unmöglich, da die Scheidung sich ganz und gar richtet nach der Anschauung der Zeit bezüglich der Rechte und Pflichten des Staates und nach der Teilung der öffentlichen Aufgaben zwischen dem Staat und den verschiedenen Kommunalkörpern. Die Tendenz der Dezentralisation, unter deren Einwirkung die Erweiterung der Beteiligung kommunaler Korporationen an den Staatsaufgaben sich in neuerer Zeit vollzogen hat, zusammen mit den wachsenden Ansprüchen einer zahlreichen Bürgerschaft und ihrem engen Zusammenleben, hat das Gebiet der kommunalen Thätigkeit ganz ungemein gesteigert und dadurch einen entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung des kommunalen Finanzwesens ausgeübt. Die Normen zur Feststellung der Grenzen geben einerseits die staatlichen Gesetze, andererseits die Kommunalkörper, insoweit die staatlichen Gesetze ihnen einen freieren Spielraum einräumen.

In Anknüpfung an diese Erörterung des Aufgabenwesens der Gemeinde haben wir jetzt einiges über die Statistik deren Ausgaben zu sagen. Wir wollen nicht sehr lange bei diesem Teile verweilen, da wir das Hauptgewicht auf die Einnahmen und Einnahmequellen der Stadt Berlin und ihre Vergleichung mit Paris legen werden. In der Entwicklung dieser Hauptausgabearten kann man sehr gut die großartige Entwicklung der Stadt Berlin verfolgen.

Zunächst wollen wir eine allgemeine Übersicht des Haushalts-etats von Paris und Berlin geben und dann zu einigen historischen Bemerkungen über die Hauptausgabearten übergehen.

Tab. I.

Budget von Paris 1891.

Verwaltungen.	Aus- gaben. <i>M</i>	Ein- nahmen. <i>M</i>	Über- schufs. <i>M</i>	Deficit, d. h. der von der Gemeinde zu gewähren- de Zuschufs.
1. Kämmererverwaltung	795 200	3 916 280	3 121 080	—
2. Die städtischen Werke	15 133 100	30 925 224	15 792 124	—
3. Steuerverwaltung	7 630 748	138 596 600	130 965 852	—
4. Kapital- u. Schuldenverwaltung	75 451 388	4 300 000	—	71 151 388
5. Unterrichtsverwaltung	19 298 426	1 697 040	—	17 601 386
6. Armenverwaltung	18 481 468	—	—	18 481 468
7. Polizeiverwaltung	23 926 366	15 192 606	—	8 733 760
8. Straßenbeleuchtung, Reinigung und Besprengung	10 824 980	5 092 800	—	5 732 180
9. Verwaltungskosten	8 059 232	—	—	8 059 232
10. Park- und Gartenverwaltung	2 043 640	—	—	2 043 640
11. Bauverwaltung	21 895 040	2 902 660	—	18 992 380
12. Verschiedene kleinere Ausgaben und Einnahmen	8 213 352	9 129 730	916 378	—
13. Extraordinarium	24 651 520	24 651 520	—	—
Summa:	236 404 460	236 404 460		

Tab. II.

Budget von Berlin 1891/92.

Verwaltungen.	Aus- gaben. (Ordinarium und Extra- ordinarium.)	Ein- nahmen. (Ordinarium und Extra- ordinarium.)	Über- schufs.	Deficit, d. h. der von der Stadt- gemeinde zu gewährende Überschufs.
1. Kämmererverwaltung	157 656	822 134	664 478	—
2. Verwaltung der städt. Werke	2 735 094	7 469 406	4 734 312	—
3. Steuerverwaltung	319 000	36 168 897	35 849 897	—
4. Kapital- u. Schuldenverwaltung	13 881 047	11 782 325	—	2 098 722
5. Unterrichtsverwaltung	13 323 624	2 068 938	—	11 254 686
6. Armenverwaltung	7 616 382	898 102	—	6 718 280
7. Kranken- und Gesundheitspflege	4 247 190	947 560	—	3 299 630
8. Park- und Gartenverwaltung	649 271	16 867	—	632 404
9. Bauverwaltung	17 276 811	6 381 059	—	10 895 752
10. Verwaltungskosten	6 770 528	705 743	—	6 064 785
11. Polizeiverwaltung	3 158 436	532 072	—	2 626 364
12. Straßen-Beleuchtung, Reinigung und Besprengung	2 379 833	119 868	—	2 259 965
13. Verschiedene Ausgaben	3 684 541	8 286 442	4 601 901	—
Summa:	79 199 413	79 199 413	45 850 588	45 850 588

Aus dieser letzten Tabelle ergibt sich, daß die hauptsächlichsten ordentlichen Ausgaben für das Etatsjahr 1892/93 folgende sind:

Kapital- und Schuldenverwaltung	14 702 506 Mk.
Unterrichtsverwaltung	13 763 306 „
Armenverwaltung	8 294 858 „
Bauverwaltung	7 584 195 „
Verwaltungskosten	6 824 375 „
Polizeiverwaltung	3 351 096 „
Steuerverwaltung	3 029 703 „
Städtische Straßenbeleuchtung, Straßenbesprengung und -Reinigung	2 486 318 „

Es ist nötig, einige dieser Kategorien von Ausgaben etwas näher zu untersuchen, da sich vieles der Stadt Berlin Eigentümliche ergeben wird. Dies geschieht nur zur Erleichterung von Vergleichen mit anderen Städten, und, was vielleicht noch wertvoller ist, um wenigstens mit geringerer Gefahr Parallelen zu ziehen. Besonders ist dies der Fall bei den Hauptposten der städtischen Ausgaben, so betreffs des Schulden-, Unterrichts- und Armenwesens, sowie der Polizei- und Verwaltungsposten. Jede Stadt weist in dieser Beziehung besondere Verhältnisse auf, so daß die reinen Bruttozahlen uns gar nichts zu sagen vermögen und nur im Zusammenhang mit den Einnahmen und den Umständen, die die größeren und minderen Kosten verursacht haben, betrachtet werden können.

Kapital- und Schuldenverwaltung.¹⁾

Vielleicht auf keinem Gebiete des städtischen Finanzwesens spiegeln sich die Eigentümlichkeiten einer Stadt in so hohem Masse, als gerade bei den Schuldenverhältnissen. Die scheinbar entferntesten Thatsachen üben in diesem Gebiete einen großen Einfluß aus, so z. B. die geschichtliche Entwicklung der Straßenverhältnisse, ihre Breite und Länge. Städte, deren Entwicklung dazu geführt hat, daß eine Menge kurzer, krummer Straßen beseitigt werden mußte, um den Anforderungen der Gesundheitspflege und den Verkehrsverhältnissen gerecht zu werden, werden einen anderen Schuldenbestand aufweisen, als eine Stadt, deren lokale Verhältnisse solche Ansprüche nicht gemacht haben. Dies ist nur ein Beispiel

¹⁾ In dem Kapitel der außerordentlichen Einnahmen werden wir die Frage der städtischen Schulden eingehend erörtern.

der vielen Ursachen, die mitwirken, um die Verhältnisse dieser Gebiete in den einzelnen Städten verschieden zu gestalten.

Die ganze Frage hängt mit der finanzpolitischen Frage der Anleiheaufnahme eng zusammen, welche wir unter dem Titel „Einnahmen“ behandeln werden. Vorläufig wollen wir nur einige statistische Daten geben über die Ausgaben der Stadt Berlin für die Zinsen und Amortisation ihrer Anleihen. Wie wir später sehen werden, weist keine Großstadt diesseits, und noch viel weniger jenseits des Ozeans solche günstigen Schuldenverhältnisse auf wie gerade Berlin. Der bei weitem größte Teil des gesamten Schuldenbestandes der Stadt Berlin ist produktiver Art, d. h. in solchen Werken angelegt, welche direkt die Zinsen einbringen und vielfach noch große Überschüsse dazu ergeben. Hieraus geht hervor, daß die Angabe der Zinsen und Tilgung, die Berlin für seine Schulden zu bezahlen hat, so z. B. für das Jahr 1891/92 13 798 207 Mark, gar nichts aussagen wird, wenn man nicht die Zwecke in Betracht zieht, für welche diese Anleihen gemacht worden sind.¹⁾ Thatsächlich erstatten von diesen 13 798 207 Mark die städtischen Werke 11 296 869 Mark zurück.

Man kann sich kaum einen größeren Unterschied denken, als den, welcher zwischen Berlin und Paris betreffs der Ausgaben für Schuldenverzinsung und Schuldentilgung besteht. Man braucht die Zwecke, für welche die Anleihen gemacht worden sind, zu betrachten²⁾, um daraus zu ersehen, daß auf diesem Gebiete kein Vergleich irgendwie möglich ist, da es sich um Umstände handelt, die reine Imponderabilien sind. Die soziale, politische und wirtschaftliche Entwicklung von Paris hat dazu geführt, daß die Verwaltung gewisse große Probleme zu lösen hatte, für welche große Summen nötig waren, ohne daß deren Anwendung unmittelbar produktiv gewesen sind. Im Jahre 1890 hatte die Stadt Paris an Verzinsung und Tilgung ihrer Schulden zu verausgaben 85 059 756,24 Mark.³⁾

Das Unterrichtswesen.

Die Ausgaben hierfür hängen mit der Auffassung der Stellung der Schulen zur Gemeinde eng zusammen. Obwohl in neuerer Zeit

¹⁾ S. Ausführungen unter Einnahmen, betreffend „Anleihen“.

²⁾ S. Einnahmen „Anleihen“.

³⁾ Wieviel hiervon durch direkte Einnahmen gedeckt wird, siehe unter „Einnahmen“ „Anleihen“.

die Volksschulen im allgemeinen Sache der Gemeinde geworden sind, zeichnen sich besonders die Großstädte dadurch aus, daß sie nicht nur das erforderliche Minimum für diese Zwecke gegeben haben, sondern daß sie weit darüber hinaus sich auch an dem mittleren Unterrichtswesen (der Mittelschulen) und sogar an dem höheren beteiligt haben. Auf diesem Gebiete haben Berlin und Paris wahrhaft Großartiges geleistet. Man braucht hier nur einige historische Daten zu geben, um dies voll und ganz zu bestätigen. Man muß bedenken, daß zur Zeit der Einführung der Städteordnung kein eigentliches Kommunalschulwesen oder öffentliches Elementarschulwesen überhaupt bestand, höchstens einige Armenschulen waren aufzuweisen. Erst im Jahre 1837 wurde der Schuldeputation die Verwaltung der sämtlichen Kommunalschulen zugeteilt, obwohl sie schon früher die Leitung und Beaufsichtigung der Privatschulen geführt hatte. Diese Schuldeputation besteht gegenwärtig aus 32 Mitgliedern in folgender Zusammensetzung: 6 Magistratsmitglieder, von welchen zwei als Stadtschulräte funktionieren und städtische Beamte sind, 10 Stadtverordneten, 4 Superintendenten, 1 katholischer Propst (von St. Hedwig).

Die heutige Stellung des Elementarschulwesens ist die, daß die Gemeinde die Gesamtkosten tragen muß, während der Staat aus eigenen Mitteln nur für das Pensionswesen sorgt. Es ist aber erst in ganz neuerer Zeit dahin gekommen, daß die Stadt Berlin wirklich angefangen hat, den Ansprüchen einer Großstadt gerecht zu werden. Seitdem sind aber ganz glänzende Fortschritte gemacht worden. Erst im Jahre 1869 wurde die Aufhebung der Schulgelder beschlossen. Die ganze Tragweite dieses Vorgehens hat sich erst in der späteren Entwicklung herausgestellt. Wenn man bedenkt, daß im Jahre 1840 nur zwölf Kommunalschulen bestanden, in welchen 7074 Kinder unterrichtet wurden, und man diesen Zustand mit dem heutigen vergleicht, dann erscheint es uns, als ob nicht fünfzig Jahre, sondern ein paar Jahrhunderte dazwischen lägen. Das System der Armenschulen dauerte fort bis zur Zeit der Aufhebung des Schulgeldes. Tabelle III S. 47 zeigt den Zuwachs.

In noch viel höherem Maße als die Zahl der Elementarschulen sind die Ausgaben der Stadt gewachsen. Die Kosten, ohne Zurechnung der Baukosten, waren:

1860:	601 806	Mark
1883/84:	5 801 777	„
1891/92:	9 016 101	„

Tab. III.

Jahr:	Zahl		
	der Schulen:	der Klassen:	der Kinder:
1861	22	205	—
1869	49	557	31 752 ¹⁾
1876	94	1 267	67 902
1883	128	2 094	—

Hierzu kommt noch das ganze Gebiet des höheren Schulwesens, worin die Stadt auch vieles gethan hat. Im Jahre 1861 bestanden neben den vier königlichen Gymnasien und der einen königlichen Realschule noch zehn städtische höhere Schulanstalten, während gegenwärtig der Stand dieses städtischen Gebietes ungefähr folgender ist:

11 Gymnasien mit je 15 Klassen	165 Klassen
7 Realgymnasien mit 14 und 15 Klassen	102 „
2 Oberrealschulen mit je 14 Klassen	28 „
	295 Klassen
Vorschulklassen	55 „
Gesamtzahl der Klassen	350 Klassen

Die Ausgaben für das höhere Unterrichtswesen beliefen sich, wenn man die Fortbildungs- und Gewerbe-Fachschulen dazu rechnet, im Jahre 1891/92 auf 4 307 523 Mark.

Auf dem Gebiete des Schulwesens, sowohl des Elementar- als höheren Unterrichts, hat auch die Stadt Paris Großartiges geleistet. Das höhere Schulwesen ist aber bei weitem nicht so systematisch und einheitlich organisiert wie in Berlin. Die direkte Staatsthätigkeit auf diesem Gebiete ist ebenfalls größer als in Deutschland. Dagegen werden mehr Stipendien (Bourses) und eine viel größere Anzahl von Vorlesungen unterstützt oder unmittelbar veranstaltet als in Berlin. Die Ausgaben für die verschiedenen Kategorien von Schulen waren im Jahre 1891:

¹⁾ In 1869 gab es noch 19 Privatschulen mit 170 Klassen und 9726 Kindern.

	Mark:
Elementarschulen	10 939 680,00
Kindergärten	1 588 800,00
Fortbildungs- und Fachschulen	4 707 171,20
Subventionen	906 120,00
Summa:	18 141 771,20
Städtische Gymnasien und Stipendien	1 156 654,40
Gesamtausgaben für Unterrichtszwecke	19 298 425,60

Ausgaben der Armenverwaltung.

Man muss hier unterscheiden:

1. Die offene Armenpflege;
2. Die geschlossene Armenpflege;
3. Die Waisenpflege.

Wir können hier nicht auf die Details der zwei letzten Kategorien eingehen. Was die offene Armenpflege anlangt, so wurde sie am 1. Nov. 1820 von dem königlichen Armendirektorium an die Stadtgemeinde übertragen. Auf diesem Gebiete hat sich das System der städtischen Ehrenämter in einer großartigen Weise ausgebildet. An der Spitze der Verwaltung steht eine jener Verwaltungsdeputationen, von denen wir schon ausführlich gesprochen haben. Sie wird die „Armendirektion“ genannt und besteht aus zehn Stadträten, siebzehn Stadtverordneten und zehn Bürgerdeputierten. Als Decernenten fungieren vier Magistrats-Assessoren in denjenigen Angelegenheiten, welche juristisch-technische Kenntnisse erfordern. Als Organe der Armen-Direktion werden Armenkommissionen in den einzelnen Stadtbezirken gebildet. Die Mitglieder dieser Kommissionen werden von der Stadtverordnetenversammlung auf sechs Jahre gewählt. Diese Kommissionen bestehen aus Bezirksvorstehern, Vorsteherstellvertretern, Stadtverordneten, aber zum größten Teil aus gewöhnlichen Bürgern. Im Jahre 1891 waren vorhanden 243 Kommissionen mit 234¹⁾ unbesoldeten Vorstehern, 243 Vorsteherstellvertretern, 117 Stadtverordneten und 1850 anderen Kommissionsmitgliedern.

Die gewährten Unterstützungen sind von dreierlei Art, nämlich:

1. Das Almosen, welches in einer monatlich fortlaufenden Unter-

¹⁾ 9 derselben sind Vorsteher zweier Kommissionen.

stützung besteht, die nur infolge hohen Alters, bei dauernder Krankheit und Erwerbsunfähigkeit gewährt wird.

2. Das Pflegegeld; damit wird die Beihilfe gemeint, welche Mütter behufs Verpflegung und Erziehung ihrer Kinder bis zu deren vollendetem 14. Lebensjahre erhalten.

3. Die sogenannten außerordentlichen Unterstützungen, welche bei eingetretener Hilfsbedürftigkeit, die voraussichtlich vorübergehender Natur ist und durch zeitweise Arbeitslosigkeit oder durch Krankheit bedingt ward, bis zur Höhe von 15 Mark von den Armenkommissionen bewilligt, die aber auch Almosen- und Pflegegeldempfängern neben ihren laufenden Unterstützungen zu teil werden können.

Die Durchschnittsrate, die an jeden Almosenempfänger oder Pflegegelderheber bezahlt wird, ist stetig gewachsen, wie folgende Tabelle zeigt:

	Almosen- empfänger: Mark pro Kopf:	Pflegegeld- empfänger: Mark pro Kopf:
1861	91,35	46,45
1874	125,84	61,53
1883/84	132,16	69,02
1886/87	139,84	70,11
1888/89	143,67	78,93

Die Kosten der offenen Armenpflege und der Waisenpflege sind, wie folgend, gestiegen:

	Mark:
1861:	1 065 567
1865:	1 203 964
1870:	1 730 639
1875:	1 985 963
1883/84:	3 362 203
1886/87:	3 728 458
1888/89:	4 014 801
1891/92:	5 359 601

Die geschlossene Armenpflege wird in den zwei Krankenhäusern, den zwei Siechenanstalten, in der Irrenanstalt zu Dalldorf und der Idiotenanstalt für Kinder, welche sämtlich der Stadt angehören, ausgeübt. Hierzu kommen noch verschiedene staatliche und private

Krankenhäuser, die von der Stadt wegen Überfüllung ihrer eigenen Anstalten benutzt werden. Das in den Jahren 1878/79 erbaute Arbeitshaus zu Rummelsburg gehört auch zu der städtischen, geschlossenen Armenpflege, obwohl es mehr den Charakter eines Gefängnisses, als den eines Arbeitshauses (im englischen Sinne) besitzt. Die Gesamtkosten der geschlossenen Armenpflege betrugen im Jahre:

	Mark:
1861:	758 132
1865:	949 664
1870:	1 606 382
1875:	2 800 737
1883/84:	4 310 797
1886/87:	4 794 524
1888/89:	5 161 818
1891/92:	6 503 971

Demnach waren die Gesamtkosten der städtischen Armenpflege:

	Civil- bevölkerung:	Kosten in Mark:
1861	519 655	1 823 699
1865	626 462	2 153 628
1870	750 903	3 337 021
1875	928 678	4 786 700
1883/84	1 197 299	7 673 000
1885/86	1 284 334	8 108 611
1888/89	1 453 693	9 176 619
1891/92	1 576 376	11 863 562

Dieser Gesamtausgabe steht eine Einnahme von 1 845 662 Mark gegenüber, von denen 637 496 Mark aus der offenen Armen- und Waisenpflege, und 1 208 166 Mark aus der geschlossenen Armen- und Krankenpflege herrühren.

Ausgaben für Armenpflege in Paris.

Das Pariser Budget unterscheidet nicht so streng die offene und geschlossene Armenpflege, wie dies in Berlin der Fall ist. In Paris hat sich ein großartiges System ausgebildet, dessen Kontrolle aber nicht eine so feste ist, wie in Berlin. Die Netto-Ausgaben für die gesamte Armenpflege waren im Jahre 1891 18 481 468 Mark

oder bei einer Einwohnerzahl von 2 344 550 eine Ausgabe von 7,8 Mark pro Kopf der Bevölkerung.

Wenn wir die Netto-Ausgaben der Armenpflege, der geschlossenen wie offenen, vergleichen, so ergibt sich

			Mark
	Jahr:	Einwohnerzahl:	Nettoausgaben: Pro Kopf der Bevölkerung:
Berlin:	1891/92	1 576 376	10 965 460 6,3
Paris:	1891	2 344 550	18 481 468 7,8

Ausgaben für Straßenbeleuchtung, Besprengung und Reinigung.

Wir kommen hier zu einem der wichtigsten Gebiete der städtischen Verwaltung. Nach ihrer Handhabung wird oft und zwar mit einem gewissen Recht, die ganze städtische Verwaltung beurteilt. Für den Fremden ist dies oft der beinahe ausschliessliche Maßstab. Wie einseitig dieser auch sein mag, ist er, wenn wir die Großstädte der westlichen Kulturländer betrachten, doch ein ziemlich exakter Barometer für die Tüchtigkeit der Verwaltung. Vor allem bedarf es hier einer starken administrativen Kontrolle und Verantwortlichkeit, noch dazu wenn die Stadt diese Thätigkeit durch Privatgesellschaften ausführen läßt, muß das Pflichtbewußtsein ein noch höheres sein. Vielleicht auf keinem anderen Gebiete sind in der Verwaltung der amerikanischen Städte so viele Mißbräuche zutage getreten; Mißbräuche, die durch eine mangelhafte administrative Kontrolle und Verantwortlichkeit in hohem Maße gesteigert worden sind.

Um zuerst die Frage der Straßenbeleuchtung aufzunehmen, müssen wir auf die Ausführungen über die städtischen Gasanstalten verweisen. Wir werden dort sehen, wie bis zum Jahre 1847 die gesamte Straßen- wie Privatbeleuchtung in den Händen der „Imperial-Continental-Gasassociation“ war. Durch die Königliche Kabinetsordre von 1844 ist der Stadt vom 1. Januar 1847 ab das ausschließliche Recht zugesichert worden, „aus ihren durch die Straßen geführten Leitungsröhren, Privatpersonen und öffentliche Gebäude mit Gas zu versorgen.“ Die englische Gesellschaft behielt immer noch einen Teil der Straßenbeleuchtung, — ein Recht, das aber mit dem Wachstum der Stadt von relativ immer geringerer Bedeutung wurde. Da die städtische Gasanstalt, wie unsere Ausführungen darüber zeigen, als ein besonderes gewerbliches Unternehmen angesehen wurde, mußte die Stadthauptkasse

für das von der städtischen Gasanstalt zur Straßenbeleuchtung geliefertes Gas den Preis von $13\frac{1}{3}$ Pfennig per Kubikmeter an die Erleuchtungskasse bezahlen, bei welcher es als eine Einnahme der städtischen Gasanstalt figurierte; der gleiche Preis wurde der englischen Gesellschaft bezahlt. Dieser Zustand dauerte bis zum 1. April 1884. Seitdem bezahlt die Stadthauptkasse nichts mehr für die Straßenbeleuchtung, soweit sie von den städtischen Gaswerken ausgeht, sondern letztere müssen das Gas für das öffentliche Erleuchtungswesen unentgeltlich liefern.

Die Ausdehnung der Straßenbeleuchtung, welche durch die Zurückdrängung der Petroleum-Beleuchtung einerseits, und durch das Wachsen der Stadt anderseits verursacht worden ist, zeigt sich in folgender Tabelle, die in den Verwaltungsberichten der Stadt Berlin zusammengestellt ist. Die elektrische Beleuchtung spielt bis jetzt noch keine sehr bedeutende Rolle in der Straßenbeleuchtung der Stadt. Sie ist in der Hauptsache, außer der von Privaten bezahlten, auf den Potsdamer Platz, die Leipziger Straße und „Unter den Linden“ beschränkt. Die von der Stadt verausgabten Summen hierfür, die in der Hauptsache der Aktiengesellschaft „Berliner Elektrizitätswerke“ zufließen, sind in der Tabelle (Seite 53) angegeben.

Da, wie gesagt, die Kosten der städtischen Gasanstalt für die öffentliche Beleuchtung nicht mehr an ihre Kasse zurückbezahlt werden, mußten wir die Kosten seit 1884 fiktiv ausrechnen. Die Ziffern des Gasverbrauchs für Straßenbeleuchtung im Jahre 1891/92 sind noch nicht genau festgestellt, so daß sie nur abgerundet veranschlagt werden konnten.

Die Straßenbeleuchtung von Paris.

Während der Stadt Berlin die öffentliche Straßenbeleuchtung unentgeltlich von den städtischen Gasanstalten geliefert wird,¹⁾ muß die Stadt Paris 12 Pfennige per Kubikmeter an die „Compagnie Parisienne du Gaz“²⁾ zahlen. Der Stadt ist dieser verhältnismäßig niedrige Satz gewährt auf Kosten ihrer Bürger, die 24 Pfennige pro Kubikmeter zu bezahlen haben. Anderseits muß man auch

¹⁾ Die Kosten der städtischen Straßenbeleuchtung sind von uns mit dem Satz von $13\frac{1}{3}$ Pfg. pro Kubikmeter fiktiv ausgerechnet worden.

²⁾ Eine direkte Vergleichung mit Berlin ist hier gänzlich ausgeschlossen.

Statistik der städtischen Straßenbeleuchtung.

Jahr	Zahl der am Schlusse des Etats-Jahres vorhandenen öffentlichen La- ternen, welche aus den städti- schen Gasanstal- ten gespeist werden.	Zahl der Gas- flammen, welche von der Eng- lischen Gas- anstalt ver- sorgt werden.	Summa aller öffentlichen Gas- flammen.	Zahl der Petro- leum- Flam- men.	Kosten für die Beleuchtung der durch die städti- schen Gasanstal- ten versorgten Gasflammen.	Kosten für die Beleuch- tung der durch die Englischen Anstalten versorgten Gas- flammen.	Kosten für Aufstellung neuer Gas- flammen.	Kosten für Unterhaltung der Petroleum- laternen und Aufstellung neuer Laternen.	Summa aller Kosten für die öffentlichen Gas- und Petroleum- Beleuchtung.	Kosten der elek- trischen Beleuch- tung.	Gesamt- kosten der Straßen- Beleuch- tung.
1860/61	4 247	71	4 318	59	395 283	2 409	23 686	5 955	427 333	—	427 333
1865/66	7 092	69	7 161	259	737 324	7 245	38 280	32 761	805 611	—	815 611
1870/71	7 976	183	8 159	355	741 126	16 637	6 414	29 836	813 336	—	813 336
1875/76	10 511	285	10 796	677	964 410	25 334	79 338	45 404	1 114 487	—	1 114 487
1880/81	12 479	429	12 908	808	1 165 936	40 472	35 022	50 692	1 283 547	—	1 283 547
1885/86	14 947	519	15 466	981	1 365 751	47 749	35 770	53 511	1 503 512 ¹⁾	14 696	1 518 208
1888/89	17 509	643	18 152	1 095	1 531 894	54 486	68 057	55 881	1 710 318	86 843	1 797 161
1890/91	19 565	—	—	—	1 873 066	66 780	100 000	75 100	2 174 946	128 063	2 243 009
1891/92	—	—	—	—	2 100 000	74 550	100 000	84 800	2 359 350	128 063	2 487 413

¹⁾ Ohne die Kosten der elektrischen Beleuchtung.

bedenken, daß die Stadt etwa 16 000 000 Mark jährlich von der Gasgesellschaft erhält.

Im Jahre 1891 bezahlte die Stadt Paris

1. An die Gasgesellschaft für Strafsen- und öffentliche Gebäude-Erleuchtung	4 410 920 M.
2. Außerdem hat die Stadt für Petroleum-Beleuchtung verausgabt	86 800 „
3. Für Elektrizitäts-Beleuchtung	811 580 „
4. Materialien, Aufsichts- und andere Kosten	218 800 „
	5 528 100 M.

Hieraus wird ersichtlich, daß die Kosten der öffentlichen Beleuchtung in Paris mehr als doppelt so hoch als in Berlin sind. Dies erklärt sich einmal aus der einfachen Thatsache, daß die Stadt Paris mehr als zweimal so viel Gas für die öffentliche Beleuchtung gebraucht als Berlin, und andererseits, daß die Ausgaben für elektrische Beleuchtung bedeutend höher sind, wie eine Vergleichung der beiden Tabellen klar zeigt. Die Zahl der Lampen ist dreimal so groß als in Berlin.

Die Strafsenreinigung.

Bis zum Jahre 1848 konnte man nicht von einem öffentlichen Strafsenreinigungswesen für Berlin sprechen, da bis dahin diese Verpflichtung den Hausbesitzern oblag. Ein jeder von diesen mußte nämlich für die Reinhaltung der Strafsen bis zur Hälfte des Fahrdammes sorgen. Die Reinigung der öffentlichen Plätze, Strafsenkreuzungen, und der Strafsendämme vor den öffentlichen Gebäuden war in den Händen des Polizeipräsidioms. Begreiflicherweise fehlte es bei einem solchen Zustande nicht an Streitigkeiten zwischen Polizeipräsidium und Magistrat. Den ersten Ausgleich bewirkte die Kabinets-Ordre vom 31. Dezbr. 1838, wodurch der Staat sich verpflichtete, einen jährlichen Zuschuß von 99 000 Mark zu dem Nachwach-, Strafsenbeleuchtungs- und Reinigungswesen zu gewähren.

Die Klagen der Hausbesitzer wegen ihrer Heranziehung zur Strafsenreinigung wurden immer lauter und lauter, so daß im Jahre 1848 der Magistrat sich veranlaßt sah, in zwei Stadtteilen das Strafsenreinigungswesen selbst bzw. unter der Leitung einer seiner Deputationen durchzuführen. Der Versuch fiel so günstig aus, daß die Gemeindebehörden sich für die gänzliche Übernahme dieses Verwaltungszweiges aussprachen. Es lagen hier aber ganz erheb-

liche Schwierigkeiten im Wege, und zwar vor allem darin, daß mit einer eventuellen Umgestaltung das obengenannte polizeiliche Straßenreinigungswesen, welches in Verbindung mit dem Feuerlöschwesen sich in den Händen des Polizeipräsidiums befand, eine Umgestaltung letzterer verbunden war. Wenn die Stadt das genannte Straßenreinigungswesen übernehmen sollte, mußte dieser erstere Zweig ¹⁾ ihr auch übergeben werden. Dieses wollten die Staatsbehörden aber nicht zugeben, da sie an der Zweckmäßigkeit einer Verbindung des Feuerlösch- und Straßenreinigungswesen festhielten. Ein Ausweg, der, obwohl er für die Gemeindebehörden wenig befriedigend war, war der, daß das Königliche Polizeipräsidium das genannte Straßenreinigungswesen ²⁾ auf Kosten der Gemeinde ausübte. Dies geschah im Jahre 1851. Der erste Vertrag lautete auf fünf Jahre, ist aber bis zum Jahre 1874/75 stets verlängert worden. Im Jahre 1874 beantragte der Magistrat die Übergabe des gesamten Straßenreinigungswesen an die Stadtgemeinde. Zuerst verhielt sich das Polizeipräsidium ablehnend, besonders wegen der „polizeilichen Reinigung“, nämlich die Reinigung von Plätzen, Brücken u. s. w. Schließlich aber, nachdem der Magistrat den polizeilichen Behörden ziemlich weitgehende Rechte betreffs der Anordnung zur Straßenreinigung zuerkannte, wurde Ende 1874 ein Vertrag geschlossen, welcher anfangs 1875 die königliche Genehmigung erhielt, so daß endlich am 30. September 1875 die Stadt das gesamte Straßenreinigungswesen übernehmen konnte.

Das Straßenreinigungswesen steht unter der obersten Aufsicht der städtischen Straßenreinigungs-Deputation, welche schon 1857 gebildet worden ist. Sie besteht aus vier Magistratsmitgliedern und acht Stadtverordneten. Ihr ist die „Direktion der städtischen Straßenreinigung“ unterstellt, an deren Spitze ein Direktor steht, welchem die spezielle Leitung der Straßenreinigung obliegt. Er hat die Anstellung sowie die Aufsicht des ganzen Personals zu besorgen, er schließt die Lieferungsverträge, stellt die Löhne fest u. s. w. Er ist natürlich für alles der Deputation verantwortlich, die seine Verträge prüft, Rechnungen anweist und die Einnahmen und Ausgaben endgültig feststellt. Das starke Anwachsen der Stadt hat es nötig gemacht, den Plan sowohl als die Methode der Straßenreinigung vielfach umzugestalten. Wir wollen hier nur eine kurze Übersicht der gegenwärtigen Methode, sowie der Zu-

¹⁾ d. h. das polizeiliche Straßenreinigungswesen.

²⁾ d. h. der Teil, der den Hausbesitzern oblag.

nahme des Personals seit 1875 geben. Neben dem Direktor, gleichzeitig als sein Stellvertreter, steht ein Inspektor, unter welchem vier Oberaufseher¹⁾ und 18²⁾ Aufseher stehen. Die Stadt wurde damals in achtzehn Aufsichtsbezirke eingeteilt. In jedem einzelnen Aufsichtsbezirke sind mehrere Kehrbezirke. In jedem dieser Kehrbezirke leitet ein Vormann die Thätigkeit der Arbeiter jeden Bezirkes — durchschnittlich sieben oder acht.³⁾ Zu diesen ständigen Arbeitern kommen die Hilfsarbeiter, die besonders für die Wintermonate vielfach herangezogen werden. Ihre Zahl beläuft sich manchmal auf mehr als 2000 Mann.⁴⁾ Die Kosten dieser Verwaltung hängen natürlich in sehr hohem Maße von der Witterung ab. Man muß sich auch vergegenwärtigen, daß die vielfache Verbreitung des Asphalt und anderer guter Pflasterung die Straßenreinigung sehr erleichtert, obwohl das Asphaltpflaster wegen seiner Glattheit einer sehr sorgfältigen Behandlung bedarf. So war im Jahre 1890/91 in Berlin eine Fläche von 8 158 241 Quadratmeter der regelmässigen Straßenreinigung unterworfen, wovon 4 762 363 Quadratmeter auf Fahrdämme und 3 395 878 Quadratmeter auf Bürgersteige entfielen. Am 1. April 1891 war die Gesamtfläche 8 221 855 Quadratmeter, 4 848 659 Quadratmeter Fahrdämme und 3 373 196 Quadratmeter Bürgersteige. Von diesen 4 848 659 Quadratmeter Fahrdämme hatten 754 912 Quadratmeter Asphaltpflaster, 82 658 Quadratmeter Holzpflaster, 1 793 200 Quadratmeter gutes sogen. „definitives“ Steinpflaster; 2 217 889 Quadratmeter Steinpflaster geringerer Qualität.

Die übrigen hierher gehörenden Thatsachen ergeben sich aus der beigefügten Tabelle. Es ist hier noch hinzuzufügen, daß die Kehrrihtabfuhr in den Händen von Privatunternehmern sich befindet, wofür die Stadt eine Pauschalsumme bezahlt, die im Jahre 1891/92 328 160 Mark betrug. Hierin ist jedoch die Schneeabfuhr

¹⁾ Deren Zahl ist jetzt sechs.

²⁾ „ „ „ „ einundzwanzig.

³⁾ Die Löhne waren im Jahre 1890/91 wie folgt:

84 Vorarbeiter	à 3,75 M. täglich
450 Arbeiter	à 3,25 „ „
70 Arbeiter	à 2,75 „ „
90 Arbeitsburschen	à 1,60 „ „
28 Chausseearbeiter	à 2,25 „ „

720 Summa

⁴⁾ Die Hilfsarbeiter erhalten 2 Mark täglich.

nicht eingerechnet. Diese wird besonders und fuhrenweise bezahlt, und zwar in der Art, daß von der Gesamtzahl der geleisteten Fuhren der Durchschnitt der Kehrlichfuhren aus den vorangegangenen schneefreien Monaten abgezogen wird. Für diese Sonderfuhren werden dann von 2,25 M. bis 2,50 M. pro Tag bezahlt.¹⁾

Die Strafsenbesprengung.

Seit dem Jahre 1877, in welchem die Stadt das gesamte Strafsenreinigungswesen auf sich nahm, ist die Strafsenbesprengung damit verbunden. Die Sprengwagen gehören der Stadt.²⁾ Ihre Bespannung und Bedienung ist aber an Unternehmer vergeben, denen eine Pauschalsumme seitens der Stadt bezahlt wird, welche 1877 170 000, im Jahre 1891/92 230 692 Mark betrug. Für diese Summe sind die betreffenden Unternehmer verpflichtet, während der Dauer von sieben Monaten täglich die erforderliche Zahl bis zu 100 Wagen zu bespannen und zehn Stunden in Betrieb zu erhalten. Im allgemeinen werden alle Strafsen, welche regelmäfsig gereinigt werden, auch zweimal täglich besprengt. Für besonders wichtige Strafsen und Plätze findet auch eine drei- bis viermalige Besprengung statt. Es ist eine interessante Thatsache, welche mir gegenüber ausdrücklich von dem gegenwärtigen Direktor des Strafsenreinigungswesens³⁾ betont wurde, daß die Stadt die besten Erfahrungen mit den Unternehmern, welche die Bespannung und Bedienung der Wagen besorgen, gemacht hat. Diese Dienste werden viel wohlfeiler geleistet als es die Stadt selber

¹⁾ Wir haben Gelegenheit gehabt, in dem Abschnitt über die Pferdebahngesellschaften hervorzuheben, daß diese Gesellschaften verpflichtet sind, ihre Geleise und das Strafsenterrain zu beiden Seiten bis 0,65 bzw. 0,70 m selbst zu reinigen und zu besprengen. Diese Verpflichtung ist von dem städtischen Strafsenreinigungswesen gegen ein bestimmtes Entgelt übernommen worden. Dieses Entgelt betrug im Jahre:

1882/83	66 140 M.
1885/86	81 184 „
1888/89	101 410 „
1890/91	107 716 „
1891/92	111 353 „

²⁾ Am 1. April 1891 besaß die Stadt

28 Sprengwagen	à 1250 Liter
132 „	à 1500 „
2 „	à 2000 „

³⁾ Major a. D. Schlosky.

im stande wäre. Ein im Jahre 1878 unternommener Versuch der Stadt, alles selbst zu verrichten, hat sich als sehr kostspielig erwiesen, Die Kosten der Straßenbesprengung betrugen im Jahre:

Jahr.	Wasser- quantum verbraucht in Kubikmeter.	Fuhrlohn für die Bespannung, Be- dienung und Unter- haltung der städti- schen Wagen. <i>M</i>	Tagelohn für die zum Füllen der Sprengwagen ange- stellten ständigen Arbeiter. <i>M</i>
1881/82	568 100	170 000	38 520
1883/84	663 482	148 500	41 730
1885/86	672 550	148 500	41 730
1888/89	719 494	220 206	47 508
1889/90	736 360	224 700	48 150
1890/91	803 688	224 700	52 163
1891/92	950 000	230 602	53 554

Das Wasser wird unentgeltlich von den städtischen Wasserwerken gegeben. Wenn man aber die Kosten dafür hinzurechnen wollte, würden diese 950 000 Kubikmeter etwa 104 500 Mark kosten, so daß die Gesamtkosten für 1891/92 etwa 388 656 Mark anstatt 284 156 Mark gewesen wären.

Demgemäß waren die Gesamtkosten der Straßenreinigung und Besprengung in Berlin im Jahre: (siehe Tabelle S. 59).

Straßenreinigung und Besprengung in Paris.

Bis zum Jahre 1853 war das Straßenreinigungswesen fast ausschließlich in den Händen der einzelnen Hausbewohner, denen die Verpflichtung oblag, die Straße vor ihrem Hause täglich bis zur Mitte zu reinigen. Im Jahre 1853 fiel diese Thätigkeit der Gemeindeverwaltung zu, aber nur insoweit, als die einzelnen Hausbewohner sich abonnierten. Dieses System führte jedoch zu größeren Unzuträglichkeiten, so daß im Jahre 1873 ein Gesetz erlassen wurde, welches dieses ganze Gebiet ausschließlich der Gemeindeverwaltung übertrug. Dafür wurde den Hausbesitzern eine Straßenreinigungsgebühr auferlegt, welche sich nach der Breite der Façade bemaf. ¹⁾

¹⁾ Siehe Ausführung unter „Gebühren“ (Straßenreinigung).

Straßenreinigung inkl. Straßenbesprengung.

Jahr	Gesamt- fläche der Fahrdämme und Bürger- steige qm	Täglich zu reinigen- de Fläche qm	Zahl der stän- digen Ar- beiter	Zahl der Hilfs- arbei- ter circa	Arbeits- tage der Hilfs- arbeiter.	Arbeitslohn der ständigen und Hilfs- arbeiter Mk	Beschaffung von Arbeits- geräten inkl. Maschi- nen und Materialien Mk	Fuhrlohn für Kehricht- abfuhr inkl. Schnee Mk	Gesamt- ausgabe Mk	Gesamt- einnahme Mk	Netto- Ausgabe Mk
1876	4 800 000	3 160 000	740	800	53 522	971 799	110 300	375 000	2 012 768	42 888	1 969 880
1877	5 700 000	3 230 000	765	1200	11 626	943 140	102 182	517 791	1 937 384	44 224	1 893 160
1878	6 250 000	3 200 000	660	1000	17 442	829 090	107 815	667 482	1 777 934	66 181	1 711 753
1879	6 350 000	3 150 000	565	1500	114 265	970 610	197 140	1 110 413	2 506 759	41 694	2 465 065
1880	6 525 000	2 561 200	560	650	25 684	701 402	154 848	484 638	1 543 938	45 930	1 498 008
1881	6 709 360	2 643 310	560	1900	32 934	708 116	157 609	589 159	1 678 817	65 205	1 613 612
1882/83 ¹⁾	7 210 200	2 727 947	572	600	16 916	850 939	201 064	632 381	1 878 188	90 707	1 787 481
1883/84	7 290 800	2 732 817	568	400	4 326	667 605	153 778	388 843	1 392 316	78 843	1 313 472
1884/85	7 333 800	2 762 960	568	600	19 218	691 225	154 241	482 650	1 510 493	84 682	1 425 811
1885/86	7 381 900	2 775 262	572	750	146 043	759 382	165 878	657 163	1 761 061	87 925	1 673 135
1886/87	7 487 427	2 812 722	572	500	33 272	735 460	163 721	581 470	1 687 398	94 814	1 592 584
1887/88	7 601 363	2 824 632	572	600	82 449	841 375	170 750	824 415	2 094 162	112 621	1 981 541
1888/89	7 744 693	2 825 409	588	500	53 112	805 256	186 749	760 362	2 006 222	110 777	1 895 445
1889/90	8 046 271	2 892 724	594	400	7 878	728 921	189 538	438 229	1 620 463	124 913	1 495 550
1890/91	8 158 241	3 156 376	604	800	48 179	885 232	198 651	747 823	2 107 255	127 721	1 979 534
1891/92	8 221 855	3 172 720	643	800	34 068	893 480	235 681	528 552	1 936 492	127 505	1 808 987

¹⁾ Die Ausgabe bezieht sich einen Zeitraum von 1¹/₄ Jahr.

Die zu reinigende Straassenfläche ist in Paris beinahe gerade doppelt so groß wie in Berlin, d. h. etwa 16 000 000 Quadratmeter. Hierfür werden über 3000 Arbeiter beschäftigt, und zwar (im Jahre 1889):

2200 Männer mit einem Tagelohn von 2 bis 3,20 Mk.;

950 Frauen, die von 16 bis 20 Pfg. pro Stunde bekommen;

30 Burschen, die 16 Pfg. pro Stunde verdienen.

Die ständigen Arbeiter werden vom Seine-Präfekten angenommen, die Hilfsarbeiter von dem die Oberaufsicht führenden Ingenieur.

Die Straassenbesprengung wurde in Paris durch die Polizeiverordnung vom 20. Juni 1851 den Hausbewohnern auferlegt, und zwar sollte sie wenigstens einmal täglich während der heißen Sommermonate stattfinden. Die Verwaltung sah sich aber bald genötigt, hier selbst einzugreifen und diese Thätigkeit selbst zu organisieren. Das System ist dasselbe wie in Berlin. Die Wagen gehören der Stadt, während die Bespannung und Bedienung in den Händen von Privatunternehmern liegt.¹⁾

Die Gesamtausgaben für Straassenreinigung und Besprengung waren im Jahre

1883: 5 189 600 Mark;

1890: 5 212 000 „

1891: 5 296 880 „

Die Gesamtkosten sind demgemäß mehr als $2\frac{1}{2}$ mal so hoch in Paris als in Berlin. Man muß sich aber vergegenwärtigen, daß die Stadt Berlin, mit Ausnahme der Pferdebahngesellschaften und Privatstraßen, keine Gebühren für die Straassenreinigung und Besprengung erhebt, so daß fast die vollen Gesamtkosten, nämlich 1 872 552 Mark im Jahre 1891/92 der Stadtkasse zur Last fielen und aus den allgemeinen Einnahmen der Stadt gedeckt werden mußte. Die Stadt Paris erhebt dagegen etwas mehr als 42 % der Gesamtkosten durch ihre „Taxe du Balayage“, welche im Jahre 1891 2 292 800 Mark betrug. Demgemäß waren die Nettoausgaben nur 3 004 080 Mark, d. h. nur 62 % mehr als diejenigen der Stadt Berlin. Das Vorgehen der Stadt Paris scheint uns ein vollständig gerechtfertigtes zu sein. Es entspricht der Stellung des privaten Grundbesitzes in der Gemeinde. Obwohl Straassenreinigung und Besprengung der ganzen Gemeinde zu gute kommen, ist doch der Nutzen für den Grundbesitz ein so handgreiflicher, daß eine Reinigungsgebühr sich sehr gut rechtfertigen läßt.

¹⁾ Im Jahre 1891 hat die Stadt auch dieses in seine Hände genommen.

Die Ortspolizei in Berlin und Paris.

Eine der wichtigsten, wenn nicht die wichtigste Aufgabe in der Gemeinde ist die Handhabung der Ortspolizei. Es ist eine der interessantesten Fragen, genau die Stellung der Ortspolizei in den verschiedenen Ländern zu untersuchen. Hierauf können wir aber in dieser Abhandlung nicht eingehen. Es gilt hier nur, ihre Stellung in Berlin und Paris in den allgemeinsten Zügen zu skizzieren, um eine Darstellung der Ausgabeverhältnisse daran knüpfen zu können.

Es ist klar, daß kaum ein anderer Verwaltungszweig der Gemeinde in so enger Verbindung mit der allgemeinen inneren Verwaltung des Staates steht, als gerade dieser. Das gesamte Polizeiwesen ist eigentlich Staatsthätigkeit; dies ist auch die Ansicht des preussischen Rechtes. Die erste Unterscheidung, die wir hier treffen, ist die zwischen Landes- und Ortspolizei. Erstere ist diejenige polizeiliche Thätigkeit,¹⁾ „die zu ihrem Objekt die soziale Gemeinschaft des Volkes hat—“, letztere ist die polizeiliche Thätigkeit, „welche den besonderen Verhältnissen der sozialen Gemeinschaft der zur Gemeinde vereinigten Nachbarn Genüge thun will.“²⁾

Diese materielle Unterscheidung ist aber formell durchkreuzt durch die Gestaltung der polizeilichen Behörden. Denn obwohl die Gemeindepolizei Ortspolizei ist, kann sie auch als Organ des Staates zu landespolizeilichen Maßnahmen berufen werden.

Eine weitere, sehr wichtige Unterscheidung der polizeilichen Thätigkeit ist die

1. der Sicherheitspolizei;
2. der Wohlfahrtspolizei.

Wir haben in dem verwaltungsrechtlichen Teile gesehen, daß im allgemeinen der Bürgermeister in den östlichen Provinzen des preussischen Staates die örtliche Polizeiverwaltung führt. Jedoch in Städten mit über 10 000 Einwohnern, sowie in Festungen und in Städten, wo eine Bezirksregierung sich befindet, ist der Minister des Innern befugt, die örtliche Polizeiverwaltung an Stelle der städtischen Beamten besorgen zu lassen. Dabei ist aber keineswegs ausge-

¹⁾ Unter polizeilicher Thätigkeit ist derjenige Zweig der inneren Verwaltung zu verstehen, der „die Bedürfnisse und Ziele des sozialen Lebens mit den Zwecken des Staates in Einklang bringen; hier den gesellschaftlichen Egoismus zurückdrängen, dort gewisse Strebungen zu unterstützen“ hat.

²⁾ Leidig a. a. O. 449.

schlossen, daß einzelne Zweige der Polizeiverwaltung dem Bürgermeister der betreffenden Stadt übertragen werden können. Die Übertragung bedarf aber der Zustimmung der Stadt.

Dies sind die verwaltungsrechtlichen Grundlagen der preussischen Ortpolizeiverwaltung. Die weiteren Thatsachen werden sich an die Erörterung über die Stellung dieser Verwaltung in der Stadt Berlin anknüpfen.

Auf dem Gebiet der Polizeiverwaltung hat die Stadt Berlin eine höchst interessante Entwicklung aufzuweisen. Die Veränderungen in der Handhabung dieses wichtigen Zweiges sind seit Anfang des 18. Jahrhunderts sehr erhebliche gewesen. Bis in das letzte Drittel des 19. Jahrhunderts haben die Fragen der Stellung der Ortpolizei Anlaß zu zahlreichen Verhandlungen, Prozessen und Auseinandersetzungen zwischen Staat und Gemeinde gegeben. Schon vor der Städteordnung von 1808 wurde die Ortpolizeiverwaltung von der sonstigen Magistratsverwaltung losgelöst und zwar endgültig durch das sogenannte ratshäusliche Reglement Friedrichs d. Gr. vom 21. Februar 1747. Die Polizeiverwaltung wurde unter die Leitung eines vom König ernannten Polizeidirektors gestellt. Nach Einführung der Städteordnung vom 19. November 1808 wurde die formelle Trennung noch weiter geführt auf Grund der durch diese Städteordnung dem Staate eingeräumten Befugnis, eigene Polizeibehörden in den Städten einzuführen. Ein Polizeipräsident, der sowohl die landes- als ortspolizeiliche Thätigkeit ausübte, wurde an die Spitze der Polizeiverwaltung gestellt. Dieser Zustand erfuhr im Jahre 1816 eine Abänderung durch die Einrichtung einer „Polizei-Intendantur“, welche aber nur kurze Zeit bestand, so daß durch das Polizei-Reglement vom 18. September 1822 wiederum ein Polizei-Präsidium von Berlin eingesetzt wurde. In diesem Reglement hieß es: „zufolge der eigentümlichen Stellung des Polizei-präsidiums in die Verwaltung der dieser Behörde zugewiesenen polizeilichen Gegenstände und Fonds in keiner Art eine Einmischung oder Kontrolle zustehe“.

Die Thatsache, daß die Kosten der Polizeiverwaltung der Stadt noch oblagen, obwohl letztere obigen Bestimmungen gemäß völlig von der Magistratsverwaltung losgelöst wurde, führte naturgemäß zu Reibungen zwischen der Gemeinde und dem Fiskus. § 184 der Städteordnung von 1808 bestimmte, daß die öffentlichen Bedürfnisse der Gemeinde aus „gemeinen Geldbedürfnissen, Polizeikosten und Kosten der Justizverwaltung“ bestünden.

Letztere von sich abzuwälzen, nämlich die Kosten der Justizverwaltung, wurde zuerst von der Gemeinde versucht. Sie beantragte, daß die Kosten der Unterhaltung der Gefängnisse und der Gefangenen, nebst den Kosten für Unterhaltung derjenigen Verbrecher, welche ihre Strafe im Berliner Arbeitshaus abzubüßen hätten, vom Staate übernommen werden sollten. Ein Vertrag vom Jahre 1843 regelte diese Materie, indem die Stadt sich verpflichtete, eine jährliche Rente an den Staat zu bezahlen und letzterem auch die Erträge der Civil- und Kommunalgerichtsbarkeit überliefs. Dagegen nahm der Staat die Kosten der Justizverwaltung auf sich. Diese Rente sollte sich nach der Bevölkerungszahl bemessen. Sie betrug im Jahre 1844 100 200 Mark. Ihr späteres Schicksal werden wir weiter unten zu berücksichtigen haben. Die anderen Polizeilasten verblieben aber der Stadt.

Ein sehr wichtiges Gesetz betreffs der Kosten der Polizeiverwaltung war das vom 11. März 1850, welches bestimmte, daß im Fall der Übertragung der örtlichen Polizeiverwaltung an besondere Staatsbeamte die Kosten der Verwaltung mit Ausnahme „der Gehälter der von der Staatsverwaltung angestellten besonderen Beamten“ von der Gemeinde zu tragen sind. Hiermit wurde die Stadt der personellen Kosten der Polizeiverwaltung entledigt; nur noch die sachlichen Kosten hatte sie zu tragen. Über die Abgrenzung der personellen Kosten entstanden bald langwierige Streitigkeiten, die dadurch komplizierter wurden, daß das Nachwach- und Feuerlöschwesen damals noch in den Händen des Polizeipräsidiums sich befand. An Ausgleichungsversuchen hat es nicht gefehlt, dennoch fanden sie keine Erledigung bis zum Vertrag zwischen der Stadtgemeinde und dem Fiskus vom 12./28. Dezember 1879. Dieser Vertrag bildet den Anfang einer Reihe von Vergleichen, die zu dem jetzigen Zustand geführt haben. Durch diesen Vertrag wurden die noch nicht entschiedenen gegenseitigen Ansprüche von Staat und Gemeinde, die aus den Gesetzen von 1852, 1856 und 1861 herrührten, als erledigt angesehen. Einzelne Grundstücke wurden an die Stadtgemeinde abgetreten; wofür letztere aber die Verpflichtung auf sich nahm, ein neues Polizeidienstgebäude auf eigene Kosten zu bauen.¹⁾ Die Ansprüche betreffs des Nachwacht-

¹⁾ Der Bau dieses neuen Polizeidienstgebäudes wurde erst im Jahre 1885 in Angriff genommen und im Jahre 1889 vollendet. Der Kostenaufwand war etwas über 5 150 000 Mark.

Feuerlösch- und polizeilichen Strafsenreinigungswesens blieben unerledigt.

Wir haben gesehen, wie das Strafsenerleuchtungs- und Reinigungswesen in die Hände der Stadt übergegangen ist. Die Stadt führte noch verschiedene Prozesse gegen den Staat auf Grund ihres Standpunktes, nicht für die personellen Kosten des Nachtwachtwesens aufkommen zu müssen. Sie wurde aber trotz eines ihr in erster Instanz günstiges richterlichen Erkenntnisses in letzter Instanz verurteilt, die personellen und sachlichen Kosten des Nachtwachtwesens zu tragen. Dieser Zustand blieb bestehen bis zu dem Gesetze von 1891, betreffs des Nachtwachtwesens, welches am 1. April 1893 in Kraft treten soll. Demzufolge übernimmt der Staat das Nachtwachtwesen gegen ein bestimmtes Entgelt seitens der Stadt. Wir werden hierauf zurückzukommen haben. Die Kosten des Feuerlöschwesens werden zum größten Teil von der Feuersozietät, die aus einer Genossenschaft Berliner Grundeigentümer besteht, getragen und zwar:

a) die Hälfte der Kosten für die Oberfeuermänner und Feuermänner, für die Bekleidung, Stellung der Gespanne, Erleuchtung, Heizung und bauliche Unterhaltung der Depots; Anschaffung und Unterhaltung der Lösch-Utensilien, Pritschen u. s. w., für die Feuermeldeschilder, für die Unterhaltung der elektrischen Telegraphen, von den Pensionen und Unterstützungen an die ehemaligen Oberfeuermänner und Feuermänner.

b) Drei Viertel der Kosten der Anschaffung und Unterhaltung der Prahmspritzen, Dampfspritzen und Wachtspritzen, der dazu gehörigen Schläuche, sowie sämtlicher übrigen Feuerwehrgerätschaften.

c) Die ganzen Kosten des Honorars für den Feuerwehrarzt und die Prämien für Verdienste bei Löschung, sowie die Kosten der Fackeln.

Wir haben in dem ersten Teile dieses Abschnittes gesehen, wie weitgehend die Umwandlung in der Handhabung der Polizeiverwaltung seit dem Mittelalter gewesen ist; wie sie von dem Magistrat der Stadt in die Hände besonderer vom Staat ernannten Beamten übergegangen ist. Dafs die eigentliche Sicherheitspolizei Sache des Staates sei, wurde kaum irgendwie bestritten. Anders lag es aber mit der sogenannten Wohlfahrtspolizei. Von vielen Seiten wurde verlangt, dafs dieses Gebiet der staatlichen Thätigkeit wieder entzogen und der städtischen Obrigkeit zurückgegeben werde. Ein nicht unbedeutender Schritt in dieser Richtung wurde schon in der preussischen Gewerbegesetzgebung gemacht, welche in vielen Fällen

den Gemeindebehörden ein Mitwirken mit den Ortspolizeibehörden zusteht. Ein weiterer Schritt, welcher nicht zu unterschätzen ist, wurde durch das von uns schon angeführte Gesetz vom 2. Juli 1875 gemacht, betreffend die Anlegung und Veränderung von Straßen und Plätzen. Die Gemeinde hat nach diesem Gesetz die Initiative. Für Berlin sowohl als Charlottenburg und Potsdam bedarf diese Festsetzung der Genehmigung des Königs. Die Zustimmung der Ortspolizeibehörde ist gleichfalls erforderlich. Verweigert diese letztere ihre Zustimmung, oder kommen anderweitige Streitigkeiten vor, so entscheidet für Berlin der Minister der öffentlichen Arbeiten.¹⁾

Einen weiteren Schritt in dieser Richtung machte die Kabinetts-Ordre vom 28. Dezember 1875; diese ermächtigte den Minister des Innern,

„die örtliche Straßenspolizei in Berlin, worunter das gesamte auf die Anlegung, Regulierung, Entwässerung und Unterhaltung der Straßen und Brücken bezügliche örtliche Polizei daselbst begriffen ist, der Stadtgemeinde Berlin zur eigenen Verwaltung nach § 62 der Städteordnung vom 30. Mai 1858 widerruflich zu überlassen.“

Erst im Jahre 1876 erfolgte die volle Verständigung der Gemeindebehörden und des Polizeipräsidiums über diese Materie. Die Straßenbaupolizei ist demgemäß gegenwärtig in den Händen der Gemeinde. An der Spitze steht als verantwortlicher Leiter der Oberbürgermeister.²⁾

Die Verfügungen auf diesem Gebiete der polizeilichen Thätigkeit erstrecken sich auf:

1. Feststellung von Fluchtlinien;
2. Feststellung der Neubauten an Straßen;
3. Feststellung betreffs des Pflasters der Straßendämme und Bürgersteige;
4. Angelegenheiten, den Anschluß von Häusern an die Kanalisation betreffend.

¹⁾ Für andere Städte mit mehr als 10 000 Einwohnern entscheidet der Bezirksausschuß.

²⁾ Man muß sich vergegenwärtigen, daß, während die Städteordnung von 1808 den Magistrat als dasjenige Organ bezeichnete, welches mit der Handhabung der Ortspolizei beauftragt werden konnte, diese Ordnung durch das Gesetz vom 11. März 1850 und durch die Städteordnung von 1853 in dem Sinne abgeändert wurde, daß der Bürgermeister als zuständiges Organ ausdrücklich bezeichnet wurde.

Folgende Tabellen zeigen uns die Entwicklung der Kosten, die der Stadt aus der Polizeiverwaltung erwachsen.

Tab. Kosten der Polizeiverwaltung
(exkl. Nachtwacht- und Feuerlöschwesen).

Jahr.	Gesamt- ausgaben. <i>M.</i>	Eigene Einnahmen. <i>M.</i>	Zuschufs der Stadt- gemeinde. <i>M.</i>
1861	247 317	58 088	189 229
1865	300 287	46 840	253 447
1870	432 511	26 425	406 086
1875	1 017 129	45 216	971 913
1880/81	1 034 926	212 189	822 737
1885/86	1 390 181	235 771	1 154 410
1888/89	1 416 397	306 718	1 109 679
1891/92	1 379 476	289 299	1 090 177

Siehe Tabelle Seite 68 und 69.

Die Gesamtkosten der Stadt mit Zurechnung des Beitrags der Feuersozietät für das Ortspolizei-, Nachtwacht- und Feuerlöschwesen waren demzufolge:

1861	584 954 Mark;
1865	815 325 „
1870	1 100 166 „
1875	2 251 068 „
1880/81	2 315 099 „
1885/86	2 923 104 „
1888/89	2 958 232 „
1891/92	2 895 688 „

Es erübrigt uns nur noch hinzuzufügen, daß durch das Gesetz vom 20. April 1892, welches am 1. April 1893 in Kraft treten wird, die Verteilung der ortspolizeilichen Kosten zwischen Stadt und Gemeinde eine ganz andere Form angenommen hat:

Erstens — wird der Staat das gesamte Nachtwachtwesen und dessen Kosten in eigene Hände nehmen;

Zweitens — anstatt die sachlichen Kosten der Polizeiverwaltung zu bestreiten, werden die Städte, in welchen die Ortspolizei in den Händen von besonderen Staatsbeamten sich befindet, eine

bestimmte Summe pro Kopf ihrer Bevölkerung zu bezahlen haben. Die Summe ist je nach der Gröfse der Stadt verschieden.

Die Minimalgrenze ist (für Kassel) 0,44 Mark per Kopf der Bevölkerung. Sie steigt dann folgendermaßen:

- | | |
|---|----------|
| 1. In Städten mit weniger als 25 000 Einwohnern | 0,70 M., |
| 2. „ „ von 25 000 bis 75 000 | „ 1,10 „ |
| 3. „ „ mit mehr als 75 000 | „ 1,50 „ |
| 4. für Berlin | 2,50 „ |

pro Kopf der Bevölkerung.

Daß der Stadt durch dieses Gesetz ganz erhebliche neue Opfer auferlegt werden, ist nicht zu bestreiten. Im Jahre 1891/92 hatte die Stadt circa 1,75 Mark pro Kopf der Bevölkerung für das gesamte Ortspolizei-, Nachtwacht- und Feuerlöschwesen zu bezahlen. Die Berliner Ortspolizeiverwaltung kostete den Staat aber im Jahre 1891/92 etwa 9 102 287 Mark oder 5,84 Mark pro Kopf der Bevölkerung, so daß die Gesamtkosten für Staat und Gemeinde (inkl. Nachtwacht- und Feuerlöschwesen) etwas über 7,60 Mark pro Kopf der Bevölkerung Berlins betrugen. Wenn das neue Gesetz im Jahre 1891/92 in Kraft gewesen wäre, hätten allein für Ortspolizei- und Nachtwachtwesen 2 241 882 Mark verausgabt werden müssen. Wenn auch das aus diesem Gesetz erwachsende Opfer ein sehr bedeutendes ist, muß andererseits zugegeben werden, daß die Vereinigung des Nachtwachtwesens mit der allgemeinen Ortspolizei eine viel zweckmäßigere Handhabung des ersteren sichert, wie ja auch schon bereits ausgeführt worden ist.

Die Ortspolizeiverwaltung von Paris.

Die Umwandlung, die die Handhabung der Ortspolizei in Paris seit dem Mittelalter aufzuweisen hat, ist keineswegs so tiefgreifender Art gewesen, wie dies in Berlin der Fall gewesen ist. Die eigentlichen städtischen Behörden haben nie einen sehr großen Einfluß auf die Sicherheitspolizei ausgeübt. Schon im Jahre 1667 wurde die Polizeiverwaltung durch Ludwig XIV. in die Hände eines Polizei-Lieutenant gelegt. Dieser Zustand blieb bis zur Revolution. Als die Stadt durch eine Kommission des National-Convents regiert wurde, ging die Polizeiverwaltung in die Hände eines ihrer Komitees über. Aber erst durch das Gesetz vom 28. Pluviôse An VIII. nahm die Polizeiverwaltung von Paris ihre heutige Gestalt in den Hauptzügen an. Dieses Gesetz schuf nämlich die Polizei-Präfektur.

Kosten des Feuerlösch-

(inkl. bis 1875 das polizeiliche Strassenreinigungswesen,

Feuerlöschwesen

Jahr	1			2	3	4	4a	5	5a
	Ausgaben aus der Nachwachtkasse	Ausgaben aus der Stadthauptkasse	Summa	Eigene Einnahmen	Nach Abzug des Betrages in Kol. 2 von der Summe von Kol. 1 bleiben Netto-Ausgaben	Von den Netto-Ausgaben in Kol. 3 hat die Feuer- sozietät übernommen	Betrag in Pro- zenten	Es blieben zu decken	Betrag in Pro- zenten
	<i>M</i>	<i>M</i>	<i>M</i>	<i>M</i>	<i>M</i>	<i>M</i>		<i>M</i>	
1861	419497	7046	426543	15904	410639	167799	41	242840	59
1865	493874	27830	521704	27466	494238	254138	51	240100	49
1870	548049	63532	611581	8420	603161	237362	39	365799	61
1875	1021297	13205	1034502	12522	1021981	320935	31	701046	69
1880/81	1408498	21873	1430371	17570	1412801	468192	33	944609	67
1885/86	1341567	114778	1456345	15957	1440388	449528	31	990860	69
1888/89	1391406	165145	1556551	14184	1542367	503345	33	1039022	67
1890/91			1407251	17308	1389943	500000	36	889943	64
1891/92			1447587	15548	1432039	525000	37	907039	63

und Nachtwachtwesens

welches dann in die Hände der Stadt übergang).

Nachtwachtwesen			Polizeiliches Strassenreinigungs- wesen					
6	7	8	9	10	11	12	13	14
Aus- gaben	Eigene Ein- nahmen	Netto- Aus- gaben	Aus- gaben	Eigene Ein- nahmen	Netto- Aus- gaben	Die Kosten aller drei Verwaltun- gen (des Feuerlösch- wesens nach Abzug des Betrages der Feuer- sozietät) haben betra- gen (Summa Kol. 5, 8, 11)	Der für die drei Ver- waltun- gen ge- zahlte Zuschufs des Staats betrug	Der Stadtkasse bleiben zur Last
<i>M.</i>	<i>M.</i>	<i>M.</i>	<i>M.</i>	<i>M.</i>	<i>M.</i>	<i>M.</i>	<i>M.</i>	<i>M.</i>
96396	117	96279	37399	2592	34807	373926	96000	277926
119469	72	119397	46416	2173	44243	403740	96000	307740
140396	—	140396	47260	737	46523	552711	96000	456718
330956	—	330956	49667	447	49220	1081222	96000	958222
356557	996	355561	—	—	—	1300170	96000	1204170
428019	3713	424306	—	—	—	1415166	96000	1319166
411368	9182	402186	—	—	—	1441208	96000	1345208
448804	2767	446037	—	—	—	1335980	96000	1239980
474637	5165	469472	—	—	—	1376511	96000	1280411*

*) Der Finalabschluss des Jahres 1891/92 ist zur Zeit noch nicht erschienen
Die Kosten in Kol. 14 werden sich etwas höher herausstellen.

Das aber heute noch maßgebende Gesetz für die örtliche Polizeiverwaltung ist vom 17. September 1854. Der Polizeipräfekt wird vom Präsidenten der Republik ernannt.

Die Kosten der Polizeiverwaltung werden von der Stadt getragen; der Staat gewährt aber einen Zuschuß dazu, welcher mit den wachsenden Ansprüchen für Polizeiverwaltung gewechselt hat, und der immer wieder durch Gesetz festgestellt wird. Derart ist die Organisation die eigentliche Munizipal-Polizei, die im Jahre 1884 7753 Angestellte umfaßte.¹⁾

Neben ihr besteht die sogenannte „Garde Republicaine“, die auch städtisch-polizeilichen Zwecken dient. Sie ist eine militärisch organisierte Polizei, deren Verwaltung dem Kriegsminister unterstellt ist. Sie steht aber dem Polizeipräfekten für gewisse Funktionen, besonders für Bewachung von öffentlichen Gebäuden, Theatern, Festlichkeiten und als Ersatz für die berittene Schutzmannschaft zu Diensten. Die Kosten dieser Truppe werden zwischen Staat und Gemeinde gleichmäÙig geteilt. Jedoch ist die Stadt verpflichtet, die Kasernen zu bauen und deren Unterhaltung zur Hälfte zu bestreiten. Im Jahre 1884 belief sich die „Garde Republicaine“ auf 3889 Mann.

Ein Zweig der Polizeiverwaltung, dessen Kosten mit einer unwichtigen Ausnahme der Stadt allein obliegt, ist der des „Commissariats de Police“, deren Zahl im Jahre 1882 75 war. Diese Polizeikommissare haben richterliche Funktionen sowohl in Verwaltungs- als in Kriminalsachen. In ersterer Eigenschaft haben sie die Ausführung der polizeilichen Verordnungen, die Verfügungen zu überwachen und eventuell Übertretungen zu konstatieren. Als mitwirkende Beamte der Staatsanwaltschaft haben sie im Fall eines Verbrechens die „procès verbaux“ zu machen und diesen sogleich der Staatsanwaltschaft zu überreichen. Die Gehälter von sechs dieser Kommissare, die den Feingehalt von Gold- und Silberwaren zu überwachen haben, werden vom Staat bezahlt.

Die Ausgaben für die eigentliche Ortpolizeiverwaltung waren im Jahre 1891 19 347 000 Mark, und inkl. der „Garde Republicaine“ 21 489 320 Mark. Der Zuschuß seitens der Stadt belief sich auf 6 445 360 Mark, so daß die Netto-Ausgaben der Stadt für die Polizeiverwaltung sich auf 15 043 960 Mark beliefen, wozu noch

¹⁾ Die Schutzmänner bekommen von 1120 bis 1360 Mark jährlich.

verschiedene Mieten hinzukommen, welche diese Summe auf 15 338 686 Mark steigert.¹⁾

Wenn wir die Ausgaben für das Ortspolizei- und Nachtwachtwesen in Berlin und Paris vergleichen, so fällt uns sofort auf, wie viel geringer der Anteil des Staates an diesen Kosten in Paris ist, als in Berlin. Der Kostenunterschied verliert aber seine Bedeutung, wenn man bedenkt, daß die Stadt Paris über zwei und einhalbmals soviel Schutzleute besitzt als Berlin. Es ist nicht ohne Interesse, die beiden Städte in dieser Beziehung zu vergleichen.

Kosten der Ortspolizeiverwaltung in Berlin und Paris
im Jahre 1891 resp. 1891/92
(inkl. Nachtwachtwesen).

Stadt.	Bevölkerungszahl.	Gesamtkosten für Staat und Gemeinde.	Pro Kopf der Bevölkerung.	Durchschnittlicher Gehalt eines Schutzmannes.	Zahl der Schutzleute.	Die von der Stadt zu tragende Last.	Pro Kopf der Bevölkerung.	Die vom Staat zu tragende Last pro Kopf der Bevölkerung.
		<i>M.</i>	<i>M.</i>	<i>M.</i>		<i>M.</i>	<i>M.</i>	<i>M.</i>
Berlin	1 576 376	10 226 632	6,5	1365—1515	3 742 ²⁾	1 090 177	0,7	5,8
Paris	2 344 550	23 926 366	10,2	1250	11 632 ³⁾	15 192 606	6,5	3,7

Diese Ziffern bedürfen kaum einer weiteren Erläuterung. Sie sprechen für sich selbst.

Das Feuerlöschwesen in Paris.

Dieser Zweig der Polizeiverwaltung wurde zuerst unter Napoleon I. mit Sorgfalt organisiert. Schon damals wurden sämtliche Kosten (Dekret vom 18. September 1811) dieser Verwaltung, der Stadt aufgelegt, während ihre Verwaltung dem Polizei-Präfekten zustand. Dieses ist auch noch die gegenwärtige Gestaltung. Circa 1750 Leute

¹⁾ In die Stadtkasse fließen gewisse polizeiliche Geldstrafen, die im Jahre 1891 sich auf 146 080 Mark beliefen, so daß die Netto-Ausgabe in Wirklichkeit nur 15 192 606 betrug.

²⁾ Mit Nachtwächter 4307.

³⁾ Inkl. der „Garde Republicaine“.

sind in diesem Verwaltungszweige angestellt. Die Kosten, die der Stadt im Jahre 1891 daraus erwachsen, beliefen sich auf 2 150 380 M. Die Einnahmen beliefen sich auf 128 000 Mark und wurden fast ausschließlich von Theatern für die Überwachungsdienste der Feuerwehr bezahlt. Es ist verschiedene Male angeregt worden, die Feuerversicherungs-Gesellschaften zu Beiträgen für diese Verwaltung heranzuziehen, aber diese Versuche sind immer gescheitert. Die Lasten, die aus diesem Verwaltungszweige auf die Bürger fallen, sind darum in Paris größer als in Berlin, wie folgende Tabelle zur Genüge beweist:

Kosten des Feuerlöschwesens in Berlin und Paris im Jahre 1891/92 bzw. 1891.

Stadt.	Bevölkerungszahl.	Gesamtkosten.	Einnahmen und Beiträge	Netto-Ausgaben der Stadt.	Gesamtausgaben pro Kopf der Bevölkerung.	Netto-Ausgaben pro Kopf der Bevölkerung.	Zahl der Feuerwehrleute.
		<i>M.</i>	<i>M.</i>	<i>M.</i>	<i>M.</i>	<i>M.</i>	<i>M.</i>
Berlin	1 576 376	1 447 587	540 548	907 039	0,92	0,58	766
Paris	2 344 550	2 150 380	128 000	2 022 380	0,92	0,86	1750

Es erübrigt uns noch, drei Verwaltungszweige zu behandeln, nämlich:

1. die Bauverwaltung;
2. die Steuerverwaltung;
3. die Verwaltungskosten.

Von diesen drei Zweigen bieten nur die zwei letzteren ein höheres Interesse, da der erste sehr wechselnder Natur ist, der zweite dagegen eine nicht unerhebliche Rolle im Gemeindehaushalt spielt.

Schon aus unseren Ausführungen über die Stellung der Gemeinde im Staatsorganismus ist ersichtlich geworden, wie in den französischen Gemeinden die direkten Gemeindesteuern bzw. die Zuschlagscentimes zu den staatlichen direkten Steuern, durch den staatlichen Steuererheber eingezogen werden; die Gemeinde hat dafür, wie wir später sehen werden, einen bestimmten Prozentsatz zu bezahlen. Dieses System entspricht weder dem der preussischen Gemeindesteuern, welche vielfach eine Selbständigkeit den Staats-

steuern gegenüber aufweisen, noch der Auffassung von der Stellung der Gemeinde im preussischen Staate. Mit Ausnahme der unbedeutenden Braumalzsteuer werden sämtliche Gemeindesteuern in Berlin durch Gemeindesteuereinnehmer erhoben.

Im Jahre 1891 waren 243 solcher Gemeinde-Steuerernehmer vorhanden. Für diejenigen Steuern, die als Zuschläge zu einer Staatssteuer, wie z. B. der Einkommensteuer, erhoben werden, benutzt die Stadt die vom Staate aufgestellten Hebelisten. Im Jahre 1891/92 waren die Erhebungskosten die folgenden:

Steuer.	Erhebungs- kosten. M	Ertrag der Steuer. M	Prozent.
Miets- und Haussteuer	16 000	17 300 000	0,009
Einkommensteuer	300 000	17 929 797	1,7
Hundesteuer	2 500	348 000	0,7
Braumalzsteuerzuschlag	30 526	580 000	5,08
Wanderlagersteuer	15	500	3,0
	349 041	36 158 297	0,9
Gehalt der 243 Steuererheber	559 250	—	—
Summa	908 291	36 158 297	2,5

Wie oben erwähnt, werden in Frankreich die Gemeindegzuschlagscentimes zu den Staatssteuern durch die Staatssteuerbeamten erhoben. Hierfür verlangt der Staat nach dem Finanzgesetz vom 20. Juli 1837 von den Kommunen eine Erhebungsgebühr von 3 Centimes pro Franc. Die indirekten städtischen Verbrauchssteuern werden dagegen durch die Gemeinden selbst erhoben. Für Paris waren die Erhebungskosten im Jahre 1891 wie folgt:

Steuer	Erhebungs- kosten. M	Betrag der Steuer. M	Prozent der Er- hebungs- kosten.
Zuschlagscentimes zu den vier direkten Staatssteuern	726 480	24 987 080	2,9
Octroi	6 832 828	113 200 000	6,03
Hundesteuer	31 440	409 520	7,6
Straßenreinigungssteuer	40 000	2 372 800	1,5
	7 630 748	138 596 600	5,5

Die Verwaltungskosten.

Aus der Höhe und Verteilung der städtischen Verwaltungskosten läßt sich sehr oft vieles betreffs der zweckmäßigen und sparsamen Handhabung in den anderen Gebieten schließen. In einer Stadt, deren Verwaltungskosten unverhältnismäßig hoch sind, findet man gewöhnlich eine sehr kostspielige, wenn nicht verschwenderische Verwendung der städtischen Gelder.

Die Stellung der Gemeindebeamten zu schildern, haben wir schon in dem verwaltungsrechtlichen Teile Gelegenheit gehabt.

Die Gehälter werden durch Gemeindebeschluss festgestellt, und zwar in einem Normal-Besoldungs-Etat, welcher alle drei Jahre aufs neue festgestellt wird. Sie werden in zwei Teile gesondert, nämlich in:

1. die nicht zum Personal-Besoldungs-Etat gehörigen Stellen, welche die Magistratsmitglieder einschließen;

2. in die zum Personal-Besoldungs-Etat gehörigen Stellen, welche die übrigen Gemeindebeamten einschließen.

Der Mindestgehalt der Magistratsmitglieder beträgt, insofern nicht besondere Festsetzungen getroffen sind, nach Festsetzung vom 1. April 1889 7000 Mark. Dieser Gehalt steigt dann von drei zu drei Jahren um 500 Mark bis zum Höchstgehalt von 11 000 Mark. Die Ausgaben zu 1 sind wie folgt:

1 Oberbürgermeister	30 000 M.
1 zweiter Bürgermeister	18 000 „
15 andere Magistratsmitglieder	165 700 „
Einige Beamte der Kgl. Charité	3 204 „
Summa:	216 904 M.

Die zu 2 gehörigen Stellen sind folgende:

A. Bureau- und Kassenbeamte:

1 Bureau-Direktor des Magistrats	7 100 M.
1 Bureau-Vorsteher bei der Stadtverordnetenversammlung	6 600 „
38 höhere Kassenbeamte mit Gehalt von 5 100 M. bis 6 000 M.	212 700 „
483 Stellen der Sekretäre:	
12 à 4 800 M.	57 600 „
8 à 4 500 „	36 000 „

33 à 4 400 M.	145 200 M.
38 à 4 200 „	159 600 „
32 à 4 000 „	128 000 „
35 à 3 800 „	133 000 „
32 à 3 600 „	115 200 „
38 à 3 400 „	129 200 „
33 à 3 200 „	105 600 „
36 à 3 100 „	111 600 „
33 à 2 900 „	95 700 „
34 à 2 700 „	91 800 „
30 à 2 500 „	75 000 „
30 à 2 300 „	69 000 „
30 à 2 100 „	63 000 „
29 à 1 900 „	55 100 „
Unkosten-Entschädigung der Sekretäre	1 400 „
110 Stellen der Assistenten:	
16 à 2 100 M.	33 600 „
16 à 1 900 „	30 400 „
78 à 1 700 „	132 300 „
Funktionszulage der Rechnungsbeamten bei der Stadtverordnetenversammlung	900 „
Summa A:	1 995 600 M.

B. Stadtsergeanten, Magistratsdiener und Arbeitshausaufseher	412 200 M.
Funktions-Zulagen	1 230 „
Summa B:	413 430 M.

C. Administrations- und Beamte in tech- nischen und Spezialfächern:	
11 Magistratsassessoren	45 000 M.
Juristische Hilfsarbeiter	21 500 „
8 Schulinspektoren	50 250 „
17 Bauinspektoren	126 225 „
12 Stadtbaumeister	62 400 „
13 Beamte der Plankammer	46 800 „
6 Techniker	20 980 „
Ingenieur und 3 Gehilfen der Heizanlagen in städtischen Gebäuden	12 600 „
41 Stadtaufschreiber	107 062,50 „

2 Hilfsarbeiter im Revisions-Bureau der Hoch-	
bau-Verwaltung	5 850 M.
6 Chaussee-Aufseher	11 590 „
1 Baumaterialien-Depot-Verwalter	3 150 „
10 Brückenwärter	17 500 „
2 Beamte des statistischen Amtes:	
1 Direktor	7 500 „
1 wissenschaftlicher Hilfsarbeiter	4 200 „
2 Beamte für die Bibliothek und das Archiv:	
1 Bibliothekar	6 000 „
1 Assistent	3 100 „
15 Direktoren der verschiedenen städtischen Anstalten	90 200 „
8 Inspektoren bei den städtischen Anstalten	30 900 „
1 Oberarzt an der Irrenanstalt zu Dalldorf	5 000 „
1 Revisor der Apotheker-Rechnungen	4 800 „
1 Kustos des Märkischen Provinzial-Museums	5 100 „
4 Prediger	16 392 „
4 Kastellane	9 360 „
1 Arbeitsverwalter im Arbeitshause	2 325 „
1 Brennmaterialien-Depot-Verwalter	3 150 „
1 Assistent desselben	1 700 „
6 Beamte für Park- und Gartenanlagen	21 700 „
16 Hausväter	33 000 „
1 Oekonomie-Aufseher beim Arbeitshause	2 325 „
1 Depotverwalter bei der Straßenreinigung	2 175 „
29 Ober-Aufseher und Aufseher bei der Straßen-	
reinigung	56 080 „
	Summa C: 835 914,50 M.

D. Remunerierung der Steuererheber:

Diejenigen Steuererheber, welche im Laufe eines Quartals mehr als 1500 Stück Quittungen realisieren, erhalten für jede mehr realisierte Quittung 2 $\frac{1}{2}$ Pfennig.

Ausgabe hierfür im Jahre 1891/92	34 499 M.
	Summa D: 34 499 M.

E. Diäten und Remunerationen	457 000 M.
	Summa E: 457 000 M.

F. Schreibgebühren:	310 000,50 M.
	Summa F: 310 000,50 M.

Rekapitulation

der zum Personal-Besoldungs-Etat gehörigen Stellen:

A. Bureau- und Kassenbeamte	1 995 600 M.
B. Stadtsergeanten, Magistratsdiener und Arbeitsaufseher	413 430 „
C. Administrations- und Beamte in tech- nischen und Spezialfächern	835 914,50 „
D. Remunerierung der Steuererheber	34 499 „
E. Diäten und Remunerationen	457 000 „
F. Schreibgebühren	310 000,50 „
Summa:	4 046 444 M. ¹⁾

Hierzu kommen noch die nicht zum Personal-Besoldungs-Etat gehörigen Stellen, d. h. die Gehälter der Magistratsmitglieder, die sich im Jahre 1891/92 auf 216 904 M. beliefen, welches eine Gesamtausgabe für Gehälter der städtischen Beamten von 4 263 348 M.¹⁾ ausmacht.

Zu den Verwaltungskosten der Stadt müssen noch ferner gerechnet werden die Geschäftsbedürfnisse und Prozeßkosten. Es ist ferner üblich in der Berliner Finanzverwaltung, die Pensionen und Unterstützungen zu den Verwaltungskosten zu rechnen.

Die Geschäftsbedürfnisse und Prozeßkosten.

1. Sächliche Kosten, welche das Berlinische Rathaus und die außerhalb desselben befindlichen Bureaux betreffen 172 227 M.
2. Verschiedene sächliche Kosten bei der Bauverwaltung resp. der Straßen- und Kanalisationsbau-Polizei-Verwaltung 123 828 „
3. Allgemeine sachliche Verwaltungskosten:
 - a) Schreibmaterialien 135 000 „
 - b) Drucksachen 85 000 „
 - c) Buchbinderarbeiten 41 000 „
 - d) Insertionskosten für öffentliche Bekanntmachungen 8 000 „

¹⁾ Es ist hier zu bemerken, daß neben den Gehältern in bar gewisse Emolumentenwerte für die zum Personal-Besoldungs-Etat gehörigen Stellen bestehen, die sich im Jahre 1891/92 auf 34 975 Mark belaufen haben. Sie bestehen meistens in freier Wohnung, Gas, Brennmaterialien und Wasser.

²⁾ Mit Zurechnung der Gehälter der Steuererheber 4 822 598 Mark.

e) Abonnements und Ankaufskosten für amtliche Gesetzssammlungen, Amtsblätter, Zeitschriften u. s. w.	3 000 M.
f) Postgeld, Botenlohn und Aktentransportkosten	120 730 „
g) Fuhrkosten	25 000 „
h) Unterhaltung und Vermehrung der Magistratsbibliothek und des Archivs	4 000 „
i) Unterhaltung und Vermehrung der Bibliothek des städtischen statistischen Amtes	800 „
k) Mankogelder	4 900 „
l) Bureaukosten der Klassen- und Gemeinde-Einkommen-Einschätzungs- und Reklamations-Kommissionen, einschliesslich der Remuneration für die Beamten derselben	38 000 „
m) Beiträge in Gemäfsheit des Gesetzes vom 15. Juni 1883, betr. die Krankenversicherung der Arbeiter	7 000 „
n) Beiträge in Gemäfsheit der Gesetze vom 6. Juli 1884 und 5. Mai 1886, betr. die Unfallversicherung	16 000 „
o) Kosten für die Invaliditäts- und Alters-Versicherung in Ausführung des Gesetzes vom 22. Juni 1889	40 000 „
p) Verschiedene Ausgaben	15 950 „
4. Verwaltungskosten für die städtischen Militär-Angelegenheiten	1 565 „
5. Gerichtskosten, Mandatarien-, Stempel- und dergleichen Gebühren in Prozeß- und sonstigen gerichtlichen oder allgemeinen Verwaltungsangelegenheiten	25 000 „
6) Kosten der Abgeordneten- und Stadtverordnetenwahlen, der Aufstellung der Geschwornen- und Schöffensliste und des Schiedsmannsinstituts	72 300 „
7. Herausgabe des Gemeindeblattes und Herstellung der stenographischen Berichte über die öffentlichen Sitzungen sowie der Vorlagen und Tagesordnungen zu diesen und den geheimen Sitzungen der Stadtverordneten-Versammlung	58 600 „
8) Volkszählungskosten (2. Rate)	65 000 „

Summa: 1 062 900M¹⁾

Die Ausgaben der Stadt für Dienst-Pensionen sind wie folgt:

¹⁾ Hierzu kommt noch ein Extraordinarium von 52 000 Mark, welche zur Neuvermessung der Stadt und Herstellung eines Planes verwendet worden ist.

1. Eigentliche Dienstpensionen	380 974 M.
2. Statutarische Witwen-Pensionen, ortsstatutarische Witwen- und Waisengelder und gesetzmäßige Gemeinde-Schullehrer-Witwen-Pensionen resp. Zuschüsse	304 385 „
3. Außerordentliche bewilligte Pensionen	18 930 „
4. Laufende Unterstützungen und Erziehungsgelder	123 476 „
5. Rückzahlung statutarischer Beiträge zur Kommunal-Witwen-Verpflegungs-Anstalt	2 260 „
6. Verschiedene Ausgaben	5 „
Summa:	830 030 M.

Die gesamten Verwaltungskosten der Stadt Berlin waren demgemäß im Jahre 1891/92:

1. Für nicht zum Personal-Besoldungs-Etat gehörige Stellen	216 904 M.
2. Für die zum Personal-Besoldungs-Etat gehörigen Stellen	4 046 444 „
3. Prozeßkosten und Geschäftsbedürfnisse	1 062 900 „
4. Dienst-Pensionen und Unterstützungen	830 030 „
Summa:	6 156 278 M.

Es liegt auf der Hand, daß eine Vergleichung der Verwaltungskosten zweier Großstädte fast gänzlich ausgeschlossen ist. Es bildet aber immerhin ein gewisses Interesse, neben diesen Verwaltungskosten der Stadt Berlin diejenigen der Stadt Paris zu stellen.¹⁾

Für Gehälter allein werden in Paris folgende Summen jährlich verausgabt:

1. Beamte der Seine-Präfektur der Stadtkasse und der „Mairies“ der Stadt (Anteil der Stadtgemeinde)	3 388 480 M.
2. Hilfsarbeiter in der Kontroilverwaltung	102 746 „
3. Hilfsarbeiter in der Stadtkassenverwaltung	62 400 „
4. Außerordentliche Dienstleistungen in den „Mairies“ der Stadt	30 400 „
5. Gehalt der Generalsekretäre der Seine-Präfektur	6 400 „
6. Gehalt der Mitglieder der Kommission der direkten Steuern und die mit denselben Steuern verbundenen Spesen	185 240 „
Summa:	3 775 666 M.

¹⁾ Es muß hier bemerkt werden, daß viele Posten in dem Berliner Verwaltungskosten-Budget erscheinen, die in Paris vom Staate bezahlt werden.

Transport: 3 775 666 M.

7. Gehalt und Ausgaben, Entschädigung des städtischen Steuereinnehmers	32 000 „
8. Gehälter der Beamten der telegraphischen Post der Seine-Präfeetur	6 400 „
9. Gehälter des Personals der städtischen Druckerei	68 800 „
10. Gehälter des Personals der städtischen Magazine für Schulmaterialien	33 960 „
11. Gehälter der Ärzte der Zivilstandsämter	224 000 „
12. Gehalt eines Direktors und das von 46 Kontrolleuren der direkten Steuern	21 920 „
13. Gehälter der Kommissionsmitglieder für das Examen der Kutscher	24 000 „

Summa: 4 186 746 M.¹⁾

Die Ausgaben für Geschäftsbedürfnisse und Prozeßkosten im Jahre 1891 waren wie folgt:

1. Kleidung der Diener der Seine-Präfeetur und der Steuerheber	26 400 M.
2. Unterhalt der Pferde und Wagen für den Seine-Präfeuten	13 440 „
3. Ausgaben betreffend die Examen für städtische Beamte	16 000 „
4. Ausgaben für verschiedene Geschäftsbedürfnisse der Seine-Präfeetur	757 176 „
5. Ausgaben für Freimarken	40 000 „
6. Miete eines Gebäudes für verschiedene städtische Bureaux	10 264 „
7. Kosten des Gemeinde-Blatts, des „Bulletin-Municipal Officiel“	82 400 „
8. Verschiedene andere Druckerei- und Buchbinderkosten der Seine-Präfeetur	252 400 „
9. Druckerei- und Buchbinderkosten der Stadt-Kasse	51 200 „
10. Kosten der Herausgabe eines statistischen Gemeinde-Wochenblattes	41 880 „
11. Bibliothek und städtisches Museum	48 000 „
12. Bibliothek der Präfeetur	10 720 „

Latus: 1 349 880 M.

¹⁾ Hierzu sollten noch die Gehälter der städtischen Steuererheber (7 630 748 M.) hinzukommen. Da diese aber schon unter dem Abschnitt „Steuerverwaltung“ berücksichtigt worden sind, können sie nicht hier wiederholt werden.

Transport: 1 349 880 M.

13. Ausgaben der zweiundsechzig öffentlichen städtischen Bibliotheken	191 640 „
14. Unterhalt der Fach-Bibliothek für Kunst und Industrie	11 604 „
15. Subvention der nicht städtischen Behörden	25 600 „
16. Kosten der jährlichen Revision der Wählerlisten	43 200 „
17. Ausgaben für die Wahlen	40 800 „
18. Ausgaben des Gewerbegerichts und Einigungsämter	212 560 „
19. Prozeßkosten	49 600 „
20. Verschiedene andere Gerichts- und Beglaubigungskosten	32 204 „
21. Stempelgebühren für gewisse städtische Papiere (Ausgabenanweisungen u. s. w.)	32 000 „
22. Ausgaben für Telephonanlagen	27 200 „
23. Verschiedene kleinere Ausgaben	16 352 „
24. Zivilstandsamt-Register	106 400 „
25. Aufstellung von zehnjährigen Tabellen der Personenstandsregisterauszüge	3 120 „
26. Unterhalt und Erneuerung des Mobiliars der „Mairies“	49 360 „
27. Einheizung der „Mairies“	68 000 „
28. Beleuchtung derselben	6 400 „
29. Büreaukosten derselben	76 880 „
30. Militär-Angelegenheiten	6 520 „
31. Unterhaltungskosten der Börse	11 840 „
32. Unterhaltungskosten der Gerichtsgebäude	5 240 „
33. Ausgaben für das städtische chemische Laboratorium	226 032 „
Summa:	2 592 432 M.

Die Ausgaben der Stadt Paris für Pensionen und Unterstützungen waren im Jahre 1891 die folgenden:

1. Subventionen der Pensionskassen des Personals der Zentralverwaltung	658 400 M.
2. Pensionen der früheren städtischen Lehrer	62 800 „
3. Pensionen früherer Arbeiter in den städtischen öffentlichen Werken	131 600 „
4. Unterstützungen der notdürftigen Familien von eingezogenen Soldaten	480 000 „
5. Verschiedene kleinere Unterstützungen	47 264 „
Summa:	1 380 064 M.

Die Verwaltungskosten der Stadt Paris betragen also im Jahre 1891:

1. Eigentliche Verwaltungskosten	4 186 746 M.
2. Geschäftsbedürfnisse	2 492 432 „
3. Pensionen und Unterstützungen	1 380 064 „
Summa:	8 059 242 M.

Um eine Übersicht sowohl der Brutto- als Netto-Ausgaben und Einnahmen zu gewähren, wollen wir sie alle in folgende Tabelle zusammenfassen:

	Kämmereiverwaltung			Städtische Werke			Steuerverwaltung		
	Einnahmen	Ausgaben	+ Überschufs — Defizit	Einnahmen	Ausgaben	+ Überschufs — Defizit	Einnahmen	Ausgaben	+ Überschufs — Defizit
Berlin (1 576 376 Einw.)	721 034	157 656	+ 563 378	7 469 406	2 735 094	+ 4 734 312	36 168 897	908 291	+ 35 260 606
Paris (2 344 550 Einw.)	3 916 280	795 200	+ 3 121 080	30 925 224	15 113 100	+ 15 792 124	138 596 600	7 630 748	+ 130 965 852
	Kapital- und Schuldenverwaltung			Unterrichtsverwaltung			Armenverwaltung		
Berlin (1 576 376 Einw.)	11 782 325	13 881 047	— 2 068 938	2 068 938	13 277 922	— 11 208 984	1 845 662	11 863 562	— 10 017 900
Paris (2 344 550 Einw.)	4 300 000	75 451 388	— 71 151 388	1 697 040	19 298 426	— 17 601 386	—	18 481 468	— 18 481 468

	Polizeiverwaltung			Straßenbeleuchtung, -Reinigung und -Besprenzung		Verwaltungskosten		
Berlin (1 576 376 Einw.)	532 072	3 158 436	— 2 626 364	119 868	4 092 420 ¹⁾ [2 379 833 wirkl. Ausg.]	705 743	6 156 278	— 5 450 535
Paris (2 344 550 Einw.)	15 192 606	23 926 366	— 8 733 760	5 092 800	10 824 980	—	8 059 232	— 8 059 232
	Park- und Gartenverwaltung			Bauverwaltung		Verschiedene kleinere Verwaltungs- zweige		
Berlin (1 576 376 Einw.)	16 876	446 051	— 429 175	6 381 059	17 276 817 ²⁾	6 725 760	548 433	+ 6 177 327
Paris (2 344 550 Einw.)	—	2 043 640	— 2 043 640	2 902 660	21 895 040	9 129 730	8 213 352	+ 916 378
	Extraordinarium			Summa der Ausgaben	Summa der Einnahmen	Pro Kopf der Bevölkerung		
Berlin (1 576 376 Einw.)	1 560 682	3 409 999	— 1 849 317	76 199 413	76 199 413	41,9		
Paris (2 344 550 Einw.)	24 651 520	24 651 520	—	236 404 460	236 404 460	100,8		

Diese Tabelle bedarf kaum eines Kommentars, da die Ursachen der bedeutendsten Unterschiede sowohl in den Einnahme- als Ausgabeverhältnissen der beiden Städte unter den betreffenden Abschnitten zu finden sind.

¹⁾ Diese Ausgabe ist auf Grund des von der Stadt gebrauchten Gases berechnet. Für Straßenbeleuchtung wird aber tatsächlich nichts an die städtischen Anstalten bezahlt.

²⁾ Um in Übereinstimmung mit den Pariser Ausgaben zu bringen, sind hier ordentliche und außerordentliche Ausgaben zusammengeschmolzen.

Kapitel IV.

Die Einnahmen.

Erst in verhältnismäßig neuerer Zeit haben die verschiedenen Fragen des städtischen Bedarfs und seiner Deckungsmittel die Aufmerksamkeit nicht nur der Wissenschaft, sondern auch weiterer Kreise der Bevölkerung auf sich gezogen. Die Ursachen dieses steigenden Interesses sind nicht schwer zu finden. Die völlig veränderte Stellung der Stadt im heutigen Staatsorganismus gegenüber den mittelalterlichen Zuständen, die Umwandlung der Gemeinden aus Korporationen, in denen die „Idee der Genossenschaft prävalierte, in staatsähnliche Verbände mit großenteils präzisierter Zweckbestimmung und ebenso einer auch ihren Mitgliedern gegenüber präzisierten Rechtsphäre“, hat eine völlige Umgestaltung des städtischen Finanzrechts zur Folge gehabt. Dazu kommen noch andere Umstände, die auch wesentlich beigetragen haben, diese Umwandlung noch weiter zu führen. So z. B. die Ausbildung der Geldwirtschaft, welche vielfach die früheren persönlichen Dienstleistungen beseitigt und eine entgeltliche Beschaffung der Dienstleistungen sowohl als der erforderlichen Sachgüter notwendig gemacht hat. Besonders wichtig für die städtische Finanzwirtschaft ist die Thatsache, daß das frühere Gemeindееigentum zum größten Teil sich allmählich in Privateigentum umgewandelt hat, demzufolge der Grundsatz des preussischen Städterechts, daß die andern Einnahmequellen nur angewendet werden sollen, insofern die Einkünfte aus dem Gemeindееigentum, sowie die der städtischen Regalanstalten und Gebühren nicht ausreichen, durch die thatsächliche Entwicklung, besonders der Großstädte, von verhältnismäßig geringer Bedeutung geworden ist.

Die Gestaltung der Gemeindeeinnahmen hängt von so vielen Umständen ab, daß es kaum möglich ist, dafür durchgehende Prinzipien aufzustellen.

Es spielen hier mit in erster Linie die Stellung der Stadt im Staatsorganismus, ferner ihre Größe, das Verhältnis der Gemeinde zu den Bürgern und zur Volkswirtschaft, — sodann auch manche der scheinbar entferntesten Thatsachen, wie z. B. das Wahlsystem u. s. w. Diese Thatsachen werden bei der direkten Vergleichung von Berlin und Paris noch deutlicher hervortreten. Die oben erwähnten Verhältnisse gelten für alle Städte in gleicher Weise, ob sie demselben Staate angehören oder nicht. In Städten verschiedener Staaten und besonders Städten verschiedener Nationen liegen die Dinge noch viel komplizierter und eigenartiger. Hier spielt nämlich die Hauptrolle: die verschiedentliche geschichtliche Entwicklung zusammen mit den allgemeinen Ansichten über die Natur der Volkswirtschaft, der industriellen Entwicklung, den Sonderheiten der Staatsverfassungen und den daraus folgenden Auffassungen von Macht und Recht des staatlichen Eingreifens in das wirtschaftliche Leben. Dies sind alles Momente, die berücksichtigt werden müssen, wenn man die Einnahmeverhältnisse anders als oberflächlich erklären will.

Wenn es wahr ist, wie schon oben erwähnt wurde, daß die Städte und besonders Großstädte wie Berlin und Paris, sich kaum mehr irgendwie auf die Einnahmen aus Gemeindeeigentum verlassen können, so liegt auf der Hand, daß sie genötigt sind, sich andere Einnahmequellen zu eröffnen. Wir können die Einnahmequellen in privatwirtschaftliche und gemeindewirtschaftliche einteilen.

I. Privatwirtschaftliche Einnahmen.

Die Einkünfte des Gemeindebesitzes, insoweit sie zur Deckung der Ausgaben mitbenutzt werden können. Im Verhältnis zum ganzen Bedarf sind sie in Berlin* sowohl als in Paris äußerst geringfügig. Für das Jahr 1891/92 betrugen diese Einnahmen in Berlin 721 034 Mark, in Paris 1 469 120 Mark (oder den Mietertrag der Octroi Entrepots hinzugerechnet 3 916 280 Mark).

II. Die Einnahmen aus den städtischen Gewerbebetrieben.

Wir kommen hier zu einer der wichtigsten Fragen im ganzen Gebiet des städtischen Finanzwesens. Sie ist der Gegenstand zahl-

reicher Abhandlungen und Streitfragen gewesen. Bei der Behandlung dieser Frage werden wir genötigt sein, ein wenig in das Gebiet der gemeindewirtschaftlichen Einnahmen überzugreifen, da die Einnahmen aus dem Gewerbebetrieb, wenn überhaupt Überschüsse erzielt werden, einerseits den Charakter einer Erwerbsrente, wie es bei irgend einer Privatgesellschaft der Fall wäre, anderseits eine Art indirekter Steuer darstellen, die nach den Grundsätzen aller indirekten Steuern beurteilt werden muß. Wir wollen hier nicht auf die in Betracht kommenden Prinzipienfragen eingehen, da wir uns mehr auf den thatsächlichen Zustand in Preussen, besonders in Berlin, und in Paris beschränken wollen.

Die Einnahmen aus dem Privatgewerbebetrieb spielen eine sehr bedeutende Rolle in den Städten des preussischen Staates. Nach den sehr wertvollen Untersuchungen Herrfurths über diese Verhältnisse ergibt sich, daß in den Städten mit 10 000 Einwohnern und darüber die Einnahmen aus dem Privatgewerbebetrieb folgende waren: ¹⁾

Gasanstalten	27 977 279 Mark
Wasserversorgungsanstalten	8 305 025 „
Märkte und Markthallen	809 615 „
Schlachthäuser	305 287 „
Entwässerungs- und Abfuhranstalten	450 338 „
Summa: 37 847 544 Mark.	

Die Zahlen sind aus dem Jahre 1876.

Erst nach Behandlung der Frage der Gemeindegebühren, die im nächsten Abschnitt erfolgen soll, werden wir Gelegenheit haben, die Summe der Einnahmen aus Privatgewerbebetrieb und Gebühren mit denen aus Steuern zu vergleichen. Hier haben wir zunächst auf die Einnahmen der Stadt Berlin aus diesen Quellen näher einzugehen.

Es wird kaum eine zweite Großstadt geben, die in dieser Beziehung so günstige Verhältnisse aufweisen kann, als gerade Berlin.

Gaswerke.

Verhältnismäßig früh hat die Stadt das Beleuchtungswesen, wenigstens teilweise, in eigne Hände genommen. Schon im Jahre

¹⁾ Diesen 27 977 279 Mark Einnahmen stehen 22 673 225 Mark Ausgaben gegenüber, so daß der Überschufs nur 5 304 054 Mark beträgt.

1825 wurde einer englischen Gesellschaft (The Imperial Gas Association) das ausschließliche Recht gegeben, die öffentlichen Straßen und Plätze innerhalb der Ringmauer teils mittels Gaslichts, teils durch Öllampen zu beleuchten. Die Konzession lief auf 21 Jahre. Als sie (1. Januar 1847) geendigt war, fing die Stadt an, selbst Gasanstalten zu gründen. Seitdem hat sich die Thätigkeit der Stadt auf diesem Gebiete immer mehr und mehr ausgedehnt. Die Überschüsse wurden jedoch zur Verbesserung und Erweiterung der Werke benutzt, ohne dadurch unmittelbar dazu beizutragen, die Steuerlasten der Bürger zu vermindern. Bei Aufstellung des Etats vom Jahr 1868 stellte sich aber heraus, daß ein Defizit von etwa 3 Millionen Mark vorhanden war. Man beschloß damals, die Gewinnüberschüsse der städtischen Gasanstalt, anstatt zu Erweiterungsbauten zu benutzen, in die städtische Hauptkasse fließen zu lassen. Es ist selbstverständlich, daß die städtischen Gasanstalten die Tilgung und Verzinsung der für sie aufgenommenen Schulden leisten mußten, als sie auch die Kosten der Kontrolle, Bedienung und Reparatur der Kandelaber, Laternen und Beleuchtungs-Utensilien zu bezahlen hatten.¹⁾ Immerhin waren sie im stande, der städtischen Hauptkasse 863 235 Mark im Jahre 1868, 2 382 573 Mark im Jahre 1874 und 4 727 916 Mark im Jahre 1883/84 zu überweisen. In diesen 4 727 916 Mark sind aber die Kosten der öffentlichen Beleuchtung enthalten, die man nach dem Satze von $13\frac{1}{3}$ Pfennig pro Kubikmeter berechnete, während der Privatgebrauchsatz 16 Pfennig²⁾ war und ist. Bringt man dies in Abrechnung, so war der Reingewinn im Jahre 1883/84 3 370 794 Mark. Seit dem 1. April 1884 findet eine Bezahlung des aus den städtischen Anstalten gelieferten Gases nicht mehr statt. Es wird nur noch bezahlt für die Erleuchtung der städtischen Gasanstalten und der Büreaux der Verwaltung, und zwar auf Grund eines Tarifs von 12 Pfennig pro Kubikmeter. Im Etatsjahr 1891/92 wurden 5 320 450 Mark an die Stadtkasse von den städtischen Gasanstalten überwiesen, und zwar 4 855 000 Mark Reingewinn und 465 450 Mark als Zinsen von den zur Erweiterung der Anlagen bis Ende 1867 verwendeten Gewinnüberschüssen.

Auf diesem Gebiete ist eine Vergleichung mit Paris sehr schwierig und wenig fruchtbar, da die Verhältnisse zu sehr ver-

¹⁾ Weitere Ausführungen siehe unter „Anleihen“.

²⁾ Für Privatbeleuchtung ist der Tarif 16 Pfennige pro Kubikmeter, während bei Benutzung des Gases zu anderen Zwecken ein Rabatt von 20% gewährt wird.

schieden sind. Erstens ist das ganze Beleuchtungswesen in Paris in den Händen einer Privatgesellschaft. Zweitens wird in Paris die Elektrizität mehr zur öffentlichen Beleuchtung verwendet. Drittens, obwohl die Stadt Paris einen sehr niederen Satz für das öffentliche Beleuchtungswesen (12 Pfennig pro Kubikmeter) bezahlt, so geschieht dies teilweise auf Grund eines sehr hohen Tarifs für das Privatbeleuchtungswesen. Thatsächlich hat wohl die Pariser Gasgesellschaft im Jahre 1890 die Summe von 14 800 000 Mark an die Stadthauptkasse bezahlt. Zieht man aber hiervon folgende Posten ab: Für öffentliche Beleuchtung, für Beleuchtung in den Schulen, Markthallen u. s. w., Kosten der Kontrolle und Reparatur der Laternen, so bleibt nur ein Überschufs von 9 390 080 Mark. Wenn man ferner bedenkt, daß die Einwohner von Paris 24 Pfennige pro Kubikmeter, die von Berlin aber nur 16 Pfennige zu bezahlen haben, so bleibt die Frage des größeren Vorteils eine offene. Annähernd könnte man es entscheiden, wenn man den Gesamtprivatkonsum mit dem Preisunterschied zwischen den beiden Städten (8 Pfennig) multiplizierte und das Produkt von dem Überschufs von 9 390 000 Mark abzöge. Die beiden Städte wären dann auf eine mehr gemeinsame Basis gestellt. Trotz allem wäre aber der Schluß nicht ganz zutreffend, da noch hinzukommt, daß nach Ablauf der Konzession der Pariser Gasgesellschaft das gesamte Röhrensystem der Stadt unentgeltlich als Eigentum zufällt, während das übrige Eigentum bis zur Hälfte des taxierten Wertes bezahlt werden muß. Man sieht, daß zu viele Imponderabilien hier in Betracht kommen, um aus einem Vergleich feste Schlüsse ¹⁾ ziehen zu können.

Die städtischen Wasserwerke in Berlin.

Ebenso wie bei der Gasversorgung war die Wasserversorgung der Stadt in Händen einer englischen Gesellschaft bis Ende 1873, dann übernahm durch einen Vertrag die Stadt sämtliche Grundstücke, Einrichtungen und Rechte dieser Gesellschaft. Die hierfür zu bezahlende Summe betrug 25 689 000 Mark.²⁾

Seitdem hat sich diese Unternehmung sehr stark entwickelt. Das ganze System ist umgestaltet worden. Anstatt Flußwasser zu benutzen, wie es die englische Gesellschaft gethan hatte, wurde das

¹⁾ Siehe Dr. J. H. Gray „Die Gasfrage in Wien und Paris“. Conrad's Sammlungen. Jena 1892.

²⁾ Siehe unter „Anleihen“ wo die zur Deckung dieser Kaufsumme aufgenommene Anleihe von 30 000 000 Mark aufgezeichnet ist.

Wasser soviel als möglich aus den um Berlin befindlichen Seen benutzt. Die Abnehmer erhalten das Wasser durch Wassermesser, nach welchen die Beitragskosten eines jeden berechnet werden. Schon die englische Wassergesellschaft sah sich genötigt, diese Einrichtung in ihren späteren Jahren zu treffen. Im Anfang hatte sie nur einen Prozentsatz vom Mietwerte jeden Grundstücks gefordert, ohne auf die Masse des verbrauchten Wassers zu achten. Sie fand aber, daß hierdurch eine Vergeudung des Wassers zu sehr begünstigt wurde. Als die Stadt die Wasserwerke im Jahr 1873 übernahm, führte sie das System des Wassermessers allgemein ein, und sie fand, daß, während im Jahre 1874 der Wasserverbrauch pro Kopf der Bevölkerung sich auf 76,58 Liter gestellt hatte, der Verbrauch im Jahre 1880, nachdem die obligatorische Einführung der Wassermesser erfolgt war, nur 62,72 Liter pro Kopf betrug. Die letzte Statistik über die Selbstkosten und Absatzpreise ist vom Jahre 1890. Es wurden 34 770 828 Kubikmeter Wasser in die Stadt zur Verteilung geliefert. Der Verkaufspreis war 0,17433 Mark, der Selbstkostenpreis 0,1112 Mark pro Kubikmeter. Im Rechnungsjahr, das wir jetzt zu untersuchen haben (1891/92), waren durchschnittlich 22 425 Zuleitungen vorhanden mit einer Einnahme von 6 250 000; die Durchschnittseinnahme pro Zuleitung war demnach 280 Mark. Die städtischen Wasserwerke liefern unentgeltlich das Wasser zur Straßen- und Rinnsteinreinigung, Straßenbesprengung, für das Feuerlöschwesen, für die Begießung der öffentlichen Gartenanlagen, für die öffentlichen Bedürfnisanstalten und für die verschiedenen Springbrunnen. Da für diese Zwecke nahezu 4 Millionen Kubikmeter erforderlich sind, so repräsentieren sie eine thatsächliche, auf die Wasserwerke fallende Last von circa 450 000 Mark.

Aus dem Ertrag der Wasserwerke müssen gedeckt werden folgende Posten, deren Beträge im Etatsjahr 1891/92 folgende waren:

Verwaltungskosten	169 548 M.
Betriebskosten	1 358 859 „
Hausanschlüsse	175 000 „
Aufsergewöhnliche Ausgaben	15 000 „
Werkstatt	83 306 „
Personale Kosten des Bauamts	34 140 „
Amortisation und Zinsen	2 810 299 „
Pensionen und Unterstützungen nebst Betrag zum Reservefonds	110 000 „
Summa:	4 756 152 M.

Wenn man dies mit den Einnahmen vergleicht, so ergibt es folgendes Resultat:

Ordinarium.	
	Mark:
I. Aus dem Absatz von Wasser	6 250 000
II. Einnahmen aus der mietsweisen Benutzung von Wassermessern	142 430
III. Hausanschlüsse	220 000
IV. Zinsen und Mieten	5 638
V. Verschiedene Einnahmen	34 140
Summa:	6 652 208.

Da die Summe der ordentlichen Ausgaben 4 756 152 Mark beträgt, so bleibt ein Überschufs von 1 896 056 Mark zur Verwendung für allgemeine Kommunalzwecke.

Einnahmen aus der Wasserversorgung in Paris.

Die Entwicklung der Stadt Paris hat ganz eigentümliche Verhältnisse in ihrer Wasserversorgung hervorgebracht, — Verhältnisse, die sich kaum in einer andern Stadt wiederholen.

Bis zum Jahre 1854 war der Zustand der Wasserversorgung einer Großstadt wie Paris ein geradezu himmelschreiender. Das Wasser war verunreinigt durch organische Substanzen, die Quantität war eine ganz ungenügende. Im Jahre 1854 ging die Stadt ernstlich daran, diesen Zustand zu verbessern, und sie hat in den folgenden 20 Jahren beinahe 80 000 000 Mark für Ameliorationen verausgabt.

Der gegenwärtige Zustand der Wasserversorgung ist in vielen Beziehungen ein Resultat der Einverleibung der Vororte im Jahre 1860. Vor dieser Zeit hat die Stadt selbst die ganze Wasserversorgung in eignen Händen gehabt. Für die Vororte dagegen hatten sich verschiedene Wassergesellschaften gebildet, die aber schlechtes und teures Wasser lieferten. Nach der Einverleibung sah man sich genötigt, einen mehr gleichmäßigen Zustand als früher herbeizuführen.¹⁾ Damals wurde die Frage ernstlich erörtert, ob man nicht die ganze Wasserversorgung in eigne Hände nehmen sollte,

¹⁾ Vor 1860 bezahlten die Einwohner der Vororte 2 bis 7mal soviel pro Kubikmeter Wasser als die Einwohner von Paris.

d. h. die Wassergesellschaft zu enteignen, um ihre Aufgaben selbst zu übernehmen. Als Ausweg wurde eine Art Kompromiß durchgeführt. — Die Stadt behielt die ganze Wasserversorgung für öffentliche Zwecke. Sie wurde Eigentümerin aller Maschinen, der Röhrenleitung, Kanäle und Reservoirs. Alles, was der Wassergesellschaft überlassen blieb, war die Privatwasserversorgung, d. h. die Röhrenleitung von der Fassade des Hauses ab. Sie erhebt die Beträge für den Privatkonsum, welche aber wöchentlich in die Stadthauptkasse einzuzahlen sind.¹⁾ Die Vorteile der Wassergesellschaft wurden folgendermaßen geregelt:

I. Für die Cession ihrer Privilegien und Materialien erhält die Gesellschaft von 1860 bis zum Erlöschen ihrer früheren Privilegien, d. h. bis zum 1. Januar 1911²⁾ jährlich eine Summe von 928 000 Mark.

¹⁾ Die Kosten für den Privatkonsum werden in Paris folgendermaßen berechnet:

1. Nach der Zahl der Hähne in den Privatwohnungen; 1 Hahn in einer Wohnung mit 1, 2 oder 3 Personen 16 fr. 20 c. jährlich. Für jede weitere Person 4 fr. Für jeden weiteren Hahn in

einem Closet	4 fr.
„ Badezimmer	12 „
„ Douchezimmer	9 „
„ andern Teil der Wohnung	6 „

2. Durch einen Wassermesser:

Täglich Liter.	Wasser für industrielle Zwecke etc. jährlich. fr.	Wasser für Haushal- tungszwecke jährlich. fr.
125	—	20
250	—	40
500	—	60
1000	60	120
1500	90	180
2000	120	240
2500	150	300
3000	180	360
3500	210	420
4000	240	480
4500	270	540
5000	300	600

²⁾ Dieses Datum (1. Januar 1811) ist durch eine Verlängerung des früheren Kontraktes, welcher am 26. Dezember 1867 geschlossen wurde, festgestellt worden.

II. Von der Privatversorgung erhält die Gesellschaft bei 3 600 000 Francs (2 800 000 Mark) bis 6 000 000 Francs (4 800 000 Mark) Einnahmen — 25 %. Von den 7^{ten}, 8^{ten} und 9^{ten} Millionen bekommt sie 20 %, von den 10^{ten} und 11^{ten} Millionen 15 %, von der 12^{ten} Million 10 %, und 5 % für Einnahmen mit über 12 Millionen. Allein aus dieser Quelle waren ihre Einnahmen im Jahre 1891 1 124 400 Mark.

III. Durch einen Kontrakt vom 29. Dezember 1869 erhielt die Wassergesellschaft die Befugnis, die Wasserversorgung der Kommunen außerhalb der Stadtmauern selbst zu übernehmen. Für dieses Recht bezahlte sie der Stadt 2 640 000 Mark.

Die eben geschilderten Zustände zeigen uns die völlige Verschiedenheit der Verhältnisse in Berlin und Paris. Von vornherein ist daraus zu ersehen, daß ein wertvoller Vergleich gar nicht zu machen ist.

Ebenso ist das Budgetrecht auf diesem Gebiete in beiden Städten verschieden. Während in Berlin die städtischen Werke aus ihren eignen Einnahmen die Schuldenverzinsung und -Tilgung zu bezahlen haben, ist dies in Paris nicht der Fall. Dazu kommt noch, daß die Stadt Paris nahezu 1 000 000 Mark aus den Kanälen erzielt, die für die städtische Wasserversorgung gebaut worden sind. Was die Einnahmen aus der Privatwasserversorgung anlangt, flossen dem Budget für 1891 — 8 998 000 Mark zu.

Dabei darf aber nicht vergessen werden, daß hiervon die Wassergesellschaft 1 124 000 Mark als Anteil bekommt und noch dazu 928 000 Mark als jährliche Rente, so daß nur 6 876 000 Mark übrig bleiben. Von dieser Summe sind ferner 2 630 880 Mark ordentliche Ausgaben abzuziehen. Es verbleibt also nur ein Überschufs von 4 215 120 Mark. Wenn man hiervon die Ausgaben für Schuldenverzinsung und Amortisation, welche aber nicht genau zu ermitteln sind, abrechnet, so bleibt der Überschufs um keinen erheblichen Betrag über dem der Stadt Berlin, welcher 1 896 056 Mark beträgt, voraus.

Dabei muß noch in Betracht gezogen werden, daß in Berlin der Kubikmeter Wasser etwas über 17 Pfennige kostet, in Paris dagegen der Durchschnittsverkaufspreis 32—35 Pfennige pro Kubikmeter für Haushaltzwecke und 16—17 Pfennige für industrielle Zwecke, Ställe, Gärten u. s. w. ist. Hieraus ergibt sich, daß die hohen Einnahmen in Paris viel mehr steuerartiger Natur sind, als in Berlin.

Von den weiteren Einnahmen aus dem Privatgewerbebetrieb

haben wir noch kurz diejenigen zu behandeln, die von den Märkten und Markthallen, von den Schlachthäusern und von den Entwässerungs- und Abfuhranstalten herrühren.

Märkte und Markthallen.

Erst in ganz neuerer Zeit hat die Stadt Berlin die Frage der Markthallen zu lösen begonnen, aber sie ging seitdem so energisch vor, die Fortschritte waren so ungeheuer, daß in der verhältnismäßig kurzen Periode von 10 Jahren diese Entwicklung zu einem vorläufigen Abschluß gekommen ist. Schon mehrere Jahre vor der endgültigen Inangriffnahme des Werkes hatten sich Magistrat und Stadtverordnetenversammlung gegen das alte System der Märkte auf öffentlichen Plätzen gewendet. Die zu überwindenden Schwierigkeiten waren aber so groß, daß erst im Jahre 1882 ein praktischer Anfang gemacht wurde durch die Erwerbung des Grundstückes, auf welchem die heutige Zentralmarkthalle steht. Am 3. Mai 1886 wurde diese Markthalle eröffnet. Der Kostenaufwand betrug 2 354 661 Mark. Seitdem sind elf weitere Markthallen errichtet worden; die letzte in diesem Jahre. Ihre Kosten sind sehr verschieden, sie wechseln von 2 354 661 Mark bis herunter auf 350 000 Mark. Die Kosten der acht erst erbauten beliefen sich auf 8 100 000 Mark.

Die Markthallen No. 9—12 sollen 697 000 Mark, 965 000 Mark, 567 000 Mark, 755 000 Mark kosten; zusammen kommen also die Kosten der 12 Markthallen auf: 11 584 000 Mark. Die noch nicht eröffneten Markthallen No. 13 und 14 sollen zusammen 1 720 000 Mark kosten.

Da es nicht der Zweck der Markthallen war, Überschüsse zu erzielen, wurden die Standgelder so niedrig als möglich gesetzt; dies zeigt auch der gegenwärtige Tarif mit folgenden Sätzen:

Standgeldertarif.	Standgeld pro Tag und Quadratmeter
	Pfennige:
1. Süßwasserfische	35
2. Fleisch, Wild und Geflügel	40
3. Seefische	35
4. Obst, Gemüse, Käse, Butter, Blumen, Grünkram, Eier, Brot, Mehl, Gebäck, geräucherte Fische, Heringe	20
5. Kartoffeln	20
6. Grobe Holzwaren und Ähnliches, was nicht zu den Nahrungsmitteln gehört	10
7. Kellerräume	10.

Diese Sätze sind Pauschaltarife; sie umfassen noch die Beiträge für Licht, Miete, Reinigung und für Aufbewahrung der Utensilien. Bis jetzt waren die Überschüsse dieser Verwaltung Mark:

vom 3. Mai 1886 bis zum 31. März 1887	311 540,39
Betriebsjahr 1. April 1887/88	80 439,49
„ 1. „ 1888/89	433 453,94
„ 1. „ 1889/90	239 073,73
„ 1. „ 1890/91	180 031,53. ¹⁾

Märkte und Markthallen in Paris.

Viel früher als in Berlin hat sich in Paris das städtische Markthallenwesen zu entwickeln begonnen und die Märkte auf öffentlichen Plätzen sind beseitigt worden und zwar mit dem Aufwand ganz unverhältnismäßig hoher Summen. Schon im Jahr 1854 wurde der Beschluß gefaßt, die großen „Halles Centrales“ zu bauen, die heute noch bestehen und zum Muster für die Versuche anderer Städte auf diesem Gebiete geworden sind. Man kann sich eine Vorstellung ihrer Größe machen, wenn man ihre Raumverhältnisse mit denen der Berliner Zentralmarkthalle vergleicht. Sie umfaßt 87,790 qm gegen 11,873 qm der Berliner.

Ihre Kosten, Bebauung und Enteignung der Grundstücke belaufen sich zusammen auf 40 000 000 Mark. In diesen „Halles Centrales“ wird sowohl en gros als en detail verkauft.

Für letzteren Verkauf bestehen:

753	Stände für Obst, Gemüse und Blumen,
158	„ „ Wild und Geflügel,
196	„ „ Fische,
12	„ „ Austern,
74	„ „ Fleisch,
138	„ „ Butter, Eier und Käse,
13	„ „ gekochtes Fleisch,
15	„ „ die nicht zu den Nahrungsmitteln gehö-
	den Gegenstände,
96	„ „ verschiedene Gegenstände.

Die Stände werden nicht nach dem Quadratmeter, sondern jeder Stand als Ganzes vermietet und zwar wie folgt:

¹⁾ Nach Abschreibung für Maschinen etc. würden nur 76 074 Mark als reiner Überschufs übrig bleiben.

Für Fleisch täglich 2,40 M. bis 3,20 M.,

„ Fisch „ 1,— „ „ 1,20 „

„ Obst „ 0,60 „ „ 0,65 „

Außer 17 Markthallen, die von Privatgesellschaften betrieben werden, besitzt die Stadt noch 25 andere kleine Markthallen.

Aus allen ihren Markthallen erzielt die Stadt sehr bedeutende Einnahmen. Außer den Standgeldern werden noch Gebühren erhoben, die für die en-gros-Verkäufe nach der Menge der Waren gerechnet werden (droit d'abri).¹⁾

Die Einnahmen aus den Markthallen gestalteten sich im Jahre 1891 folgendermaßen:

	Mark:
Gebühren für die Schutzwehr (droit d'abri), nach der	
Menge der zu verkaufenden Gegenstände erhoben	1 886 080
Standgelder	1 628 240
Anteil an den Einnahmen der Privatmarkthallengesellschaften	288 320
Dazu kommen noch die Gebühren für das Aufstellen von	
Wagen um die Markthallen	676 080
Summa:	4 478 720.

Aus diesen Angaben folgt, daß die ungeheure Summe von nahezu 4¹/₂ Millionen Mark dadurch erzielt wird, daß außer den regelmäßigen Standgeldern, die schon sehr hoch sind, noch zwei sehr wichtige Gebühren erhoben werden, nämlich das „droit d'abri“ (1 886 080 Mark) und das „droit de stationnement“ (676 080 Mark).

Da die Ausgaben für die Markthallen (ohne Viehmärkte und Entrepots) ohne Schuldentilgung und Verzinsung nur 578 104 Mark ausmachen, so bleibt ein Überschufs von 3 900 616 Mark. Wenn wir denselben Maßstab für Berlin anwenden würden, d. h. die Amortisations- und Schuldentilgungskosten als Überschufs betrachten, so würde sich dieser im Jahre 1891/92 auf 986 191,53 Mark belaufen haben.

Die Einnahmen aus den Schlachthäusern und Viehmärkten.

Gleich den anderen Privatgewerbebetrieben der Stadt Berlin ist auch diese erst in ganz neuerer Zeit in eigne Hand genommen

¹⁾ Die Einnahmen, die aus den Viehmärkten herrühren, werden wir unter dem Titel: „Schlachthaus und Viehmärkte“ behandeln.

worden.¹⁾ Bis zum Jahre 1881 wären die Viehmarkte sowohl als die Schlachthäuser von Privatgesellschaften betrieben.

Ihre unzureichenden Anlagen und hohen Gebühren hatten schon längst große Unzufriedenheit hervorgerufen. Eine starke Agitation für die Errichtung städtischer Viehhöfe erhob sich seit dem Jahre 1862, wozu noch kam, daß das Gesetz vom 18. März 1868 den Gemeinden ausdrücklich das Recht zuwies, öffentliche, ausschließlich zu benutzende Schlachthäuser zu errichten, in anderen Worten, die Gemeinde konnte nach diesem Gesetz anordnen, daß innerhalb des ganzen Gemeindebezirks oder eines Teiles desselben das Schlachten sämtlicher oder einzelner Gattungen von Vieh ausschließlich in dem öffentlichen Schlachthaus vorgenommen und „daß alles in ein solches Schlachthaus gelangende Schlachtvieh zur Feststellung seines Gesundheitszustandes, sowohl vor als nach dem Schlachten einer Untersuchung durch Sachverständige unterworfen werden müsse“.

Der Errichtung eines Vieh- und Schlachthofes standen große Schwierigkeiten im Wege. Die Stadt versuchte zuerst die Einrichtungen der im Jahre 1867 gegründeten Viehmarkts-Aktiengesellschaft zu erwerben. Die exorbitanten Ansprüche derselben aber machten dies unmöglich. Nur ein Weg blieb übrig — die selbständige Errichtung eines Schlacht- und Viehhofes, und am 30. März 1876 wurde endlich von der Stadtverordnetenversammlung dieser Beschlufs gefaßt. Ein bedeutendes Gebiet von ungefähr 153 Morgen wurde erworben. Am 1. März 1881 fand die Eröffnung des neuen Central-Schlacht- und Viehhofes statt.

Die Kosten desselben gestalteten sich wie folgend:

Terrain	657 210 Mark,
Bau des Viehhofs	7 315 144 „
Bau des Schlachthofs	5 499 567 „
Summa:	13 471 921 Mark.

Am 19. Juni 1882 wurde ein Ortsstatut erlassen, welches den Schlachtzwang und die obligatorische Fleischschau einführte. Am 1. Januar 1883 erfolgte die Schließung aller Privatschlächtereien. Für die Schließung wurde eine gewisse Entschädigung gewährt, welche bis zur Gegenwart über 1 Million Mark betragen hat.

Aus dem Betriebe des städtischen Zentral-Schlacht- und Viehhofs werden sehr bedeutende Einnahmen und Überschüsse erzielt,

¹⁾ Siehe Artikel über „die Organisation des Berliner Vieh- und Fleischmarktes“ in Schmollers Jahrbüchern XVI. Jahrgang Heft 2 von Dr. Levy von Halle.

die ganz auf den Viehmarkt entfallen, da der Schlachthof bis jetzt noch nichts dazu beigetragen hat.¹⁾ Die bedeutenden Einnahmen des Viehmarktes werden nicht nur durch das Standgeld erzielt, welches im Jahre 1891/92 425 000 Mark ausmachte, sondern noch folgende wichtige Posten kommen hinzu, nämlich:

Eisenbahn-Überführungsgebühren	195 000 Mark,
Desinfektionsgebühren	65 000 „
Fourage-Verwaltung	1 231 000 „
Waage-Gebühren.	60 000 „
Mieten	89 700 „
Dünger-Erlös	36 000 „
Erstattungen und verschiedene Einnahmen	18 700 „
Summa: 1 695 400 Mark.	

Einschließlich des Viehmarktstandgeldes betrugen diese Einnahmen 2 120 400 Mark. Diesen stehen die Ausgaben, inklusive 340 090 Mark für Amortisations- und Schuldenverzinsung, mit 1 776 000 Mark gegenüber, so daß ein Nettoüberschuß von 344 400 Mark übrig bleibt.

Mit dem Schlachthof steht es anders. Da die meisten Einnahmen außer den Schlachtgebühren bei dem Viehmarkt aufgezählt werden, gestaltet sich der Einnahmebetrag etwas niedrig. Die Schlachtgebühren²⁾ beliefen sich auf 679 000 Mark, welches zusammen mit anderen kleinen Einnahmen eine Summe von 751 400 Mark ausmachte. Dem gegenüber standen sehr hohe Ausgaben, nämlich

Besoldungen und Löhne	121 350 M.
Amortisation und Verzinsung	317 392 „
Erleuchtung, Feuerungsmaterial und Wasserverbrauch	140 000 „
Unterhalt der Baulichkeiten	70 000 „
Andere kleinere Ausgaben	39 358 „
Summa: 688 100 M.	

¹⁾ Das Markt-Stand- und Fahrgeld beträgt für

1 Rind	1,00 Mark
1 Schwein	0,30 „
1 Kalb	0,25 „
1 Hammel	0,07 „

²⁾ Der Schlachttarif beträgt (1890) für

1 Rind	1,30 Mark
1 Schwein	0,70 „
1 Kalb	0,40 „
1 Hammel	0,20 „

Hieraus ergibt sich, daß nur 63,300 Mark als Überschufs übrig blieb. Diese Summe wird aber von der städtischen Finanzverwaltung nicht als Überschufs betrachtet, sondern lediglich als Erneuerungs- und Erweiterungs-Fonds angesehen.

Der Vieh- und Schlachthof der Stadt Paris.

Die Stellung des grossen Viehhofs „de la Villette“ der Stadt Paris erinnert vielfach an die der Wassergesellschaft. Die Stadt besitzt nicht, noch betreibt sie diese Unternehmung, und doch fließen die Einnahmen in die städtische Kasse. Das System ist folgendes: im Jahre 1859 wurde definitiv die Errichtung eines Viehhofs beschlossen. Durch Dekret vom 11. Dezember 1864 wurde die Errichtung und der Betrieb an eine Aktiengesellschaft übertragen.¹⁾

Die Bedingungen des Kontraktes waren solche, daß die gesamten Kosten von der Gesellschaft getragen werden sollten. Hierfür verpflichtete sich die Stadt während 50 Jahren — der Dauer der Konzession — eine jährliche Abschlagszahlung, durch welche das Kapital amortisiert werden würde, und zugleich Zinsen von 5 % zu bezahlen. Weitere Bauten sollten ebenfalls auf Kosten der Aktiengesellschaft ausgeführt werden. Der Zahlungsmodus für sie ist derselbe. Im Jahre 1891 belief sich diese Jahresrente auf 1 088 000 Mark. Dazu kommt noch, daß die Stadt eine Pauschalsumme von 112 000 Mark an die Aktiengesellschaft bezahlt für die Spesen der Verwaltung und laufenden Ausgaben. Dagegen fließen sämtliche Einnahmen in die städtische Kasse. Sie sind verschiedener Art, nämlich:

Standgeld ²⁾	1 543 920 Mark
Verkauf von Dünger	24 880 „
Mieten	8 000 „
Summa:	1 576 800 Mark

¹⁾ Die Gesellschaft hiefs zuerst „Société Anonyme de l'Approvisionnement“. Später, d. h. im Jahr 1869, wurde sie durch die „Société Parisienne de Crédit“ ersetzt.

²⁾ Die Standgelder betragen für

1 Rind	2,40 Mark
1 Kalb	0,80 „
1 Schwein	0,80 „
1 Hammel	0,24 „

Diese Gebühren werden erhoben, so oft das Vieh an verschiedenen Tagen

Diesen stehen gegenüber 118 240 Mark Ausgaben für Reinigungszwecke. Wenn man letztere zu den 1 200 000 Mark zählt, welche die Stadt an die Aktiengesellschaft zu zahlen hat, so vermindert sich der Überschufs auf 376 800 Mark, etwas mehr als der Überschufs, den der Berliner Viehhof abwirft.

Die Schlachthöfe in Paris sind in den Händen der Stadt. Es giebt gegenwärtig 4 Schlachthöfe, von welchen „la Villette“ bei weitem der wichtigste ist. Außerdem werden noch benutzt die Schlachthöfe von „Grenelle“, „Villejuif“ und „Fourneaux.“

Die erhobenen Gebühren sind wie folgt:

1. Ein Schlachttarif von 2 Centimes pro Kilogramm geschlachtetes Fleisch, welcher am Ausgang des Schlachthofs in der Weise der Oktroierhebung zu bezahlen ist.

2. 80 Pfg. auf je 100 Kilogramm Talg.

3. Eine Gebühr von 32 Pfg. pro Rind für das Waschen der Kaldaunen. Die Einnahmen aus diesen 3 Quellen waren im Jahr 1890

2 766 000 Mark

Die Ausgaben dagegen

55 168 „

welches ein Überschufs von 2 710 832 Mark ergiebt.

Diese Summe würde sich natürlich vermindern, wenn man genau feststellen könnte, welcher Teil dieses Überschusses zur Verzinsung und Kapitalamortisierung verwendet werden müßte. Dies ist aber unmöglich. Auf eine Basis des Vergleichs kommt man erst dann, wenn man zu der Summe, welche die Berliner Verwaltung als Überschufs betrachtet, die Ausgaben für Verzinsung und Amortisation und auch die Ausgaben für Wasser- und Erleuchtungsmaterial, die auch nicht in den Budgets des Pariser Schlachthofes erscheinen, hinzurechnet. Hiernach belief sich dieser Überschufs auf 520 692 Mark, steht also immer noch beträchtlich hinter dem von 2 710 832 Mark der Pariser Schlachthöfe zurück. Dieser Unterschied erklärt sich leicht dadurch, daß in Berlin das Schlachtgeld für ein Rind nur 1 Mark, in Paris dagegen durchschnittlich ungefähr 4,40 Mark beträgt.¹⁾

zum Verkauf gestellt wird. Das nicht verkaufte Vieh wird in Ställe geführt wofür jede Nacht für

1 Rind	0,40	Mark
1 Kalb	0,16	„
1 Schwein	0,08	„
1 Hammel	0,04	„ bezahlt wird.

Für Kälber, Schweine und Hammel sind die Unterschiede in demselben Verhältnis.

Entwässerung und Abfuhranstalten.

Für die Einnahmen hat dieser Zweig des städtischen Privatbetriebs nur wenig Bedeutung, und zwar mit Recht. Hier müssen lediglich andere Zwecke verfolgt werden, als bei manchen anderen Gewerbebetrieben. Für ein vergleichendes Studium kann dieses Gebiet kaum in Betracht kommen. Die Ursachen liegen auf der Hand. Eine genaue Untersuchung der verschiedenen Systeme in der Finanzverwaltung der Kanalisationswerke würde uns zu weit führen. Wir wollen uns daher darauf beschränken, die Hauptposten der ordentlichen Einnahmen und Ausgaben der Kanalisationswerke und der damit zusammenhängenden Unternehmungen für Berlin und Paris in dem Jahre 1891/92 resp. 1891 zu geben.

Etat der Kanalisationswerke und Rieselfelder der Stadt Berlin (April 1891/92).

Ordinarium.

Einnahmen.

Entwässerungs-Abgabe	2 320 567 M.
Betriebsverwaltung	6 390 „
Hausanschlüsse	479 500 „
Verwaltung der Rieselfelder	2 007 153 „
Verschiedene Einnahmen	6 900 „
Zuschüsse aus den Mitteln des Stadthaushaltes	2 712 969 „
Summa	7 533 479 M.

Ausgaben.

Centralverwaltung	117 789 M.
Betriebsverwaltung	1 026 382 „
Hausanschlüsse	538 000 „
Verwaltung der Rieselfelder	1 972 591 „
Schuldentilgung und Verzinsung	3 859 969 „
Verschiedene Ausgaben	18 748 „
Summa	7 533 479 „

Hieraus ersieht man, nicht nur daß die Einnahmen nicht genügten, sondern das vielmehr, um die Ausgaben zu decken, ein Zuschuß seitens der Stadtkasse erforderlich war. Wenn man aber die zur Schuldentilgung und Verzinsung nötigen Ausgaben nicht

als eine Ausgabe der Kanalisationswerke betrachtet, wie es die Pariser Verwaltung thut, so würde allerdings ein Überschufs von 1 147 000 Mark sich herausstellen.

Die Kanalisationswerke der Stadt Paris.

Im Budget der Pariser Kanalisationswerke finden wir eine Einnahme, welche daraus erzielt wird, daß private Telephon- und Telegraphenlinien die Abfuhrkanäle durchlaufen. Die Summe, die dafür an die Stadt zu zahlen ist, beträgt 400 000 Mark. Da aber ein solcher Posten sich in dem Budget der Berliner Kanalisationswerke nicht vorfindet, wollen wir ihn außer Betracht lassen, obwohl er zu einer Würdigung des Pariser Systems eigentlich gehören würde. Das Budget für diesen Zweig der städtischen Verwaltung gestaltete sich im Jahre 1891 wie folgt:

Einnahmen.

Gebühr für Reinigung der Hausanschlüsse	464 000 M.
Entwässerungs-Abgabe	1 011 200 „
Beiträge zur Errichtung der Kanäle	100 000 „
Zuschuss der Stadtkasse	1 339 752 „
Summa	2 914 952 M.

Ausgaben.

Centralverwaltung	238 072 M.
Betriebsverwaltung	2 676 880 „
Summa	2 914 952 M.

Die riesigen Kosten, die dieser Verwaltungszweig der Stadt ausmacht, sind leicht daraus ersichtlich, wenn man berücksichtigt, daß ohne die Verzinsungs- und Tilgungskosten der ungeheuren Schulden, die diese Werke verursacht haben, in Betracht zu ziehen, ein Defizit von immerhin 1 339 752 Mark vorhanden ist.

Schlussbemerkungen betreffend die Einnahmen aus dem städtischen Privatgewerbebetrieb.

Wir haben hiermit die fünf Hauptgebiete des städtischen Privatgewerbebetriebs erledigt. Es erübrigt nur noch einige Bemerkungen daran zu knüpfen. Es wird gleich aufgefallen sein, von wie verschiedenen Gesichtspunkten die Berliner und Pariser Verwaltungen

auf diesen Gebieten ausgehen; obwohl beide bedeutende Einnahmen aus ihrem Privatgewerbebetrieb erzielen, so ist doch leicht ersichtlich, daß vor allem, soweit die Pariser Verwaltung ein öffentliches Werk in eigenen Händen hat, die Einnahmen daraus einen mehr steuerartigen Charakter annehmen, als dies in Berlin der Fall ist. Ist ein solches Gebiet (wie Gasversorgung) in den Händen einer Privatgesellschaft, die sie für ihre privilegierte Stellung zu bezahlen hat, dann sind ihre Anforderungen an die Gesellschaft so außerordentlich große, daß als natürliche Folge die Bevölkerung in letzter Instanz für diese Anforderungen aufkommen muß. Die günstige Lage der Berliner Finanzen erlaubt eine Rücksichtnahme auf viele wirtschaftliche, soziale und erzieherische Faktoren bei der Gestaltung der Preise, die von der Bevölkerung verlangt werden. Daß eine solche Rücksichtnahme in noch viel höherem Maße durchgeführt werden kann, ist nicht zu leugnen. Immerhin bietet Berlin mit Paris verglichen mancherlei große Vorzüge. Die verhältnismäßig geringen Anforderungen seines (Berlin) Schuldenstandes, die Thatsache, daß es erst in ganz neuerer Zeit die großen Probleme einer Weltstadt zu lösen gehabt hat, so daß bis jetzt keine großen Systemveränderungen nötig gewesen sind, wie dies schon mehreremal in Paris der Fall gewesen ist, zusammen mit der günstigen Lage seiner großen Straßenzüge, seiner Wasser- und Stromverhältnisse, — alles dies hat dazu beigetragen, die großen Verschiedenheiten in dem Privatgewerbebetrieb gegenüber Paris hervorzurufen. Diese Verschiedenheiten, die in unseren späteren Betrachtungen über Steuern, Anleihen und andere Einnahmearten in noch viel höherem Maße zum Vorschein kommen werden, brauchen wir nicht an dieser Stelle vorzuführen. Nur eines möchten wir noch bemerken, um etwaigen voreiligen Schlüssen vorzubeugen. Unsere kurze Darlegung hat gezeigt, wie glänzend sich die Gewerbethätigkeit der Stadt Berlin entwickelt hat. Daraus ist aber absolut nicht zu schließen, daß dasselbe Vorgehen seitens der Pariser Verwaltung dieselben Erfolge gehabt hätte. Erstens hatte Paris diese Aufgaben ¹⁾ viel früher als Berlin zu lösen und zwar in einer Zeit, wo man noch wenig Erfahrungen auf diesen Gebieten gehabt hat, zweitens seine völlig verschiedene und eigenartige Verfassungsform machte solche Unternehmungen zu sehr kostspieligen und immerhin gewagten Experi-

¹⁾ d. h. die Aufgaben, die an eine sich schnell entwickelnde Großstadt herantreten.

menten. Es ist nicht zu viel behauptet, daß die Pariser Privat-
aktiengesellschaften wie z. B. die Gasgesellschaft, die Viehhofgesell-
schaft u. s. w. eine viel segensreichere Thätigkeit entfalteten, als
dies der Stadt möglich gewesen wäre, wenn sie selbst diese Zweige
übernommen hätte. Wenige Staaten und Städte können im allge-
meinen solche gute Erfahrungen mit dem Privatbetrieb öffentlicher
Werke aufweisen. Die Pariser Gasgesellschaft ist geradezu ein
Muster von kaufmännischer Tüchtigkeit, sowohl in Verwaltung als
im Betrieb. Wenn auch die Bevölkerung sehr hohe Gaspreise be-
zahlen muß, so ist doch andererseits einmal die Versorgung besser
als sonst überall, zweitens fließt der Stadt eine sehr hohe Jahres-
rente zu und sie erhält das Gas für öffentliche Beleuchtungs-
zwecke beinahe so wohlfeil, als die Stadt Berlin es für sich selbst
herstellen kann.

Kapitel V.

Die gemeinwirtschaftlichen Einnahmen im städtischen Haushalt.

Nachdem wir die Erwerbseinkünfte aus den städtischen Privatgewerbebetrieben und städtischen Regalanstalten behandelt haben, wollen wir jetzt zu dem wichtigsten Teil der städtischen Einnahmewirtschaft übergehen, d. h. zu den gemeinwirtschaftlichen Einnahmen.

Von vornherein ist daran festzuhalten, daß eine genaue Unterscheidung zwischen gemeinwirtschaftlichen und privatwirtschaftlichen Einnahmen überhaupt unmöglich ist. Die geschichtliche Entwicklung bringt eine Verschiebung der Grenzen mit sich, so daß, wie wir sehen werden, viele privatwirtschaftlichen Einnahmen einen gemeinwirtschaftlichen Zug in sich bergen.

Die gemeinwirtschaftlichen Einnahmen werden eingeteilt in

1. Gebühren.
2. Steuern.

Die Gebühren im Gemeindehaushalt.

Es ist sehr schwierig, ja unmöglich, eine genaue Scheidung zwischen den Gebühren-, privatwirtschaftlichen und Steuerprinzipien im Gebiete der Gemeindefinanzen zu machen. Ob und wie weit die Einnahmen aus den schon geschilderten Privatgewerbebetrieben der Kommunen gebührenartigen Charakters sind, darin gehen die Ansichten auseinander.

Wagner (Finanzwissenschaft 2. Auflage Bd. VI § 35) setzt den Begriff der Gebühren wie folgend fest:

„Gebühren sind Abgaben, welche von Einzelnen oder Gruppen von Einzelnen als ein spezielles Entgelt eines ihnen von einem öffentlichen Körper, dem Staate, der Gemeinde oder einem sonstigen Selbstverwaltungskörper“ oder allgemein von einer „Zwangsgemeinwirtschaft; für eine durch sie verursachte Ausgabe (Kostenprovokation) bei der Ausübung einer im öffentlichen Interesse erfolgenden (öffentlichen) Thätigkeit in einer von der öffentlichen, insbesondere der Staatsgewalt einseitig bestimmten Weise und normierten Höhe erhoben werden“, i. a. W. der öffentliche Körper verlangt für die individuelle Inanspruchnahme seiner Thätigkeit einen individuellen wirtschaftlichen Ersatz. Die ganze Gebührenfrage kann man von zwei verschiedenen Standpunkten ansehen; einmal vom Standpunkte der verschiedenen Thätigkeiten des öffentlichen Körpers, zweitens vom Standpunkte der Natur des geleisteten Dienstes. Man kann mit von Heckel die Gebühren von den privatwirtschaftlichen Einnahmen ganz trennen und einerseits behaupten, daß die Einnahmen aus dem Privatgewerbebetrieb nicht gebührenartig sind, da die Gemeinde hier unter den allgemeinen Bedingungen des privatwirtschaftlichen Systems wirtschaftet, und andererseits, daß die Einnahmen aus den Gemeindeverkehrsanstalten auch nicht gebührenartig sind, da die „Ausscheidung der behördlichen Leistung aus dem Bereiche der eigentlichen Amtshandlungen aus den allgemeinen Verwaltungsaufgaben einen charakteristischen Unterschied zwischen dieser Gruppe und den Gebühren begründet“.

Am zutreffendsten erscheint uns die Stein'sche Einteilung,¹⁾ welche die Gebühren in

a) eigentliche und

b) Regaliengebühren

scheidet. Unter eigentlichen Gebühren werden diejenigen verstanden, die die rein amtliche Arbeit der Gemeinde in Anspruch nehmen. Regaliengebühren sind diejenigen, die für die Benutzung der staatlichen oder städtischen Regalanstalten erfordert werden. Mit Annahme dieser Einteilung entfallen die von uns im letzten Abschnitt geschilderten Einnahmen aus dem Privatgewerbebetrieb unter den Begriff von Regaliengebühren. Ebenso wichtig ist es, die Gebühren von den Steuern zu unterscheiden. Der Unterschied zwischen den „eigentlichen Gebühren“ und den Steuern ist leicht zu erkennen, da hierbei das Moment des speziellen Entgelts, der Kernpunkt der Ge-

¹⁾ Finanzwissenschaft zweiter Teil, erste Abteilung.

bühren, besonders scharf hervortritt. Mit den Regaliengebühren steht es aber etwas anders. Hier ist der Zusammenhang zwischen der Leistung der Gemeinde und der Gegenleistung des Individuums etwas gelockert, obwohl er immer noch besteht. Der Entgelt für eine amtliche Arbeit ist allerdings weggefallen. In den hohen Überschüssen aus den städtischen Regalanstalten ist unleugbar ein steuerartiges Moment zu sehen. Fassen wir aber sowohl die eigentlichen als die Regalgebühren zusammen, so ergibt sich eine andere Unterscheidung, wenn wir diese Einnahmen vom Standpunkt des Gebietes, auf welches sich die Thätigkeit der Gemeinde erstreckt, beurteilen, eine Unterscheidung, die für unsere Zwecke wichtiger erscheint als die vorige. Es ist ganz natürlich, daß das Wirken der Gemeinde auf allen Gebieten nicht allen in gleichem Maße zu gute kommt. Bei manchen Leistungen, wie z. B. Unterrichts- und Gesundheitswesen, ist der Nutzen ein allgemeiner und weniger ein individueller. Hier ist in allen Fällen kein bestimmter Maßstab für die einzelnen Vorteile festzustellen. Auf anderen Gebieten aber, wie z. B. bei Anlegung und Bau von Straßen, steht die Sache anders. Hier erwachsen den einzelnen Besitzern ganz besondere finanzielle Vorteile; es ist daher ein allen Städten gemeinsamer Grundsatz, daß die Grundbesitzer, die unmittelbar in der Nähe einer neu angelegten Straße Grundstücke besitzen, verpflichtet sind, im Hinblick auf die finanziellen Vorteile, die sie daraus genießen werden, Beiträge zur Deckung der Kosten zu bezahlen. Diese Beiträge sind gebührenartiger Natur.

In dem vorigen Abschnitte haben wir schon die Haupteinnahmen, die in die Kategorie der Gebühren gehören, dargelegt. Es erübrigt uns nur noch, einzelne hinzuzufügen, die dort ihren Platz gefunden haben. Darunter sind die wichtigsten:²⁾

1. die Schulgelder,
2. die Interessenzuschüsse der Adjacenten für die Regulierung und Pflasterung neuer Straßen,
3. Gebühren für die öffentliche Gesundheitspflege,
4. Gebühren für die Veranlagung und Erhebung der Staatsklassensteuer,

¹⁾ Über Bürgerrechts- und Einzugsgelder. Obwohl die Bürgerrechtsgelder gewöhnlich einen gebührenartigen Charakter haben, sind sie nach der Einrichtung für Berlin mehr steuerartiger als gebührenartiger Natur. Weitere Erörterungen siehe unter Steuern, Bürgerrechtsgelder und Hausrechtssteuern.

5. Beiträge für Straßenreinigung und Besprengung,
6. Gebühren für das Nachtwachtwesen.

Die Schulgelder.

Seitdem die Aufhebung des Schulgeldes für den Elementarunterricht im Jahre 1869 beschlossen worden ist, hat die Entwicklung des ganzen Unterrichtswesens einen ungeheuern Aufschwung genommen. Wir brauchen hier nur auf unsere Ausführungen zu verweisen, über die Ausgaben, die einen schlagenden Beweis dafür geben.

Im Jahre 1890 bestanden 270 öffentliche¹⁾ Schulen mit 3911 Klassen, welche von 201,568 Schülern besucht wurden.

92 Privatschulen mit 654 Klassen und 19,648 Schüler.

Von diesen 270 öffentlichen Schulen waren 16 königliche und 254 städtische Anstalten, welche sich folgendermaßen verteilten:

Königliche Anstalten.

- 5 Gymnasien.
- 1 Realgymnasium.
- 2 Höhere Mädchenschulen.
- 1 Präparanden-Anstalt.
- 1 Seminarschule (Mittelschule).
- 1 Theaterschule (Elementarschule).
- 4 Vorschulen der Gymnasien.
- 1 Taubstummenschule.

Städtische Schulen.

- 11 Gymnasien.
- 7 Realgymnasien.
- 2 Oberrealschulen.
- 9 Höhere Bürgerschulen.
- 5 Höhere Mädchenschulen.
- 19 Vorschulen der Gymnasien.
- 185 Gemeindeschulen.
- 2 Blinden- und Taubstummenschulen.
- 2 Waisenhausschulen.
- 3 Schulen sonstiger Erziehungsanstalten.
- 7 Schulen unter spezieller Aufsicht von Vereinen.

Es folgt aus dem schon vorher Gesagten, daß die Einnahmen aus diesen Schulen den Ausgaben gegenüber ganz verschwindend klein sind.

¹⁾ Elementar- und höhere Schulen inklusiv.

Die Schulgeldeinnahmen verteilen sich folgendermaßen:	
auf die 20 Gymnasien, Realgymnasien und Oberreal-	
schulen (13 300 Schüler)	1 244 700
auf die 9 Höheren Bürgerschulen (3248 Schüler)	239 000
auf die 5 Höheren Mädchenschulen (4241 Schüler)	394 000
auf die 185 Gemeindeschulen, in denen kein Schulgeld	
erhoben wird (nur von den in den Gemeindeschulen	
untergebrachten Kinder aus den umliegenden Ort-	
schaften) (172 408 Schüler)	20 000
auf die Taubstummenschule u. Blindenanstalt (207 Schüler)	1 070
auf die Fortbildungskurse	27 300
Summa:	1 926 070

Gewerbliches Unterrichtswesen (Schulgeld und Beiträge):			
	Schüler:	Kosten:	Beiträge:
Fachschule für Maurer und Zimmerer	494	11 730	5 200
„ „ Tischler	409	9 190	900
„ „ Sattler	115	2 250	400
„ „ Maler	331	13 500	1 550
„ „ Schornsteinfeger	91	1 425	565
„ „ Barbier und Friseur	432	6 300	2 901
„ „ Stell- und Radmacher	69	2 440	290
„ „ Glaser	78	1 660	350
„ „ Schuhmacher	299	5 940	1 700
„ „ Schneider	112	1 603	350
„ „ Tapezierer	260	7 558	500
„ „ Korbmacher	32	2 440	212
„ „ Buchbinder	53	2 700	600
„ „ städt. Webeschule	280	49 060	14 060
„ „ „ Handwerkersch.	2 440	120 066	24 960
„ „ „ Baugewerkschule	253	65 100	24 300
Summa:	5 748	302 962	78 838

Gesamtsumme der gebührenartigen Einnahmen:	Mark.
Aus dem Unterrichtsweisen	2 068 938
Gesamtkosten	13 277 922
Gesamtzahl der Unterrichteten in	Personen.
den städtischen Schulen	199 182

Einnahmen aus dem Unterrichtswesen in Paris.

Wir können uns hier nur sehr kurz fassen, da die Einnahmen aus dieser Quelle viel geringfügiger sind, als in Berlin. Die Schulgeldfreiheit ist noch etwas weiter geführt. Immerhin ist die Hauptursache der geringen Bedeutung dieser Einnahmen darin zu sehen, daß die Thätigkeit der Stadt auf dem Gebiete des höheren Schulwesens (Gymnasien, Höhere Bürger- und Mädchenschulen etc.) eine viel geringere ist als in Berlin.¹⁾ Diese Thatsache rührt daher, daß der Staat fast sämtliche solche Anstalten in Händen hat. Die Hauptanstalten für den höheren Unterricht sind: Collège Rollin, Chaptal und École J. B. Say (enseignement primaire supérieur); da aber ihre Einnahmen meistens die Pension der Schüler mit einschließen, so ist der Maßstab ein nicht sehr genauer.

Schulgelder	Mark
Collège Rollin	662 520.00
Collège Chaptal	663 440.05
École J. B. Say	309 680.00
Schulgeld der in den Gemeindeschulen unterrichteten	
Kindern aus den umliegenden Ortschaften	61 600.00
Summa:	1 697 240.00
diesen stehen gegenüber	19 298 425.60
als Ausgaben.	

Beiträge der Adjacenten zu Straßensbau und Pflasterung.

Wir haben hier die wichtigsten der schon oben genannten Fälle, bei denen die Gemeindeanlagen sich örtlich verschieden verteilen und abstufen und man deshalb einen Maßstab hat, die dem Einzelnen zu gute kommenden Vorteile festzustellen. Dies geschieht in der Heranziehung der Adjacenten zur Straßenanlegung und Pflasterung. Die ganze Materie ist in Preußen endgiltig geregelt worden durch das Gesetz vom 2. Juli 1875.²⁾ Wie man aus § 15

¹⁾ Immerhin ist auch daran festzuhalten, daß auch in den 5 höheren Bürgerschulen, 1 Realgymnasium, 2 Gymnasien und den Gewerbe- und Fachschulen die Schulgeldfreiheit mehr durchgeführt ist, als in Berlin.

²⁾ Die früheren Grundlagen der Praxis auf diesem Gebiet befanden sich in den Kabinettsordres vom 21. Dezember 1838 und 28. Januar 1860. Diese in Verbindung mit verschiedenen Gemeindebeschlüssen hatten den Grundsatz ausgesprochen, „daß die Unternehmer von neuen Straßenanlagen, resp. die Adjacenten derselben, die Kosten des ersten Pflasters derselben zu tragen hatten“.

ersieht, wird den Gemeinden in der Feststellung des eigentlichen Umfangs der Beiträge ein sehr großer Spielraum gelassen und zwar:

„Durch Ortsstatut kann festgesetzt werden, daß bei der Anlage einer neuen, oder bei der Verlängerung einer schon bestehenden Strafe, wenn solche zur Bebauung bestimmt ist, sowie bei dem Anbau an schon vorhandenen, bisher unbebauten Straßen und Straßenteilen von dem Unternehmer der neuen Anlage oder von den angrenzenden Eigentümern — von letzteren, sobald sie die Gebäude an der neuen Strafe errichten — die Freilegung, erste Einrichtung, Entwässerungs- und Beleuchtungsvorrichtung der Strafe in der dem Bedürfnisse entsprechenden Weise beschafft, sowie deren zeitweise, höchstens jedoch fünfjährige Unterhaltung beziehungsweise ein verhältnismäßiger Beitrag oder der Ersatz der zu allen diesen Maßnahmen erforderlichen Kosten geleistet werde. Zu diesen Verpflichtungen können die angrenzenden Eigentümer nicht für mehr als die Hälfte der Straßenbreite, und, wenn die Strafe breiter als 26 Meter ist, nicht für mehr als 13 Meter der Straßenbreite herangezogen werden. Bei Berechnung der Kosten sind die Kosten der gesamten Straßenanlage bzw. deren Unterhaltung zusammenzurechnen und den Eigentümern nach Verhältnis der Länge ihrer die Straßen berührenden Grenze zur Last zu legen.“

Auf Grund dieser gesetzlichen Bestimmungen erließ die Stadt Berlin am 7. März 1877 ein Ortsstatut, in welchem diese Grundsätze ausgeführt wurden. Bemerkenswert in diesem Ortsstatut sind noch folgende hinzugefügte grundsätzliche Bestimmungen:

1. Daß zu den Kosten der Freilegung auch die Kosten der Erwerbung des Grund und Bodens der Strafe einschließlic des Bürgersteigs gehören.

2. Die Kosten des zur ersten Pflasterung verwendeten Materials inklusive Arbeitslohn werden alljährlich durch Kommunalbeschluss pro Quadratmeter festgestellt.¹⁾

3. Bei Straßen von mehr als 26 Meter Breite ist von den Kosten der Gesamtanlage ein nach dem Verhältnis von 26 Metern zu der Gesamtbreite der Strafe zu berechnender Beitrag von den Adjacenten zu erstatten. Der übrigbleibende Kostenteil fällt der Stadt zur Last.

4. Was die Unterhaltung der Straßen anlangt, so haben die Unternehmer resp. Adjacenten entweder

¹⁾ Sie wurden festgestellt auf 13 Mark pro Quadratmeter für Hauptstraßen, 11,50 Mark für Nebenstraßen.

- a) die Kosten dieser Unterhaltung oder
- b) einen alljährlichen, durch Kommunalbeschluss festzusetzenden Beitrag zu denselben für die Periode von vier Kalenderjahren, von Beginn der Unterhaltung gerechnet, zu tragen.

In dem ersteren Falle wird der Betrag der Kosten durch den Magistrat definitiv festgestellt.

Bei der Beurteilung dieser Grundsätze der städtischen Verwaltung und der strengen Durchführung in allen den Befugnissen, die das Gesetz vom 2. Juli 1875 der Stadt zur Heranziehung der Adjacenten gibt,¹⁾ muß man immer im Auge behalten, wie sehr verschieden die Verhältnisse in Berlin waren im Vergleich zu denjenigen anderer kontinentaler Großstädte. Nur wenige Teile der Stadt haben überhaupt einer Neugestaltung bedurft. Berlin hat nie den Charakter einer mittelalterlichen Stadt mit ihren engen und krummen Straßenzügen gehabt wie z. B. verschiedene Teile von Paris. Daher hat es auch nicht solcher ungeheuren Summen bedurft, um neue Straßen durchzubrechen, wie das wiederum in Paris der Fall gewesen ist. Noch deutlicher wird dies hervortreten, wenn wir über die städtischen Anleihen zu sprechen haben werden. Hier sei nur noch erwähnt, daß im Unterschied von den meisten anderen Städten die Neupflasterung der alten Straßen von Berlin aus den laufenden Einnahmen bezahlt wird, da eine Anleihe nur für Anlagen dauernden Charakters sich rechtfertigen liefs. Es wurde aber nach Ansicht des Magistrats, im Gegensatz zur Stadtverordnetenversammlung (im Jahre 1877), eine Pflasterung nicht als eine Anlage dauernden Charakters angesehen. Ein Bild der Entwicklung, wie auf Grund des Gesetzes vom Jahre 1875 der Prozentsatz der von Privaten und Privatgesellschaften gepflasterten Straßen immer größer geworden ist im Verhältnis zu der auf Rechnung der Stadt ausgeführten Neupflasterung, gibt nachfolgende Tabelle:

¹⁾ Wie aus § 15 des Gesetzes ersichtlich ist, kann die Stadt den Adjacenten zur Herstellung der Beleuchtungsvorrichtungen heranziehen. Auf diese Befugnis hat die Stadt verzichtet, indem, wie im Verwaltungsbericht pro 1861—76 2. Teil Seite 47 gesagt wird, „man hat insofern die Verpflichtung der Unternehmer oder Adjacenten gegen das früher bestandene Verhältnis verschärft, indem man ihnen ausdrücklich auch die Freilegung, erste Einrichtung und Entwässerung auferlegt hat“.

Jahr	Für Rechnung		Im ganzen	Betrag der Kosten der für Rechnung der Stadt ausgeführten Neupflasterungen.
	der Stadt	von Privaten resp. Pferde- bahn- gesellschaft		
	qm	qm	qm	M
1878	52 773	19 726	72 499	961 078
1879	51 620	18 624	70 244	678 146
1880	53 186	30 631	83 817	869 749
1881	22 571	3 934	26 505	485 710
1882/83	34 233	11 949	46 182	469 561
1883/84	32 158	6 294	38 452	474 181
1884/85	13 939	12 781	26 720	236 264
1885/86	14 709	17 919	32 628	282 625
1886/87	42 980	34 849	77 829	925 863
1887/88	26 260	26 656	52 916	449 053
1888/89	33 350	59 686	93 036	575 953
Summa	377 779	243 049	620 828	6 408 183 ¹⁾

Am 1. April 1891 war die Verteilung der gesamten städtischen Pflasterungen folgende:

	Flächen- inhalt	Von der Stadt zu unterhalten	Von Privaten und Pferde- bahngesell- schaften zu unterhalten
	qm	qm	M
Asphaltpflasterung	771 093	395 359	375 734
Holzpflasterung	70 678	30 395	49 283
Steinpflasterung	4 104 873	3 439 558	655 322

Im Etatsjahr 1. April 1891/92 sind die Gebühren, die von Privaten oder Privatgesellschaften für die Straßenanlage und -Pflasterung erstattet wurden, folgende gewesen:

¹⁾ Es ist zu bemerken, daß diese Ausgabe von 6 408 183 nur eine vorläufige war, der größte Teil wird zurückgezahlt von den Eigentümern der anliegenden Grundstücke, sobald diese gebaut werden.

	Mark:
Für Beleuchtung und Beaufsichtigung	15 000,00
„ Umpflasterung des Pferdebahnterrains (Jahresrente)	302 606,00
„ Erstattung der Adjazenten für Regulierung und Pflasterung	360 000,00
Erstattung für Straßsenunterhaltung	42 000,00
Erstattung auf Erwerbung von Terrain für Straßsenanlagen	200 000,00
Erstattungen der Pferdebahngesellschaften für Um- und Neupflasterung	180 000,00
Summa:	1 099 606,00.

Gebührenartige Einnahmen aus der Straßsenanlage und Pflasterung in Paris.

Paris weist keine großen Abweichungen von dem oben geschilderten System auf. Die ganze Materie wurde schon durch das Gesetz vom 16./22. Juli 1807 systematisch geregelt, welches die Kosten der ersten Pflasterung auf den Adjazenten legte.

Seitdem hat das System mehrfache Veränderungen erlitten. Von 1852 bis 1875 hat die Stadt versucht, die ganze Pflasterung selbst zu übernehmen, gegen eine Pflasterungsgebühr von 9,60 Mark pro Quadratmeter, welche von den Adjazenten erhoben wurde. Sie fand aber sehr bald, daß dadurch große Verluste eingetreten waren — ungefähr $\frac{2}{7}$ der ganzen Kosten. Im Jahre 1875 kehrte man zum alten System zurück, d. h. man legte die gesamten Kosten in jedem einzelnen Falle der Straßsenanlage den Adjazenten auf. Es muss dabei nicht vergessen werden, daß weder die Kosten für Einschnitt noch für Wegschaffung der Erde den Adjazenten auferlegt werden. Es ist überhaupt (seit 1807) ein Grundsatz des französischen städtischen Finanzrechts, daß die Kosten für die erste Pflasterung der neu angelegten Straßsen nur in dem Fall, daß die gewöhnlichen Einnahmen der Stadt (revenues ordinaires) nicht mehr zur Deckung ausreichen, durch Anleihen gedeckt werden.

Einer Entscheidung des Staatsrates gemäß tritt dieser Zustand ein, wenn in dem Jahre der Pflasterung oder in den zwei vorausgegangenen, die Stadt sich genötigt sah, zu Anleihen oder vorübergehenden Zuschlägen zum Oktroi zu greifen, um die Kosten nicht ganz aufsergewöhnlicher Werke zu decken (dépenses qui non pas toutes un caractère exceptionnel).

Die finanziellen Zustände der Stadt Paris sind nicht günstig genug, um diese Ausgaben durch die gewöhnlichen Einnahmen zu decken.

Was die Kosten der Straßenunterhaltung anlangt, so besteht in Paris ein von dem Berlins sehr abweichendes System, welches aber sehr oft gewechselt hat. Im Jahre 1856 wurde ein Übereinkommen mit dem Staat dahin getroffen, daß die Hälfte der Kosten auf die Stadt, die andere Hälfte auf den Staat fiel. Durch die Einverleibung der Vororte im Jahre 1860 wurden die hierher gehörenden Kosten ganz erheblich vermehrt. Die Folge davon war, daß durch Dekret die Teilnahme des Staates auf eine Subvention beschränkt wurde, welche im Jahre 1891 sich auf 2 400 000 Mark belief. Das Departement der Seine trägt auch noch 320 000 Mark zu diesen Kosten bei. Hieraus ersehen wir, daß, soweit es die eigentliche Straßenunterhaltung anlangt (Reinigung und Besprengung ausgenommen), gar keine gebührenartige noch steuerartige Einnahmen in Paris bestehen. Im Jahre 1891 gestalteten sich die hierher gehörenden Einnahmen wie folgend:

Adjazentenzuschüsse für Pflasterung und Zuschüsse der Pferdebahnen und Gasgesellschaften 1 152 160 Mk.

Die Gebühren für die öffentliche Gesundheitspflege in Berlin.

Es kommen hier hauptsächlich in Betracht die öffentlichen Desinfektionsanstalten, das Impfwesen, das Sanitätswachtwesen, ferner kann man noch die öffentlichen Badeanstalten dazurechnen.

Erst am 1. November 1886 ist eine öffentliche Desinfektionsanstalt in Berlin erbaut worden. Bei gewissen Krankheiten, wie Diphtherie, Cholera, Pocken, Fleck- und Rückfalltyphus ist die Desinfektion der Wohnung sowohl als der Wäsche obligatorisch. Die Gebühr, die für die Benutzung der Anstalt erhoben wird, beläuft sich auf 2—4 Mark pro Kubikmeter Wäsche. Müssen Unbemittelte von der Anstalt Gebrauch machen, so kann der Armenarzt die Unentgeltlichkeit verlangen. Die hier bezüglichen Einnahmen beliefen sich im Jahre 1891 auf 30 000 Mark.

Einnahmen aus dem Sanitätswacht- und Impfwesen werden nicht erzielt, da diese Dienste unentgeltlich geleistet werden.

Was die Badeanstalten anlangt, so beliefen sich die Einnahmen daraus im Betriebsjahr 1891 auf 53 050 Mark.

Gebühren für die Veranlagung und Erhebung der Staats- klassensteuer.

Für die Veranlagung und Erhebung der Staatsklassensteuer erhebt die Gemeinde Berlin eine Gebühr, deren Einnahmen im Jahre 1891/92 sich auf 245 000 Mark beliefen.

Beiträge für Straßenreinigung und Besprengung in Berlin.

In diesem Jahrhundert sind verschiedene Veränderungen auf dem Gebiet des Straßenreinigungswesens zur Entwicklung gekommen. Vor dem Jahre 1851 galt es als allgemeiner Grundsatz, daß jedermann die Strecke vor seinem eignen Hause zu reinigen hatte. In diesem Jahre wurde eine Umgestaltung des ganzen Feuerlöschwesens unternommen, welches sich damals in den Händen des Polizeipräsidiums befand. Dieses übernahm jetzt auch das gesamte Straßenreinigungswesen. Die Stadt trug die Kosten hiervon, ohne daß die Grundeigentümer ein besonderes Entgelt dafür entrichteten. So blieb der Zustand bis zum Jahre 1875, von da an wurde das gesamte Straßenreinigungswesen an die Stadt übertragen. Es ist hier zu bemerken, daß, während die polizeiliche Straßenreinigung nur die öffentlichen Plätze, Promenaden, Brücken und Straßenkreuzungen umfaßte (die Fahrdämme und Rinnsteine lagen der Stadt selbst ob), die Übernahme des Reinigungswesens der Stadt bedeutete, daß sämtliche Straßen von dieser Verwaltung gereinigt werden mußten. Die Stellung der Hauseigentümer zur Straßenreinigung blieb auch nach der Übernahme seitens der Stadt im wesentlichen die gleiche, m. a. W. ihr beinahe völliges Befreitsein blieb bestehen. Nur eine Verpflichtung lag ihnen ob, nämlich bei eintretendem Schnee mußten sie denselben von dem Bürgersteig entfernen lassen. Im Falle eines Versäumnisses wurde die Reinigung von der Stadt auf des Hauseigentümers Kosten bewirkt. Dieser Zustand ist der gegenwärtig geltende. Die Einnahmen, die als ein Entgelt für die Straßenreinigung angesehen werden können, gestalteten sich im Etatsjahre 1891/92 wie folgend:

Reinigung von Privatstraßen	3 000,00 M.,
„ „ Pferdebahnstrecken	107 716,00 „
Zwangswise Reinigung von Straßen und Bürgersteigen	2 000,00 „

Summa: 110 916,00 M.

Diesem steht gegenüber eine Gesamtausgabe von 1 928 350,00 M.

Die gebührenartigen Einnahmen aus dem Straßenreinigungswesen in Paris.

Bis zum Jahre 1853 bestand in Paris dasselbe System, welches in Berlin vor 1851 herrschte, d. h. die einzelnen Eigentümer waren verpflichtet, die Hälfte der vor ihrem Eigentum liegenden Straße zu reinigen. Diese Verpflichtung galt aber nur bei Straßen, mit höchstens 12 Meter Breite. War die Straße breiter, so ging die Verpflichtung nur bis zu einer Entfernung von 6 Meter von dem betreffenden Hause oder Grundstück. Im Jahre 1853 wurde eine Art Straßenreinigungsabonnement eingeführt, wodurch die Straßenreinigungspflicht von dem Hauseigentümer auf die Stadt überging. Ersterer hatte dafür ein bestimmtes Entgelt zu zahlen. Dieses System erwies sich als unzweckmäßig, da nur ein Teil der Hauseigentümer sich anschloß. Dieses führte zu dem Gesetz vom 26. März 1873, nach welchem die Stadt die gesamte Straßenreinigung übernahm, während die Hauseigentümer tarifmäßige Beiträge zu zahlen hatten. Dies ist das gegenwärtige System. Der Tarif soll alle 5 Jahre revidiert werden und soll ferner die wirklich verursachten Kosten der Straßenreinigung nicht übersteigen.

Der letztrevidierte Tarif ist der von 1883.

Einteilung der Straßen in Klassen	Häuser, die dicht an der Straße liegen Fr.	Häuser, die nicht dicht an der Straße liegen Fr.	Unbebaute Terrains Fr.
1. Klasse	0,70 p. qm.	0,625 p. qm.	0,35
2. „	0,60 „ „	0,45 „ „	0,30
3. „	0,50 „ „	0,375 „ „	0,25
4. „	0,40 „ „	0,30 „ „	0,20
5. „	0,30 „ „	0,225 „ „	0,15
6. „	0,20 „ „	0,15 „ „	0,10
7. „	0,10 „ „	0,075 „ „	0,05
8. „	0,08 „ „	0,06 „ „	0,04

Die Einnahmen hieraus waren im Jahre 1891 2 372 800 Mark. Es ist noch hinzuzufügen, daß die Entfernung des Schnees von den Bürgersteigen und Rinnsteinen immer noch den Adjazenten obliegt.

Einnahmen aus dem Polizei- und Feuerlöschwesen.

Der Beitrag der Feuersocietät einer Genossenschaft der Berliner Grundbesitzer kann als eine gebührenartige Einnahme des Stadthaushaltes angesehen werden. Sie betrug im Jahre 1891/92 525 000 Mark. In Paris besteht, obwohl man schon Versuche gemacht hat, die Feuerversicherungsgesellschaften zu Beiträgen für das Feuerlöschwesen heranzuziehen, eine derartige Einnahme nicht. Dagegen findet man hier eine gewisse andere Einnahme der Verwaltung, die einen gebührenartigen Charakter haben. Diese sind insbesondere die Summen, die von den Theatetdirektionen, den Ball- und anderen Belustigungsunternehmen für die Überwachung seitens der Feuerwehrleute, bezahlt werden müssen. Diese Einnahme betrug im Jahre 1891 128 000 Mark.

Gebühren betreffend die Zivilstandsämter in Berlin.

Seit dem Gesetz von 5. März 1874, welches die obligatorische Civilehe einführte, haben die Standesämter ihre große Bedeutung gewonnen. Diese obligatorische Civilehe besteht darin, daß „die Schließung derselben vor einem vom Staate ernannten Beamten zur allgemeinen und notwendigen Form für das Zustandekommen einer bürgerlich gültigen ehelichen Verbindung“ gemacht wurde. Denselben Beamten wurde auch die Eintragung der Geburten und Todesfälle übertragen. Durch das Gesetz vom 6. Februar 1875 gingen diese Bestimmungen in das Reichsrecht über. Die sämtlichen Kosten der Standesämter fallen der Stadtkasse zur Last, mit Ausnahme der Register und Formulare, welche von dem Staat kostenfrei geliefert werden. Die Gebühren, die für Vorlegung der Civilstandsregister, für Erteilung beglaubigter Auszüge aus denselben und für schriftliche Ermächtigungen erhoben werden, fließen in die Stadthauptkasse. Im Etatsjahr 1891/92 waren die Einnahmen hieraus 29 500 Mark, denen eine Ausgabe von 246 538 Mark gegenüberstand.

Die Standesämter in Paris.

Die Einnahmen hieraus fließen auch der Stadthauptkasse zu. Sie betrugen im Jahre 1891 ¹⁾ 170 400 Mark, denen eine Ausgabe von 501 000 Mark gegenüberstand.

¹⁾ Die Gebühren betragen für Geburtsscheine 75 Cent, für Eheschließungs-

Wir haben jetzt alle wichtigen privatwirtschaftlichen und gebührenartigen Einnahmen der beiden Städte kurz geschildert. Ehe wir zu den städtischen Steuern übergehen, erübrigt es uns noch, einige Gebühren zu schildern, die in dem Finanzwesen von Paris sich finden, die aber kein eigentliches Gegenstück in den Finanzen Berlins haben. Dies sind

1. Die Gebühren für die Aufsicht von Gütern, die durch die Stadt oktroifrei gehen sollen (*retribution pour l'escorte de marchandises en transit*). Die Einnahmen hieraus betrugen im Jahre 1891 72 800 Mark.

2. Die Gebühren für das öffentliche Wagewesen, dessen Einnahmen im Jahre 1891 238 400 Mark betrugen.

3. Es besteht in Paris eine Beerdigungsgebühr, die kaum in diesem Umfang in irgend einer andern Stadt zu finden sein dürfte. Es ist bekannt, daß das gesamte Beerdigungswesen in Paris ein von der Stadt streng kontrolliertes Monopol ist, das im Besitz einer Privatgesellschaft sich befindet. Die Mehrzahl ihrer Beamten werden aber von dem Präfekt der Seine angestellt. Es bestehen 9 verschiedene Kategorien oder Klassen von Beerdigungen. Im Zusammenhang hiermit muß außer den Kosten, die an die Gesellschaft zu bezahlen sind, eine Gebühr an die Stadtkasse entrichtet werden, und zwar für eine Beerdigung

erster und zweiter Klasse	M. 32,00,
dritter und vierter Klasse	„ 24,00,
fünfter Klasse	„ 16,00,
sechster Klasse	„ 12,00,
siebenter und achter Klasse	„ 8,00,
neunter Klasse	„ 4,80.

So wird auch für jede Wiederausgrabung einer Leiche eine Gebühr von 16 Mark erhoben. Natürlich fallen bei Unbemittelten alle diese Gebühren fort. Sodann kommt eine Ermäßigung von $\frac{2}{3}$ vor bei der achten und neunten Klasse für Offiziere resp. Soldaten.

Die Gesamt-Einnahmen aus diesen Quellen waren im Jahre 1891 484 000 Mark.

4. Wir kommen jetzt zu einer sehr wichtigen gebührenartigen Einnahme der Stadt Paris; dem sogenannten „*Droit de Voirie*“. Sie ist kaum mit irgend einer Einnahme der Stadt Berlin zu ver-

scheine 1 Fr. 50 Cent. Einschließlich der Stempelgebühren erhöhen sich diese Kosten auf 2 Fr. 55 Cent für Geburtsscheine, und 3 Fr. 30 Cent für Eheschließungsscheine.

gleichen, obwohl sie manche Ähnlichkeiten mit den Adjazentenzuschüssen besitzt. Jedoch die Form der Veranlagung und Erhebung ist so völlig verschieden, daß wir es für das zweckmäßigste erachteten, diese Einnahme besonders zu behandeln. Das „Droit de Voirie“ ist eine Gebühr, die sich an die Errichtung und den Umbau von Häusern anknüpft. Sie wird erhoben nach einem im Jahre 1874 festgesetzten Tarif, nach welchem nicht nur für den Bau, sondern auch für die Errichtung von Balkonen u. dergl. Gebühren erhoben werden.

Wir geben einige Beispiele, die nur für Neubauten gelten, für Umbauten gibt es wieder andere Tarife.

	Droit fixe:	Droit au mètre lineaire:	Droit au mètre superficiel:
Haus		M. 1,60	
Ringmauer		„ 1,60	
Holzeinzäunung, Gehege oder andere leichte Umfassung	M. 0,80	„ 0,40	
Balkon mit mehr als 22 Centimeter Vorsprung		„ 16,00	
Mit weniger als 22 Centimeter		„ 8,00	
Im Jahre 1891 waren die Einnahmen aus dieser Quelle			M. 720 000.

Wir wollen versuchen, um eine Übersicht über das bisher Gesagte zu erleichtern, die privatwirtschaftlichen Einnahmen sowie die gemeinwirtschaftlichen, insofern sie in ihrem Charakter gebührenartig sind, in einer vergleichenden Tabelle zusammen zu fassen, i. a. W., wir wollen die gesamten Einnahmen von Berlin und Paris nebeneinanderstellen, mit Ausschuß der Steuern, der Renten, Dotationen und Einnahmen aus Konzessionen.

Von vornherein müssen wir aber zwei Einschränkungen machen, um der Meinung vorzubeugen, daß ein solcher Vergleich etwa ein absolut richtiger sein könnte.

1. Die Begriffe über privatwirtschaftliche Einnahmen, Gebühren und Steuern, sind so fließende, daß manche Einnahmen, die von uns als Gebühren aufgefaßt worden sind, von anderen als rein privatwirtschaftliche angesehen werden; während vielleicht andere Einnahmen, welchen wir auch einen gebührenartigen Charakter zugeschrieben haben, von manchen Autoren als steuerartige aufgefaßt werden.

2. Da Berlin ein Ausgangspunkt unserer Betrachtungen bildet,

müssen wir versuchen, in den Fällen, in welchen dort die Einnahmen privatwirtschaftliche event. gebührenartige sind, die entsprechenden von Paris so zu bearbeiten, daß eine gemeinsame Grundlage zum Vergleich hergestellt wird. So mußten wir z. B. vorgehen, bei den Gas- und Wasserwerken, den Vieh- und Schlachthöfen, einem Teil der Markthallen, die in Berlin sich in den Händen der Gemeinde befinden, während es in Paris nur zum Teil der Fall ist.

Um zu gleicher Zeit das Verhältnis dieser Einnahmen zu den Ausgaben für dieselben Zwecke zu zeigen, so daß leicht ersichtlich wird, wie hoch die Überschüsse sind, die dem Etat zu gute kommen und daher zu anderen Zwecken benutzt werden können, i. a. W., inwiefern die privatwirtschaftlichen und gebührenartigen Einnahmen dazu beitragen, die Steuerlast der beiden Städte zu erleichtern, wollen wir dieselben in einer Tabelle zusammenfassen.

Die privatwirtschaftlichen und gebührenartigen Einnahmen von Berlin und Paris in ihrem Verhältnis zu den Gesamt-Einnahmen und den Steuern.

Im Jahre 1891/92 bzw. 1891.

Städte	Ein- nahmen aus dem Privat- gewerbe- betrieb (Netto- Über- schufs)	Eigent- liche Ge- bühren	Ein- nahmen aus den Steuern	Gesamt- Ein- nahmen	Verhältnis der Privatwirt- schaftlichen und gebühren- artigen Ein- nahmen zu den Gesamt-Ein- nahmen	Verhältnis derselben zu den Ein- nahmen aus den Steuern
Berlin	7 649 437	3 795 932	36 168 897	79 199 413	31,8 %	14,4 %
Paris	20 216 648	6 908 000	138 596 600	236 404 460	19,6 %	11,4 %

¹⁾ Wir haben hier die von der Pariser Gasgesellschaft zu bezahlende Rente als eine Brutto-Einnahme eines fiktiven städtischen Gaswerks betrachtet, um eine Vergleichsbasis mit der Berliner Verwaltung zu erlangen.

Kapitel VI.

Die gemeinwirtschaftlichen Einnahmen.

b) Die Steuern.

Wenn wir schon in unseren Betrachtungen der privatwirtschaftlichen und gebührenartigen Einnahmen der zwei Hauptstädte des Kontinents große Verschiedenheiten konstatiert haben, so werden sich solche in noch höherem Maße bei einer Untersuchung der Steuerarten ergeben. Noch viel klarer als in den Einnahmen aus dem Privatgewerbebetrieb kommt in den Steuern einer Stadt ihre ganze geschichtliche Entwicklung, ja man kann sagen, bis zu einem gewissen Grade, die geschichtliche Entwicklung des ganzen Landes zum Ausdruck. Die großen Verschiedenheiten in den Steuersystemen der zwei Hauptstädte Berlin und Paris prägen sich darin aus:

erstens, daß die Stellung der Gemeinden im Staatsorganismus eine andersartige ist;

zweitens, daß die beiden Gemeinden eine verschiedene Stellung einnehmen zu den allgemeinen volkswirtschaftlichen Aufgaben, die sich aus dem Zusammenleben großer Mengen von Menschen in beschränktem Raum ergeben;

drittens, daß die Stellung, die der Staat zu der Gestaltung der kommunalen Steuern einnimmt, d. h. inwieweit eine Autonomie der Gemeinde zugelassen wird — eine verschiedene ist;

viertens, und dies ist der alles andere umfassende Grund, nämlich, daß die Ansichten der betreffenden Nationen über Aufgaben, Wesen und Charakter der Gemeinden auseinandergehen.

Die mehr prinzipiellen Fragen der Politik der Gemeinde-

besteuerung werden wir erörtern, nachdem die Fragen, die in engem Zusammenhang mit den obigen Sätzen stehen, erledigt sind. Schon eine Betrachtung der allgemeinen städtischen Besteuerung in Preußen und Frankreich gibt uns gleich einen schlagenden Beweis für die verschiedenartige Entwicklung auf diesem Gebiete in den betreffenden Ländern. Wenn wir noch England und die Vereinigten Staaten in die Betrachtung zögen, so wäre beinahe die ganze Skala der Steuersysteme, von den fast ausschließlich auf indirekten, bis zu den auf überwiegend direkter Besteuerung beruhenden, dargelegt. In den letzten Jahren sind diese Fragen der kommunalen und besonders städtischen Besteuerung sehr in den Vordergrund geschoben worden. Auf diesem Gebiete sind die Unvollkommenheiten entschieden viel größer, als auf dem Gebiete der staatlichen Besteuerung. Hierzu kommt noch die Thatsache, daß die engere Berührung und der Zusammenhang zwischen Bürger und Gemeinde viel dazu beiträgt, etwaige Unzulänglichkeiten fühlbarer zu machen. Die allgemeine Unzufriedenheit, aber auch Unentschlossenheit über den richtigen Ausweg zeigt sich genügend in der Fülle von Gesetzentwürfen, mit welchen die gesetzgebenden Körper oder ihre Ausschüsse in den meisten Kulturländern West-Europas und Nord-Amerikas sich zu beschäftigen haben. In den Großstädten der Vereinigten Staaten von Nord-Amerika wird fortwährend geklagt über die Überbürdung des Realbesitzes zu Gunsten des Personalbesitzes, obwohl die hervorgehobenen Ungerechtigkeiten vielfach nur auf eine ungenügende und vollständig mangelhafte Einschätzung zurück zu führen sind. In Frankreich richten sich die Beschwerden gegen die Ungerechtigkeit des Oktrois, in England gegen die übermäßige und vielfach willkürliche Verteilung der direkten Realbesitzbesteuerung. Die preussische Kommunalbesteuerung, obwohl in einer viel glücklicheren Lage als die der meisten anderen Staaten, ist doch in den letzten Jahren der Gegenstand lebhafter Erörterungen geworden. Verschiedene Gesetzentwürfe, welche wir später zu besprechen haben werden, sind den gesetzgebenden Körpern seitens der Regierung vorgelegt worden, von denen jedoch bisher keiner Gesetz geworden ist. — In nächster Zukunft wird die preussische Volksvertretung wiederum über einen neuen Entwurf zu entscheiden haben. Die Reform der direkten Staatsbesteuerung in Preußen durch das Gesetz vom 24. Juni 1891 hat schon die Kommunalbesteuerung insoweit umgestaltet, als sie sich an die Staatsbesteuerung anlehnt.¹⁾

¹⁾ Siehe Ausführungen über die Gemeindeeinkommensteuer von Berlin.

Bei der kommunalen Besteuerung kommt in erster Linie die Frage von der Anlehnung an die Staatssteuern (Zuschläge, centimes additionnels) oder von selbständigen Kommunalsteuern, in Betracht. Diese Frage gestaltet sich in den Städten anders als in den Landgemeinden und steht wiederum in engem Zusammenhang mit der Frage, in welchem Maße der Finanzbedarf durch Einnahmen aus Privatgewerbebetrieb, Kämmerervermögen und Gebühren gedeckt wird. — Die preussische (östlichen Provinzen) Kommunalbesteuerungspolitik hat in steigender Entwicklung dazu gedrängt, das Gebiet der indirekten Verbrauchssteuern mehr und mehr einzuschränken, während anderseits die direkte Kommunalbesteuerung — hauptsächlich die unmittelbare Anlehnung an die Staatsbesteuerung durch Zuschläge — begünstigt wurde. Die indirekte Besteuerungspolitik des Reiches hat diese Entwicklung noch weiter geführt. Dieses Verhältnis erfuhr seine Durchbildung durch den Zolleinigungsvertrag vom 8. Juli 1867, welcher später in die Reichsgesetze aufgenommen und wiederum durch das Gesetz vom 27. Mai 1885 abgeändert worden ist. Nach ihm wird die indirekte Verbrauchsbesteuerung der Gemeinden beschränkt auf Gegenstände örtlicher Konsumtion, zu welchen das Gesetz Essig, Malz, Cider und die der Mahl- und Schlachtsteuer unterliegenden Erzeugnisse rechnet. Um die Bedeutung der selbständigen direkten Kommunalbesteuerung klar zu machen, ist nur eine Betrachtung ihres Verhältnisses zu der direkten an die Staatsbesteuerung sich anlehnenden Kommunalbesteuerung im preussischen Staate nötig. Die Daten sind dem Finanzjahr 1883/84 entnommen.

	Ertrag der Zuschläge pro Kopf der Be- völkerung <i>M.</i>	Ertrag der selbständigen direkten Kom- munalbesteue- rung <i>M.</i>	Prozentsatz der Zu- schläge zu den di- rekten Staatssteuern von dem gesamten Steuerertrag.
Landgemeinde	3,07	3,80	77 %
Stadtgemeinde	7,15	0,92	65 %

Da im großen und ganzen die allgemeinen Grundsätze der kommunalen Besteuerung ihre Gültigkeit auch für die Gestaltung der Steuern von Berlin bewahren, werden wir jetzt zu diesen übergehen, zumal die Frage der selbständigen Kommunalsteuern eine viel größere Rolle in den Großstädten als in den übrigen Gemeinden spielt.

Die Steuern in dem Finanzwesen der Stadt Berlin.

1. Die indirekte Besteuerung.

Wie wir schon erwähnt haben, ist die Entwicklung des preussischen Kommunalsteuerwesens in der Richtung gegangen, daß das Gebiet der indirekten Besteuerung ein immer beschränkteres wurde, während in immer höherem Maße die direkte Besteuerung zur Grundlage des kommunalen Steuerwesens geworden ist. In dieser Beziehung bietet Berlin keine Ausnahme. Wir werden aber auch sehen, daß es noch nicht so lange her ist, daß die indirekte Besteuerung eine bedeutende Rolle in dem städtischen Finanzwesen spielte.

In unseren Betrachtungen werden wir uns darauf beschränken, die Gestaltung des städtischen Steuersystems zu verfolgen, seit der Neugestaltung des Staatssteuersystems, welche im Anfange der zwanziger Jahre in Angriff genommen wurde.

Zu dieser Zeit existierten an indirekten städtischen Steuern:

1. Ein Zuschlag von 50 % zu der vom Staate erhobenen Mahl- und Schlachtsteuer.
2. Ein Zuschlag von 25 % zu der staatlichen Braumalzsteuer.

Die Mahl-, Schlacht- und Braumalzsteuer.

Die Grundlage dafür wurde geschaffen durch das Gesetz vom 30. Mai 1820.

Ein Ministerial-Reskript aus diesem Jahr gibt den Städten, in welchen diese staatliche Mahl- und Schlachtsteuer erhoben wurde, das Recht, einen Zuschlag von 50 % zu dieser Steuer zu erheben, der den Charakter einer Zwecksteuer haben soll, d. h. die Einnahmen sollen zur Amortisation der städtischen Schuldenlast dienen. Diese Steuer hatte durchaus den Charakter einer Accise, die Tarife waren folgende:¹⁾

Mahlsteuer:	Staatssteuer, Kommunal	
	pro Centner	Zuschlag
1. vom Weizen zu Mehl	2,00 M.	1,00 M.
2. vom Roggen und Gerste	0,40 „	0,26 „
und Hülsenfrüchten	0,50 „	0,26 „

¹⁾ Diese Sätze wurden in der Zeit vom 1. August 1854 bis 1. Januar 1857, sowie vom 1. Juli 1859 bis 1. Juli 1862 sämtlich um 25 % erhöht. Diese Erhöhung betraf nur die staatliche Steuer, die kommunalen Sätze blieben dieselben.

Die Eingangssteuer betrug		Staatssteuer	Kommunaler
		pro Centner	Zuschlag
3. für Kraftmehl, Stärke, Pulver, Graupe, Gries und Grütze			
a) aus Weizen	4,00 M.	2,00 M.	
b) aus anderem Getreide	1,00 „	0,50 „	
4. für Mehl			
a) aus Weizen	2,68 „	1,34 „	
b) aus anderem Getreide	0,68 „	0,34 „	
5. für Schrot und Backwerk aller Art			
a) aus Weizen	2,00 „	1,00 „	
b) aus anderem Getreide	0,50 „	0,26 „	
6. für Fleisch und Fettwaren	4,00 „	2,00 „	
Die Schlachtsteuer betrug:			
7. für Jungvieh	3,00 „	1,50 „	
8. nach dem Stücksatz berechnet		pro Stück	
a) für Ochs und Stier	16,50 M.	8,26 M.	
b) für Kuh und Ferse	10,50 „	5,26 „	
c) Kalb	1,50 „	0,76 „	
d) Hammel, Schaf, Ziege	1,13 „	0,58 „	
e) Lamm	0,76 „	0,39 „	
f) Schwein (seit 1. Dez. 1839)	4,50 „	2,26 „	
g) Ferkel	1,13 „	0,58 „	

Braumalzsteuer.

Eng war mit dieser indirekten Steuer die Braumalzsteuer verbunden, welche in der Form eines Zuschlags von 25 % zu der Staats-Braumalzsteuer durch die Kabinetsordre vom 23. Dez. 1820 bewilligt worden ist.

Die Staatssteuer betrug 2 M. (20 Sgr.) pro Centner Braumalz; demgemäß bekam die Staatskasse 50 Pfennig (5 Sgr.) pro Centner.

Diese Steuern wurden von dem Staat erhoben, der dann ihren Anteil der Stadt überwies, gegen eine Hebegebühr von 2 %, welche später (1852) auf 5 % erhöht worden ist.

Hierzu kam noch, daß durch die königliche Verordnung vom 4. April 1848 und durch das Gesetz vom 1. Mai 1851 der Staat auf ein Drittel des Reinertrages der Mahlsteuer verzichtete, um es an die mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Städte zu überweisen. Mit einzelnen unwichtigen Veränderungen blieben diese Steuern dieselben bis zur Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer seitens des Staats durch das Gesetz vom 25. Mai 1873, welches am 1. Januar 1875 in

Kraft getreten ist. Die Aufhebung der Staats-Mahl- und Schlachtsteuer brachte aber nicht als notwendige Folge den Verzicht der Gemeinden auf diese Einnahmequellen mit sich, im Gegenteil, — das Gesetz bestimmte ausdrücklich, daß die Schlachtsteuer in den Städten, wo sie bisher bestanden hatte, noch weiter als Kommunalsteuer forterhoben werden konnte. Von dieser Befugnis hat die Stadtgemeinde Berlin keinen Gebrauch gemacht; die Gründe, die hierfür angegeben wurden, sind ungefähr dieselben, welche für die Abschaffung der staatlichen Schlachtsteuer gesprochen haben.⁴⁾ Vom 1. Jan. 1875 an blieb daher nur noch der Zuschlag zur Braumalzsteuer bestehen, als letzter und immerhin unbedeutender Rest der städtischen indirekten Besteuerung.

Werfen wir einen Blick auf die Einnahmen aus diesen indirekten Steuern (Schlacht- und Mahlsteuer und Braumalzsteuer-Zuschläge), so sehen wir, daß sie im Verhältnis zu den gesamten Einnahmen überhaupt, und zu den steuerartigen Einnahmen insbesondere, eine sehr bedeutende Rolle spielten.

Tab. Verhältnis der Einnahmen aus den Mahl-, Schlacht- und Braumalzsteuerzuschlägen zu den anderen Einnahmen der Stadt Berlin von 1830 bis 1891/92.

Jahr	Gesamte Überschuß liefernde Konten	Einnahmen aus den Mahl-, Schlacht- u. Braumalz- steuer-Zu- schlägen	Einnahmen aus den direkten Steuern der Klassen- und Einkommen- steuer	Über- schüsse aus der Verwal- tung des Kämme- reiver- mögens	Bürger- rechtgel- der, Haus- stands- u. Einzugs- gelder	Klassen- und Einkommen- steuer
1830	2 054 091,67	708 004,89	1 102 746,90	119 274,83	81 315,90	—
1835	2 232 530,50	832 681,95	1 189 991,32	93 597,81	75 749,46	—
1840	2 818 030,29	994 491,12	1 433 183,14	131 800,01	141 580,13	—
1845	4 533 279,33	1 088 128,23	1 894 694,98	251 797,96	129 889,76	—
1850	6 131 664,97	1 478 427,18	2 031 665,60	188 444,06	107 353,90	479 942,69
1860	8 004 004,59	2 027 205,00	3 406 436,00	259 389,09	328 836,64	—
1865	8 975 072,00	3 551 528,00	4 637 436,00	94 855,00	331 179,00	—
1870	14 750 972,00	3 513 275,00	6 161 607,00	129 246,00	—	1 367 468,00
1875	24 399 970,00	427 147,00	12 484 352,00	17 624,00	—	8 036 614,00
1880/81	28 674 292,00	357 803,00	13 481 149,00	345 469,81	—	9 501 721,00
1891/92	31 116 276,00	580 000,00	17 633 600,00	664 478,00	—	17 635 797,00

³⁾ Wir haben noch ein paar Worte von einer sehr unbedeutenden indirekten

Die direkte Besteuerung.

Eine nähere Betrachtung der vorliegenden Tabelle zeigt uns, wie bedeutend die Rolle der indirekten Steuern im städtischen Haushalte bis zur Abschaffung der Mahl- und Schlachtsteuern war (1. Januar 1875). Seit dieser Zeit ist die indirekte Besteuerung ein beinahe aufser Betracht kommendes Element im städtischen Haushalt. Gerade zu dieser Zeit, als die Stadt auf diese bedeutende Einnahmequelle der indirekten Steuern verzichtete, war es ungefähr, daß die großen Probleme einer wachsenden Großstadt an die Gemeinde herantraten und der notwendige Geldbedarf ein immer größerer und größerer wurde. — Den Einfluß, welchen der Zusammenstoß dieser beiden Momente auf die Gestaltung der direkten Besteuerung ausgeübt hat, werden wir näher zu betrachten haben. Ehe wir aber darauf eingehen, wollen wir einen Blick werfen auf die Entwicklung der direkten städtischen Besteuerung bis zum Jahre 1875.

I. Die Bürgerrechts-, Einzugs- und Hausstandsgelder.

Diese Einnahmen waren teilweise steuerartig, teilweise gebührenartig; doch war die Einrichtung in Berlin eine solche, daß, während die Einzugs gelder einen überwiegend gebührenartigen Charakter trugen, die Bürgerrechtsgelder eine große Ähnlichkeit mit einer Klassen- oder Einkommensteuer aufwiesen. Diese Materie ist unter den verschiedenen Städteordnungen sehr verschieden gehandhabt worden. Schon die Städteordnung von 1808 hat ein Bürgerrechtsgeld gestattet.

Es kann nicht unsere Aufgabe sein, hier näher darauf einzugehen, da das Einzugs geld durch das Gesetz vom 2. Mai 1867 aufgehoben wurde, was auch die Stadt veranlaßte, das Bürgerrechtsgeld aufzuheben.

Interessant ist nur, die spätere Entwicklung auf diesem Gebiete zu konstatieren. Die Städteordnung vom 11. März 1850 hatte neben dem Bürgerrechtsgeld ein Einzugs geld gestattet, welches auf

Steuer hinzuzufügen, deren Erhebung in engem Zusammenhang zur Schlachtsteuer stand und welche auch mit der Abschaffung der letzteren verschwand. Dies ist die sogenannte Wildbretsteuer, welche durch die Kabinetsordre vom 16. April 1847 genehmigt wurde. Siehe Verwaltungsbericht 1840—51.

30 Thaler ¹⁾ (90 Mark) festgestellt und von jeder neu heranziehenden Person erhoben wurde. Daneben wurde noch ein Hausstandsgeld eingeführt, welches nach dem Einkommen bemessen wurde. Die Städteordnung von 1853 behielt alles dieses bei und gestattete noch dazu eine Hausstandsergänzungssteuer. Diese war dazu bestimmt, den Ausfall zu decken, welcher durch die Bestimmung der Städteordnung herbeigeführt wurde, daß die Forterhebung der Hausstandsgelder auf die Begründung eines selbständigen Hausstandes beschränkt wurde, demgemäß gestalteten sich diese verschiedenen Gebühren und Steuern wie folgend: ²⁾

Einzugsgeld 90 Mark, welches aber in besonderen Fällen vom Magistrat auf 15 Mark herabgesetzt werden konnte.

Das Hausstandsgeld wurde nach dem Einkommen festgestellt und zwar betrug es:

- | | |
|--|---------------|
| a) bei einem jährlichen Einkommen von 199 Thaler
(597 Mark) | 15 M., |
| b) von 200—500 Thaler (600—1500 Mark) | 30, 45, 60 „ |
| c) von 501—1000 Thaler (1503—3000 Mark) | 75, 90, 120 „ |
| d) von mehr als 1000 Thaler (3000 Mark) | 150—180 „ |

Diejenigen, die Einzugsgeld entrichtet hatten, mußten nur die Hälfte der bezüglichen Beträge bezahlen.

Die Hausstandsergänzungssteuer wurde bei Beginn eines Gewerbes oder Erwerbung eines Grundstückes bis zu einem Maximum von 90 Mark erhoben. Von dem Jahre 1857 an wurde diese Steuer nicht weiter erhoben.

Die letzte Regelung dieser Materie vor der endgültigen Abschaffung der Bürgerrechts- und Einzugsgelder geschah durch das Gesetz vom 14. Mai 1860 und die dazu gehörige städtische Verordnung aus demselben Jahre. Das Einzugsgeld wurde auf 60 Mark festgestellt. Das Bürgerrechtsgeld wurde nach dem Einkommen bemessen und zwar bei einem Einkommen von

- | | |
|------------------------------------|--------------------------|
| 300—500 Thaler (900—1500 Mark) | auf resp. 30, 45, 60 M., |
| 500—1000 „ (1500—3000 „) „ „ | 75, 90, 120 „ |
| 1000 Thaler und mehr (3000 „) „ „ | 150—160 „ |

Wie schon gesagt worden ist, werden seit 1868 keine solchen Ge-

¹⁾ In gewissen Fällen konnte der Magistrat diese Summe auf 15 Thlr. herabsetzen.

²⁾ Ortsstatut vom 20. Oktober 1853.

bühren und Steuern mehr erhoben. Nicht ohne Interesse ist es, die Einnahmen hieraus während einer Reihe von Jahren zu betrachten.

1830	81 315,30 M.,
1835	75 749,46 „
1840	141 580,13 „
1851	172 737,86 „
1855	274 807,89 „
1860	326 390,12 „
1866	331 179,00 „

Die Haussteuer.

Die Grundlage für eine selbständige kommunale Haussteuer wurde endgültig festgestellt in der schon erwähnten königlichen Verordnung vom 26. Januar 1815, über die Serviseinrichtung der Stadt Berlin, welche im § 4 bestimmt, daß die „hergebrachte Haus-Servis auch fernerweitig mit vier Prozent des Miets-ertrags zu erheben ist“. Von der Befugnis, 4 % des Miets-ertrags zu erheben, wurde aber seitens der Stadt nicht im vollen Maße Gebrauch gemacht, so daß bis zum 1. Januar 1865 der Haussteuersatz nur $3\frac{1}{5}$ % gewesen ist. Diese Steuer wird von den einzelnen Hauseigentümern bezahlt und hat daher den Charakter einer Ertragssteuer. Die weitere Entwicklung dieser Steuer werden wir später zu betrachten haben. Wir wollen jetzt hier einige historische Bemerkungen über die städtische Mietssteuer einschalten.¹⁾

Mietssteuer.

Der zweite Teil des § 4 der oben genannten königlichen Verordnung bestimmt, daß neben der Haussteuer „eine Wohnungs- oder Mietssteuer mit acht und ein drittel Prozent des Miets-ertrages“ erhoben werden kann. Diese Steuer wird erhoben der Verordnung gemäß:

1. Von allen Gebäuden und Gelassen, ohne Unterschied, ob sie

¹⁾ Es ist hier zu bemerken, daß, während die Gebäudesteuer des Staates nach dem Durchschnittsbruttoertrag einer langen Reihe von Jahren (15) festgestellt wird, die städtische Haussteuer in jedem Jahre nach dem Ertrage des vorhergehenden berechnet wird. Die Mietssteuer folgt den Veränderungen in noch höherem Maße, indem sie von Vierteljahr zu Vierteljahr die etwaigen Schwankungen der Miete berücksichtigt.

zum landwirtschaftlichen oder städtischen Gewerbebetrieb oder bloß zur Wohnung dienen, auch mit Einschluss der Gärten, welche ihrer Hauptbestimmung nach zur Annehmlichkeit der Hausbewohner benutzt und unterhalten werden.

2. Sowohl von den Eigentümern wegen der von ihnen selbst bewohnten und benutzten Teile ihrer Grundstücke, als auch den Mietern und von den Inhabern der Dienstwohnungen, soweit das ihnen eingeräumte Lokal zu ihrem persönlichen Gebrauch bestimmt ist.

3. Befreit von der Mietssteuer bleiben:

a) Die Bewohner der den Prinzen und Prinzessinnen des königlichen Hauses zugehörigen oder eingeräumten Schlösser und Wohnungen.

b) Das Gesandtschaftspersonal fremder Mächte.

c) Die zum Servisempfang oder Naturalquartier berechtigten Militärpersonen, und auf gleiche Bedingung die am Orte sich aufhaltenden Frauen und Kinder abwesender Militärpersonen.

d) Alle diejenigen, welche weder Bürger noch Schutzverwandte der Stadt sind.

e) Diejenigen, welche von Almosen leben.

f) Die öffentlichen Anstalten, wegen der zu ihren besonderen Zwecken benutzten Lokale.

Die Stadt erhob diese Steuer nur mit einem Prozentsatz von $6\frac{2}{3}\%$ und nicht $8\frac{1}{3}\%$, mit Ausnahme dreier Quartale des Jahres 1868, in denen der Betrag auf $8\frac{1}{3}\%$ erhöht wurde.

Im Gegensatz zur Haussteuer wurde diese Steuer von den Mietern bezahlt.

Werfen wir einen Blick auf die Einnahmen aus der Haus- und Mietssteuer von 1830 ¹⁾ bis zur Herabsetzung des Haussteuersatzes im Jahre 1865 von $3\frac{1}{5}\%$ auf $2\frac{2}{9}\%$ und dann von 1865 bis 1891 (siehe Tabelle S. 131).

Mit der Haus- und ganz besonders mit der Mietssteuer hängen sehr wesentliche finanzpolitische Bedenken zusammen, gegen welche die Verwaltung der Stadt Berlin ihre Augen nicht verschlossen hat. Dafs die Ausgaben für Miete in den verschiedenen Gesellschaftsklassen in gar keinem gleichen Verhältnis zu den einzelnen Einkommen stehen, ist schon oft unwiderleglich dargelegt worden. Ja die statistischen Untersuchungen zeigen, dafs die Miete zum Einkommen in einem

¹⁾ Die Einnahmen von 1830 sind die ersten, die wir haben bekommen können.

Jahr	Haussteuer M	Mietssteuer M	Summa M	Einwohner- zahl
1830	1 076 892,25		1 076 892,25	
1835	1 172 302,63		1 172 302,63	
1840	1 405 896,48		1 405 896,48	
1845	1 827 350,06		1 827 350,06	
1850	1 950 172,71		1 950 172,71	
1855	9 795,00	1 955 863,68	1 955 658,68	
1860	121 208,99	2 194 366,39	3 315 575,38	
1864	16 016,34	3 123 990,00	4 725 624,00	
1865	12 158,88	3 421 548,00	4 637 436,00	645 100
1870	15 894,99	4 572 108,00	6 161 607,00	768 380
1875	30 764,94	9 407 858,00	12 484 352,00	948 500
1880/81	34 747,74	9 599 246,00	13 074 020,00	1 114 973
1885/86	39 396,73	11 268 076,00	15 207 749,00	1 304 773
1890/91	50 000,00	13 000 000,00	18 000 000,00	—
1891/92	5 500,000	11 800 000,00	17 300 000,00	1 576 376

umgekehrten Verhältnis steht, d. h. die niedrigeren Einkommen müssen einen viel bedeutenderen Prozentsatz für Miete ausgeben, als die höheren. Bei einer gleichen Belastung der Mieten von $6\frac{2}{3}\%$ wirkt daher die Steuer wie eine umgekehrt progressive Einkommensteuer. Die Gründe, die für ihre Beibehaltung sprechen, sind im wesentlichen dieselben, obwohl nicht in so hohem Grade, als die, die gegen die Abschaffung des Pariser Oktroi sprechen, d. h. eine bestehende, hoch entwickelte, wenn auch nicht ganz befriedigende Steuer ist immer noch besser als eine neue und vermutlich gute, aber noch nicht erprobte. Auf eine so wichtige Einnahmequelle kann die Stadt so ohne weiteres nicht verzichten. Man muß bedenken, daß im Jahre 1891/92 die Mietssteuer nur etwa 6 000 000 Mark hinter der Gemeinde-Einkommensteuer stand, aber wenn wir bis zum Jahre 1880/81 zurückgehen, so werden wir finden, daß die Mietssteuer etwas über 97 000 Mark mehr eintrug als die Gemeinde-Einkommensteuer.¹⁾ Da die Stadt auf diese wichtige Einnahmequelle nicht verzichten wollte, dachte sie, die Hauptbedenken gegen diese Steuer durch eine progressive Gestaltung der Mietssteuersätze beseitigen zu können, dadurch hätte die Mietssteuer wenigstens annähernd den Charakter einer Einkommensteuer angenommen. Diesen Anschauungen gemäß wurden in den Jahren

¹⁾ Mietssteuer 1880/81 9 599 246 M., Gemeinde-Einkommensteuer 9 501 721 M.

1884 und 1885 verschiedene Berichte und Anträge sowohl dem Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg als dem Ministerium der Finanzen und des Innern eingereicht.¹⁾ Die städtische Verwaltung verlangte darin die Genehmigung der Aufsichtsbehörde zu einer Erhöhung der Mietssteuer auf $8\frac{1}{3}\%$ für Räume höheren Mietswertes und eine Entlastung der billigeren Wohnungen. Aus verschiedenen Gründen, unter welchen die wichtigsten 1. eine befürchtete Überbürdung der Mittelklassen und 2. die von der Regierung beabsichtigte gänzliche Beseitigung der Mietssteuer waren, wurde die Genehmigung nicht erteilt. Die Stadtverwaltung betrachtete die Sache aber als hierdurch nicht erledigt. In einem an den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg gerichteten Bericht vom 19. September 1888 werden die Gründe angegeben, die für die Beibehaltung der Mietssteuer sprechen.

Erst im Jahre 1889/90 wurde erreicht, daß die Mietssteuer nach verschiedenen Prozentsätzen erhoben wurde, und zwar waren die Sätze:

für Wohnung unter 300 Mark jährlich	3% ;
„ „ von 3—600 „ „	5% ;
„ „ über 600 „ „	$6\frac{2}{3}\%$.

Daß diese Steuererlasse einen bedeutenden Ausfall in den Einnahmen hervorbringen würden, war vorauszusehen. Dieser Ausfall gestaltet sich folgendermaßen:

Für Wohnungen bis zu 300 Mark wäre der Steuer-	
betrag bei $6\frac{2}{3}\%$ gewesen	2 168 386,13 M.,
während er bei 3% nur	975 773,76 „
war ein Ausfall von	1 192 612,37 M.
Die Wohnungen von 301—600 Mark würden bei	
$6\frac{2}{3}\%$ ergeben haben	2 209 138,73 M.,
während bei 5% der Betrag nur	1 656 854,05 „
ein Ausfall also von	552 248,68 M.
Danach war der Gesamtausfall	1 744 897,05 M.

Für das Etatjahr 1891/92 wurden noch weitergehende Steuer-

¹⁾ Bericht vom 9. Dezember 1884 an den Oberpräsidenten. Antrag vom 12. August 1885 an den Oberpräsidenten. Anträge vom 22. Oktober 1885 an die Minister der Finanzen und des Innern.

Die Gemeindebeschlüsse, die besondere direkte oder indirekte Gemeindesteuern neu einführen, oder die Grundsätze der bestehenden abändern, bedürfen sowohl der Bestätigung des Oberpräsidenten als der Zustimmung der Minister des Innern und der Finanzen.

klassen beschlossen. Zu diesem Zwecke war eine weitere Abänderung des Haus- und Mietssteuer-Regulativs notwendig. Dieselbe wurde in folgender Form dem Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg vorgeschlagen und am 23. August 1890 genehmigt. nämlich:

„Dafs die Ermäßigung der Mietssteuer bei Mietswerten bis einschliesslich 1000 Mark der Beschlussfassung der Kommunalbehörden vorbehalten bleibt.“

Für das Etatsjahr 1891/92 wurde demgemäfs folgender Tarif aufgestellt:

1. Wohnungen von einem Mietwerte bis zu 200 Mark sind überhaupt von Zahlung der Mietssteuer freizulassen.

2. Für Wohnungen mit einem Mietwerte	sind zu zahlen:
von 201— 400 Mark	2 %
„ 401— 600 „	3 %
„ 601— 800 „	4 %
„ 801—1000 „	5 %
„ über 1000 „	6 ² / ₃ %.

Diese Ermäßigungen bedeuteten einen weiteren Ausfall von 2 000 000 Mark, so dafs der gesamte Ausfall seit Anfang der Steuererlasse im Jahre 1889 3 700 000 Mark beträgt. In unseren Betrachtungen über die allgemeine Kommunalsteuerpolitik werden wir auf diese Frage zurückzukommen haben.

Ehe wir zur hauptsächlichsten und zugleich interessantesten Steuer der Stadt Berlin kommen, nämlich der Gemeinde-Einkommensteuer, welcher uns zu den allgemeinen Fragen der Steuerpolitik überführen wird, möchten wir noch zwei unbedeutende Steuern erledigen, nämlich:

1. Die Hundesteuer,
2. die Wanderlagersteuern.

Hundesteuer.

Diese Steuer wurde durch die königliche Kabinets-Ordre vom 29. April 1829 genehmigt und mit einem Maximalsatz von 9 Mark festgestellt. Die „zum Gewerbe oder Bewachung unentbehrlichen Hunde unterliegen dieser Steuer nicht“. Der Satz von 9 Mark pro Hund jährlich ist bis in die letzte Zeit festgehalten worden, obwohl die Stadtverwaltung wiederholt eine Erhöhung der Steuer beantragt hat, da die Verminderung des Geldwertes den eigentlichen Zweck der Steuer, dem übermässigen Halten von Hunden vorzubeugen,

untergraben hätte. Erst durch das Gesetz vom 1. März 1891 wurde diesen Anforderungen Folge geleistet, so daß vom 1. April 1892 an eine Hundesteuer von 20 Mark erhoben wird.

Diese Steuer wurde ursprünglich zur Trottoirlegung bestimmt.

Die Einnahmen aus ihr haben sich folgendermaßen entwickelt:

Jahr:	Einnahme:
1830	25 856,65 M.
1835	17 678,69 „
1840	27 286,66 „
1845	67 344,92 „
1850	81 493,89 „
1855	60 390,00 „
1860	72 820,50 „
1865	153 596,01 „
1870	171 749,38 „
1875	256 364,02 „
1880/81	307 129,00 „
1885/86	287 497,50 „
1890/91	346 000,00 „
1891/92	348 000,00 „

Wanderlagersteuer.

Eine unbedeutende Steuer, die von der Staatsverwaltung gegen eine Hebegebühr von 3 % erhoben wird, ist die Wanderlagersteuer, die im Jahre 1891 auf 1892 nach Abzug der Erhebungsgebühr 500 Mark eintrug; diese Steuer steht im engen Zusammenhang mit der staatlichen Hausiergewerbsteuer.¹⁾

Bei dieser Steuer spielen nämlich die polizeilichen Zwecke der Kontrolle die maßgebende Rolle, da sich gewisse Mißstände mit der Verbreitung der Wanderlager herausgestellt hatten. Neben dieser staatlichen Hausiergewerbsteuer ist das Feilbieten und Verauktionieren aus Wanderlagern einer Gemeinde-Abgabe unterworfen. Der Tarif ist wie folgend:

1. Die Wanderlager, die in die erste Gewerbesteuerklasse zählen, entrichten 50 M. pro Woche;
2. die in der zweiten Abteilung 40 M. pro Woche.

¹⁾ Gesetz vom 27. Februar 1880 (Ges.S. S. 174).

Die Gemeinde-Einkommensteuer.

Wir kommen jetzt zu der sowohl weitaus wichtigsten als interessantesten der Berliner Steuern, nämlich der Gemeinde-Einkommensteuer.

Die erste Grundlage für diese Steuer wurde geschaffen durch das Staatsklassensteuerergesetz vom 30. Mai 1820, das als eine Umbildung der Kopfsteuer von 1811 gelten sollte. Diese Steuer wurde als eine Ergänzung zu der Schlacht- und Mahlsteuer¹⁾ betrachtet, so daß sie nur erhoben wurde in den Städten, wo die Mahl- und Schlachtsteuer nicht existierte.

Da letztere Steuer schon in Städten von 5000 Einwohnern erhoben wurde, so ist leicht zu ersehen, daß die Einnahmen aus der Klassensteuer nicht sehr bedeutend sein konnten.²⁾ Diese Klassensteuer blieb in dieser Form bis zum Gesetz vom 1. Mai 1851, welches die klassifizierte Einkommensteuer einführte. Danach wurden die oberen Stufen der früheren Klassensteuer in eine Art Einkommensteuer umgewandelt, während die unteren Stufen, d. h. bis zu 3000 Mark Einkommen in der alten Klassensteuer-Einrichtung blieben. Eine wesentliche Veränderung wurde dadurch bewirkt, daß während die neue Klassensteuer in den mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Städten nicht erhoben wurde, die klassifizierte Einkommensteuer nur einen Unterschied zwischen diesen Städten und den anderen Landesteilen darin machte, daß die klassifizierte Einkommensteuer dort erhoben wird, jedoch jeder Einkommensteuerpflichtige eine jährliche Vergütung von 60 Mark auf diese Steuer haben sollte. Die Steuerstufen waren folgende

Klassensteuer.

Drei Stufen mit 13 Unterstufen

- | | | | |
|--------------|---------|-----|------|
| 1. Stufe von | 1,50 M. | bis | 9 M. |
| 2. „ „ | 12,00 „ | „ | 30 „ |
| 3. „ „ | 36,00 „ | „ | 72 „ |

jährlich.

Die klassifizierte Einkommensteuer wurde in 30 Steuerklassen mit einem Steuersatz von 3 % der Untergrenze jeder Steuerstufe eingeteilt.

¹⁾ Gesetz vom 30. Mai 1820.

²⁾ Anfangs 5 250 000 Mark.

Diese zwei Steuern blieben in dieser Form bis zum Gesetz vom 25. Mai 1873, welches das ganze Klassensteuersystem umänderte. Man muß sich vergegenwärtigen, daß gerade zu derselben Zeit der wichtige Schritt der Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer als Staatssteuer erfolgte.¹⁾ An ihre Stelle ist die neue Klassensteuer getreten. Die wesentlichen Neuerungen, die durch das Gesetz vom 25. Mai 1873 eingeführt wurden, sind

1. Die untersten Stufen der alten Klassensteuer wurden aufgehoben.

2. Die Untergrenze der steuerpflichtigen Einkommen für die neue Klassensteuer wurde auf 420 M. festgestellt.

3. Für diese Stufen der früheren Klassensteuer (420 bis 3000 M.) wurde ein System eingeführt, welches der klassifizierten Einkommensteuer ähnlich ist. Diese Einkommen werden in 12 Stufen eingeteilt mit einem steigenden Steuersatz von $\frac{3}{4}$ bis $2\frac{1}{2}$ ‰.

Die klassifizierte Einkommensteuer wurde weiter ausgebildet, indem man einen Schritt weiter zur progressiven Einkommensteuer dadurch machte, daß die Begrenzung auf einen Maximalsatz von 21 600 M. bei einem Einkommen von 720 000 M. und darüber beseitigt wurde, und daß es jetzt gestattet wurde, daß die Steuersätze darüber hinaus wachsen konnten und zwar mit einem Betrag von 1800 M. für jede weiteren 60 000 M. Einkommen. Spätere Änderungen der Klassensteuer wurden öfters versucht, führten aber zu keiner positiven Gesetzgebung, bis zu dem Gesetz vom 26. März 1888, durch welches

1. die beiden untersten Stufen der Klassensteuer 420 bis 900 M. aufgehoben worden sind;

2. Erlasse von folgenden Monatsraten vorgeschrieben wurden

- a) bei den sämtlichen fortbestehenden Stufen (3—12) der Klassensteuer — drei Monatsraten,
- b) bei der ersten Stufe der klassifizierten Einkommensteuer (3000 bis 3600 M.) — zwei Monatsraten,
- c) bei der zweiten Stufe (3600—4200 M.) eine Monatsrate.

Die Gesetzgebung über diese Materie blieb in dieser Form bis in die jüngste Zeit (Gesetz v. 24. Juni 1891). Da aber dieses Gesetz erst am 1. April 1892 in Kraft getreten ist, hat es für unsere Betrachtungen keine Bedeutung, da wir uns im wesentlichen auf das Etatsjahr 1891/92 beschränkt haben.

¹⁾ Siehe oben Ausführung über die Mahl- und Schlachtsteuer. Diese Steuer hatte im Jahre 1872 14 250 000 Mark dem Staate eingetragen.

Wir haben hiermit eine allgemeine Übersicht gegeben über den Unterbau, auf welchem eine Gemeinde-Einkommensteuer konstruiert werden konnte. Es gilt jetzt einen Blick auf die Umstände zu werfen, die zur Einführung einer Gemeinde-Einkommensteuer für Berlin geführt haben. In der Städteordnung von 1808 wurde die Erhebung direkter Kommunalsteuern von den Mitgliedern der Gemeinde gestattet. Es ist aber ein Grundsatz aller Städteordnungen gewesen, daß die Steuern, seien sie direkte oder indirekte, nur insofern zur Anwendung kommen konnten, als die Einnahmen aus städtischem Vermögen und Regalanstalten nicht ausreichten den Geldbedarf zu decken. Was die Zuschläge zu den indirekten Steuern anlangt, so haben wir schon Gelegenheit gehabt, davon zu sprechen. Die Zuschläge zu den direkten Staatssteuern beziehen sich auf alle, mit Ausnahme der Steuer für „den Gewerbebetrieb im Umherziehen“.

Hierzu kommt noch, daß die Städteordnungen auch besondere indirekte oder direkte Steuern gestatten.

Für alle Zuschläge sowohl, als für besondere Steuern bedarf es in erster Linie eines Gemeindebeschlusses, welcher von der staatlichen Aufsichtsbehörde bestätigt werden muß und zwar

1. für alle Zuschläge zur Einkommensteuer;
2. Zuschläge zu den übrigen direkten Steuern, wenn der Zuschlag entweder 50 % der Staatssteuern überstiegen oder nicht nach gleichen Sätzen auf diese Steuern verteilt werden sollte;
3. für Zuschläge zu den indirekten Steuern;
4. für die Einführung, Erhöhung oder Veränderung besonderer direkten oder indirekten Steuern.

Diese Aufsichtsbehörde ist für Berlin der Oberpräsident der Provinz Brandenburg, während für alle anderen Städte des preussischen Staates der Bezirksausschuß das zuständige Organ bildet.

Für die Bestätigung der unter (4) bezeichneten Beschlüsse bedarf es noch für alle Städte der Zustimmung der Minister des Innern und der Finanzen.¹⁾

Diese sind die finanz- und verwaltungsrechtlichen Grundlagen, auf welchen sich das gesamte preussische städtische Steuerwesen aufbaut.

Wir haben bereits erwähnt, wie gering die Einnahmen sowohl als die Ausgaben der Stadt Berlin zu Anfang dieses Jahrhunderts

¹⁾ Zuständigkeitsgesetz § 16 Abs. 5.

gewesen waren. Allmählig aber wurden die Anforderungen, die eine immer wachsende Bevölkerung an den Staatshaushalt stellte, gröfser, ohne dafs jedoch die Einnahmequellen sich in demselben Mafse vermehrten. Dies war ganz besonders der Fall bei der Schul-, Armen- und Polizeiverwaltung, deren Ausgaben so sehr stiegen, dafs bereits in den 60er Jahren der Stadt-Haushaltetat ein Defizit ¹⁾ aufwies, zu dessen Deckung nichts weiter übrig blieb, wenn das vorhandene Steuersystem beibehalten werden sollte, als zu Anleihen zu greifen. Dieses wollte und konnte man aber nicht thun.

Der einzige wünschenswerte Ausweg blieb in der Einführung einer Gemeinde-Einkommensteuer bestehen, ²⁾ die dann auch beschlossen wurde; — und seit dem 1. Jan. 1869 bildet eine Gemeinde-Einkommensteuer einen Teil des städtischen Steuersystems. Man mufs sich vergegenwärtigen, dafs obwohl zu dieser Zeit eine Staatsklassen- und klassifizierte Einkommensteuer bestand, erstere jedoch in den mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Städten nicht erhoben wurde, da sie (die Mahl- und Schlachtsteuer) nur als ein Ersatz für die Klassensteuer angesehen wurde. ³⁾

Immerhin lehnte sich die Kommunaleinkommensteuer insofern an die Staatssteuer an, als sie nach denselben Einkommenstufen erhoben wurde. Als Normalsätze wurden angesehen die Steuersätze der einzelnen Einkommenstufen der Staatsklassen und klassifizierten Einkommensteuer. Da aber die Gemeinde-Einkommensteuer in

¹⁾ Im Jahr 1868 betrug dieses Defizit ca. 3 000 000 Mark.

²⁾ Zur selben Zeit wurde beschlossen, dafs die Überschüsse aus der Verwaltung der städtischen Gasanstalt in die Stadthauptkasse fliefsen sollten, während sie früher zur Erweiterung dieser Anstalten verwendet wurden.

³⁾ Es ist hier zu bemerken, dafs diese Einkommensteuer eine der Stadt Berlin bisher ganz fremde war. Die Ereignisse vom Jahre 1848 hatten grofse Anforderungen an die Stadtkasse gestellt, denen sie nicht nachkommen konnte, ohne zu dem Mittel einer Einkommensteuer zu greifen, die jedoch nur vom 1. Mai 1848 bis zum 31. Dezember 1850 erhoben wurde. Die Steuer betrug 1% des reinen Einkommens aller selbstständigen Einwohner mit einem Einkommen von

1. mindestens 900 Mark, wenn einzelnstehend,
2. „ 1200 Mark bei einer Familie von 2 Personen,
3. „ 1500 Mark bei einer Familie von mehr als zwei Personen.

Diese Steuer brachte ein vom 1. Mai 1848 bis 31. Dez. 1850 397 453,48 M.

Die gleichen Ereignisse verursachten im Jahre 1850 das Ausschreiben einer besonderen auferordentlichen Kommunalklassensteuer, die in 4 Hauptklassen mit mehreren Abstufungen eingeteilt wurde. Sie wurde nur im Jahre 1850 erhoben und trug 468 147 Mark ein.

ihrer Höhe eine wandelbare sein sollte, d. h. die Höhe ihres Ertrages je nach dem Bedürfnis des Stadthaushaltes sich regeln sollte, so wurde jährlich eine Quote dieses Normalsatzes festgestellt, die dann erhoben werden sollte.¹⁾

Durch das Gesetz vom 25. Mai 1873, welches am 1. Jan. 1875 in Kraft getreten ist, wurde die Mahl- und Schlachtsteuer als staatliche Steuer aufgehoben. An ihre Stelle ist jetzt allgemein die Klassensteuer getreten.²⁾ Im Anschluß hieran wurde ein neues Steuerregulativ am 7. Oktober 1874 von der Stadt erlassen. Im wesentlichen wurden die Grundsätze der früheren Bestimmungen beibehalten. Die Gemeinde-Einkommensteuer blieb eine supplementäre, in ihrer Höhe wandelbare Steuer, deren Sätze in Prozenten der Staatsklassen- und klassifizierten Einkommensteuer jährlich festgestellt wurden.

Der einzige grundsätzliche Unterschied zwischen Staats- und Gemeinde-Einkommensteuer lag darin, daß die Gemeinden die nicht staatssteuerpflichtigen, juristischen Personen und Aktiengesellschaften zur Einkommensteuer heranziehen konnten. Nach § 1 des Steuerregulativs vom 7. Oktober 1874 unterliegen der Gemeinde-Einkommensteuer alle Personen, die ein selbständiges Einkommen beziehen, und zwar

a) alle diejenigen, welche in dem Stadtbezirke nach den Bestimmungen der Gesetze ihren Wohnsitz haben,

b) alle diejenigen, welche seit drei Monaten sich in der Stadt aufhalten,

c) alle diejenigen juristischen wie physischen Personen (Ausländer wie Inländer), welche auch, ohne im Stadtbezirke zu wohnen, hier Grundbesitz haben oder ein stehendes Gewerbe betreiben, mit Einschuß der nicht im Stadtbezirk wohnenden Gesellschafter einer offenen Handelsgesellschaft oder einer Kommanditgesellschaft, jedoch nur von demjenigen Einkommen, welches ihnen aus diesen Quellen zufließt.

Die Befreiungen erstrecken sich außer auf die Mitglieder des königlichen Hauses und des Gesandtschaftspersonals fremder Mächte

a) auf alle diejenigen Personen, deren Jahreseinkommen den Betrag von M. 420 nicht erreicht,

b) alle Personen unter 16 Jahren, soweit sie zur ersten Steuerstufe gehören,

¹⁾ Siehe weitere Bestimmung des Steuerregulativs vom 10. März 1869.

²⁾ Siehe Ausführung über Staatsklassen- und Einkommensteuer.

c) einige Klassen von Personen, die Inhaber besonderer militärischer Ehrenzeichen sind,

d) das Diensteinkommen Geistlicher, Kirchendiener und Elementarschullehrer,

e) das Einkommen der Militärpersonen wird nur insofern herangezogen, als dieses Einkommen aus etwaigem Grundbesitz oder Gewerbebetrieb herrührt.

Was die Veranlagung dieser Steuern anlangt, so sind oder vielmehr waren es verschiedene Organe, die sie durchführten:

1. Für die Veranlagung der Klassensteuer sowohl, als die Heranziehung der Klassensteuerpflichtigen zur Gemeinde-Einkommensteuer besteht eine Einschätzungs- und Reklamationskommission, welche für Berlin, das einen Bezirk für sich bildet, aus 60 Mitgliedern besteht. Der Vorsitz wird von einem vom Finanzminister zu ernennenden Staatskommissär geführt. Diese 60 Mitglieder werden von der Stadtverordnetenversammlung alljährlich gewählt und müssen zu einem Drittel aus Mitgliedern derselben und zu zwei Dritteln aus einkommensteuerpflichtigen Einwohnern bestehen.¹⁾

Gegen ihre Beschlüsse steht den Steuerpflichtigen Reklamation bei der Bezirkskommission zu.

Diese Bezirkskommission besteht aus 9 Mitgliedern unter dem Vorsitz eines vom Finanzminister ernannten Regierungskommissärs. Die 9 Mitglieder setzen sich zusammen zu zwei Dritteln aus Einkommensteuerpflichtigen und zu einem Drittel aus Klassensteuerpflichtigen des betreffenden Bezirks.

Nachdem Berlin aus dem Provinzialverbande Brandenburg ausgetreten ist, sind diese Mitglieder auf 3 Jahre vom Magistrate und Stadtverordnetenversammlung in gemeinschaftlicher Sitzung unter dem Vorsitz des Ober-Bürgermeisters gewählt.

2. Bei der Veranlagung der Einkommensteuer wurde ein entgegengesetztes Verfahren befolgt, d. h. die städtische Steuerdeputation erhält von der staatlichen Direktion der direkten Steuern die von deren Organen gemachte Einschätzung, auf Grund welcher die Gemeinde-Einkommensteuer der Einkommen über 3000 Mark²⁾ veranlagt wird.

Die Veranlagung der Forensen wird durch die Einschätzungs-kommission der Klassensteuer bewirkt, während für die juristischen Personen eine besondere Kommission besteht von 14 von der Stadt-

¹⁾ Abgeändert durch Einkommensteuergesetz vom 24. Juni 1891.

²⁾ Klassifizierte Einkommensteuer.

verordnetenversammlung gewählten Mitgliedern und einem Magistratskommissär als Vorsitzenden. Bis zum 11. April 1892, des Datums der Einführung des neuen Einkommensteuergesetzes, hat die Gemeinde-Einkommensteuer nur zwei bedeutende Veränderungen erlitten.

1. Durch das sogenannte Kommunalsteuernetzgesetz vom 27. Juli 1885, welches bestimmte, daß „auch der Staatsfiskus, Aktiengesellschaften ¹⁾ Kommanditgesellschaften auf Aktien, Berggewerkschaften und eingetragene Genossenschaften, deren Betrieb über den Kreis ihrer Mitglieder hinausgeht, in denjenigen Gemeinden, in welchen sie Grundbesitz, gewerbliche Anlagen, Eisenbahnen oder Bergwerke haben, Pachtungen, stehende Gewerbe, Eisenbahnen oder Bergbau betreiben, hinsichtlich des ihnen aus diesen Quellen in der Gemeinde zufließenden Einkommens der Gemeinde-Einkommensteuer unterliegen“.

2. Durch das Gesetz vom 29. Juni 1886, welches bestimmte, daß die im Offiziersrange stehenden Militärpersonen nicht nur mit ihrem Einkommen aus Gewerbebetrieb oder etwaigem Grundbesitz zur Gemeinde-Einkommensteuer heranzuziehen seien, sondern daß ihr gesamtes außerdienstliches Einkommen mit einigen Ausnahmen ²⁾ gemeindesteuerpflichtig sei. Die Pension der zur Disposition gestellten Offiziere ist in derselben Weise zu besteuern, wie die der verabschiedeten Offiziere.

Um diesen Änderungen genügend Rechnung zu tragen, wurde am 26. März 1886 ein neues Steuerregulativ erlassen.

Es erübrigt uns, noch einige finanzstatistische Daten zu geben, um

1. die Entwicklung dieser Gemeinde-Einkommensteuern zu zeigen;
2. ihr Verhältnis zu den anderen städtischen direkten und indirekten Steuern;

3. das Verhältnis zwischen den Klassen- und klassifizierten Einkommensteuern des Staates und der Gemeinde-Einkommensteuer. (Siehe Tabellen S. 142 u. 143.)

Diese Tabellen bedürfen keines weiteren Kommentars, um zu zeigen, welche großartige Entwicklung die Gemeinde-Einkommensteuer seit ihrer Einführung im Jahre 1869 genommen hat. Heute kann man fast sagen, daß sie den Gemeindehaushalt bald beherrscht

¹⁾ Die Steuerverwaltung Berlins hat schon früher die Aktiengesellschaften als juristische Personen aufgefaßt und demgemäß besteuert.

²⁾ Die Chargen, welche bei Nachsuchung des Heiratskonsenses eines Offiziers zur Führung des Nachweises eines bestimmten außerdienstlichen Einkommens zu machen sind, bleiben außer Ansatz.

Entwicklung der Gemeindeeinkommensteuer der Stadt Berlin¹⁾ 1869—1891/92.

Jahr	Prozentsatz vom Normalsatz pro Jahr	Einwohner- zahl	Ertrag <i>M</i>	Pro Kopf der Be- völkerung <i>M</i>	Gesamte andere direkte städtische Steuern	
					Summa	Pro Kopf
1869	16 ² / ₃	745 520	854 106	1,15	5 899 047	7,91
1870	25	768 380	1 367 468	1,78	6 161 597	8,02
1875	80	948 500	8 036 614	8,47	12 484 352	13,16
1880/81	100	1 114 973	9 501 721	8,52	13 066 020	11,71
1885/86	100	1 304 773	12 120 126	9,29	15 207 749	11,65
1887/88	100	1 399 356	14 063 477	10,05	17 031 814	12,17
1890/91	100	1 576 376	15 736 103 ²⁾	9,98	18 000 000	11,42
1891/92	100	1 623 581	17 929 797 ²⁾	11,16	17 300 000	10,65

Verhältnis der Gemeindeeinkommensteuer zu den anderen wichtigeren städtischen Steuern.

Jahr	Einkommen- steuer	Mietssteuer	Haussteuer	Mahl- und Schlachtsteuer, Braumalzsteuer, Kommunalanteil an Staats- Mahlsteuer
1830	—	1 076 892,25		708 004,89
1840	—	1 405 896,48		994 491,12
1850	—	1 950 172,71		1 478 427,18
1860	—	2 194 366	1 121 208	2 027 205,00
1870	1 367 468	4 572 108	1 589 499	—
1875	8 036 614	9 407 858	3 076 494	—
1880/81	9 501 721	9 599 246	3 474 774	—
1885/86	12 120 126	11 268 076	3 939 673	—
1890/91	15 736 103	13 000 000	5 000 000	540 000,00
1891/92	17 929 797	11 800 000	5 500 000	580 000,00

¹⁾ Den Verwaltungsberichten der Stadt Berlin entnommen.

²⁾ Diese Bevölkerungs-Ziffern sind vom 1. Januar 1891 bzw. 1. Januar 1892, welches naturgemäß die pro Kopf-Rate etwas kleiner macht, als wenn wir die Bevölkerungszahl vom 1. April 1890 bzw. 1. April 1891 genommen hätten.

Verhältnis zwischen Staats-, Klassen- und klassifizierten Einkommensteuern und der Gemeinde-Einkommensteuer.

Jahr	1	2	3	Mehr Staats- Einkommen- steuer
	Staatssteuern		Gemeinde- einkommen- steuer	
	Klassifizierte Einkommen- steuer	Klassen- steuer		
	<i>M.</i>	<i>M.</i>	<i>M.</i>	<i>M.</i>
1890/91	48 425 988	26 577 151	15 736 103	— 59 267 036
1891/92	46 975 000	25 941 000	17 929 797	— 54 986 203

Keine andere Einnahme steht auf so festem Boden. Während die Frage einer Beseitigung der Mietssteuer immer wieder von neuem auftaucht, wird es allgemein empfunden, daß solange die indirekte Besteuerung nur eine geringe Rolle im Gemeindehaushalt spielt, die Gemeinde-Einkommensteuer die zuverlässigste Einnahmequelle ist und wahrscheinlich für unabsehbare Zeit sein wird. Die Fragen der Kommunalsteuerepolitik, welche hiermit zusammenhängen, werden wir später zu behandeln haben.

Die Steuern in dem Haushalte der Stadt Paris.

Um einen Anhaltspunkt zu geben für einen Vergleich zwischen dem eben geschilderten Steuerwesen der Stadt Berlin und dem der Stadt Paris, wollen wir jetzt die Grundlagen der Pariser Steuern charakterisieren. ¹⁾

Wir haben schon früher Gelegenheit gehabt, das Kommunal-Steuersystem Frankreichs kurz anzudeuten; wir haben gesehen, daß dasselbe sowohl aus direkten als indirekten Steuern besteht, und zwar erstere in der Form von Zuschlägen zu den direkten Steuern, letztere in der Form des Oktroi.

¹⁾ Der Verfasser beabsichtigt, später diesen Teil in einer besonderen Abhandlung ausführlich darzustellen.

Es ist aber zu bemerken, daß die Zuschläge zu den direkten Staatssteuern allen Gemeinden gemeinsam ist, das Oktroi dagegen nur in größeren Gemeinden erhoben wird. Wenn man die geschichtliche Entwicklung Frankreichs betrachtet, so erklärt sich diese allgemeine Anlehnung an die Staatsbesteuerung von selbst. Die politische Revolution von 1789 brachte es mit sich, daß alle Sonderstellungen der Gemeinden, so auch auf dem Gebiet der direkten Besteuerung beseitigt werden sollten. Dies ist auch geschehen. Die Einheit einer direkten Besteuerung in Staat und Gemeinde wurde vollzogen. Wie völlig verschieden diese Entwicklung von der des preussischen Kommunalsteuersystems gewesen ist, braucht kaum hervorgehoben zu werden. Die Freiheit eines gewissen Spielraums, die den preussischen Städten vom Staate gelassen wurde, war dem französischen System beinahe völlig fremd. Mit einem Worte, es fehlte dem preussischen System dieser Schematismus, diese logische Durchführung gewisser dogmatischer Prinzipien, diese centralisierende, alles beherrschende Tendenz, welche dem französischen System einen so eigenartigen Charakter gab. Da alle diese Prinzipien sich in dem Steuersystem der Stadt Paris, wenn auch in verschiedenen Graden zeigen, werden wir Gelegenheit haben, sie dort zu erörtern. Es ist immerhin im Auge zu behalten, daß in der weitaus größten Zahl der französischen Kommunen der Steuerbedarf im Wege von Zuschlägen zu den vier direkten Staatssteuern erhoben wird. Die geschichtliche Entwicklung der Stadt Paris hat es aber mit sich gebracht, daß die kolossale Anforderung, die ein solches Gemeinwesen an die Stadtkasse macht, nur gedeckt werden konnte, durch ein immer stärkeres Heranziehen anderer Steuerquellen, und da das Oktroi die bequemste sowohl als einzig vorgesehene war, ist allmählich der Schwerpunkt des ganzen Steuersystems auf diese indirekte Steuer gefallen.¹⁾

Um dieselbe Methode wie bei dem Steuersystem Berlins beizubehalten, werden wir jetzt die

¹⁾ Zu bemerken ist hier, daß das Oktroi ein noch viel älteres Steuersystem Frankreichs ist, als die direkte Besteuerung. Es wurde ursprünglich als Staatssteuer erhoben. Seit Mitte des 14. Jahrhunderts schon findet man es als Einnahmequelle mancher Städte. Nach der großen Revolution (Dekret v. 11. Jan. 1791) wurde es beseitigt, aber die oben geschilderten Umstände zwangen zu seiner Wiedereinführung.

Indirekte Steuer oder Oktroi

behandeln. Diese indirekte Verbrauchssteuer wurde vor der Revolution von den Finanzpächtern erhoben gegen jährliche Bezahlungen, welche im Jahre 1787 30 Millionen Francs betrugen. Wie schon erwähnt, wurden alle Oktrois durch die Nationalversammlung beseitigt (Dekret v. 19. Januar 1791).

Die ungünstigen Finanzverhältnisse der Stadt konnten aber diesen Einnahmeausfall nicht ertragen. Diese indirekte Steuer mußte wieder eingeführt werden, und zwar geschah dies durch das Gesetz vom 27. Vendémiaire, an VII (18. Oktober 1798). Nach diesem Gesetz wurde der Stadt Paris ein Oktroi gestattet, um die lokalen Ausgaben zu decken. Die verwaltungsrechtliche Grundlage des heute bestehenden Oktrois bilden

1. das Gesetz vom 18. Oktober 1798 abgeändert durch
2. den Erlaß vom 18. Dezember 1814,
3. dem kgl. Erlaß vom 22. Juli 1831,
4. das Verwaltungsverglement vom 19. Dezember 1859, welches das Gesetz vom 16. Juni 1859 betreffend die Einverleibung der Vororte zur Ausführung brachte. Die zur Besteuerung bestimmten Konsumartikel werden in 5 Kategorien eingeteilt,

1. Getränke und andere Flüssigkeiten.
2. Eßwaren. Jedoch werden Getreide und Mehl von dem Pariser Oktroi nicht besteuert.
3. Brennmaterialien.
4. Vieh- und Pferdefutter.
5. Rohstoffe verschiedener Art.

In der Besteuerung dieser Artikel wird zwei fundamentalen Grundsätzen gefolgt:

1. Nur diejenigen Artikel dürfen besteuert werden, die zum lokalen Konsum bestimmt sind. Dieser Grundsatz hat eine sehr weite Ausdehnung dadurch gewonnen, daß nur diejenigen Artikel als nicht zum lokalen Konsum gerechnet werden, die für den Handel bestimmt sind; deshalb in der betreffenden Gemeinde in dazu eingerichteten Entrepots bleiben und in unveränderter Gestalt wieder ausgeführt werden können.

2. Daß das Oktroi nicht als ein Schutzzoll für den in der Stadt wohnenden Fabrikanten gegen seine anderen französischen Konkurrenten eingerichtet werden darf.

Die Tarifsätze.

Die Bestimmung der Fabriksätze ist vor allem ein Recht der Gemeinde. Dabei ist noch zu bemerken, daß die Gemeinde das Recht der Initiative zur Einführung des Oktrois hat. Die Beschlüsse der Gemeinde betreffend die Einführung des Oktrois, sowie die Bestimmung der Tarifsätze bedürfen der Genehmigung und Festsetzung durch Dekret des Ministers des Innern. Außer dem festgesetzten Generaltarif bestehen noch manche Zuschläge, welche durch Dekret genehmigt werden. Um eine Anschauung von der Höhe der Sätze zu geben, werden wir einige Beispiele anführen:

Oktroi-Tarifsätze von Paris.

Gegenstand	Einheit der Erhebung	Tarifsatz frcs.	Weitere Zuschläge frcs.	Summa frcs.
Wein in Flaschen	Hektoliter	3,60	7,02	10,62
Alkohol in Brannt- wein und Liqueur	„	24, —	55,80	79,80
Apfelwein	„	2,—	2,—	4,—
Olivöl und Kon- serven in Öl	100 Kilo	49,83	2,62	52,45
Andere Öle	„	27,54	5,25	32,79

Die gewaltige Entwicklung, welche diese Einnahmequelle nicht nur absolut, sondern auch im Verhältnis zu den gesamten Einnahmen der Stadt Paris genommen hat, geht aus folgenden Tabellen hervor. Sie sind alle jährliche Durchschnittseinnahmen (siehe Tabelle S. 147).

Vergleicht man die Einnahmen aus den verschiedenen Kategorien in den Jahren 1860, 1870, 1880, 1890, 1891, so sehen wir, wie unterschiedlich an der Zunahme der Einnahmen die verschiedenen Kategorien der dem Oktroi unterworfenen Gegenstände beteiligt gewesen sind (siehe Tabelle S. 147).

Die Erhebung dieser Steuer geschieht durch ein zahlreiches städtisches Personal, an dessen Spitze ein Kollegium, aus einem Direktor und drei Regisseurs bestehend, steht. Diese gesamte Organisation hat als Leiter den Präfekten der Seine und steht unter der Kontrolle der Verwaltung der indirekten Steuern.

Jahr	Einnahmen aus dem Oktroi <i>M</i>	Gesamteinnahmen der Stadt Paris <i>M</i>
1801—1810	13 838 472	9 528 898
1811—1820	16 569 356	19 528 897
1821—1830	22 122 192	31 164 263
1831—1840	22 145 896	32 649 644
1841—1850	26 049 812	36 158 629
1855	33 500 292	48 426 125
1859	43 230 192	64 690 066
1861 ¹⁾	61 822 376	91 544 432
1869	86 046 052	134 783 045
1875	94 594 600	170 713 469
1877	100 318 432	179 557 472
1880	114 095 476	198 857 574
1885	108 290 636	196 928 900
1886	108 340 928	201 513 784
1887	109 388 456	204 652 509
1889	120 890 268	220 453 397
1890	115 969 024 ²⁾	214 056 570

Gegenstände	1860	1870	1880	1891
	<i>M</i>	<i>M</i>	<i>M</i>	<i>M</i>
Getränke	20 085 120	32 831 700	49 602 204	49 896 420
Erbswaren	11 049 804	10 573 576	23 155 832	26 045 212
andere Flüssigkeiten als Getränke	4 906 100	5 172 112	11 148 664	13 631 536
Rohstoffe	4 605 376	3 229 182	8 199 216	6 426 336
Brennmaterialien	7 158 356	5 278 056	10 724 472	11 657 360
Holz, zu andern Zwecken als Brennmaterial verwendet	3 435 844	2 378 296	4 602 376	3 994 836
Vieh- und Pferdefutter	2 848 008	2 692 028	3 904 384	4 474 326
Verschied. Gegenstände	1 503 276	1 632 472	2 068 328	1 936 188
Entrepot	25 796	—	598 776	731 832

¹⁾ Nach der Einverleibung der Vororte.

²⁾ Einnahmen aus dem Oktroi 1891 113 200 000, während die Gesamteinnahmen des Stadthaushalts sich auf 211 712 940 Mark beliefen.

Die direkten Steuern.

Wie schon erwähnt, wird weitaus der größte Teil der französischen Kommunalsteuern, abgesehen von den Großstädten, durch direkte Steuern aufgebracht. Diese direkten Steuern werden mit wenigen Ausnahmen, deren eine die Hundesteuer ist, in der Form von Zuschlagscentimes durch direkte Anlehnung an die vier großen direkten Staatssteuern aufgebracht.

Diese vier Steuern sind:

1. die Grundsteuer;
2. die Personal- und Mobiliarsteuer;
3. die Thür- und Fenstersteuer;
4. die Gewerbesteuer.

Wir wollen hier einiges über diese Staatssteuern anführen. Die drei ersten sind Repartitionssteuern. Nachdem das Parlament durch ein Finanzgesetz das Gesamt-Kontingent sowohl, als die Kontingente der Departements festgestellt hat, wird die Unterverteilung dieses Kontingents auf die Arrondissements durch die Generalräte der Departements vorgenommen. Diese Kontingente werden wiederum durch die Arrondissementsräte unter den Kommunen verteilt. Dieses letzte Kontingent der drei verschiedenen Steuern wird dann unter den Steuerpflichtigen verteilt durch eine Kommission (Commissaires repartiteurs), die sich aus fünf steuerpflichtigen Bürgern, dem Maire und seinem Adjoint zusammensetzt. Für Paris aber konnte dieses System nicht zur Anwendung kommen, da eine zu ungeheuere Arbeitslast mit der Steuerrepartition verbunden ist. Deshalb wurde für Paris eine besondere Kommission für die Repartition der direkten Steuern gebildet, welche aus sieben Mitgliedern besteht, die unter sich eine große Zahl von Adjunkt-Repartiteurs-Kommissären haben.

Die vierte (Gewerbesteuer) ist eine Quotitätssteuer; d. h. sie wird in einem absoluten Verhältnis zu dem steuerpflichtigen Ertrag erhoben.

Grundsteuer.

Die Grundsteuer, welche gleichzeitig auch eine Gebäudesteuer ist, ist eine reine Ertragssteuer; die Einschätzungsmethode, auf die wir jetzt nicht eingehen können, bildet die Grundlage für die Verteilung der Gemeindekongingente.

Personal- und Mobiliarsteuer.

Die Personal- und Mobiliarsteuer, obwohl gewöhnlich zusammen genannt, ist in Wirklichkeit eine zweifache Steuer. Die Personalsteuer ist eine Art Kopfsteuer und war ursprünglich eine Naturalleistung von 3 Arbeitstagen, obwohl sie diesen Charakter äußerlich beibehalten hat, ist es allgemein üblich geworden, diese 3 Arbeitstage in einen Geldbetrag umzusetzen. Der Wert des Arbeitstages wird vom Generalrat des Departements für die Gemeinden festgestellt.¹⁾

Wichtiger für den Gemeindehaushalt ist die Staatsmobiliarsteuer. Während die Personalsteuer nur in den Gemeinden zu entrichten ist, wo der ihr Unterworfenen wohnhaft ist, ist die Mobiliarsteuer in der Gemeinde zu entrichten, wo die betreffende Wohnung sich befindet. Der Maßstab für die Repartition dieser Steuer unter die Gemeindemitglieder ist die Höhe der Miete. Das Verfahren ist folgendes: Das Kontingent beider Steuern wird ungetrennt, vom Parlament festgesetzt. In derselben Weise, wie bei der Grund- und Gebäudesteuer wird dieses Kontingent unter den Arrondissements und weiter unter den Gemeinden verteilt. In der Gemeinde wird dann die Zahl der Personalsteuerpflichtigen mit dem festgestellten Wert dreier Arbeitstage multipliziert und dieser Betrag wird von dem gesamten Kontingent abgezogen. Der Rest wird als Mobiliarsteuer betrachtet und unter den Inhabern von möblierten Wohnungen nach Maßstab der von ihnen bezahlten Mieten verteilt. Es ist hier zu bemerken, daß das Gesetz von 1832 (Art. 30) den Gemeinden, die ein Oktroi besitzen, das Recht gibt, das gesamte oder einen Teil des Kontingents der Mobiliarsteuer aus den Oktroi-Einnahmen zu bezahlen, um so in die Erhebung derselben die geringfügigen Mieten ganz frei zu lassen. Durch das Gesetz vom 3. Juli 1846 wurde der Spielraum, in welchem sich die Gemeinden in dieser Beziehung bewegen kann, sehr wesentlich dadurch erweitert, daß nach der gänzlichen Freilassung der niedrigen Mieten, die höheren Mietswerte nicht nur nach einem gleichen Satz, sondern auch nach einer progressiv steigenden Skala belastet werden konnten. Seit langen Jahren hat die Stadt Paris von dieser Befugnis Gebrauch gemacht. Der Wert der der Steuer unterliegenden Mieten wird als $\frac{4}{5}$ des

¹⁾ Diese Feststellung kann sich zwischen 50 Cent. und 1 Fr. 50 Cent. bewegen.

gesamten Mietertrages gerechnet. Demgemäfs hat die Stadt Paris im Jahre 1883 folgenden Tarif festgestellt:

Mietwert von	400—599	Fr.	6,50	Proz.
„	600—699	„	7,50	„
„	700—799	„	8,50	„
„	800—899	„	9,50	„
„	900 und darüber		10,50	Proz.

Mit einigen Ausnahmen sind die Mieten unter 400 Fr. ganz freigelassen.

Thür- und Fenstersteuer.

Die Thür- und Fenstersteuer ist die dritte Repartitionssteuer, obwohl sie in manchen Beziehungen einer Quotitätssteuer ähnlich ist. Diese Steuer wurde durch das Gesetz vom 4 Frimaire an VII. eingeführt. Sie bezog sich auf die Thüren und Fenster der Wohnhäuser und Fabriken. In allen Gemeinden Frankreichs, mit Ausnahme von Paris, Lyon und Bordeaux, werden die Kontingente verteilt nach Maßgabe des im Gesetze vom 21. April 1832 festgestellten Tarifs. Dieser Tarif richtet sich nach der Natur der Öffnung (ob einfach, gewöhnliche Thüren und Fenster in den verschiedenen Stockwerken) sowie nach Einwohnerzahl der Gemeinde. Zu diesem Zwecke werden die Gemeinden in sechs Klassen eingeteilt. Man sah aber bald, daß diese Regeln, wenn in Paris durchgeführt, zu großen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten führten, da die Unterschiede in einer solchen Stadt in dem Wert der Häuser wegen der Verschiedenheiten der Lage ganz gewaltige waren. Durch das Gesetz vom 17. März 1852 wurde daher der Stadt das Recht gegeben, einen Tarif herzustellen, welcher die beiden Elemente, d. h. Zahl der Öffnungen und Mietwert verbinden sollte. Dies ist auch geschehen. Der letzte aufgestellte Tarif ist vom Jahre 1883. Nach diesem wird

1. Ein fester Steuersatz wie folgend festgestellt:

a) Einfahrtsthüren und Magazinthore 20 Fr.

b) Gewöhnliche Thüren parterre 5 Fr.

c) Andere Thüren und Fenster 0,70 Fr.

2. Ein proportionaler Steuersatz nach dem Katasterertrag der Häuser.

Diese Steuer wird entweder vom Eigentümer oder Bewohner erhoben. In der Regel aber ist es der Eigentümer, der die Steuer zu entrichten hat, der Bewohner kommt nur in Betracht, wenn er

das ganze Haus bewohnt, ein Fall, der in Paris von verschwindend geringer Bedeutung ist.

Die Gewerbesteuer

ist die einzige Quotitätssteuer. Die ganze Materie wurde durch das Gesetz vom 15. Juli 1880 einheitlich codifiziert. Diese Steuer besteht in einer festen Abgabe, welche sich für verschiedene Gewerbe und nach Einwohnerzahl der Gemeinde abstuft, und in einer proportionalen, welche nach dem Mietswert der von Industriellen benutzten Räume gerechnet wird. Für Paris sind die festen Abgaben etwas höher als die in den andern Gemeinden üblichen. Die Proportionalen sind dagegen in Paris gegen die in den anderen Gemeinden ermäßigt worden. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, hier die verschiedenen Klassen und Tarife aufzuzählen. Es sei nur eine charakteristische Thatsache hervorgehoben. Für die Klasse „B“ wurde für Paris ein fester Satz von 2000 Fr. festgesetzt, dazu kommt, daß für jede in einem Gewerbe dieser Klasse beschäftigten Person eine Abgabe von 50 Fr. zu entrichten ist. Zu dieser Klasse gehören die Agents de Change, Kommissionäre und die Magazins de Nouveauté. Für letztere ist dies eine besonders schwere Last.

Die Zuschläge der Gemeinden.

Um das Zuschlagsystem in seiner ganzen Bedeutung würdigen zu können, wäre es nötig, das gesamte französische Budgetrecht einer Betrachtung zu unterziehen, um den Zusammenhang zu erkennen zwischen der Spezialisierung der obligatorischen Ausgaben und den zu ihrer Deckung bestimmten Zuschlagscentimes. Wegen Unzulänglichkeit der Einnahmen können weitere, nicht spezialisierte Zuschlagscentimes beschlossen werden. In den französischen Kommunen bestehen drei Kategorieen von Zuschlagscentimes:

1. Die gewöhnlichen Centimes (Centimes ordinaires) zu deren Erhebung die Gemeinden durch das Gesetz vom 15. Mai 1818 allgemein ermächtigt worden sind.

Dieser Zuschlag beträgt 5 Cent. zur

a) Grund- und Gebäudesteuer und

b) Personal- und Mobiliarsteuer.

2. Die spezialisierten Centimes, welche durch die Gesetze vom 15. März 1850, 19. Juli 1875 und 16. Juni 1881 eingeführt wurden. In den französischen Kommunen kommen im allgemeinen zwei Arten

von solchen Zuschlägen vor, eine für den Vicinal-Wegebau, die andere für die Ausgaben des Volksschulwesens bestimmt. In Paris besteht aber nur die letztere, welche wie bei allen andern Kommunen auf 4 Centimes zu

1. der Grund- und Gebäudesteuer,
2. der Personal- und Mobiliarsteuer,
3. der Thür- und Fenstersteuer,
4. der Gewerbesteuer

aufgeschlagen wird.

3. Die außerordentlichen Centimes, die eingeführt werden können, sobald die anderweitigen Einnahmen nicht ausreichen. Diese sind im Tarif in stetigem Wachsen begriffen. Durch die Gesetze vom 5. Februar 1872, 7. April 1873, 5. August 1874, 27. Dezember 1876 und 25. Juli 1879 wurden diese Zuschläge festgesetzt bei der

- a) Grund- und Gebäudesteuer auf 44 Cent.
- b) Personal- und Mobiliarsteuer 44 Cent.
- c) Thür- und Fenstersteuer 44 Cent. und
- d) Gewerbesteuer 22 Cent.

Hierzu kommen noch 2 Arten von Cent., die kaum als besondere Kategorieen gelten können, jedoch Beachtung verdienen. Diese sind:

1. Die Centimes der sogenannten „Fonds de Non-valeur“, die bestimmt sind, die Verminderung der Steuererträge durch entstandene Ausfälle zu decken. Für Paris bestehen solche Zuschlagscentimes, die diesem Zweck dienen in folgenden Sätzen:

- a) zur Grund- und Gebäudesteuer 0,57 Cent.,
- b) zur Personal- und Mobiliarsteuer 0,57 Cent.,
- c) zur Thür- und Fenstersteuer 1,50 Cent.,
- d) zur Gewerbesteuer 1,50 Cent.

2. Die Erhebungskosten der vier Steuern werden durch Zuschlagcentimes gedeckt. Die Sätze hierfür sind in Paris

- a) zu der Grund- und Gebäudesteuer 1,7271 Cent.,
- b) zu der Personal- und Mobiliarsteuer 1,7271 Cent.,
- c) zu der Thür- und Fenstersteuer 1,6068 Cent.,
- d) zu der Gewerbesteuer 0,9450 Cent.

Dieses Zuschlagscentimessystem bildet die Grundlage des Departements-Steuersystems. Ja sogar der Staat selbst erhebt Zuschläge zu seinen eignen Steuern. Zieht man diese insgesamt in Betracht, so findet man, daß der steuerpflichtige Einwohner von Paris neben den allgemeinen Staats- und Gemeindesteuern folgende Zuschlagscentimes zu zahlen hat.

Zahl der Zuschlagscentimes an den Staat, Departement und Gemeinde Paris.

	Grund- und Gebäude- steuer	Personal- u. Mobiliar- steuer	Thür- und Fenster- steuer	Gewerbe- steuer	Summa
Zuschlagscentimes für den Staat	2	19	18,8000	39,6000	79,4000
Für das Departement der Seine	53,6310	53,5300	28,8400	29,4000	165,4010
Für die Stadt Paris	75,2971	55,2971	51,1668	30,9450	212,7060
Summa	130,9281	127,8271	98,8068	99,9450	457,5070

Wir wollen die Beurteilung sowohl dieses ganzen Zuschlagsystems als die der Steuern, zu welchen diese Zuschläge gemacht werden, bis auf das Schlußkapitel, das die Kommunalsteuerepolitik behandelt, verschieben. Die Einnahmen aus der Quelle der Zuschlagcentimes waren für die Stadt Paris im Jahre 1891 folgende:

Fünf Zuschlagcentimes (Centimes ordinaires) zu der Mark
Grund- und Gebäudesteuer (Gesetz vom 15. Mai 1818) 680 880

Fünf Zuschlagcentimes (Centimes ordinaires) zu der
Personal- und Mobiliarsteuer (Gesetz vom 15. Mai 1818) 502 400

¹⁾ Vierundvierzig Zuschlagcentimes (Centimes extraordinaires additionels) zu der Grund- und Gebäudesteuer, Personal- und Mobiliarsteuer, und der Thür- und Fenstersteuer und 22 Zuschlagcentimes zu der Gewerbe-
steuer (Gesetz vom 16. Mai 1888) 17 180 880

²⁾ Vier Zuschlagcentimes (Centimes extraordinaires additionels) zu den vier oben genannten direkten Steuern mit 20 supplementären Centimes zur Grund- und Gebäudesteuer 4 690 880

³⁾ Zwei und ein halb Zuschlagcentimes für den Bau
einer Waarenbörse 360 000

Acht Zuschlagcentimes zur Gewerbesteuer (Gesetz
vom 15. Juli 1888) 1 572 040

Summa: 24 987 080

¹⁾ Dauert bis 31. Dezember 1834.

²⁾ Dauert bis 31. Dezember 1897.

³⁾ Dauert bis 31. Dezember 1946.

Hundesteuer.

Neben diesen Zuschlägen zu den direkten Steuern des Staates besteht eine selbständige städtische Hundesteuer, als die einzige selbständige direkte Steuer der Stadt Paris.

Diese Steuer wurde durch das Gesetz vom 2. Mai 1855 eingeführt. Das Gesetz bestimmt ein Maximum von 10 Fr., ein Minimum von 1 Fr.

Die Hunde werden klassifiziert, je nachdem sie dem Luxus dienen oder Wachthunde u. s. w. sind. Erstere Klasse bezahlt den höchsten Betrag, letztere den niedersten.

	Mark
Im Jahre 1891 ergab diese Steuer	409 520
Die Einnahmen aus den direkten Steuern der Stadt Paris waren demgemäß im Jahre 1891:	
Zuschlagcentimes	24 987 080
Hundesteuer	409 520
Summa:	25 396 600

Rechnet man die Einnahmen aus den direkten städtischen Steuern hinzu, welche 113 200 000 betrugen, so ergibt sich die Summe der rein steuerartigen Einnahmen der Stadt Paris 138 596 600

Wir haben hiermit die Steuern von Paris beendet. Manche der in früheren Kapiteln erwähnten Einnahmen (siehe Gebühren) obwohl sie einen gewissen steuerartigen Charakter ¹⁾ tragen, haben wir vorgezogen, an anderer Stelle zu behandeln. Es ist ein überraschender Zustand, daß eine Großstadt wie Paris am Ende des 19. Jahrh. noch über 81 % ihrer ganzen steuerartigen Einnahmen und über 42 % ihrer gesamten Einnahmen überhaupt durch eine indirekte Steuer aufbringt. Es steht in einem so grellen Gegensatz zu den berliner Verhältnissen, daß wir darauf noch näher zurückzukommen haben werden.

Es erübrigt uns noch, einige andere Kategorieen von Einnahmen zu betrachten, und zwar

1. die Zuwendungen, welche die Gemeinde erhält entweder
 - a) vom Staate
 - b) oder von einem anderen Selbstverwaltungskörper
2. Die Einnahmen, die aus erteilten Konzessionen an Privatunternehmungen, welche einen öffentlichen Charakter tragen, herühren.

¹⁾ Dies ist besonders der Fall bei den Straßenreinigungsgebühren (siehe unter betreffenden Abschnitt).

Kapitel VII.

Die Zuwendungen.

Unsere Erörterungen über die Entwicklung des modernen Staates und die sich daraus ergebende Stellung der Gemeinde im Staatsorganismus haben gezeigt, wie innig verknüpft die Aufgaben von Staat und Gemeinde sind. Die dezentralisierende Tendenz, die eines der charakteristischen Merkmale der preussischen Verwaltungsreformen im Anfange dieses Jahrhunderts gewesen ist, hat als natürliche Folge gehabt, daß die Gemeinde viele staatliche Aufgaben auf sich genommen hat. Dieses Verhältnis gibt die eigentliche verwaltungsrechtliche und finanzpolitische Rechtfertigung der Zuwendungen seitens des Staates und der höheren Selbstverwaltungskörper an die Gemeinden. Diese Zuwendungen können von zweierlei Art sein.

1. Kann die Zuwendung für beliebige Verwendung an die Gemeinde gegeben werden. „Allgemeine Zuwendungen“ oder auch „Dotationen“.

2. Kann die Zuwendung für einen ganz bestimmten Zweck gegeben werden. „Besondere Zuwendungen“ oder „Subventionen“.

Anstatt die Zuwendungen seitens des Staates an die Stadt Berlin in diesen zwei Kategorien getrennt zu behandeln, scheint es uns zweckmäßiger, sie in ihrer geschichtlichen Entwicklung darzulegen, um sie dann später erst zu klassifizieren. Während der von uns schon geschilderten Periode, in welcher die Stadt Berlin keine eigentliche Stadtverwaltung bildete, sondern ganz und gar von der Königsgewalt abhängig war, kann kaum von Zuwendungen in dem hier in Betracht kommenden Sinne gesprochen werden. Erst nachdem eine strengere Teilung der Aufgaben in solche des Staates und

der Selbstverwaltungskörper durchgeführt worden war, konnte sich eine konsequente und finanzpolitisch gerechtfertigte, gegenseitige Unterstützung zwischen Staat und Gemeinde entwickeln. Wie und inwiefern die Gemeinden den Staat in seinen eignen Verwaltungsangelegenheiten unterstützen, haben wir schon geschildert. Diese Hilfe ist eine rein administrative. Dagegen ist die Unterstützung seitens des Staates nicht nur eine administrative, sondern auch eine finanzielle. Das ist ein natürliches Ergebnis der alleinigen Souveränität des Staates und der Eingliederung der Gemeinde in den Staatsorganismus.

In der modernen Entwicklung der Stadt Berlin kam es zur ersten Auseinandersetzung über diese Verhältnisse in der Frage der Erhaltung der Pflasterung der öffentlichen Straßen und Wege der Stadt. Lange vorhergehende Streitigkeiten führten zu der Kabinetts-Ordre vom 31. Dezember 1838, nach welcher die Unterhaltung derjenigen Straßen, die vor dem 1. Januar 1838 angelegt worden waren, an den Fiskus überwiesen wurden, während die Kosten der Anlegung und Unterhaltung der von diesem Zeitpunkt an in Angriff genommenen Straßen von der Stadtgemeinde getragen werden sollten.¹⁾

Dieser Zustand erlitt eine völlige Umwandlung durch den Vertrag vom 11/31. Dezember 1875, welcher zwischen der Stadtgemeinde Berlin einerseits und dem Staatsfiskus anderseits abgeschlossen wurde.

Durch diesen Vertrag gelangte die Stadt in den Besitz sämtlicher Straßen und Plätze²⁾ und Brücken. Dafür übernahm die Stadtgemeinde Bau und Unterhaltung sämtlicher Straßen, Plätze und Brücken, jedoch nicht ohne eine Gegenleistung seitens des Staates. Letzterer verpflichtete sich nämlich, vom 1. Januar 1876 ab, eine jährliche Rente von 556 431 Mk. 22 Pfennig an die Stadtkasse zu bezahlen; hielt sich aber das Recht vor, „jederzeit nach dreimonatlicher Kündigung durch Zahlung des zwanzigfachen Betrages

¹⁾ Der Stadt stand das Recht zu, die Adjazenten zur Bestreitung dieser Kosten heranzuziehen.

²⁾ Einige Ausnahmen hiervon sind im Vertrag festgestellt und zwar:

1. der Lustgarten,
2. der Opernplatz,
3. der Königsplatz,
4. die beiden Rasenplätze an den beiden Seiten der Alsenstrasse,
5. sämtliche bisher auf Staatskosten unterhaltenen öffentlichen Denkmäler und Kunstwerke,
6. die sonstigen Depotplätze und Grundstücke des Fiskus.

ganz oder teilweise abzulösen“. Von diesem Rechte machte der Staatsfiskus im Jahre 1882 Gebrauch, so daß diese Subvention von 556431 Mk. 22 Pfennig seit dem 1. Juli 1882 nicht mehr bezahlt wird. Dem Vertrag gemäß zahlte der Staatsfiskus an die Stadt einen Betrag von 11 128 624 Mk. 40 Pfennig.

Ehe wir zu den wichtigsten Gesetzen, diese Materie betreffend, kommen, welche sämtlich in die ganz neueste Zeit fallen, möchten wir einige ältere und weniger bedeutende Zuwendungen erledigen. Für die Armenverwaltung der Stadt Berlin hatte der Staatsfiskus seit dem Jahre 1819 einen jährlichen Zuschufs von 225 000 Mark gewährt, welcher später vermindert, endlich durch die schon vorhin erwähnte Kabinetts-Ordre von 1838 auf 165 000 Mark festgestellt wurde. Im Jahre 1873 hat sich der Fiskus dieser Jahresrente sowohl, als des sogenannten königlichen Neujahrgeldes (12 000 Mark) entledigt durch die Bezahlung eines Kapitals von 2 004 180 Mark an die Stadtgemeinde.

Die Kabinetts-Ordre vom 31. Dezember 1838, welche den städtischen Anteil an dem Unterhalt des Straßenspflasters zuerst systematisch geregelt hat, bestimmte gleichzeitig den Zuschufs seitens des Staatsfiskus für das Nachwach- und Feuerlöschwesen, welcher bis auf den heutigen Tag dieselbe Höhe behalten hat. Dieser Zuschufs, welcher bei der Nachwachtkasse des Polizei-Präsidiums vereinnahmt wird, beträgt 99 000 Mark.

Wir kommen jetzt zu dem hochwichtigen „Dotations-Gesetz“ vom 30. April 1873, mit welchem das ausführende Gesetz vom 8. Juli 1875 eng verbunden ist. Nach diesen Gesetzen wurden aus den Einnahmen des Staatshaushalts vom 1. Januar 1873 ab zur Verfügung gestellt:

1. Zur Ausstattung der Provinzialverbände für Preußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien, Sachsen, Schleswig-Holstein, Westfalen und die Rheinprovinz, sowie des Stadtkreises Frankfurt a. M., der Hohenzollernschen Lande und des Jadegebietes, als Fond zur Selbstverwaltung, die Summe von jährlich 2 000 000 Thalern (6 000 000 Mark), und

2. zur sofortigen und unmittelbaren Gewährung von Fonds für die Durchführung der Kreisordnung, insbesondere zur Bestreitung der Kosten des Kreisausschusses und der Amtsverwaltung in den Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien und Sachsen, sowie zur Ausstattung der übrigen Provinzen und Landesteile mit gleichartigen Fonds, für die Durchführung der zu erlassenden ähn-

lichen Gesetze die Summe von jährlich 1 000 000 Thalern (3 000 000 Mark). Den Maßstab der Verteilung bildete einerseits der Flächeninhalt, anderseits die festgestellte Zahl der Zivilbevölkerung.

Das Gesetz vom 8. Juli 1875, welches den Titel führt: „Gesetz, betreffend die Ausführung der §§ 5 und 6 des Gesetzes vom 30. April 1873 wegen der Dotation der Provinzial- und „Kreisverbände“, ¹⁾ fügte zu den 9 000 000 Mark, welche in dem Gesetz vom 30. April 1873 festgestellt waren, noch 7 440 000 Mark hinzu, so daß 13 440 000 Mark jährlich behufs Verteilung zur Verfügung stehen.

Das Gesetz bestimmt ferner, daß die Provinzialverbände ²⁾ die Verwaltung und Unterhaltung der Staatschausseen übernehmen sollen. Hierfür wurde unter den Kommunalverbänden eine jährliche Jahresrente von 19 000 000 Mark verteilt. Die finanziellen Vorteile, welche der Stadt Berlin aus diesen Gesetzen zu gute kamen, bezw. noch kommen, sind wie folgt:

1. An Kapital, aus den infolge des Gesetzes vom 30. April 1873 angesammelten Fonds, die an die Stelle der durch das Gesetz in Aussicht gestellten aber nie angewiesenen Rente getreten ist, die Summe von 368 485,75 Mark in Effekten und 3 623,81 Mark in barem Gelde.

2. Aus den Dotationsgeldern erhält die Stadt Berlin eine jährliche Rente von 289 155 Mark.

3. Dem § 18 des Gesetzes vom 8. Juli 1875 gemäß erhält die Stadt für den Unterhalt und die Verwaltung der im Stadtkreis sich befindenden Staatschausseen eine jährliche Rente, die sich auf 235 315 Mark beläuft. ³⁾

„Lex Huene“.

Das für das Gemeindebudget bei weitem wichtigste Gesetz der staatlichen Zuwendungen betreffend, ist das sogenannte „Lex Huene“, welches folgenden Titel führt: „Gesetz betreffend Über-

¹⁾ Inzwischen war die Stadt Berlin aus dem Provinzialverband Brandenburg ausgetreten und bildete einen besonderen Stadtkreis für sich.

²⁾ Diese sind die Provinzialverbände Preußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien, Sachsen, Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen und die Rheinprovinz, die Kommunalverbände der Regierungsbezirke Kassel und Wiesbaden, die Stadtkreise Berlin und Frankfurt a. M. und die Landeskommunalverbände der hohenzollernschen Lande.

³⁾ Es ist hier zu bemerken, daß die Stadt Berlin eine weitere Jahresrente von 3900 Mark von der Provinz Brandenburg erhält, für die Übernahme der Unterhaltung eines Teils der Frankfurter Chaussee.

weisung von Beträgen, welche aus den landwirtschaftlichen Zöllen eingehen, an die Kommunalverbände.“

Nach diesem Gesetz sollen die Erträge aus den oben genannten Zöllen (Getreide und Vieh) nach Abzug von 150 000 000 Mark an die Stadt- und Landkreise überwiesen werden. Da Berlin einen Kreis für sich bildet, werden die Erträge direkt der Stadtgemeinde zugewendet. Im allgemeinen aber bekommen die Kreise je einen Anteil. Die Verteilung unter den einzelnen Gemeinden erfolgt dann durch den Kreisausschuß, zu $\frac{2}{3}$ nach der aufgebrachten Grund- und Gebäudesteuer und zu $\frac{1}{3}$ nach der Einwohnerzahl berechnet. Die Verwendungszwecke dieser Summen waren durch das Gesetz nur allgemein geregelt. Es wurde bestimmt, daß die überwiesenen Summen zur Erfüllung solcher Aufgaben zu verwenden seien „für welche seitens der Land- und Stadtkreise die Mittel durch Zuschläge zu den direkten Staatssteuern oder durch direkte Gemeindesteuern aufgebracht werden“. Wie bedeutend die Einnahmen aus dieser Quelle für den Gemeindehaushalt der Stadt Berlin sind, ist aus folgender Tabelle ersichtlich:

Jahr:	Einnahmen:
1885/86	284 322 Mark
1886/87	438 997 „
1887/88	974 860 „
1889/90	974 860 „
1890/91	2 101 596 „
1891/92	2 802 590 „

Das letzte Gesetz, welches unter dem Titel „Zuwendungen“ in Betracht kommt, ist das oft genannte Gesetz vom 14. Juni 1888, betreffend die Erleichterung der Volksschullasten. Nach § 1 dieses Gesetzes ist:

„Zur Erleichterung der nach öffentlichem Rechte zur Unterhaltung der Volksschulen Verpflichteten aus der Staatskasse ein jährlicher Beitrag zu dem Dienst Einkommen der Lehrer und Lehrerinnen an diesen Schulen zu leisten.“

Die Höhe dieses Beitrags wurde so berechnet, daß für die Stelle

1. eines alleinstehenden, sowie eines ersten ordentlichen Lehrers 400 Mark,
2. eines anderen ordentlichen Lehrers 200 Mk. und einer ordentlichen Lehrerin 150 Mk.,
3. eines Hilfslehrers und einer Hilfslehrerin 100 Mk. bezahlt werden.

Ein Gesetz vom 31. März 1889 hat diese Staatszuschüsse auf 500 bzw. 300 und 150 Mark erhöht.

Die Beiträge der Staatskasse zu dem Staatshaushalt von Berlin, auf Grund dieses Gesetzes, stellen sich in den Jahren

1. Okt. 1888 bis 1. April 1889 auf 286,950 Mk.

1889/90	789,450	„
1890/91	809,950	„
1891/92	831,375	„

Wir haben hiermit die Zuwendungen, die dem Gemeindehaushalt von Berlin seitens des Staates zu gute kommen, erschöpft. Wenn wir sie unseren Definitionen gemäß klassifizieren sollten, so würden sie beinahe ohne Ausnahme unter einen ausgedehnten Begriff der Subventionen fallen. Keinem der betreffenden Gesetze fehlen Bestimmungen über die Verwendungszwecke der überwiesenen Summen. Es ist wahr, daß die zwei wichtigsten Gesetze, nämlich das Dotationsgesetz vom 30. April 1873 und die „Lex Huene“ den Gemeinden im Gebiete der Verwendungszwecke einen ziemlich weiten Spielraum lassen. Immerhin aber ist letzterer bestimmt und begrenzt. Was die finanzpolitische und technische Rechtfertigung des Zuwendungsprinzips anlangt, so haben wir in der Einleitung zu dieser Materie schon Gelegenheit gehabt, unseren Standpunkt kurz zu präzisieren. Hier ist nur noch hinzuzufügen, daß, obwohl in dem Ausgleichungsprinzip, welches den Zuwendungen zu Grunde liegt, ein sehr richtiger Kern steckt, die Verteilungsmethode eine fast immer so rohe ist, daß dieses Prinzip in nur sehr unzureichendem Maße verwirklicht werden kann.

Zuwendungen an den Stadthaushalt von Paris.

Drei Einnahmearten kommen hier in Betracht:

1. Die Stadt Paris bekommt gewisse gerichtlich sowohl als polizeilich zuerkannte Geldstrafen zugewiesen, deren Höhe im Jahre 1891 war: 146,080 Mk.

2. Die Stadt erhält einen Anteil aus den Einnahmen für Jagdscheine in einer Höhe im Jahre 1891 von 48,800 Mk.

3. Als die weitaus wichtigste Einnahmequelle dieser Art ist der Beitrag seitens des Staates für die Unterhaltung und Reinigung der Straßen von Paris, der im Jahre 1891 sich auf 2,400,000 Mk. belief.

Hierzu kommt noch, daß das Departement der Seine für dieselben Zwecke einen Beitrag von 320 000 M. zu bezahlen hat.

Summa: 2 914 880 M.

Will man diese Einnahmen mit den gleichen der Stadt Berlin vergleichen, so muß man die vom preussischen Staate an die Gemeinde Berlin bezahlte Summe für die Übernahme des Unterhalts der Straßen und Brücken seitens der Stadtgemeinde in eine Jahresrente umwandeln. Diese Kapitalsumme war 11 128 624 M. 40 Pfg., da aber vordem an ihrer Stelle eine Jahresrente von 556 431 M. 22 Pfg. bestand, so können wir, um eine gemeinsame Basis für die beiden Städte zu haben, diese Jahresrente als noch bestehend annehmen. Wir kommen dann zu folgendem Ergebnisse.

Einnahmen aus Zuwendungen in

Berlin	4 818 048 M.
Paris	2 914 880 „

Kapitel VIII.

Einnahmen

aus erteilten Konzessionen und verschiedenen kleinere Einnahmen.

Mit der Frage der Zuwendungen seitens des Staates hängt die Stellung der Sicherheitspolizei eng zusammen. Wir ziehen es aber vor, diesen Gegenstand in einem besonderen Abschnitt zu behandeln, um jetzt die Einnahmen ins Auge zu fassen, die aus den von der Stadt an Privatgesellschaften erteilten Konzessionen, herrühren. Gerade wie die Zuwendungen vielfach Renten von öffentlich-rechtlichen Körpern sind, sind diese Einnahmen Renten von privatrechtlichen. In einem andern Zusammenhang haben wir schon Gelegenheit gehabt, manche dieser Einnahmen zu erwähnen. Besonders für Paris war dies der Fall, wo verschiedene öffentliche Aufgaben in den Händen von Privatgesellschaften sind (Gas-, Wasserwerke, Vieh- und Schlachthof, gewisse Markthallen). Da wir diese Einnahmen schon an den betreffenden Stellen betrachtet haben, werden wir es vermeiden, sie hier zu wiederholen.

Die wichtigste Einnahme dieser Art der Stadtgemeinde Berlin fließt aus dem Verhältnis zwischen der Gemeinde und den verschiedenen Pferdebahngesellschaften.

Die Pferdebahngesellschaft.

Der Anfang dieser Entwicklung findet sich in den Bestrebungen der Gemeinde-Verwaltung, der Wohnungsnot, welche anfangs der 70er Jahre eingetreten war, durch ein System von Pferdeeisenbahnen

abzuhelfen. Im Jahre 1871 wurde ein diesbezüglicher Vertrag mit der „Großen Berliner Pferdeeisenbahngesellschaft“ abgeschlossen. Der Bau ging aber sehr langsam vorwärts, so daß Ende 1876 erst 71,8 Kilometer in Betrieb waren, abgesehen von der im Jahre 1872 von einer anderen Gesellschaft¹⁾ erbauten Linie Berlin-Charlottenburg.²⁾ Diese Linie eingerechnet war die Länge der in Betrieb befindlichen Pferdebahnlinien 102 855 m. Im Jahre 1877 trat eine dritte Gesellschaft zu den zwei obengenannten, nämlich die „Neue Pferdeeisenbahngesellschaft“, welche im Osten der Stadt³⁾ eine Linie baute.

Im Jahre 1880 waren im ganzen 172 470 m Pferdebahnlinien in Betrieb, welche Zahl am Schlufs des Jahres 1888 auf 285 648 m gestiegen war.

Von einem finanziellen Vorteil der Stadtkasse aus diesen quasi öffentlichen Werken konnte kaum die Rede sein, bevor die Stadtgemeinde in vollem Besitz ihrer eignen Straßenzüge war. Wir haben schon Gelegenheit gehabt, zu schildern, wie dieses erwünschte Ziel zu Stande gekommen ist. Dieses Ereignis sowohl als die Erkenntnis seitens der Stadtbehörde, wie bedeutend die finanziellen Vorteile seien, welche den Privat-Pferdebahngesellschaften aus den ihnen erteilten Konzessionen erwüchsen, führten zunächst zu dem Vertrag mit der „Großen Berliner Pferdeeisenbahn-Aktiengesellschaft“⁴⁾ vom 18. August 1880. Die wichtigsten Bestimmungen dieses Vertrags sind:

1. die Konzession für die bereits gebauten Linien sowohl, als für die neu anzulegenden, insofern sie bis zum 1. Januar 1885 betriebsfähig sind, wird bis zum 31. Dezember 1909 verlängert.

2. Als Entgelt für die Benutzung der Strafsen, Plätze und Chausseen ist die Gesellschaft verpflichtet, vom 1. Januar 1880 ab an die Stadtkasse einen gewissen Prozentsatz ihrer Brutto-Einnahmen zu zahlen und zwar wie folgend:

¹⁾ Diese Gesellschaft hiefs „Berliner Pferdebahngesellschaft Kommanditgesellschaft auf Aktien J. Lestmann & Co.“.

²⁾ In der ersten Zeit hatte die Stadt gar nichts mit dieser Linie zu thun, da das Wegeterrain, welches diese Bahn innerhalb des Stadtgebietes berührte, noch unter der ausschließlichen Herrschaft der staatlichen Behörden stand.

³⁾ Vom Alexanderplatz nach Friedrichsberg.

⁴⁾ Diese Gesellschaft betreibt weitaus den größten Teil der Berliner Pferdebahnlinien.

Bei einer jährlichen Bruttoeinnahme bis zu 6 Millionen Mark				4 ‰
„	„	„	„	von 6—7 „ „ 4½ ‰
„	„	„	„	„ 7—8 „ „ 5 ‰
„	„	„	„	„ 8—9 „ „ 5½ ‰
„	„	„	„	„ 9—10 „ „ 6 ‰
„	„	„	„	„ 10—11 „ „ 6½ ‰
„	„	„	„	„ 11—12 „ „ 7 ‰
„	„	„	„	„ 12—13 „ „ 7¼ ‰
„	„	„	„	„ 13—14 „ „ 7½ ‰
„	„	„	„	„ 14—15 „ „ 7¾ ‰
„	„	„	„	„ 15—16 „ „ 8 ‰
				und darüber 8 ‰

Ähnliche Verträge wurden mit den zwei anderen Gesellschaften abgeschlossen und zwar:

1. wurde mit der Berlin-Charlottenburger Gesellschaft eine feste Abgabe von 4 ‰ der Bruttoeinnahmen derjenigen Linien, welche das Weichbild der Stadt berühren, festgestellt;

2. wurde mit der „Neuen Pferdebahngesellschaft“ die zu zahlende Abgabe auf 4 ‰ der Bruttoeinnahme festgestellt, solange diese Einnahmen eine Million Mark nicht übersteigen. Sobald dies geschieht, behält sich die Stadtgemeinde das Recht vor, diesen Prozentsatz zu erhöhen.

Dieser Zustand blieb bis zum Jahre 1884, in welchem die Stadtbehörde das Pferdebahnnetz ganz erheblich zu erweitern beschloß. Eine Konkurrenz für die zu bauenden Pferdebahnlinien gelangte zum Ausschreiben, und, obwohl etwa 20 Bewerber sich meldeten, wurde die Konzession der „Großen Berliner Pferdeisenbahngesellschaft“ gegeben, und mit ihr ein Vertrag am 17. November 1884 abgeschlossen. Die Konzessionsdauer sämtlicher Linien der Gesellschaft wurde bis zum 31. Dezember 1911 verlängert. Da die neu anzulegenden Linien, welche in dem Vertrag festgestellt worden waren, umfangreiche Straßenverbreiterungen notwendig machten, wurde die Gesellschaft verpflichtet, eine Pauschalsumme für jede einzelne Linie zu zahlen, welche sich zusammen auf 1 000 000 Mark bezifferte. Mit den zwei anderen Gesellschaften wurden ebenfalls Nachtragsverträge für neu angelegte Linien abgeschlossen. Die von allen Gesellschaften an die Stadtgemeinde zu entrichtenden Abgaben haben sich in ihren Summen folgendermaßen entwickelt:

Jahr	Grosse Berliner Pferde- bahngesell- schaft <i>M</i>	Neue Berliner Pferdebahn- gesellschaft <i>M</i>	Berlin-Char- lottenburger Pferdebahn- gesellschaft <i>M</i>	Summa <i>M</i>
1880/81	234 982	—	—	234 982
1881/82	298 856	16 749	17 115	332 820
1882/83	359 986	18 884	20 396	399 256
1883/84	389 100	23 000	18 969	431 069
1884/85	479 104	28 671	19 356	527 131
1885/86	563 506	31 155	9 678	604 339
1886/87	674 633	35 072	12 957	722 662
1887/88	791 225	42 020	11 968	845 213
1888/89	829 480	49 224	14 847	893 541
1889/90	985 645	62 553	12 830	1 061 028
1890/91	1 046 537	65 000	6 200	1 117 737
1891/92	1 108 168	64 932	15 359	1 188 459

Die Anschlagssäulen.

Eine andere Einkommenquelle dieser Art sind die Anschlagssäulen. Schon im Jahre 1854 wurde zwischen dem Königl. Generalpolizei-Direktor von Hinkeldey und dem Buchdruckereibesitzer Litfafs ein Vertrag abgeschlossen, welcher letzterem für eine Periode von 15 Jahren das ausschließliche Recht gewährte, auf öffentlichen Strafsen und Plätzen Säulen für den Anschlag von Anzeigzetteln zu errichten. Im Jahre 1868 wurde dieser Vertrag bis zum 1. Juli 1880 verlängert. Wir können hier nicht auf den Streit eingehen, welcher zwischen Magistrat und Polizeipräsidium über die Zuständigkeit des letzteren für die Erteilung der Konzession entstand. Es herrschte längere Zeit ein scharfer Gegensatz zwischen beiden Behörden, welcher nur beseitigt werden konnte durch eine definitive und systematische Regelung der Rechte, die der Stadt bezüglich ihrer Strafsenzüge zustanden. Wie schon früher angeführt, geschah dies durch den Vertrag zwischen Stadt und Fiskus im Jahre 1875 (31. Dezember). Als diese Konzession im Jahre 1880 auslief, wurde am 26. Januar desselben Jahres eine Polizeiverordnung im Einverständnis mit dem Magistrat erlassen, welche die ganze Materie des Anschlagssäulenwesens regelte. Eine der wichtigsten Bestimmungen dieser Verordnung ist, daß keine Anschlagssäule ohne gleichzeitige Genehmigung des Polizeipräsidioms, des Magistrats und der städti-

schen Strafsenbaupolizei errichtet werden kann. Auf Grund dieser Verordnung wurde dann ein öffentliches Submissionsverfahren für die Neuvergebung eingeleitet. Das Resultat war, daß die Konzession an die Unternehmer Nauck und Hartmann gegeben wurde für einen Zeitraum von 10 Jahren und gegen eine jährliche Pachtsumme von 50 000 Mark. Die Bedingungen waren außerdem:

1. daß die Säulen eine runde Gestalt erhielten,
2. als Material 3 mm starkes Eisenblech,
3. mindestens 100 Säulen so eingerichtet wurden, daß sie sich zur Aufnahme von Strafsenreinigungsgeräten eigneten,
4. von Verkaufsvorrichtungen für Zeitungen Abstand genommen werde,

5. die Zahl der zu errichtenden Säulen mindestens 300 betrage.

Die Zahl wurde im Laufe der 80er Jahre auf 400 erhöht.¹⁾ Der Tarif für die Anschläge wird vom Magistrat festgestellt. Für die Anschläge öffentlicher Behörden muß, auf Anforderung, der Raum unentgeltlich überlassen werden. Die jährliche Pachtsumme von 50 000 Mark ist unverändert geblieben bis zum Ablauf der Konzession am 1. Juli 1890. Am 1. April 1891 wurde ein neuer Vertrag mit derselben Firma abgeschlossen, wodurch die der Gemeinde zu gute kommende Pachtsumme von 50 000 auf 255 000 Mark erhöht worden ist.

Die „Berliner Elektrizitätswerke“.

Der erste Vertrag zwischen Magistrat und der Elektrizitätsgesellschaft wurde am 19. Februar 1884 abgeschlossen. An seine Stelle ist aber der Vertrag vom 25. August 1888 getreten. Diesem Vertrag gemäß wird der Gesellschaft das Recht²⁾ gegeben, die Strafsen zur Anlegung von Elektrizitätsbeleuchtung zu benutzen. Nur für einen bestimmten Teil der Stadt wurde dieses Recht gegeben. Als Gegenleistung hat die Gesellschaft

1. eine jährliche Abgabe von 10 % der Bruttoeinnahmen an die Stadtkasse zu entrichten;
2. für die Jahre, in welchen der Reinertrag des Unternehmens 6 % des darin angelegten Kapitals übersteigt, noch 25 % von dem 6 % des vorerwähnten Kapitals übersteigenden Ertrage an die Stadt-

¹⁾ In den 90er Jahren fand eine bedeutende Vermehrung statt.

²⁾ Obwohl nicht ausschließliches Recht.

gemeinde zu bezahlen. Der Tarif sowohl für die öffentliche, als privatelektrische Beleuchtung wurde im Vertrag festgestellt.¹⁾

Seit diesem Vertrag hat die Stadt von der Gesellschaft erhalten

1890/91 254 259 M.

1891/92 180 000 „

Diese sind die dauernden Renten, welche die Stadt Berlin aus den von ihr erteilten Konzessionen bezieht. Außerdem wäre noch die jährliche Rente hinzuzufügen, die von der „Imperial-Continental-Gas-Association“ bezahlt wird für die Erlaubnis zur Legung von Verbindungsröhren. Diese Abgabe betrug im Jahre 1891/92 550 687 Mark. Wir haben es aber vorgezogen, um eine gemeinsame Vergleichungsbasis für Paris zu haben, diese Renten zu den gesamten Gewinnüberschüssen, welche die Stadt aus dem gesamten Beleuchtungswesen bezieht, zu rechnen.²⁾ Die gesamten Einnahmen aus erteilten Konzessionen sind hiernach für das Jahr 1891/92:

Pferdebahnen 1 217 623 M.

Anschlagsäulen 255 000 „

Elektrizitätsgesellschaft 180 000 „

Summa: 1 652 623 M.

Das Verhältnis der Stadt Paris zu den Gesellschaften des öffentlichen Verkehrswesens.

Auf diesem Gebiet weist die Stadt Paris eine sehr interessante und höchst lehrreiche Entwicklung auf. Dieselbe kann von uns hier nur skizziert werden.³⁾ Wir haben drei Arten von Verkehrsmitteln zu unterscheiden, aus welchen insgesamt die Stadtkasse sehr erhebliche Summen vereinnahmt. Diese sind:

1. die Omnibuslinien,
2. die Pferdebahnen,
3. die Droschken.

¹⁾ Glühlampen, 10 kerzige, pro Stunde 2,5 Pfg.

16 „ „ „ 4,0 „

32 „ „ „ 8,0 „

50 „ „ „ 12,5 „

100 „ „ „ 25,0 „

Bogenlampen. Jährliche Grundtaxe von 40 M. und außerdem für die verbrauchte Strommenge 4 Pfg. pro Stromeinheit.

²⁾ Siehe unter „Einnahmen aus den städtischen Gaswerken“.

³⁾ Der Verfasser gedenkt über dieses Thema eine besondere Abhandlung zu veröffentlichen.

Die Omnibuslinien.

Schon sehr früh entwickelte sich das öffentliche Transportwesen der Stadt Paris. Die erste Omnibuslinie wurde am 18. März 1662 eröffnet. Die konkurrierenden Gesellschaften vermehrten sich ziemlich rasch, so daß im Jahre 1854 ihre Zahl sich auf 15 belief. Die Mißstände, die hieraus erwuchsen, wurden aber bald unerträglich, die städtischen Behörden sahen ein, daß unter diesem System der nahezu freien Konkurrenz es unmöglich sein würde, alle Teile der Stadt mit einem einheitlichen und systematischen Omnibus- und Pferdebahnnetz zu versehen. Es war nun natürlich, daß sie auf den Gedanken kamen, diese 15 Omnibusgesellschaften zur Konsolidation zu veranlassen, welches auch im Jahre 1854 geschah. Mit der neuen Gesellschaft, welche den Namen „Compagnie Générale des Omnibus de Paris“ annahm, wurde gleichzeitig ein Vertrag auf 30 Jahre geschlossen. Dieser Vertrag erlitt wesentliche Änderungen durch den vom 18. Juni 1860. Letzterer verlängerte die Konzession bis zum 31. Mai 1910. Nach ihm ist die Gesellschaft verpflichtet, eine jährliche Abgabe von 800 000 Mark an die Stadtkasse zu entrichten, solange die Zahl der Omnibusse 500 nicht übersteigt. Erhöht sich ihre Zahl, so muß für jeden einzelnen Omnibus eine jährliche Abgabe von 1600 Mark entrichtet werden.¹⁾ Außerdem ist die Omnibusgesellschaft verpflichtet:

1. Im Fall die Dividende 8 % der kapitalisierten Aktien übersteigt, den Mehrertrag mit der Stadt gleichmäÙig zu teilen.
2. Wenn Schnee gefallen ist, sind 50 Wagen mit Pferden und Kutschern der städtischen Straßenreinigungsverwaltung zur Verfügung zu stellen.
3. Die Ställe und Wagen der Gesellschaft innerhalb des Weichbildes der Stadt anzulegen, wodurch die Gesellschaft zum Oktroi herangezogen wird.

Im Jahre 1891 hatte die Gesellschaft 612 regelmäÙig beschäftigte Omnibusse, welche zusammen mit einigen in besonderen Fällen

¹⁾ Dem Vertrag gemäß war diese Abgabe folgendermaßen festgestellt. Für jeden über die Zahl 500 hinausgehenden Omnibus war zu zahlen vom 1. Januar 1861 bis 31. Dezember 1870 eine jährliche Abgabe von 800 Mark. Vom 1. Januar 1871 bis 31. Dezember 1885 eine solche von 1200 Mark, vom 1. Januar 1886 bis zum Ablauf des Vertrages 31. Mai 1890 eine solche von 1600 Mark.

fahrenden, ¹⁾ eine Gesamtabgabe an die Stadtkasse von 990 160 M. zu entrichten hatten.

Es gehören noch zu dem Omnibusverkehr

1. diejenigen Wagen, die zwischen den Bahnhöfen fahren. Diese bezahlen jährlich eine Abgabe von 800 Mark (für 6 Monate 400 Mark). Die Einkünfte der Stadt hiervon waren im Jahre 1891 13 200 „

2. die sogenannten „Omnibus de la voie ferrée“, welche von der „Compagnie Générale des Omnibus“ betrieben werden. Die Abgabe ist die der gewöhnlichen Omnibusse, d. h. 1600 Mark jährlich.

Einnahme der Stadtkasse daraus im Jahre 1891 68 953 „

3. Aus einigen für besondere Angelegenheiten von Privaten vermieteten Omnibusse 2 062 „

Summa der von dem Omnibusverkehr zu entrichtenden Abgaben der „Compagnie Générale“ und einigen kleinen Unternehmern 1 074 375 M.

Die „Tramways“ oder Pferdebahnen.

Ein Anfang in dieser Richtung wurde im Jahre 1854 gemacht, als der oben genannte „Omnibus de la voie ferrée“ in Betrieb gesetzt wurde. Die Vermehrung dieser Verkehrsmittel ging aber sehr langsam vor sich, bis zum Jahre 1873, dann wurden die Stimmen für schnellere Beförderung immer lauter und lauter. In den Jahren 1873, 1875 und 1877 wurden drei verschiedene Pferdeeisenbahngesellschaften konzessioniert und zwar zwei von dem Departement der Seine und eine von der Stadt Paris. Letztere war die „Compagnie Générale des Omnibus“, die dadurch auch das Recht erhielt, Pferdebahnlinien zu bauen. Die Abgaben von den drei Gesellschaften an die Stadtgemeinde sind folgendermaßen geregelt:

1. Die „Compagnie Générale des Omnibus“ welche 15 solcher Pferdebahnlinien besitzt, muß im allgemeinen dieselbe Abgabe entrichten wie für die Omnibusse, d. h. 1600 Mark jährlich für den Wagen. Einige Wagen bezahlen jedoch nur 1200 bzw. 600 Mark. Im Jahre 1891 hatte sie insgesamt dafür zu entrichten 379 455 M.

2. Die „Compagnie du Réseau Nord“ hat

¹⁾ Bezüglich des sogenannten „service irrégulier“ muß 5 Fr. 48 Cent. täglich für jeden Omnibus bezahlt werden.

600 Mark jährlich pro Wagen zu entrichten und für den „Service irrégulier“ 1 M. 60 Pfg. pro Tag und Wagen. Im Jahre 1891 hatte diese Gesellschaft zu entrichten 41 222 M.

3. Die „Compagnie du Réseau Sud“ hat eine jährliche Abgabe von 1200 Mark pro Wagen zu entrichten und ca. 3 M. 25 Pfg. pro Tag und Wagen für den Service irrégulier. Im Jahre 1891 war der zu entrichtende Betrag 110 935 „

4. Hierzu kommt noch 54 160 die von den drei Gesellschaften zu entrichtende Miete für Wartesäle 54 160 „
Summa: 585 772 M.

Der Droschken-Verkehr.

Die Stellung der Droschken-Unternehmer zur Stadt Paris hat sich im Laufe dieses Jahrhunderts mehrere Male geändert. Im Jahre 1790 wurde die freie Konkurrenz auf diesem Gebiete proklamiert. Man machte aber bald dieselben Erfahrungen wie später mit dem Omnibusverkehr, d. h. die völlig freie Konkurrenz war auf die Dauer unhaltbar. Im Jahre 1855 wurde derselbe Weg wie bei der „Compagnie Générale des Omnibus“ eingeschlagen, d. h. es wurde eine große Aktiengesellschaft gebildet, die den ganzen Droschkenbetrieb übernahm. Ein rechtliches Monopol erhielt diese Gesellschaft erst im Jahre 1863 und zwar für einen Zeitraum von 50 Jahren. Die Gesellschaft wurde verpflichtet, 80 Pfg. (1 Fr.) täglich für jeden Fiaker zu bezahlen und die Gewinne über 8% mit der Stadt zu teilen. Bei diesen Bedingungen waren die Gewinne der Gesellschaft nicht sehr hoch. Konflikte entstanden, welche dazu führten, daß die Regierung die Freiheit der Konkurrenz wieder herstellte, natürlich innerhalb der, durch Gesetz festgestellten Bedingung. Obwohl die Gesellschaft immer noch ein mehr oder weniger thatsächliches Monopol besaß, verlangte sie von der Stadt eine Entschädigung für den Verlust der ihr durch Vertrag zugeschriebenen Rechte. Dies war im Jahre 1866. Eine Kommission wurde gebildet über diese Ansprüche zu entscheiden. Sie verurteilte die Stadt zur Zahlung einer jährlichen Rente von 288 000 Mark während der früher zugegebenen Dauer des Vertrages. Da dieser Vertrag erst am 1. Januar 1913 abläuft, so hat die Stadt diese Rente von 1866 bis 1913, also für einen Zeitraum von 47 Jahren zu bezahlen. Die heutige Stellung

des Droschkenverkehrs ist, daß jedermann nach Erfüllung gewisser gesetzlicher Voraussetzungen, Droschken im öffentlichen Verkehr betreiben kann. Die jährliche Abgabe für jeden solchen Wagen ist 292 Mark (365 Fr.).

Die Gesamteinnahmen hiervon waren im Jahre 1891 2 768 000 M. oder unter Abzug der jährlichen Rente an die Droschken-

Aktiengesellschaft von	288 000 „
verbleibt eine Einnahme für die Stadt von	2 480 000 M.

Rekapitulieren wir die Einnahmen der Stadtgemeinde aus den öffentlichen Transportmitteln

1. Omnibus	1 074 375 M.
2. Pferdeeisenbahnen	585 772 „
3. Droschken	2 480 000 „

Summa: 4 140 147 M.,

welche mit den 1 217 623 „ verglichen, die Berlin aus derselben Quelle vereinnahmte, immerhin als eine ungeheure Summe erscheint. Jedoch sind diese 2 Summen aus verschiedenen Gründen kaum vergleichbar, hauptsächlich deshalb, weil die Stadt Berlin keine Einnahmen aus dem Droschkenverkehr erzielt. Vergleichen wir daher nur die Einnahmen der beiden Städte aus dem Omnibus- und Pferdebahnbetrieb, so ergibt sich folgendes Verhältnis.

Einnahmen der Stadt Paris im Jahre 1891	1 660 147 M.
Die Einnahmen der Stadt Berlin waren	1 217 623 „
Der Unterschied ist also nur	442 524 M.

Man muß sich aber immer bei einer solchen Vergleichung nicht nur die finanziellen Ergebnisse, sondern auch den thatsächlichen Zustand der betreffenden Betriebszweige vergegenwärtigen. Wenn man dies thut, dann tritt sogleich dieser finanzielle Unterschied ganz in den Hintergrund. Was Bequemlichkeit und Schnelligkeit des Verkehrs anbelangt, ist Berlin Paris weit überlegen. Es ist nur natürlich, daß in einer Stadt, wo die finanzielle Abgabe nach der Zahl der in Betrieb gesetzten Wagen berechnet wird, sich schwerlich ein befriedigender Verkehr entwickeln konnte. Bei dem Omnibusbetrieb erzeugt das System die Tendenz, zu schwere und große und daher nur langsam bewegliche Wagen zu bauen, da ferner jeder ersparte Wagen nachdem eine gewisse Anzahl überschritten ist, einen Gewinn für die Gesellschaft bedeutet, wird diese nicht für eine dem Verkehr entsprechende Vermehrung Sorge tragen. Der

Gegensatz, der zwischen dieser Gesellschaft ¹⁾ und der Pariser Stadtverordnetenversammlung besteht, hat, wie man sich leicht denken kann, auch nicht dazu beigetragen, für diese Unzulänglichkeiten Abhilfe zu schaffen. Es liegt daher gar kein Zweifel ob, daß die Handhabung dieses wichtigen Teiles städtischer Einrichtungen in Berlin eine viel zweckmäßigere und erfolgreichere ist, als in Paris. Dies schließt aber in keiner Weise aus, daß die Berliner Pferdebahngesellschaften, in noch höherem Maße als bisher herangezogen werden könnten. Selbst eine eventuelle Übernahme des gesamten öffentlichen Transportwesens seitens der Stadt, insoweit es jetzt in den Händen von Privatgesellschaften liegt, ist keineswegs dadurch ausgeschlossen. Beinahe zu derselben Zeit werden die Konzessionen der zwei großen Gesellschaften, d. h. der großen Berliner Pferdebahngesellschaft und der „Compagnie Générale des Omnibus“ ausgelaufen sein (1911 resp. 1910). Es wird sich dann darum handeln, ob die Ideen für den kommunalen Privatgewerbebetrieb weit genug vorgeschritten sind, um eine solche Übernahme zu ermöglichen.

Das öffentliche Anschlagwesen.

Zu diesem gehören:

1. die 212 Anschlagsäulen. Für jede derselben wird eine jährliche Abgabe von 56 Mark entrichtet. Die erste Konzession hierfür wurde im Jahre 1868 auf 30 Jahre erteilt. Im Jahre 1888 wurde sie auf 18 Jahre verlängert. Die Einnahmen hieraus waren im Jahre 1891 11 872 M.

2. Die 500 Urinoirs, welche auch mit Anschlägen versehen sind. Für jedes solche Urinoir bezahlt die konzessionierte Gesellschaft 32 M. 60 Pfg. jährlich (42 Fr.). Die Konzession wurde im Jahre 1876 auf 15 Jahre erteilt, die im Jahre 1890 bis zum 31. Dezember 1910 verlängert wurde. Dieselbe Gesellschaft hat 100 kleinere Urinoirs errichtet, für welche sie eine jährliche Abgabe von 16 M. 80 Pfg. bezahlt.

Die Einnahmen hiervon betrugen im Jahre 1891 18 480 M.

3. Eine andere Unternehmungsgesellschaft (Compagnie Velustre) hat zusammen mit 350 Zeitungskiosken 30 Urinoirs errichtet. Für diese Konzession (Kiosken und Urinoirs) wird eine jährliche Rente von 76 880 M. bezahlt.

¹⁾ d. h. die „Compagnie Générale des Omnibus“.

4. Für verschiedene andere Konzessionen dieser Art (Urinoirs mit Anschlägen, Buffets, Zeitungskiosken) zusammen eine jährliche Rente von 28 698 M.

Rechnet man die Einnahmen aus dem öffentlichen Anschlagwesen zu den eng damit verbundenen Einnahmen aus Konzessionen für öffentliche Bedürfnisanstalten, so ergibt sich eine Gesamteinnahme von 135 930 M.

Konzessionen an elektrische Gesellschaften.

Es sind in den letzten 3 Jahren vier solche Gesellschaften in Paris konzessioniert worden und zwar alle unter den gleichen Bedingungen.

1. Für jeden Kilometer gelegte Leitung muß 80 M. bezahlt werden.

2. 5 % der Bruttoeinnahmen müssen an die Stadtkasse entrichtet werden.

Diesen Bedingungen gemäß hat die Stadt Paris im Jahre 1891 folgende Summen erhalten:

	Kilometer à 80 Mark	fünf % der Brutto-Ein- nahme	Summa
	<i>M.</i>	<i>M.</i>	<i>M.</i>
Compagnie Continentale Edison	2000	56 000	58 000
Société Parisienne d'éclairage et de force par l'électricité	1600	24 800	26 400
M. Victor Papp	2400	24 000	26 400
Société d'éclairage électrique du secteur de la Place Clichy	1200	16 000	17 200
Summa	7200	120 800	128 000

Diesen Einnahmen von 128 000 Mark stehen 180 000 Mark gegenüber, welche die Stadt Berlin aus derselben Quelle bezieht. Man muß aber hierbei bedenken, daß die Stadt Paris für die Zentralmarkthalle selbst ein elektrisches Werk besitzt, aus welchem bedeutende Einnahmen erzielt werden.¹⁾

Einnahmen aus verschiedenen anderen Konzessionen.

Es kommen dem Stadthaushalt von Paris verschiedene andere Einnahmen zu gute, die vielfach mit den eigentümlichen Zuständen

¹⁾ Siehe unten unter „verschiedene Einnahmen“.

des gesellschaftlichen Lebens in Frankreich im allgemeinen und ganz besonders in Paris zusammenhängen. Hierunter sind die wichtigsten:

1. Die jährliche Rente von 112 000 Mark, welche von zwei Unternehmern für das Recht bezahlt werden, Stühle auf den Boulevards und öffentlichen Plätzen auszuleihen.

2. Für die Erteilung des Rechtes, Tische und Stühle vor den Cafféhäusern aufzustellen und für die Konzessionen, kleine Buden an den Hausmauern zu errichten, nimmt die Stadt etwa 732 800 Mark ein.

Fassen wir die gesamten Einnahmen aus oben erwähnten Konzessionen zusammen:

Droschken-, Omnibus- und Pferdebahnwesen	4 140 147 M.
Anschlagwesen	135 930 „
Elektrische Gesellschaften	128 000 „
Andere Konzessionen	844 800 „

Summa: 5 248 877 M.

Für Berlin waren, wie wir sahen, die Einnahmen aus denselben Quellen 1 652 623 Mark. In unseren Betrachtungen über das Pferdebahnwesen in Paris haben wir die Hauptursache dieses Unterschiedes schon hervorgehoben. Eine Frage, die hiermit in engem Zusammenhang steht, ist nämlich die, ob das Recht der Konzessionserteilung in den preussischen, wie auch in den französischen Städten weit genug ausgedehnt worden ist. Es könnte vielleicht angezeigt sein, besonders in Großstädten wie Berlin und Paris, die Erteilung von Konzessionen für Schank- und Gastwirtschaften jeder Art nur von einer hohen jährlichen Abgabe abhängig zu machen. Aus zwei Gesichtspunkten erscheint uns ein solches Vorgehen höchst erwünscht. Der erste ist mehr ethischer Natur. Es hat sich in den großen amerikanischen Städten herausgestellt, daß eine hohe Konzessionsabgabe erstens die Zahl der Schankwirtschaften vermindert und zweitens durch die Ausrottung der kleinen, schmutzigen und darum allergefährlichsten Lokale diesen Gewerbebezweig auf ein höheres moralisches Niveau gebracht hat, der zweite Gesichtspunkt ist mehr finanzpolitischer Natur. Eine solche Abgabe, die in einem gewissen Sinne eine Gewerbesteuer ist, würde nämlich der Stadtkasse ganz bedeutende Einnahmen einbringen. Die Erfahrungen auf diesem Gebiet in den amerikanischen Städten geben hierfür schlagende Beweise, obwohl man nicht ganz dieselbe Entwicklung in Europa erwarten dürfte. Nimmt man die Großstädte als Beispiele, so findet

man, daß diese Abgaben zwischen rund 2000 und 4000 Mark jährlich betragen. Dies ist das sogenannte „High-License“-System, welches eine immer weitere Ausdehnung findet.¹⁾ Wir wollen als Beispiel das Budget von Chicago im Jahre 1887 nehmen. Während die Gesamteinnahmen rot. 65 000 000 Mark waren, flossen in die Stadtkasse aus erteilten Konzessionen, von denen bei weitem der größte Teil aus Schankwirtschafts-Konzessionen besteht, rot. 9 000 000 Mark. Man könnte den Einwand erheben, daß in Berlin diese Gewerbe durch die Mietssteuer und dann durch die Staatsgewerbsteuer schon stark genug betroffen wird, obwohl diese Tatsache einen modifizierenden Einfluß auf die tatsächliche Gestaltung dieser Abgabe üben würde, bleibt die prinzipielle Berechtigung ihrer Erhebung für städtische Zwecke unangetastet. Ein einfacher Zuschlag zur Staatsgewerbsteuer, wie er in Paris besteht, entspricht nicht dem Prinzip der „High License“, die in den Vereinigten Staaten vielfach durchgeführt ist.

Einnahmen, die sich nicht unter die vorher erwähnte Kategorie einfügen lassen.

Wir möchten diesen Abschnitt schließen mit einer Aufzählung derjenigen Einnahmen, die sich nicht zweckmäßig haben einschalten lassen. Für Berlin haben wir schon die bedeutendsten dieser Kategorie angegeben. Es erübrigt uns hier nur noch, eine Nachlese der kleineren Posten zu geben.

1. Verschiedene Einnahmen in Feuerversicherungs-Angelegenheiten und bei Besitzveränderungen	45 000 M.
2. Herrenlose Erbschaften	6 000 „
3. Zinsen von Kapitalien und anderweit belegten Kassenbeständen	86 000 „
4. Gesellschaftsbedürfnisse und Prozeßkosten	106 424 „

Die hauptsächlichsten hier in Betracht kommenden Posten sind:

a) die Erträge aus dem Verkauf von Auszügen und Druckplänen der Stadt.

b) Erstattung der verschiedenen Verwaltungen für verabfolgte Schreibmaterialien aus dem Magistratsdepot.

¹⁾ Siehe hierüber Ely, „Taxation in American States and Cities“ New-York, Crowell & Co.

5. Bedürfnisanstalten und Bürgersteigbefestigungen	7 000 M.
6. Brücken- und Wasserbauten	2 500 „
7. Gemeindefriedhöfe	7 407 „
Summa	<u>260 331 M.</u>

Es treten noch hierzu zwei wichtige Einnahmearten, die wir wegen ihres eigentümlichen Charakters erst hier zu behandeln haben, nämlich die Einnahmen aus der Armenverwaltung und die aus den Kapital- und Schuldenverwaltungen.

Einnahmen aus der Armenverwaltung und öffentlichen Krankenpflege.

Obwohl diese Einnahmen wenigstens einige Teile in gewissen Beziehungen einen gebührenartigen Charakter aufweisen, haben wir es doch vorgezogen, sie an dieser Stelle zusammenfassend darzulegen. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, das Berliner Armensystem zu erörtern, eine solche würde weit über die Rahmen dieser Arbeit hinausgehen. Wir haben diesen Teil genauer unter den hierauf bezüglichen Ausgaben behandelt.

Was die Einnahmen anbelangt, so waren sie im Jahre 1891/92

1. aus den Berechtigungen: 24 400 M.

Hier kommen in Betracht

a) gewisse Strafgelder, die dem Armenwesen zu gute kommen, wie Hundesteuer und Ordnungsstrafen (2350 M.)

b) aus dem Verkauf verfallener Pfänder und für verfallene Zinskoupons (20 000 M.)

c) aus gefundenen Gegenständen etwa (1300 M.),

d) aus dem Erbrecht (750 M.).

2. Aus erstatteten Unterstützungen 470 000 „

3. Verschiedene Einnahmen 200 „

Summa 494 600 M.¹⁾

Eng mit dem öffentlichen Armenwesen verbunden sind die Einrichtungen für die öffentliche Krankenpflege (Spitäler und dergleichen mehr) und die Waisenhäuser. Die Einnahmen, die die Stadt Berlin im Jahre 1891 hieraus erzielt hat, sind wie folgt gewesen:

¹⁾ Hiergegen steht eine Ausgabe von 5 440 413 Mark.

1. Einnahmen aus dem Friedrich-Wilhelm-Hospital und den Siechenanstalten	41 406 M.
(Diese Einnahmen bestehen hauptsächlich sowohl aus stiftungsmässigen Geldern, als auch aus erstatteten Verpflegungskosten.)	
2. aus dem Krankenhaus in Friedrichshain	266 600 „
Hiervon waren	
a) 260 000 M. aus Kur- und Verpflegungsgeldern,	
b) 6 600 M. aus Beerdigungsgeldern und kleineren Einnahmen,	
3. Aus dem Krankenhaus Moabit	157 750 „
von welchen	
a) 155 000 M. für Verpflegungs- und Kurgelder	
b) 2 250 M. kleinere Einnahmen.	
4. Aus dem Krankenhaus am Urban	177 900 „
5. Irren- und Idiotenanstalt zu Dalldorf	261 760 „
von welchen	
a. 203 000 M. Verpflegungsgelder und	
b. 48 860 M. aus Land- und Viehwirtschaft.	
6. Aus der Waisenanstalt in Rummelsburg nebst dem Depot in Berlin und dem Frankeschen Waisen- hause	142 896 „
7. Unterbringung verwahrloster Kinder im städtischen Erziehungshaus in Rummelsburg	50 500 „
(Hiervon waren 36 500 M. als Verpflegungskosten auf Grund des Gesetzes vom 13. März 1878 betr. die zur Zwangserziehung überwiesenen Kinder inkl. des Staatszuschusses, eingezogen.)	
8. Das Arbeitshaus in Rummelsburg	159 863 „
wovon	
a) 84 400 M. aus dem Arbeitsverdienst der Anstaltsinsassen herrührten und	
b) 63 758 M. aus verschiedenen Erstattungen für Leistungen des Arbeitshauses für fremde Rechnung.	
9. Städtische Anstalt für Obdachlose	8 837 „
Summa: ¹⁾	<u>1 267 512 M.</u>

¹⁾ Diesen gegenüber stand eine Ausgabe von 6 087 428 Mark.

Die Einnahmen aus der Kapital- und Schuldenverwaltung.

In unseren Betrachtungen über das städtische Finanzrecht haben wir Gelegenheit gehabt, die verschiedenen Kasseneinrichtungen der Stadt Berlin näher darzulegen. Dort sowohl als in den Einzelausführungen über die städtischen Werke haben wir gezeigt, wie jedes derselben nicht nur seine eignen Verwaltungskosten, sondern auch die Ausgaben für die Verzinsung und Amortisation der von ihm verursachten Schulden aufzubringen hat. Da die Stadthauptkasse das Zahlungsgeschäft dieser Ausgaben übernommen hat, muß jedes einzelne hier in Betracht kommende Werk seine bezügliche Summe an die Stadthauptkasse ausbezahlen. In der Aufstellung des Stadthaushaltsetats wird unter dem Titel der einzelnen städtischen Werke nur diejenige Summe als Einnahme betrachtet, welche nach Abzug der Verwaltungs-, Verzinsungs- und Amortisationskosten übrig bleibt. Es ist daher vollständig gerechtfertigt, wenn die Beträge, die von diesen Werken an die Stadthauptkasse zur Schuldenverzinsung und Amortisation bezahlt werden, als Einnahmen des städtischen Haushalts betrachtet werden. Diese Summen sind wie folgend:

Zur Schuldentilgung:

a) vom Konto Gaswerke	570 612 M.
b) vom Konto Wasserwerke	2 446 149 „
c) vom Konto Kanalisationswerke	1 249 831 „
d) vom Konto Zentralviehhof	214 724 „
e) vom Konto Markthallen	228 550 „
Summa:	4 709 866 M.

Zur Verzinsung:

a) vom Konto Gaswerke	555 399 M.
b) vom Konto Wasserwerke	1 875 017 „
c) vom Konto Kanalisationswerke	2 863 336 „
d) vom Konto Zentralviehhof	442 757 „
e) vom Konto Markthallen	850 494 „
Summa:	6 587 003 M.

Zu diesen Titeln der Kapital- und Schuldenverwaltung können wir noch rechnen:

1. Zinsen von Kapitalien und anderweit belegten Kassenbeständen 86 000 M.
2. Erstattungen der Gaswerke auf die aus dem

Tilgungsfonds der Anleihe 1869 entnommenen Beträge	
zur Tilgung dieser Anleihe	384 456 M.
3. Hypotheken	15 000 „
	<u>Summa: 485 456 M.</u>
Die Gesamteinnahme beträgt also	11 782 325 „

Verschiedene Einnahmen der Stadt Paris.

Wir haben hiermit die ordentlichen Einnahmen der Stadt Berlin beendigt. Es gilt jetzt, einige Einnahmen der Stadt Paris, die wir aus Zweckmäßigkeitserücksichten noch nicht eingefügt haben, hier kurz aufzuzählen:

1. Zinsen von Kapitalien	500 000 M.
2. Veräußerung von beweglichen Gegenständen	24 000 „
3. Aus eignen kleinen Märkten, die zu dem gewöhnlichen Marktwesen nicht zu rechnen sind, wie Pferde- und Hundemärkte	65 760 „
4. Aus Gemeindefriedhöfen	1 867 446 „
5. Aus Leichenverbrennungen	7 120 „
6. Einnahmen aus Privatstiftungen für wohlthätige Zwecke	23 668 „
7. Aus dem Verkauf von benutzten Baumaterialien, Bäumen u. s. w.	227 280 „
8. Kleine Renten, die von verschiedenen Privat-aktiengesellschaften bezahlt, als Entgelt für die von der Stadt ausgeübte Kontrolle	34 000 „
9. Verkauf von Erzeugnissen von gewerblichen Fachschulen	26 400 „
10. Stiftungen und Geschenke von Privaten für das öffentliche Volksschulwesen	44 508 „
11. Einnahmen aus anderen kleineren Stiftungen	6 048 „
12. Erstattung der Versicherungsprämien von den Bewohnern der zur Stadt gehörenden Gebäude	22 320 „
13. Entgelt für die von der Feuerwehr geleisteten Dienste (von den Theater-Direktoren zu bezahlen)	128 000 „
14. Erstattung der Gehälter der Polizeikommissäre, die den Feingehalt von Gold- und Silberwaren zu kontrollieren haben	12 000 „
15. Ertrag der Verausgabung von Dienstbüchern an Arbeiter, Kutscher und Dienstleute	4 800 „
	<u>Summa: 2 993 350 M.</u>

	Transport:	2 993 350 M.
16. Erstattung der Honorare der Ärzte und Hebammen, die zum städtischen Nachtdienst gehören	12 000 „	
17. Erstattung der Ausgaben des städtischen Nachtapothekendienstes	1 600 „	
18. Einnahmen der städtischen chemischen Laboratorien	75 280 „	
19. Ertrag des städtischen Pfandstalls	12 000 „	
20. Erstattung der Stempelsteuer für Erlaubnisscheine, die von der Polizei-Präfektur verausgabt werden	20 800 „	
21. Beträge, die für das Recht Modelle im Saal der „Conseils de Prud'hommes“ zur Ansicht auszustellen, bezahlt werden	9 120 „	
22. Überweisung an die Stadtkasse eines Teils der Summe, die im Jahre 1886 der Schuldenverwaltung gewährt wurde	284 120 „	
23. Rückzahlung der Summen an die Stadtkasse, die entweder unrechtmäßig oder in zu hohem Betrag ausbezahlt worden sind	106 000 „	
24. Ertrag aus dem Verkauf von Plänen der Stadt Paris	2 400 „	
25. Ertrag aus dem Verkauf des „Bulletin Municipal“ und für die darin enthaltenen Inserate	24 000 „	
26. Ertrag aus dem Verkauf anderer städtischer Publikationen	1 280 „	
27. Zinsen von Schuldnern der Stadt	16 000 „	
28. Verschiedene kleinere Einnahmen	96 660 „	
	Summa:	3 654 610 M.

Aufserordentliche Einnahmen.

Wir wollen noch zu diesen verschiedenen ordentlichen Einnahmen die aufserordentlichen, insofern sie nicht aus den städtischen Anleihen kommen, hinzufügen, um dann die Frage des städtischen Schuldenwesens in einem besonderen Abschnitt zu behandeln. Für die Stadt Berlin haben wir keine Einnahmen in diesem Sinne für das Jahr 1891/92 an dieser Stelle aufzuzählen. Für die Stadt Paris kommen in Betracht:

1. Zuschufs des Staates zur Wiederherstellung der durch Feuersbrunst zerstörten Geburtsscheine	20 400 M.
2. Ertrag einer Zuschlagsgebühr, die zur Wiederherstellung der vernichteten Geburtsscheine dienen soll	7 200 „
3. Ertrag aus der zeitweiligen Anlage der aus außerordentlichen Einnahmequellen stammenden Kapitalien	156 000 „
4. Veräußerung der zum Kämmergeivermögen der Stadt gehörenden Grundstücke	67 920 „
5. Ertrag aus dem Verkauf verschiedener Baumaterialien	240 000 „
6. Rückzahlung seitens des Staates an Registergebühren für die zur „Utilité Publique“ erklärten städtischen Gebäude für den Zeitraum von 2 Jahren nach dem hier bezüglichen Dekret ¹⁾	72 000 „
Summa: 563 520 M.	

¹⁾ Es ist hier zu bemerken, dafs, nachdem ein Gebäude zur „Utilité Publique“ erklärt worden ist, die Registergebühren für die 2 vorhergehenden Jahre zurück-
erstattet werden.

Kapitel IX.

Die ausserordentlichen Einnahmen.

Das städtische Schuldenwesen.

Wir werden es hier ausschliesslich mit den städtischen Anleihen zu thun haben. Im allgemeinen gehören zu dieser Kategorie von Einnahmen auch noch diejenigen, die aus der Veräußerung von Vermögensstücken und durch Schenkungen dem Gemeindehaushalt zu gute kommen. Diese letzteren sind aber in dem Finanzwesen der Grossstädte von solch verschwindender Bedeutung, daß wir sie unter dem Titel „Verschiedene Einnahmen“ eingefügt haben, um hier nur den wichtigsten Teil der ausserordentlichen Einnahmen, nämlich die Anleihen, zu erörtern.

In dem Kapitel über die Ausgaben haben wir schon Gelegenheit gehabt, einige Bemerkungen darüber zu machen. Die Entwicklung der Schuldenverhältnisse in den einzelnen Grossstädten der verschiedenen Kulturländer bilden eines der interessantesten Kapitel der gesamten Finanzgeschichte. Direkte Vergleichen auf diesem Gebiete sind beinahe ausgeschlossen, da die Höhe der städtischen Schulden, gerade weil in ihnen die gerichtliche Entwicklung der Stadt vielfach zum Ausdruck kommt, von den eigentümlichen Zuständen der betreffenden Stadt abhängig ist. So z. B. wird in einer Stadt, wo die Ansprüche des modernen Verkehrs groÙe Umänderungen ihrer Strassenzüge notwendig machen, von vornherein die Inanspruchnahme ausserordentlicher Einnahmequellen eine viel stärkere sein, als in einer, deren Entwicklung in die ganz moderne Zeit fällt, wo diese groÙen Umgestaltungen dadurch vorgebeugt sind, daß die betreffende Stadt ihre Strassenzüge von vornherein den Ansprüchen des modernen Verkehrs gemäÙ angelegt hat. So spielt auch die Thatsache, ob eine Stadt ergiebige Einnahmequellen besonders elastische Steuerquellen u. s. w. besitzt, eine groÙe Rolle in der Entwicklung ihres Schuldenwesens.

In unserer Betrachtung über Berlin und Paris werden die Unterschiede in dieser Hinsicht zum klaren Vorschein kommen. Die ungeheure Vermehrung der Aufgaben der Stadtgemeinden in moderner

Zeit hat natürlich viel dazu beigetragen, den Anleihen einen immer bedeutenderen Platz im städtischen Finanzwesen zu geben. Im Allgemeinen hatten die Städte die Tendenz, ganz erheblichen Gebrauch von diesem Anleiherecht zu machen, so daß der Staat von vornherein, um einer zu hohen Belastung der folgenden Generationen vorzubeugen, sich das Recht der Kontrolle in sehr starkem Maße vorbehalten mußte.

Eine sehr interessante, und auf den ersten Blick ganz überraschende Thatsache, welche manche gute Lehren für die Zukunft in sich schließt, ist die, daß gerade in den größeren Städten der vereinigten Staaten, wo man doch glauben sollte, daß die Anleihen eine unbedeutendere Rolle spielten, sie im Gegenteil einen ganz bedenklichen Zuwachs genommen haben. Eine leichtsinnige und verschwenderische Verwaltung, unterstützt durch zu weit gehende Rechte bezüglich der Anleiheaufnahme hat dazu geführt, daß während die Staatsschulden in Abnahme begriffen waren, die städtischen Schulden sehr rasch gewachsen sind. Einige Ziffern mögen auch hier nicht ohne Interesse sein.

Staaten	1880	1880
	Staatsschulden	Schulden von Städten mit über 7500 Einwohn.
	Dollars	Dollars
Maryland	11 277 111	21 158 375
Massachusetts	33 020 464	73 696 019
New-Jersey	1 896 300	38 648 850
New-York	8 988 360	208 536 882
Pennsylvanien	21 561 990	95 445 234
Rhode Island	2 534 500	11 424 750
Wisconsin	11 000	3 683 651

Während die Schuldenlast der gesamten Staaten 246 835 027 Dollars betrug, waren die Schulden der Städte mit über 7500 Einwohnern auf etwas mehr als 680 Millionen Dollars gestiegen. Die Schulden einzelner Städte sind wie folgend gewachsen:

Städte	1867	1877	1890
	Dollars	Dollars	Dollars
Philadelphia	35 000 000	64 000 000	56 777 370
Chicago	4 750 000	13 456 000	13 554 900
St. Louis	5 500 000	16 500 000	21 873 000
Pittsburg	3 000 000	13 000 000	

Die Schulden ¹⁾ der Stadt New York allein haben folgendermaßen zugenommen:

1840	10 000 000 Dollars
1850	12 000 000 „
1860	18 000 000 „
1870	73 000 000 „
1876	113 000 000 „
1890	148 124 216 „

Wenn für diese ganz ungeheuren Summen entsprechendes geleistet, wenn die Straßenzüge, die Straßenpflasterung u. s. w. so umgestaltet worden wären, wie es eine moderne Großstadt verlangt, und wie man es mit diesen Summen hätte erreichen können, dann wären die Hauptbedenken beseitigt. Statt dessen aber sind die größten Teile dieser Summen in der einen oder der andern Weise verschwendet worden; nicht geringe Teile sind in die Taschen der städtischen „Politicians“ geflossen, so daß heute die Bevölkerung eine ungeheure Schuldenlast zu tragen hat, ohne eine adequate Gegenleistung dafür erhalten zu haben.

Ein ganz anderer Zustand begegnet uns in Berlin. Die große, zuweilen übergroße Sparsamkeit, welche man manchmal in der preussischen Verwaltung findet, spiegelt sich in den städtischen Verwaltungen wieder. Eine gewisse Zurückhaltung in dem Heranziehen außerordentlicher Einnahmequellen zeichnet sie aus. Es ist aber ganz natürlich, daß, sobald die Stadt Berlin die Stellung einer Großstadt erreicht hatte, es unmöglich war, den hieraus erwachsenden Anforderungen gerecht zu werden und zur selben Zeit das Gleichgewicht des Stadthaushalts zu bewahren, ohne zu Anleihen zu greifen. Es ist ein allgemeiner Satz des preussischen Stadtrechts, daß die Städte Schuldenverbindlichkeiten übernehmen können, aber wenn dadurch der Schuldenbestand der Stadt vergrößert wird, bedarf es der Zustimmung des Bezirksausschusses; für Berlin des Oberpräsidenten. Dieser allgemeine Satz wird aber durch eine noch viel wichtigere Bestimmung insofern abgeändert, daß, im Fall diese Anleihen durch Ausgabe von Schuldscheinen als Inhaberpapiere

¹⁾ Die Schulden einiger anderer Städte im Jahre 1890 waren:

Brooklyn	44 503 204	New Orleans	16 897 454
Boston	50 684 095	Buffelo	11 690 331
St. Louis	21 873 100		

aufgenommen werden, für sie ein besonderes vom König zu ertheilendes Privileg gegeben werden muß. Jede derartige Anleihe muß ferner den bestimmten Zweck, für welchen sie aufgenommen wird, enthalten. Da beinahe sämtliche Anleihen der Stadt Berlin in letzterer Form aufgenommen worden sind, haben die eben genannten Bedingungen fast allgemeine Gültigkeit für das gesamte städtische Schuldenwesen. Wir wollen jetzt eine allegemeine Übersicht über die Anleihen der Stadt Berlin geben.

1 Die älteren Anleihen vom Jahre 1846, 1849 und 1855 kommen heute nicht mehr in Betracht, da sie alle schon getilgt sind. Dasselbe gilt von den Anleihen der Jahre 1869 und 1870, die bis zum Jahre 1886 vollständig getilgt waren.

2. Die erste noch heute in Betracht kommende Anleihe ist die vom Jahr 1866, die durch den deutsch-österreichischen Krieg, als eine Folge der Mobilmachung der Armee veranlaßt wurde. Sie belief sich auf 3 Millionen Thaler (9 Millionen Mark) und wurde zum Emissionskurs von 90% ausgegeben. Zinsen wurden vom 1. Juli 1866 bezahlt. Der ursprüngliche Zinsfuß war 5%; aber infolge der Geldmarkveränderung beschloß die Gemeindebehörde den Zinsfuß vom 1. April 1872 an auf $4\frac{1}{2}\%$ herabzusetzen. Diese Herabsetzung wurde durch den königlichen Erlaß vom 3. September 1871 genehmigt. Im Jahre 1881 wurde beschlossen und durch königl. Erlaß vom 3. Sept. 1881 genehmigt, eine weitere Herabsetzung auf $3\frac{1}{2}\%$. Vom 1. Oktober 1889 wurde der Zinsfuß auf $3\frac{1}{2}\%$ endgültig festgestellt. Die Tilgung, deren Plan unverändert geblieben ist, hat in 37 Jahren von 1870 ab zu erfolgen, und zwar mit 1% jährlich und den durch die Tilgung ersparten Zinsen. Am Ende des Jahres 1891/92 blieb von dieser Schuld noch ein Rest von 5 270 250 Mark.

3. Im Jahre 1874 gewährte der Reichsinvalidenfond der Stadt Berlin ein Darlehen von 30 Millionen Mark, welche zum Ankauf und zur Erweiterung der städtischen Wasserwerke benutzt wurden. Der Zinsfuß wurde auf $4\frac{1}{2}\%$ festgestellt. Am 1. April 1892 betrug diese Schuld noch 21 063 000.

4. In einem andern Teil dieser Arbeit haben wir gesehen, wie anfangs der 70 er Jahre die Anforderungen an die Stadtkasse für Unterrichtswesen, sowohl als für verschiedene städtische Werke gewachsen sind. Um diesen Anforderungen zu genügen, sah sich die Stadt bald genötigt, zu einer Anleihe zu greifen, die im Jahre 1874 abgeschlossen wurde. Die Gesamtsumme war 24 Millionen Mark, wovon

15 Millionen zu Erweiterungsbauten der städtischen Gasanstalten, 9 Millionen zur Ausführung des Radialsystems III der Kanalisation, und 3 Millionen Mark zum Bau von höheren Lehranstalten bestimmt waren. Der Zinsfuß war auf $4\frac{1}{2}\%$ festgestellt, wurde aber vom 1. Januar 1882 ab auf 4% und vom 1. Oktober 1889 auf $3\frac{1}{2}\%$ herabgesetzt.¹⁾ Die Tilgung hat jährlich mit 2% der ursprünglichen Schuldsomme unter Heranziehung des durch die fortgesetzte Schuldentilgung ersparten Zinsbetrages vom 1. Oktober 1877 zu erfolgen. Am 1. April 1892 blieben noch 13 093 000 Mark zu tilgen.

5. Im Jahre 1876 wurde eine Anleihe von 30 Millionen Mark aufgenommen, von denen 12 Millionen zu Erweiterungsbauten der städtischen Wasserwerke und 18 Millionen zur Fortführung der Kanalisationswerke benutzt worden sind. Der Zinsfuß wurde auf $4\frac{1}{2}\%$ festgestellt, ist aber vom 1. Januar 1885 ab auf 4% und vom 1. Juni 1889 ab auf $3\frac{1}{2}\%$ herabgesetzt worden. Der Tilgungsplan ist folgender: Vom 1. Januar 1880 ab, hat sie mit jährlich 1% unter Zurechnung der durch Tilgung ersparten Zinsen in 40 Jahren zu erfolgen. Am 1. April 1892 blieben von dieser Anleihe 24 852 000 Mark noch übrig.

6. Auf Grund des königl. Privilegiums vom 6. Mai 1878 wurde in demselben Jahre eine Anleihe von 35 Millionen Mark aufgenommen, deren Verwendungszwecke wie folgend sich gestalteten:

Vollendung der städtischen Wasserwerke	1 000 000 M.
Fortführung der Kanalisationswerke	15 000 000 „
Erbauung eines mit Schlachthäusern verbundenen Viehhofs	11 000 000 „
Bau neuer Brücken	4 115 261 „
Bau einer Irrenanstalt	2 484 747 „
Bau eines Arbeitshauses	242 092 „
Vergrößerung des Betriebsfond der Stadthauptkasse	900 000 „
Innere Ausschmückung des Rathauses	257 900 „
Summa:	35 000 000 M.

Der Zinsfuß wurde $4\frac{1}{2}\%$ festgestellt, wurde aber vom 1. Juli 1880 ab auf 4% und vom 1. Juli 1889 ab auf $3\frac{1}{2}\%$ herabgesetzt. Die Tilgung hat vom 1. Januar 1881 ab in 39 Jahren zu erfolgen. Die Tilgungsrate ist jährlich 1% unter Zurechnung der Zinsen-

¹⁾ Die Herabsetzung des Zinsfußes erfolgt immer durch einen königl. Erlass, welcher den bezüglichen Gemeindebeschluss genehmigt.

ersparnisse. Am 1. April 1892 blieben von dieser Anleihe noch 29 587 500 Mark zu tilgen.

7. Auf Grund des königlichen Privilegiums vom 23. August 1882 wurde eine Schuld von 45 000 000 Mark kontrahiert. Ihre Verwendungszwecke waren:

Fortführung der Kanalisation	30 200 000 M.
Vollendung des Schlacht- und Viehhofes und Entschädigung der Schlachthausberechtigten bei Ein- führung des Schlachtzwanges	1 700 000 „
Bau mehrerer Markthallen	11 400 000 „
Herstellung von Brücken	1 429 829 „
Bau eines Polizei-Präsidial-Dienstgebäudes	130 469 „
Für die durch die Stadteisenbahn hervorgerufenen Straßenregulierungen	139 702 „
Summa:	45 000 000 M.

Der ursprüngliche Zinsfuß war 4%. Von 1. Oktober 1889 ab wurde er auf 3 1/2 % herabgesetzt. Der Tilgungsplan ist folgender: Mit jährlich 1 % des ursprünglichen nominellen Schuldkapitals unter Hinzurechnung der ersparten Zinsen soll die Tilgung vom 1. Januar 1888 ab in 42 Jahren erfolgen.

Am 1. April 1892 blieben von dieser Anleihe noch 42 562 000 M. zu tilgen übrig.

8. Im Jahre 1886 wurde auf Grund des königlichen Privilegiums vom 5. Mai 1886 eine Anleihe von 50 000 000 M. aufgenommen. Die Verwendungszwecke sind folgende gewesen:

Fortführung der Kanalisation	12 140 308,44 M.
Erweiterung der Wasserwerke	2 361 435,62 „
„ „ Gasanstalten	1 451 962,14 „
„ des Zentral-Viehhofes	1 577 017,64 „
Bau von Markthallen	9 196 637,21 „
Bau höhere Lehranstalten	2 491 878,56 „
Bau eines Asyls für nächtliche Obdachlose	1 245 304,74 „
Bau zweier Gebäude in Dalldorf zur Aufnahme von Geisteskranken	91 283,89 „
Erweiterung der Idioten-Anstalt in Dalldorf	173 968 10 „
Bau eines Hospitals und einer Siechenanstalt	2 321 384,39 „
Fortsetzung des Baues des Polizeidienstgebäudes	3 504 966,07 „
Bau einer Irrenanstalt auf Lichtenberger Terri- torium	366 566,20 „

Bau einer Anstalt für Epileptische auf der Feldmark Biesdorf	323 034,09 „
Bau eines Krankenhauses auf dem Urban	1 159 737,89 „
Umbau der beiden Dammmühlen	10 876,82 „
Brückenbauten	3 406 523,05 „
Verbreiterung der Neuen Friedrichsstraße und Anlegung der Kaiser-Wilhelmstraße	7 811 562,29 „
Straßenregulierung aus Anlaß der Stadtbahn-anlage	365 552,86 „
Summa:	50 000 000,00 M.

Der Zinsfuß, zu welchem diese Anleihe aufzunehmen war, wurde auf $3\frac{1}{2}\%$ festgestellt. Der Tilgungsplan war derselbe als für die vorhergehende Anleihe nämlich jährlich 1% des ursprünglichen nominellen Schuldkapitals mit Zurechnung der ersparten Zinsen. Die Tilgung fing am 1. April 1890 an. Am 1. April 1892 blieben noch 48 446 200 Mark zu tilgen übrig.

9. Im Jahre 1890 wurde eine Anleihe von 55 000 000 Mark mit einem Zinsfuß von $3\frac{1}{2}\%$ aufgenommen.¹⁾ Die Verwendungszwecke, die noch nicht in ihrer vollen Ausdehnung festgesetzt sind, waren am Ende des Jahres 1891/92 wie folgend:

Fortführung der Kanalisation	14 583 667,07 M.
Erweiterungsbauten der städtischen Wasserwerke und Anlage einer neuen Wassergewinnungsstation	8 798 617,83 „
Fortsetzung des Baues von Markthallen	6 069 258,58 „
Erweiterungsbauten der Gasanstalten	3 888 317,59 „
„ „ des Vieh- und Schlachthofs	1 370 000,00 „
Bau höherer Lehranstalten	843 484,78 „
Neubau eines Hospitals und einer Siechenanstalt	992 793,79 „
Vollendung des Baues des Polizei-Präsidial-Dienstgebäudes	2 260 217,52 „
Neubau einer Irrenanstalt auf Lichtenberger Terrain	2 326 016,54 „
Neubau einer Anstalt für Epileptische	989 577,88 „
Neubau eines Krankenhauses auf dem Urban	1 320 676,39 „
Ausbau der beiden Dammmühlen	500 142,42 „

¹⁾ Es ist für das Jahr 1891/92 eine neue Anleihe in Aussicht genommen.

Bau von Brücken und Regulierung der Spree	4 997 670,54 M.
Anlegung der Kaiser-Wilhelmstrafse	427 166,30 „
Strafsenregulierung infolge der Stadtbahn- anlage	50 000,00 „
Anlegung eines Hafens am Urban	2 000 000,00 „
Verlegung der Berlin-Stettiner Eisenbahn	1 000 000,00 „
Summa:	52 417 607,23 M.

Dies sind die gesamten Anleihen, die bis zum Ende des Jahres 1891/92 von der Stadt Berlin aufgenommen worden sind. Wir haben schon die Zwecke, zu welchen sie verwendet worden sind, angegeben. Es dürfte aber nicht ohne Interesse sein, genau zu verfolgen, in wiefern der Verzinsung und Tilgung diejenigen Verwaltungen obliegen, die durch ihren industriellen Charakter die Beträge dafür aus ihren Gewinnen zu bestreiten haben. Wir haben schon mehrere Male hervorgehoben, wie alle die sogenannten „Städtischen Werke“ die Zinsen und Tilgung der durch sie verursachten Schulden aus ihren eignen Erträgen zu bestreiten haben. Es kommen hier in Betracht: die städtischen Gas-, Wasser- und Kanalisationswerke, die städtischen Markthallen und der städtische Zentral-Vieh- und Schlachthof. Wir haben aber gesehen, daß die Anleihen auch zu anderen Zwecken benutzt worden sind, wie z. B. für Schul-, Brücken-, Strafsen-, Hospitalbauten u. s. w. Dies sind alles Zweige der städtischen Verwaltung, die, obwohl von allergrößter Wichtigkeit, doch ihrer Natur nach nicht im stande sind, selbst die Verzinsungs- und Tilgungssummen aus ihren Erträgen aufzubringen. Sie machen die eigentliche Kämmererschuld aus, deren Verzinsung und Tilgung aus der Stadthauptkasse, i. a. w. aus den Steuern zu bezahlen ist. Es ist immerhin für ein städtisches Finanzwesen von großer Wichtigkeit, inwieweit die Schuldenverzinsung und Tilgung aus den Erträgen ihrer industriellen Unternehmungen bestritten werden kann oder nicht. In den folgenden Tabellen wollen wir diese Frage von den verschiedenen Gesichtspunkten aus betrachten. Bis zum Ende des Etatsjahres 1891/92 war die gesamte Summe der aufgenommenen Anleihen der Stadt Berlin exkl. der getilgten Beträge:¹⁾

¹⁾ Die getilgten Anleihen, obwohl von einem gewissen historischen Interesse, bieten wenig für unsere jetzigen Zwecke und hauptsächlich darum, weil die meisten durch spätere Anleihen getilgt worden sind.

Die noch nicht getilgten Anleihen der Stadt Berlin.

No.	Jahr der Anleihe	Betrag <i>M</i>	Schluss- jahr der Tilgung	Zinsen- und Tilgungsrate im Jahre 1891/92 zu bezahlen <i>M</i>
1	1866	9 000 000	1907	444 408
2	1872 ¹⁾	30 000 000	—	3 100 290
3	1875	24 000 000	1903	1 379 626
4	1876	30 000 000	1920	1 396 325
5	1878	35 000 000	1920	1 623 443
6	1882	45 000 000	1930	2 034 515
7	1886	50 000 000	1934	2 231 888
8	1890	55 000 000 ²⁾	1941	1 570 872
Summa:		278 000 000		13 781 367

Wir müssen jetzt diese Anleihen in zwei Gruppen scheiden, nämlich:

1. Die Schulden der städtischen Werke, die aus ihren Erträgen soweit als möglich die Verzinsung sowohl als Tilgung bezahlen müssen. Bei den Berliner städtischen Werken reichen die Erträge samt und sonders aus; einige liefern, wie wir gesehen haben, noch darüber bedeutende Überschüsse an die Stadthauptkasse.

2. Die eigentliche Kämmererschuld, welche diejenigen Teile der Anleihen in sich schließt, deren Verwendungszwecke einen mehr allgemeinen Charakter haben, und sich weniger als industrielle Unternehmungen, wie dies bei den städtischen Werken der Fall ist, auszeichnen. Demgemäß kann im allgemeinen auch nicht aus ihren Erträgen die Verzinsung und Tilgung bestritten werden, sondern diese muß aus den allgemeinen ordentlichen Einnahmen der Stadt bezahlt werden. Die Zustände, welche das Schuldenwesen der Stadt Berlin aufweist, werden kaum in einer anderen Großstadt so günstig liegen. Folgende Tabellen sollen die Verwendung der 278 000 000 Mark³⁾ und zwar nach den vorhergehenden Gesichtspunkten angeben.

¹⁾ Darlehen vom Reichs-Invalidenfond.

²⁾ Diese Anleihe ist noch nicht ganz zur Ausgabe gelangt. Die bewilligten Anleihen von 1891/92 sind zwar von der Stadtverordnetenversammlung zu gewissen Verwendungszwecken bestimmt worden. Da sie aber noch nicht zur Ausgabe gelangt sind, kommen sie hier nicht in Betracht.

³⁾ Die wirkliche Summe ist etwas weniger, da bis jetzt von der Anleihe von 1890 nur etwas mehr als 52 000 000 Mark ausgegeben worden sind.

Verwendung der Anleihen zu städtischen industriellen Unternehmungen bzw. städtischen Werken.

Datum der Anleihe	Betrag Mk	Für städtische Gaswerke verwendet Mk	Für städtische Wasserwerke verwendet Mk	Für die Kanalisation Mk	Für den Zentral-Vieh- u. Schlachthof Mk	Für die Markthallen Mk	Rest Mk
Anleihe von 1866	9 000 000	—	—	—	—	—	9 000 000
Darlehn „ 1872	30 000 000	—	30 000 000	—	—	—	—
Anleihe „ 1875	24 000 000	15 000 000	—	6 000 000	—	—	3 000 000
„ „ 1876	30 000 000	—	12 000 000	18 000 000	—	—	—
„ „ 1878	35 000 000	—	1 000 000	15 000 000	11 000 000	—	8 000 000
„ „ 1882	45 000 000	—	—	30 200 000	1 700 000	11 400 000	1 700 000
„ „ 1886	50 000 000	1 451 962	2 361 436	12 140 308	1 577 017	9 196 638	23 272 639
„ „ 1890	55 000 000 ¹⁾	3 888 318	8 798 618	14 583 667	1 370 000	6 069 258	17 707 746
	278 000 000 ²⁾	20 340 280	54 160 054	95 923 975	15 647 017	26 665 896	62 580 385

Es ist hier noch zu bemerken, daß die schon erwähnte Anleihe von 1869, die für den Bau der städtischen Gasanstalt verwendet wurde, bis zum 1. April 1885 vollständig getilgt war, obwohl, dem Tilgungsplan gemäß, dies erst im Jahre 1897 erfolgen sollte.³⁾ Diese Tilgung seitens der Stadt-Hauptkasse, die von der Kasse der Gasanstalt erfolgen sollte, wurde als ein Vorschufs der erstgenannten an die letztgenannte Kasse angesehen. Die Kasse der städtischen Gasanstalt hat daher diesen ihr gewährten Vorschufs dadurch wieder zu erstatten, daßs sie die im Tilgungsplan der Anleihe festgesetzten Amorti-

¹⁾ Ausgebener Betrag 52 417 607 Mark.

²⁾ Wirklich ausgegebene Schuld 275 471 607 Mark.

³⁾ Siehe frühere Ausführungen über die Tilgung dieser Anleihe.

sationsrenten auch ferner bis zum Jahre 1897 an die Stadthauptkasse zahlt und den jedesmaligen Rest mit 4% verzinst. Demgemäß hatte die städtische Gasanstalt im Jahre 1891/92 für diese Anleihe 303 234 Mark als Tilgungsrate und 81 222 Mark Zinsen zu bezahlen. Wir wollen im Anschluß an die Tabelle über die Verwendung der durch Anleihen aufgebrachtten Summen zur Einrichtung städtischer Werke eine kurze Übersicht über die Verwendung der eigentlichen Kämmerieanleihen geben, um zu zeigen, in welchem Mafse die „nicht-industriellen“ städtischen Anstalten und Einrichtungen an diesen Anleihen beteiligt sind.

Datum der Anleihe	Betrag der Anleihe	Für Strafsen und Brückenbauten	Für den Bau höherer Lehranstalten	Für Gebäude des Rechts u. der Gesundheitspflege	Verschiedene Zwecke	Summa der Kämmerie-schuld	Summa der Schuld der städtischen Werke
	<i>Mk</i>	<i>Mk</i>	<i>Mk</i>	<i>Mk</i>	<i>Mk</i>	<i>Mk</i>	<i>Mk</i>
Anleihe von 1866	9 000 000	—	—	—	9 000 000 ¹⁾	9 000 000	—
Darlehn „ 1872	30 000 000	—	—	—	—	—	30 000 000
Anleihe „ 1875	24 000 000	—	3 000 000	—	—	3 000 000	21 000 000
„ „ 1876	30 000 000	—	—	—	—	—	30 000 000
„ „ 1878	35 000 000	4 115 261	—	2 984 739	900 000 ²⁾	8 000 000	27 000 000
„ „ 1882	45 000 000	1 569 531	—	130 469	—	1 700 000	43 300 000
„ „ 1886	50 000 000	11 594 506	2 491 878	9 186 255	—	23 272 639	26 727 361
„ „ 1890	55 000 000	8 974 979	843 485	7 889 282	—	17 707 746	34 709 861
	52417607 ausgegeb.						
	275 417 607	26 254 277	6 335 363	20 190 745	9 900 000	62 680 385	212 737 222

¹⁾ Diese 9 000 000 Mark wurden zur Mobilmachung der Armee im Jahre 1866 benutzt.

²⁾ Diese 900 000 Mark sind zur Vergrößerung des Betriebsfonds der Stadt-Hauptkasse verwendet worden.

Wir haben schon Gelegenheit gehabt, die Bedingungen der Verzinsung und Tilgung jeder einzelnen dieser Schulden darzulegen. Es dürfte nicht ohne Interesse sein, zu zeigen, wie weit die Tilgung dieser Anleihen am Ende des Etatsjahres 1891/92 fortgeschritten ist, und wie sich die Verzinsung derselben verteilte (siehe Tabelle S. 194).

Bemerkungen zu dieser Tabelle, die Gasanstalt betreffend.

1. Wir haben schon Gelegenheit gehabt, die Bedingungen, unter welchen die Anleihe von 1869 getilgt worden ist, zu erörtern. Es ist hier nur noch hinzuzufügen, daß, obwohl die Anleihe getilgt, die Gasanstalt jedoch verpflichtet ist, sowohl die Zinsen, als die Tilgungsraten dem Tilgungs- und Verzinsungsplan gemäß, zu leisten, bis die Anleihe nach diesen Plänen getilgt worden wäre. Der Betrag dieser Summe ist zusammen 384 456 Mark.

2. Die Gasanstalt hat ferner die Zinsen von den bis Dezember 1867 angesammelten und zur Erweiterung der Gasanstalten verwendeten Gewinn-Überschüssen von 9 309 000 Mark zu 5 % zu zahlen. Dieser Betrag ist 465 540 Mark. Wenn wir diese beiden Beträge zusammenrechnen, so hat die Gasanstalt neben den in der Tabelle bezeichneten Summen, für Schuldenverzinsung und Tilgung noch 849 996 Mark zu bezahlen.

Die Wasserwerke betreffend.

1. Das Darlehen des Reichsinvalidenfonds von 30 000 000 Mark ist, dem Stadtverordnetenbeschluss vom 17. Oktober 1889 gemäß, einer stärkeren Tilgung unterworfen, als der ursprüngliche Tilgungsplan es vorsah. Nach der planmäßigen Tilgung soll von 1890/91 an für eine weitere Tilgungsrate von jährlich 5 % des ursprünglichen Schuldbetrages Vorsorge getroffen werden. Es ist kaum nötig, zu diesen Thatsachen noch etwas hinzuzufügen. Sie sprechen für sich selbst. Sie zeigen besser als irgend etwas anderes die günstigen Verhältnisse, unter welchen Berlin zur Großstadt herangewachsen ist. Obwohl die finanz- und verwaltungsrechtlichen Grundlagen hierfür schon sehr früh geschaffen worden sind, um anfangs dieses Jahrhunderts in definitive und systematische Formen gebracht zu werden, so ist doch die thatsächliche großartige Entwicklung erst in den letzten 25 Jahren vor sich gegangen. Schon zu Beginn dieser Zeit war die Technik der wichtigsten Gebiete der städtischen Thätigkeit

Datum der Anleihe	Betrag der Anleihe	Bis zum 1. April 1891 getilgte Summe	Betrag der Schuld am 1. April 1891	Betrag der Verzinsung im Jahre 1891/92	Tilgungsrate im Jahre 1891/92	Betrag der Schuld am 31. März 1892 nach Abzug der Tilgungsrate und Verzinsung	Kämmerei-Schuld oder die aus der Stadthauptkasse zu bezahlende	
							Verzinsung	Tilgungsrate
1866	9 000 000	3 214 800	5 785 200	193 708	250 700	5 534 500	193 708	250 700
(1874 Darlehn)	30 000 000	7 937 000	22 063 000	932 040	2 202 000	18 861 000	—	—
1875	24 000 000	9 087 600	14 912 400	490 826	888 800	14 023 600	61 352	110 982
1876	30 000 000	4 639 300	25 360 700	887 625	508 700	24 852 000	—	—
1878	35 000 000	4 844 500	30 155 500	1 055 443	568 000	29 587 500	241 242	129 830
1882	45 000 000	1 911 000	43 089 000	1 508 115	526 400	42 562 600	59 970	19 851
1886	50 000 000	500 000	49 500 000	1 714 388	517 500	48 982 500	797 966	240 871
18 90	55 000 000	—	55 000 000	1 570 872	—	55 000 000	830 682	—
		278 000 000	32 134 200	245 865 800	8 353 017	5 462 100	249 403 700	2 184 920
				13 815 117				752 234
								2 937 154

Schuld der Gasanstalt. Der zu entrichtender Betrag für		Schuld der Wasserwerke. Betrag für		Schuld der Kanalisationswerke. Betrag für		Schuld des Central-Viehhofs. Betrag für		Schuld der Markthallen. Betrag für	
Verzinsung	Tilgung	Verzinsung	Tilgung	Verzinsung	Tilgung	Verzinsung	Tilgung	Verzinsung	Tilgung
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	932 040	2 202 000	—	—	—	—	—	—
306 768	555 584	—	—	122 707	222 234	—	—	—	—
—	—	335 050	203 480	532 575	305 220	—	—	—	—
—	—	30 156	16 228	452 334	243 428	331 711	79 514	—	—
—	—	—	—	1 012 115	353 297	53 973	19 888	382 057	133 364
49 785	15 028	80 969	24 441	412 249	125 652	182 141	16 322	191 278	95 186
198 846	—	465 935	—	74 409	—	—	—	—	—
555 399	570 612	1 844 150	2 446 149	2 606 389	1 249 831	567 825 ¹⁾	115 724	573 335 ¹⁾	228 550
1 126 011		4 290 299		3 856 220		683 549		801 885	

¹⁾ Wir konnten nicht die auf den Viehhof und Markthallen entfallenden Ziffern der Verzinsung der Anleihe von 1890 bekommen, so daß sich hier eine Lücke erweist.

(Straßenbau und Pflasterung, Kanalisation u. s. w.) sehr entwickelt, so daß, als diese großen Probleme an die Stadt herantraten, sie in der Lage war, das Dauerhafte und Beste zu schaffen. Die Bedeutung einer solchen glücklichen Lage, besonders für die städtischen Finanzen, zeigt uns die Erfahrung von Paris. Ein anderer, nicht minder wichtiger Faktor, den wir bereits erwähnt haben, ist, daß die Stadt Berlin nur wenige und dann unbedeutende Verluste durch politische Ereignisse erlitten hat. Wir werden Gelegenheit haben, die Rolle zu erkennen, welche dieses Moment in der Entwicklung des Schuldenwesens der Stadt Paris gespielt hat. Die Verhältnisse erweisen sich nach der angegebenen Tabelle, wenn man die obigen Betrachtungen in Erwägung zieht, als ganz natürliche, obwohl sie beim ersten Anblick, besonders für einen in den amerikanischen Städten Aufgewachsenen, kaum begreiflich sind.

Die Stadt Berlin hat überhaupt sehr spät angefangen, Schulden zu machen, dabei waren diese auch noch von sehr geringem Betrag. Die erste Anleihe wurde im Jahre 1828 aufgenommen, um die in den Kriegsjahren 1806/09 kontrahierten Schulden zu tilgen. Die bereits getilgten Schulden lassen sich folgendermaßen aufzählen.

Betrag der Anleihe:

1828	11 067 000 M.
1846	4 500 000 „
1849	3 000 000 „
1855	1 500 000 „
1869	6 000 000 „
1870	7 500 000 „

Wenn man die schon getilgten Anleihen zu den noch nicht getilgten hinzurechnet, so ergibt sich ein Gesamtbetrag, der von der Stadt Berlin aufgenommenen Schulden von nur 311 567 000 Mark, ein sehr kleiner Betrag, wenn man ihn mit dem anderer Großstädte vergleicht.

Was die noch nicht getilgten Anleihen anlangt, so zeigt uns die Tabelle der Verzinsungs- und Tilgungsverhältnisse, daß die Stadt auch in dieser Beziehung sehr günstig gestellt ist.

Die Schulden der Stadt Paris.

Wir haben die außerordentlich günstige Entwicklung des Schuldenwesens der Stadt Berlin gesehen. Ein wesentlich anderes Gepräge wird dieses Gebiet in dem Pariser Finanzwesen aufweisen.

Die Übersicht über die Verwendungszwecke der, für den Berliner Haushalt durch Anleihen aufgebracht Summen zeigt, daß eine im Verhältnis zum Ganzen verschwindend kleine Summe für Straßenbau benutzt worden ist. Die Ursache davon ist eine zweifache.

Erstens hatte die Stadt Berlin überhaupt keine großen und weitgehenden Umänderungen zu machen, zweitens sind, wo Veränderungen vorgenommen worden sind, sie meistens langsam vollzogen und zum Teil mit durch Steuern und andere gewöhnliche Einnahmequellen aufgebracht Mitteln durchgeführt worden. Dies sind Unterschiede, die viel tiefgreifender sind, als man beim ersten Anblick glauben wird. Unsere Ausführungen über die Verwendungszwecke der Pariser Anleihen werden dieses näher auszuführen haben.

Während die ersten bedeutenden Schulden der Stadt Berlin nur bis auf das Jahr 1828¹⁾ zurückgehen, waren die Schulden der Stadt Paris schon vor 1789 sehr bedeutend. Jede Anleihe bedurfte und bedarf heute noch eines besonderen Gesetzes. Es ist nicht ohne Interesse, die schon getilgten Schulden, die im Laufe dieses Jahrhunderts gemacht worden sind, kurz zu betrachten. Wir haben schon in der Behandlung der verschiedenen Ausgabe- und Einnahmearten gesehen, wieviel früher die wirtschaftlichen Anforderungen einer Großstadt an Paris als an Berlin herangetreten sind. Schon anfangs dieses Jahrhunderts wurden Markthallen, Schulgebäude, Kanäle u. s. w. gebaut, und da Paris unter der Bevormundung der kaiserlichen Regierung stand, wurden diese Ausgaben vielmehr angeordnet als beschlossen. Unter solchen Verhältnissen wurden zwischen 1809 und 1819 drei Anleihen aufgenommen mit einem Gesamtbetrag von 13 773 262 Mark. Diese Anleihen wurden durch einen Teil der Anleihe von 1865, welche wir später zu besprechen haben werden, getilgt. In den Jahren 1814, 1815 und 1816 traten dann Ereignisse ein, die der Stadt Paris große finanzielle Opfer auferlegten, nämlich der Einzug der fremden Heere in Paris und die im Jahre darauf folgende Hungersnot. Die Stadt sah sich genötigt, in diesen Jahren sieben verschiedene Anleihen aufzunehmen, deren Gesamtbetrag 46 121 513 Mark war. Sie wurden sämtlich vom Jahre 1824 an getilgt. Wie wenig die Stadt Berlin durch politische Ereignisse genötigt gewesen ist, Anleihen aufzunehmen, haben wir gesehen. Schon in den Jahren 1822 bis 1824 sah sich Paris wiederum genötigt, zu Anleihen zu greifen, und zwar dieses

¹⁾ Die erste Anleihe der Stadt wurde im Jahre 1828 aufgenommen.

Mal für die Vollendung dreier Kanäle: von l'Ourcq, von Saint-Denis und von Saint-Martin. Der Betrag war 12 423 200 Mark. Im Jahre 1852 war die Tilgung vollbracht.

Im Jahre 1825 wurde zum Bau eines Wein-Depot-Magazins eine Summe von 4 160 000 Mark von dem Pfandleih-Institut geliehen. Die politischen Ereignisse der Juli-Revolution im Jahre 1830 nötigten die Stadt, die Summe von 4 547 200 Mark von der „Bank von Frankreich“ zu leihen. Diese zwei letzten Schulden wurden durch die im Jahre 1832 aufgenommene und im Jahre 1853 getilgte Anleihe von 32 000 000 Mark zurückbezahlt. Der Rest dieser Anleihe wurde dazu benutzt, um verschiedene Werke durchzuführen, damit die Pariser Arbeiterbevölkerung augenblicklich genügende Beschäftigung bekäme. Eine durch das Gesetz vom 1. August 1847 genehmigte, aber erst wegen der Ereignisse von 1848 aufgenommene neue Anleihe von 20 000 000 Mark, welche zum Bau der Central-Markthalle und von Schulden bestimmt war, aber nicht dazu benutzt wurde, wurde bis zum Jahre 1859 getilgt.

Im Jahre 1852 wurde die Stadt ermächtigt, eine Anleihe von 40 000 000 Mark aufzunehmen, welche dazu benutzt wurde, die Central-Markthalle zu bauen und den Durchbruch verschiedener Straßen zu vollziehen. Die vollständige Tilgung erfolgte im Jahre 1870. Die letzte, gegenwärtig amortisierte Anleihe ist die vom Jahre 1872, welche 15 900 000 Mark betrug und vom 1. Oktober 1877 an aus den Erträgen der Anleihe des Jahres 1875 (176 000 000 Mark) getilgt wurde.

Wir kommen jetzt zu den nicht getilgten Anleihen und damit zugleich zu einer der interessantesten und großartigsten Perioden der Entwicklung der Stadt. Das zweite Kaiserreich, unter welchem Haufmann Präfekt des Seine-Departements war, hat eine beinahe völlige Umgestaltung der Straßenzüge von Paris durchgeführt. Man muß sich vergegenwärtigen, was dies bedeuten will, — eine Stadt, deren Straßen vielfach noch ein mittelalterliches Gepräge trugen, in einer dem modernen Verkehr und der Hygiene entsprechenden Weise umzuändern. Die Leistungen in Paris auf diesem Gebiet sind unzweifelhaft die großartigsten, die irgend eine Stadt aufzuweisen hat. Es wurde damals und wird heute noch vielfach über die Frage gestritten, ob es nicht zweckmäßiger gewesen wäre, diese kolossalen Unternehmungen auf eine lange Reihe von Jahren auszudehnen, um dadurch die Schuldenlast nur allmählich anwachsen zu lassen und sie auch durch Benutzung der disponiblen Fonds der ordentlichen Einnahmen einzuschränken.

Es ist nicht zu leugnen, daß vom finanzpolitischen Standpunkt das Vorgehen des Präfekten Haufmann viele und große Bedenken hervorruft. Wenn auch die Stadt Paris dadurch eine ganz ungeheure Schuldenlast bekommen hat, sind trotz alledem, wie wir sehen werden, die Vorteile in finanzieller sowohl als in wirtschaftlicher und hygieinischer Beziehung so groß, daß diese Bedenken beinahe verschwinden. Was Paris gewesen ist, und was es durch diese Umänderungen geworden ist, klingt vielfach wie ein Märchen. Man kann sich leicht die starke Verantwortlichkeit denken, die auf den Schultern eines solchen Mannes lag, die Angriffe und Beleidigungen, die er bei der Durchführung seiner Projekte zu ertragen hatte. Obwohl die Versuchung sehr oft an ihn herangetreten ist, diese Pläne zu seinem eigenen Vorteil auszunutzen, hat er stets ihr widerstanden. Im Jahre 1891 starb er als versälnismäßig unbemittelter und zurückgezogener Bürger von Paris.

Wir werden jetzt die noch nicht getilgten Schulden in ihrer chronologischen Reihenfolge behandeln.

1. Die erste Anleihe wurde durch das Gesetz vom 2. Mai 1855 zu einem Betrage von 48 000 000 Mark genehmigt. Sie wurde zur Verbreiterung und Durchbrechung von Straßen verwendet.

2. Gegen Ende der 50er Jahre (Gesetze vom 19. Juni 1857 und 28. Mai 1858) wurden die Projekte der Straßendurchbrüche und Verbreiterungen noch viel stärker in Angriff genommen, so daß im Jahre 1860 die Stadt genötigt war, eine Anleihe von 115 047 200 Mark aufzunehmen. Diese beiden Anleihen¹⁾ sollen bis zum 1. September 1897 getilgt werden. Sie haben zusammen 163 047 200 Mark der Stadteingebracht, werden aber bis zu ihrer Tilgung der Stadt 325 154 408 Mark gekostet haben. Um eine Vorstellung der Zwecke zu geben, für welche diese Anleihen von über 163 Millionen Mark benutzt worden sind, wollen wir eine Liste der Straßen geben, die mit ihren Mitteln neu durchbrochen worden sind. Das Defizit wurde von der Staats-Kasse gedeckt.

Straße:	Kosten:
Boulevard Voltaire, rot.	41 600 000 Mk.
„ Magenta	12 000 000 „
Rue de Turbigo	2 800 000 „
Avenue de Vincennes	3 600 000 „
Rue de Rouen und die neue Oper	34 400 000 „

¹⁾ Die von 1855 und die von 1860.

Rue de Rome	320 000 Mk.
Boulevard Malesherbes	26 600 000 „
Boulevard Beaujon	8 400 000 „
Umgebung des Place de l'Etoile	1 600 000 „
Avenue du Roi-de-Rome ¹⁾	4 400 000 „
Boulevard de l'Alma (rechtes Ufer)	4 400 000 „
Avenue de l'Empereur ¹⁾	4 400 000 „
Boulevard de l'Alma (linkes Ufer)	2 800 000 „
Avenue du Champ de Mars	2 400 000 „
Verlängerung der Rue de la Tour Maubourg	1 200 000 „
Boulevard Saint Marcel	2 400 000 „
Verbreiterung der Rue Mouffetard	1 200 000 „
Boulevard de la barrière d'Enfer	400 000 „
Straße zwischen Place Maubert und Place Mouffetard	1 600 000 „
Boulevard Sebastopol (kleiner Teil am nördlichen Ende)	6 400 000 „
Boulevard Saint Michel	7 600 000 „
Rue de Médicis	1 600 000 „
Summa: 172 120 000 Mk.	

Wir bekommen hierdurch eine Idee des Gesamtwerkes, wenn wir sehen, was durch eine einzige Anleihe durchgeführt worden ist. Die späteren können wir nur in Umrissen geben.

3. Im Jahre 1861 erfolgte die Einverleibung der Vororte. Diese Thatsache, in Zusammenhang mit der projektierten Weiterführung der Umgestaltung der Straßenzüge von Paris, führte im Jahre 1865 zur Aufnahme einer 4^o/_oigen Anleihe, deren Betrag 240 000 000 Mk. war. Die Tilgung derselben wird am 1. Februar 1929 vollendet sein. Die Gesamtkosten, die dieselbe der Stadt verursacht haben wird, werden sich auf circa 509 600 000 Mk. belaufen.

4. Durch das Gesetz vom 31. Juli 1869 wurde der Stadt das Recht gegeben, eine Anleihe von 372 620 156 Mark aufzunehmen. Vollen Gebrauch hat sie aber hiervon nicht gemacht; nur 200 000 000 Mark wurden aufgenommen. Eine Schilderung der Ursachen dieser Anleihe sowohl als der Zwecke, zu welchen sie verwendet wurde, würde uns zu weit führen. Es würde uns nötigen, das sehr komplizierte Verhältnis der Stadt zum „Credit Foncier“ genau zu untersuchen.

5. Kurz nach dieser Zeit kam der deutsch-französische Krieg. Die traurigen Ereignisse, die sich während und nach dem Krieg in Paris abspielten, konnten nicht vorübergehen, ohne einen nachteiligen Einfluß auf den finanziellen Zustand der Stadt auszuüben.

¹⁾ Diese Namen sind jetzt abgeändert worden.

Schon im Jahre 1871 mußte die Stadt zu einer großen Anleihe greifen, um verschiedene größere Schulden an einige der französischen Banken und an Private zu bezahlen, aber hauptsächlich zur Deckung der städtischen Kriegskontribution, die durch den Waffenstillstandsvertrag vom 28. Januar 1871 auf 160 000 000 Mark festgestellt wurde. Zu diesem Zwecke ist die Summe von 168 000 000 Mark von der „Banque de France“ entliehen worden, welche durch die Anleihe zurückbezahlt werden sollte. Die Gesamtsumme der durch die Anleihe zurückzubezahlenden Schulden war hiernach 268 000 000 Mark.

Die ungünstigen Umstände, unter welchen diese Anleihe ausgegeben wurde, machten die Bedingungen der Ausgabe zu sehr harten, und für die Stadt in ihrem damaligen Zustand sogar drückenden. Die Obligationen, deren Zahl 1 296 300 war, wurden zu 216 Mark (270 Fr.) ausgegeben, obwohl sie mit 320 Mark (400 Fr.) zurückbezahlt werden sollten, und zwar innerhalb 75 Jahren. Während also hiernach das ursprüngliche nominelle Schuldkapital 414 816 000 Mark beträgt, erhielt die Stadt durch die Ausgabe zu einem Kurs von 216 Mark nur 280 000 800 Mark. Nach dem Tilgungsplan wird diese Schuld am 15. Mai 1946 vollständig getilgt sein. Bis dahin wird die Stadt aber für die 280 000 800 Mark 1 123 338 112 Mark an die Obligationsbesitzer zurückbezahlt haben.¹⁾

6. Im Jahre 1875 wurde auf Grund des Gesetzes vom 24. Dezember 1874 eine Anleihe von 176 000 000 Mark (mit 500 000 Obligationen) zu dem Kurs von 352 Mark (440 Fr.) ausgegeben. Sie sollten aber zu 400 Mark (500 Fr.) zurückbezahlt werden. Der Zinsfuß war 4 % (auf 400 Mark) mit jährlichen Obligationen-Prämieen in einem Betrag von 720 000 Mark. Die Tilgung soll in 75 Jahren erfolgen (25. Februar 1950), bis zu welcher Zeit diese Anleihe der Stadt circa 676 569 136 Mark gekostet haben wird.

7. Die nächste Anleihe, die in Betracht kommt, ist die von 1876. Sie war bestimmt für Straßensbau und für Errichtung des mit dem Oktroi in Verbindung stehenden Lagerhauses zu Bercy. Ihr Betrag war 96 000 000 Mark. Sie wurde zu 372 Mark (465 Fr.) ausgegeben; ihr nomineller Wert war 400 Mark (500 Fr.), der Zinsfuß 4 %. Die Tilgungsperiode ist 73 Jahre (25. November 1949), bis zu welcher Zeit die Anleihe der Stadt circa 342 680 200 Mark gekostet haben wird.

¹⁾ Der Zinsfuß dieser Anleihe ist 3 %. Jedoch werden jährlich Obligationen-Prämieen bis zu einem Betrag von 1 200 000 Mark verlost.

8. Die bis zur Zeit letzte Anleihe ist die von 1886 auf Grund des Gesetzes vom 13. Juli 1886. Ihr Betrag ist auf 210 616 160 Mark festgestellt worden.

Wir wollen hier die noch nicht getilgten städtischen Anleihen kurz zusammenfassen.¹⁾

Noch nicht getilgte Anleihen der Stadt Paris.

Jahr der Ausgabe	Nomineller Betrag <i>M.</i>	Tilgung wird vollendet im Jahre	Zinsen und Tilgungsquoten, die im Jahre 1891 bezahlt wurden <i>M.</i>
1855	48 000 000	1. Sept. 1897	2 824 538
1860	115 047 200	1. Sept. 1897	5 648 996
1865	240 000 000	1. Febr. 1929	11 456 432
1869	200 000 000	1. Aug. 1909	11 457 896
1871	414 816 000	5. Mai 1946	15 032 880
1875	200 000 000	25. Febr. 1950	9 095 064
1876	96 000 000	25. Nov. 1949	4 736 536
1886	210 616 160	25. Dez. 1972	5 536 000
			65 788 342

Die von der Stadt zu bezahlenden Renten.

Neben diesen Anleihen hat die Stadt Paris eine ganze Reihe von Schulden, die in der Form von Renten oder „Annuités“ zu tilgen sind. Diese betrugen im Jahre 1891:

1. Für den Ankauf der Brücken „d'Austerlitz“, „de la Cité“ et „des Arts“	214 666 M.
2. Ankauf des Kanals Saint Martin	144 172 „
3. Ankauf der Wasserwerke von Saint Maur	76 760 „
4. Ankauf der Kanäle von der Ourcq und von Saint Denis	429 672 „
5. Ankauf des Schlachthofes Batignolles	44 000 „
6. Ankauf der Werke der Wassergesellschaft	928 000 „
7. Die aus dem Rückkauf der Konzession der Droschken-Gesellschaft entstandene Rente	288 000 „

¹⁾ Für die von der Stadt zu bezahlenden Renten siehe unter „Ausgaben“ Titel „Kapital- und Schuldenverwaltung“.

8. Jährliche Rückzahlungsrate an die „Société Parisienne de Crédit“ für den Bau des Central-Viehhofs	1 088 000 M.
9. Rückzahlungsrate der Summe von 20 Millionen Mark an die Bourse du Commerce	880 000 „
10. Beitrag der Stadt zur Vergrößerung des Bahnhofs „Saint Lazare“	215 860 „
11. Zinsen der schwebenden Schuld	350 400 „
12. Amortisation eines Teils des Defizits der Jahre 1871, 1872, 1874	82 000 „
13. Verschiedene kleinere Renten	58 956 „
14. Mit den Schulden verbundene Spesen und an den Staat zu bezahlende Beträge	4 862 560 „
	Summa: 9 663 046 M.
Zur Schuldentilgung und Verzinsung	65 788 342 „
Summa der Ausgaben der Kapital- und Schuldenverwaltung	75 451 388 M.

Es ist uns unmöglich gewesen, die Schulden der Stadt Paris in eigentliche „Kämmereischulden“ und in „Schulden der städtischen Werke“ so zu sondern, wie dies uns für die Berliner Verhältnisse gelungen ist. Für Paris hat dies auch nicht dasselbe Interesse, da ein viel kleinerer Teil der aufgenommenen Anleihen zu „städtischen Werken“ im eigentlichen Sinne benutzt worden ist. Die Kanalisationswerke kommen hier hauptsächlich in Betracht. Die in Paris übliche Rechnungsmethode macht es unmöglich genau festzustellen, wie hoch der Betrag der Schuldenverzinsung und Tilgung der einzelnen Werke ist, da diese Kosten nicht als Ausgaben der einzelnen Werke betrachtet werden. Die Verwendungszwecke der einzelnen Anleihen, die wir oben angegeben haben, ermöglichen nur ein allgemeines Urteil über diese Frage.¹⁾

Der ganz ungeheure, beim ersten Blick verblüffende Unterschied in den Finanzverhältnissen der beiden Städte bleibt immerhin bestehen. Auf seine Ursachen sowohl als auf die Unmöglichkeit unmittelbarer Vergleichen brauchen wir nicht wieder zurückzukommen. Es ist aber immer im Auge zu halten, daß die zukünftige

¹⁾ Man muß nicht vergessen, daß sehr wichtige, quasi-öffentliche Werke in Paris nicht in den Händen der Stadt sind, sondern von Privatgesellschaften betrieben werden. So z. B. die Gaswerke ein Teil der Wasserwerke (siehe Ausführungen über die Einnahmen aus städtischen Werken) u. s. w.

Entwicklung der Stadt Berlin unzweifelhaft eine Verminderung dieses Unterschieds mit sich bringen wird. Im großen und ganzen besitzt Paris ein Netz von Straßenzügen, die den Verhältnissen des modernen Verkehrs entsprechen. Von Berlin kann man dies in einem solchen Umfange nicht behaupten. Auf diesem Gebiete bleibt für die Stadt noch unendlich viel zu thun übrig. Die Einverleibung der Vororte, welche trotz des Widerstandes der Stadtbehörden in nächster Zukunft geschehen muß, wird die Notwendigkeit eines viel rascheren Vorgehens auf dem Gebiete des Straßendurchbruchs und Verbreiterung, noch schärfer hervortreten lassen. Bis jetzt haben sich die Stadtbehörden gesträubt, für diese Zwecke Anleihen aufzunehmen, aber daß sie späterhin dazu genötigt werden, liegt auf der Hand. Man kann dabei leicht zugeben, daß das Wachstum der Schulden nicht in dem Maße und in der Weise geschehen wird, wie dies in Paris der Fall gewesen ist, aber ebenso unleugbar ist es, daß dieses Wachstum ein rasches und gewaltiges sein wird. Erst wenn alle diese Ziele verwirklicht worden sind, wird es möglich sein, die Schuldenverhältnisse der beiden Städte auf einem mehr gemeinsamen Boden zu vergleichen; erst dann wird ein annähernd endgültiges Urteil möglich sein über das Berechtigte und das Falsche in dem Vorgehen der beiden Städte. Jetzt können wir nur sagen, daß die Entwicklung der Stadt Berlin bezüglich der Schuldenbelastung in den letzten 25 Jahren eine äußerst günstige gewesen ist, daß aber eine nicht zu ferne Zukunft die Stadt nötigen wird, wenigstens zum Teil denselben Weg zu gehen, wie die Stadt Paris in den 50er und 60er Jahren es gethan hat. Es bleibt dann nur zu erwarten, ob die Verwaltung der Stadt es verstehen wird, ein zweckmäßiges, vielleicht weniger rasches Verfahren zur Erlangung dieser Ziele zu finden, als dieses für Paris unter dem zweiten Kaiserreich möglich gewesen ist.

Kapitel X.

Allgemeine Ergebnisse der vorangehenden Vergleichen.

Wir haben schon in den vorhergehenden verwaltungs- und finanzrechtlichen und finanzstatistischen Teilen Gelegenheit gehabt, die meisten hier in Betracht kommenden Gesichtspunkte hervorzuheben. Es gilt hier hauptsächlich, sie nochmals kurz zusammen zu fassen, um dann einige allgemeine Fragen der Kommunalsteuerepolitik zu behandeln. Die Erfahrungen, die bis jetzt auf dem Gebiet der großstädtischen Verwaltung im modernen Sinne gemacht worden sind, fallen sämtlich in neuere Zeit. Definitive Schlüsse sind daher beinahe ausgeschlossen. Nichtsdestoweniger haben wir in den Gemeindeverwaltungen von Paris und ganz besonders von Berlin gewisse Prinzipien verwirklicht gesehen, die ohne Zweifel sehr brauchbare positive als ebenso klare negative Lehren in sich schliessen.

Überhaupt kommt es bei allen vergleichenden Studien darauf an, gewisse allgemeine Prinzipien herauszufinden, welche für uns Fingerzeige für die Richtung einer gesunden Entwicklung sein sollen. Wir haben im Laufe dieser Arbeit immer wieder betont, dass die günstige Beurteilung einer städtischen Einrichtung keineswegs eine Befürwortung ihrer Einführung in anderen Städten in sich schließt. Es gibt z. B. sowohl in Paris als in Berlin gewisse Anstalten und Institutionen, die die Bewunderung eines Ausländers erwecken, und doch wäre ihre Einführung in amerikanischen Städten z. B. ebenso unzweckmässig als erfolglos. Das liegt in der Natur der Sache. Wie wir gleich sehen werden, spielen hier die allerverschiedensten Momente mit, die allgemein gültige Schlüsse unmöglich

machen. Die oben genannten allgemeinen Prinzipien, die sich durch einen Stadt- sowohl als Staatsorganismus hindurchziehen, bieten uns aber einen gewissen Ersatz für diese mangelnden definitiven Schlüsse. Vor allem geben sie uns einen Maßstab, an welchem fremde Institutionen beurteilt werden können; sie ermöglichen ein Urteil wie weit eine gewisse Stadtverwaltung von diesen Prinzipien abgewichen ist, und ob diese Abweichung günstige oder ungünstige Folgen gehabt hat. Ein schlagendes Beispiel eines vorsichtigen und erfolgreichen Studiums fremder Institutionen, um dann die Erfahrungen für das Heimatland zu verwerten, sind die Arbeiten Gneists über die englische Lokalverwaltung. Ohne sich irgend welcher sklavischen Nachahmungssucht hinzugeben, hat er es verstanden, durch die verwaltungsrechtlichen Prinzipien, die sich bei einem Studium des englischen Selfgovernment ergaben, einen Teil der preussischen Selbstverwaltung neu zu beleben. Wenn wir die zwei Städte, die den Mittelpunkt unserer Erörterungen bildeten als geschlossenes Ganze betrachten, so fällt sogleich die viel günstigere Entwicklung auf, die die Stadt Berlin, besonders in den letzten 25 Jahren erlebt hat. Dieses begegnet uns sowohl auf dem verwaltungsrechtlichen als auf den finanzrechtlichen und finanziellen Gebieten. Hierzu hat natürlich die glückliche politische Machtentwicklung des preussischen Staates viel beigetragen. Immerhin liegt aber die Hauptursache in einer hiermit eng zusammenhängenden Thatsache, — nämlich in der, im großen und ganzen gesunden inneren Entwicklung des gesamten preussischen Staatslebens.

In unseren Betrachtungen über die Städteordnung haben wir gesehen, wie der gesündeste Kern dieser Entwicklung auf städtischem Boden zu finden ist. Wenn man aber das preussische Städtewesen mit dem Frankreichs und gar noch mit dem der Vereinigten Staaten von Nordamerika vergleicht, so ist dieses Urteil ganz unumgänglich. Worin sind die Ursachen dieses gewaltigen Unterschiedes zu suchen? Eine irgendwie genügende Antwort hierfür würde nicht nur eine Wiederholung des in den früheren Teilen Dargelegten in sich schließen, sondern eine Darlegung der gesamten französischen und preussischen Rechts- und Finanzgeschichte notwendig machen. Wir können hier aber leicht gewisse allgemeine Ursachen hervorheben, die unzweifelhaft am meisten beigetragen haben, den jetzigen Zustand herbeizuführen. Diese sind

I. Verwaltungsrechtlicher Art.

In dem ersten Kapitel haben wir Gelegenheit gehabt, den Zu-

stand der preussischen Städte vor und nach 1808 zu schildern. Die Wirkung der Städteordnung aus diesem Jahre ist uns dort klar geworden. In ihr finden wir auch zum grossen Teil die Antwort auf unsere Frage. Wie Pertz in seinem Leben Steins sagt: „die Belebung des Gemeingeistes und Bürgersinns — der Einklang zwischen dem Geist der Nation, ihren Ansichten und Bedürfnissen und denen der Staatsbehörden, die Wiederbelebung der Gefühle für Vaterland, Selbständigkeit und Nationalehre“, das war das Steinsche Programm. Eine scharfe Betonung der Pflichten der Bürger und ihrer Heranziehung zur Verwaltung der städtischen Angelegenheiten, waren die charakteristischen Merkmale dieses Programms. Die Stadt Berlin bietet uns hier ein Beispiel grossartigen Massstabs. In keiner andern Grossstadt findet sich das System der Ehrenämter in diesem Grade ausgebildet. Gegenwärtig sind in ehrenamtlichem Dienst in den verschiedenen Kommissionen, Deputationen und als Bezirksvorsteher circa 7000 Bürger thätig.¹⁾ Zur gleichen Zeit als diese Entwicklung in Preussen vor sich ging, zeigte Frankreich einen beinahe entgegengesetzten Lauf der Dinge. Die schematische Gleichmachung, die Beseitigung aller formellen Ungleichheiten war das Ziel der grossen Revolution. Eine einseitige Betonung der Rechte der Bürger, ohne ihre Pflichten genügend hervorzuheben, war ein anderes ihrer charakteristischen Merkmale.²⁾ Obwohl Paris von vornherein in Bezug auf seine Verwaltung eine Sonderstellung einnahm, wurde dies nicht die Ursache einer gesunden Entwicklung. Trotzdem der Satz von der Gleichstellung aller Land- und Stadtgemeinden ein Grundsatz der kommunalen Gesetzgebung war und noch bis zu einem gewissen Grade ist, sah man sich doch bald genötigt, der Selbsterhaltung des Staates wegen, für Paris eine Ausnahme zu machen. Die Verwaltung wurde in ihren Hauptteilen durch, vom Staat ernannte Beamte entweder direkt geleitet oder wenigstens sehr stark kontrolliert. Die Stadt wurde im wesentlichen zu einem vom Staat regierten Gebiet er-

¹⁾ Hierunter sind 126 Stadtverordnete, 81 Bürger-Deputierte, 310 Bezirks-Vorsteher, 310 Bezirks-Vorsteher-Stellvertreter, 281 Servis-Verordnete, 243 Armen-Kommissionen mit 2325 Mitgliedern, 223 Gemeinde-Waisenräte mit 1187 Mitgliedern, 152 Schul-Kommissionen mit 2194 Mitgliedern, 31 Magistrats-Deputationen mit 124 Magistrats-Mitgliedern, 233 Stadtverordneten und 60 bürgerlichen Mitgliedern.

²⁾ Siehe Taine „Les Origines de la France Contemporaine“ Bd. II und III „La Revolution“.

niedrigt. Ein anderer Umstand, der mit diesen Nivellierungstendenzen im engen Zusammenhang steht, ist der, daß Paris mit dem allgemeinen Stimmrecht bei den Munizipalwahlen zu rechnen hatte, welches nach verschiedenen Veränderungen seit dem Jahre 1874 in seiner heutigen Form besteht. Sei die Stellung, welche man zum allgemeinen Wahlrecht einnimmt, wie sie wolle, eines ist nicht zu läugnen, daß in den Großstädten dieses System viel Unheil angerichtet hat. Die Erfahrungen Frankreichs und vor allem die der Vereinigten Staaten sind dafür geradezu klassisch. Die heterogene Zusammensetzung der großstädtischen Bevölkerung macht es unmöglich, unter diesem System eine Selbstverwaltung im eigentlichen Sinne des Wortes auszubilden. Eine weitgehende Bevormundung der Städte seitens des Staates ist die notwendige Folge. In dieser Beziehung hat Berlin wiederum die günstigere Entwicklung aufzuweisen. Nicht daß das Dreiklassensystem das beste aller Wahlsysteme ist; immerhin wird aber dadurch eine Zusammensetzung der Stadtverordneten-Versammlung erzielt, der man weitgehende Verwaltungs- und Finanzrechte überlassen kann ohne zu befürchten, daß dadurch Staats- sowohl als Gemeinde-Interessen gefährdet werden.

Diese beiden Umstände sind von der weitgehendsten Tragweite. In jedem Zweig der Staatsverwaltung begegnet man ihrer Wirkung. Sie erklären uns die wichtigsten Unterschiede in der Verwaltung der beiden Städte, sie weisen uns auf die Vorzüge der einen, die Nachteile der andern hin, sie lehren uns, wie die Prinzipien der Städteordnung von 1808 zu einer der besten, wenn nicht der besten Großstadtverwaltung moderner Zeit geführt haben, sie lehren uns andererseits, wie die allmähliche Ertötung des Bürgersinns und Gemeingeistes durch die Entziehung des Rechts der Verwaltung der eigenen Angelegenheiten die nachteiligsten Folgen mit sich bringt.

II. Auf finanzrechtlichem Gebiete spiegeln sich die oben genannten Thatsachen mit besonderer Klarheit wieder und zwar:

1. in den Befugnissen der Stadtverordneten-Versammlungen der beiden Städte. Das allgemeine Stimmrecht macht es unmöglich, den Munizipalrat mit weitgehenden Finanzrechten auszustatten. Wie wir schon gesehen haben, ist, dagegen nicht nur das Budgetrecht, sondern auch das Recht der finanziellen Kontrolle seitens der Berliner Stadtverordneten-Versammlung sehr weitgehend.

2. Ist es ganz natürlich, daß diese Stellung des Munizipalrates, einerseits seine Zusammensetzung, die Art der Ernennung der beiden

Prefekten anderseits, einen starken Gegensatz zwischen Legislative und Exekutive hervorrufen muß. Dieser Gegensatz äußert sich in beständigen Budgetverweigerungen und Streitigkeiten anderer Art, unter welchen die Stadtverwaltung, sowie die Finanzen leiden. Dafs ein solcher Zustand der Berliner Verwaltung im grofsen und ganzen fremd geblieben ist, brauchen wir hier nicht wieder hervorzuheben.¹⁾

Wir kommen jetzt zu dem wichtigsten Teil unserer Schlussbetrachtungen, nämlich zu der Entwicklung der beiden Städte auf finanziellem Gebiet, welche uns zu der allgemeinen Kommunalsteuerfrage führen wird.

Die Unterschiede, die wir hier finden werden, sind, obwohl die Ursachen vielfach mit dem schon Hervorgehobenen zusammenhängen, doch nicht ganz damit übereinstimmend. Die Entwicklung des Staatssteuersystems und sein Verhältnis zur Kommunalbesteuerung tritt uns in den beiden Ländern vielfach auseinandergehend entgegen. Mit der grofsen Revolution verloren die französischen Gemeinden fast alle Spuren einer Steuerautonomie. Um alle äufseren Ungleichheiten zu vermeiden, wurden die Gemeinden auf Zuschläge zu den Staatssteuern verwiesen. Die Einheit des Staats- und Kommunalsteuersystems wurde dadurch geschaffen. Für die Städte kommt dann als zweiter wichtiger Besteuerungsmodus das Oktroi in Betracht, dessen Rolle in dem Steuersystem der Stadt Paris wir schon näher betrachtet haben.

Eine bis zu den 70iger Jahren wesentlich andere Entwicklung weist das preussische Staats- und Kommunalsteuersystem auf. Während die einheitliche Regelung der französischen Staats- und Kommunalbesteuerung schon gegen Ende des letzten Jahrhunderts erfolgte, konnte dieses Werk in Preussen erst nach den Befreiungskriege in Angriff genommen werden. Nur sehr langsam gingen diese Reformen vor sich. Der verhältnismäfsig freie Spielraum, welcher den Gemeinden in der Gestaltung ihres eigenen Steuerwesens gelassen wurde,²⁾ hatte zur Folge, dafs sie kaum von diesen

¹⁾ Einige unbedeutende Streitigkeiten fanden zwischen der Stadt-Verwaltung und dem Polizei-Präsidium statt. Die Ursachen davon lagen aber mehr in den betreffenden Persönlichkeiten als in den Einrichtungen.

²⁾ Siehe Ausführungen über die historische Entwicklung des Berliner Steuerwesens.

Reformbestrebungen berührt wurden. Wie Reitzenstein zutreffend bemerkt: „Gänzlich unberührt von den damaligen, auf Herstellung einer Einheit der Grundsätze gerichteten Bestrebungen, blieb das Steuerwesen der Gemeinden und korporativen Verbände. Die auf dasselbe bezüglichen Bestimmungen der Kreis-, Gemeinde- und Städteordnungen noch der 40iger und 50iger Jahre überlassen übereinstimmend jenen Korporationen die Initiative in betreff der Feststellung des Modus, welcher für die Aufbringung ihres Bedarfes maßgebend sein soll.“¹⁾ Was die Kreis und Provinzialverbände anlangt, so wurde ihre Entwicklung zum Abschluss gebracht durch die Provinzial- und Kreisordnungen vom Jahre 1872 bzw. 1873, welche in diesem Punkt das französische System annahmen, d. h. der Steuerbedarf der Provinzen und Kreise soll in Anlehnung an das Staatssteuersystem, d. h. durch Zuschläge, aufgebracht werden. Die Regelung der Frage der Gemeindesteuern wurde vorbehalten und steht noch gegenwärtig in Aussicht. An Reformvorschlägen hat es nicht gefehlt, ein Aushilfegesetz unter dem Namen Kommunalsteuer-Notgesetz sogar, wurde im Jahre 1885 erlassen, aber zu einer definitiven Regelung ist es noch nicht gekommen. Dies führt uns zu den eigentlichen Prinzipienfragen der Kommunalbesteuerung. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, in einem Schlusskapitel die mannigfaltigen Fragen der Kommunalbesteuerung zu behandeln. Es ist uns nur daran gelegen, die wichtigsten Punkte hervorzuheben, um gewisse allgemeine Schlüsse betreffs der großstädtischen Steuerpolitik ziehen zu können. In den verwaltungs- und finanzrechtlichen Teilen dieser Abhandlung haben wir gesehen, wie die Stellung der Gemeinde im Staatsorganismus einerseits und ihrer Stellung zur Volkswirtschaft andererseits bestimmend auf die ganze Finanzwirtschaft und damit auch auf die Gestaltung der Gemeindesteuern einwirkt. Von allgemeiner Wichtigkeit ist das erstere Verhältnis, von besonderer Bedeutung für die Stadtgemeinde das zweite.

Um unnötige Wiederholungen zu vermeiden, müssen wir hier auf das Vorhergesagte Bezug nehmen. Wir haben dort gesehen, wie sehr verschieden die Auffassungen des Verhältnisses von Staat zu Gemeinde in den verschiedenen Kulturländern sind. Dies tritt besonders scharf hervor in der Stellung der Stadtgemeinden. In Frankreich und besonders in den Vereinigten Staaten ist sowohl

¹⁾ Schriften des Vereins für Sozialpolitik Bd. XII Gutachten und Berichte über die Kommunalsteuerfrage S. 113 ff.

die Kontrolle des Staates als seine Einmischung in die Gemeindeangelegenheiten eine sehr weitgehende.

In Preussen dagegen hat, besonders seit der Städteordnung von 1808, eine viel liberalere Auffassung sowohl in der Abgrenzung der Gemeindeaufgaben, als in der Gestaltung des Gemeindesteuерwesens geherrscht.

Was erstere anlangt, so ist es weder möglich noch erwünscht, eine prinzipielle Grenze zwischen den Aufgaben der Gemeinde und denen des Staates zu ziehen; hier sind die einem jeden Lande eigentümlichen Verhältnisse die unerlässlichen Prämissen. Wir stoßen hier an die Frage des allgemeinen Charakters der Gemeinde, eine Frage, die vielfache Polemik hervorgerufen hat. Der Streit dreht sich um den Punkt, ob die Gemeinde als eine reine Wirtschaftsgenossenschaft anzusehen sei, oder ob sie noch mehr als dies wäre. Die erstere Ansicht wurde und wird heute noch von den Anhängern der extremen individualistischen und Freihandels-Schule vertreten. Dies ist unzweifelhaft eine höchst einseitige Auffassung von welcher die heutigen Theoretiker so wie Praktiker mehr und mehr abgekommen sind. Es ist nicht zutreffend, daß die „Gemeinde eine bloße Genossenschaft zur Erreichung wirtschaftlicher Zwecke ist“; sie ist viel mehr als dieses. Die Gemeinde hat gerade wie der Staat Kultur- sowohl als Wirtschafts- Zwecke zu verfolgen. Das Verhältnis ist am zutreffendsten von Wagner charakterisiert worden, wenn er sagt „Ich sehe in ihnen (d. h. Staat und Gemeinde) im wesentlichen Vertreter jenes großen Systems in der Volkswirtschaft, daß ich als das gemeinwirtschaftliche bezeichne, gegenüber dem sogenannten privatwirtschaftlichen des freien Verkehrs.“ Damit ist keineswegs ausgeschlossen, daß in der einen die wirtschaftliche Seite mehr in den Vordergrund tritt als in den anderen. In der That hat die Gemeinde den Charakter einer Genossenschaft für wirtschaftliche Zwecke in viel höherem Grade als der Staat. Doch ist der Unterschied nur ein gradweiser. Beide haben obrigkeitliche Funktionen, welche aber in dem Staat eine größere Rolle spielen, als in der Gemeinde.

Herrschen, und was eng damit zusammenhängt, die Kulturinteressen ihrer Mitglieder zu fördern, sind die zwei Gebiete, die Staat und Gemeinde gemeinsam sind. Insofern sind sie beide ähnlichen Korporationen.¹⁾ Wir haben in Kapitel I gesehen, inwieweit

¹⁾ Wir möchten sagen, daß die Selbstverwaltungskörper eine Mittelstellung

die Gemeinde als Organ des Staats anzusehen ist; dort ist, soweit es möglich gewesen ist, zwischen den „eigentlichen“ und den „übertragenen“ Funktionen der Gemeinde unterschieden worden. Eine prinzipielle Unterscheidung zwischen den Aufgaben, die sich hieraus ergeben, und denjenigen, die der Gemeinde als solche eigentümlich sind, ist kaum möglich. Die Auffassungen hierüber zu verschiedenen Zeiten und in verschiedenen Staaten sind sehr wechselnde gewesen und werden durch allerlei politische und wirtschaftliche Momente bestimmt. Durch die Auffassung der Stellung der Gemeinde zum Staat und der Stellung beider zur Volkswirtschaft werden die Prinzipien der Gemeindewirtschaft bedingt. Wohl auf wenigen Gebieten der Nationalökonomie gehen die Ansichten so weit auseinander als gerade hier. Dies ist leicht ersichtlich, wenn wir die Ansichten der individualistischen Freihandelsschule über die Prinzipien der Gemeindebesteuerung mit denen der mehr sozialpolitischen vergleichen. Was die ersteren anlangt, so brauchen wir nur einen Satz aus einer Abhandlung von Faucher zu zitieren, aus dem sich sein ganzes Kommunalsteuersystem von selbst ergibt.

„Weil in der Gemeinde die Gewalt nicht mehr wohnt, ist sie Gemeinde und nicht Staat — die Gemeinde des Urstaats war nicht bloß politische, sondern auch volkswirtschaftliche Gruppierung; den politischen Inhalt, die eigene Gewalt ist sie los — die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Korporation ist allein geblieben. Menschen sind übrig geblieben, welche, wie es die Volkswirtschaft auffaßt, den Vorteil haben, in größerer Anzahl zusammen zu wohnen, und infolge dessen die Arbeit unter sich teilen können, ohne sich mit Transportkosten zu belasten.“¹⁾ Wir stoßen hier sofort auf den Gegensatz zweier Steuerprinzipien, zu denen Stellung zu nehmen besonders für die Kommunalbesteuerung notwendig ist. Diese sind:

1. Das Prinzip von Leistung und Gegenleistung.
2. Das Prinzip der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit.

Es ist ganz natürlich, daß die höchst einseitige Auffassung der Freihandelsschule von der Stellung des Staats und der Gemeinde zur Volkswirtschaft zu dem ersteren Prinzip als zu dem selbstverständlichen für die Deckung des Gemeindebedarfs führte. Wie Faucher selbst sagt, die Gemeindesteuern sind „keine Steuern,

zwischen Staat und Interessengenossenschaft einnehmen. „Je enger das Gebiet ist, das sie umfassen, desto mehr nähern sie sich einer Interessengenossenschaft“. von Reitzenstein Gutachten V.S.P. 1877.

¹⁾ Vierteljahrsschrift für Volkswirtschaft und Kulturgeschichte Bd. 2 S. 207.

sondern eben Beiträge oder Gebühren — die ihren Namen von dem Zwecke ableiten, für den sie erhoben werden. — In der Gemeinde bezahlt der Einzelne einfach für den Vorteil des bewußten Zusammenwohnens und nach Maßgabe des Vorteils, den er aus der Thätigkeit der Gemeinde zieht.“ Hierin liegt eine konsequente Durchführung des Prinzips von Leistung und Gegenleistung. Es ist nicht möglich, in dem Rahmen dieser Abhandlung alle Gründe die gegen dieses System sprechen, anzuführen. Dieses ist schon teilweise geschehen in den Betrachtungen über die Stellung der Gemeinde im Staatsorganismus und zur Volkswirtschaft. Die übrigen werden sich in den Erörterungen eines Steuersystems, welches in einer Mischung der beiden Prinzipien besteht, finden. Zu ihnen wollen wir jetzt übergehen. Die Gründe, welche für das Prinzip der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit in der Staats-Besteuerung sprechen, müssen wir als schon bekannt voraussetzen. Insofern der Gemeinde rein wirtschaftliche Aufgaben gestellt sind, sowie auch bei einem Teile der sogenannten Kulturaufgaben, ist die Besteuerung nach dem Interesse (Leistung und Gegenleistung) eine vollständig gerechtfertigte. Für den größten Teil der Kulturaufgaben, wie für die Gesamtheit der allgemeinen Aufgaben (wie z. B. Ortspolizei u. s. w.), ist dagegen das Prinzip der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit das allein Maßgebende. Nicht nur wäre für diese letzteren Aufgaben die individuelle Ausrechnung von Kosten und Vorteilen völlig unmöglich, sondern es hängt auch von ihrer Erfüllung, sei es seitens des Staats oder der Gemeinde die Fortentwicklung, ja das Bestehen selbst des Gemeinwesens ab. Es ist daher ganz zutreffend, wenn Cohn¹⁾ sagt, daß die Anrufung des Grundes der Leistungskraft „über das Ökonomische hinaus reicht, und nur eine Nutzanwendung ist von dem allgemeineren und tieferen Grunde der sittlichen Solidarität.“ Es gilt, jetzt zu prüfen, inwiefern und in welcher Weise diese beiden Prinzipien den Aufgaben der Gemeinde gemäß, in einem rationell konstruierten Steuersystem zur Anwendung zu kommen hätten. Wir müssen hier von vornherein drei Kategorien von Gemeinden unterscheiden, nämlich:

1. Landgemeinden,
2. Mittelstädte und
3. Großstädte.

Für diese Scheidung sprechen eine ganze Reihe von Gründen, hauptsächlich aber

¹⁾ Finanzwissenschaft Buch 2 Kap. 1 S. 244.

1. die grössere Mannigfaltigkeit der Aufgaben, die den Großstädten obliegen;

2. die Thatsache, daß in den Landgemeinden das Ackerland vorwiegt, während in den Städten das bebaute Grundeigentum das bei weitem vorherrschende ist;

3. die großen Verschiedenheiten in dem Verhältnis von Personal zu Realbesitz in Stadt und Land.

Da die früheren Kapitel sich ausschliesslich mit den großstädtischen Finanzen beschäftigten, wollen wir uns hier, soweit als möglich, auf die großstädtische Steuerpolitik beschränken, um dann das Steuerwesen von Berlin und Paris an diesen Maßstäben zu prüfen.

Wir haben bis jetzt von der Gemeinde als einem selbständigen Finanzkörper gesprochen, welcher seine eignen Einnahmen und Ausgaben gerade wie der Staat hat. Doch ist dieser Satz durch das wichtige Prinzip, welches wir in Kapitel I hervorgehoben haben, zu beschränken oder wenigstens zu ergänzen. Die Gemeinde ist ein Glied im staatlichen Organismus, und gerade wie ihre Aufgaben in gewissen Richtungen von demselben begrenzt werden, so ist auch ihr Finanzwesen dem des Staates untergeordnet. Daß kein Gegensatz zwischen der Staats- und der Gemeindebesteuerung bestehen darf, daß sie sich vielmehr gegenseitig zu unterstützen und zu vervollständigen haben, versteht sich von selbst. Daß die Gemeindebesteuerung in einem solchen Falle zurückweichen muß, entspricht ihrer öffentlich-rechtlichen Stellung. Inwiefern die Gemeindebesteuerung sich direkt an die Staatsbesteuerung anlehnen soll, i. a. W. die Frage der Zuschläge oder selbständigen Steuern, werden wir später zu erörtern haben. Es sei hier nur erwähnt, daß allein die Thatsache eine Verschiedenheit der Aufgaben von Staat und Gemeinde gegen ein reines Zuschlagsystem, ganz besonders in den Großstädten, spricht. Wir haben oben gesagt, daß für die rein wirtschaftlichen Verwaltungsausgaben sowohl als für einen Teil der Kulturausgaben das Prinzip von Leistung und Gegenleistung vorwalten soll. Durch ein System von Gebühren und Beiträgen, wie sie sich in den Adjacentenzuschüssen, Kanalisations-, Wasserwerk- und Beleuchtungsabgaben äußern, wird diese Forderung zum Teil verwirklicht. Nicht daß, besonders bei Kanalisations- und Wasserwerken, die Leistungen der Gemeinde der Gesamtheit nicht zu gute kommen; werden doch hierdurch die allgemeinen hygienischen Zustände verbessert.¹⁾ Allein die Vorteile der einzelnen Hausbewohner

¹⁾ Wir kommen hier zu einer der wichtigsten Unterscheidungen der Ge-

oder Besitzer sind hier so klar ersichtlich, daß ein System von Gebühren und Beiträgen geradezu für geboten erscheint. Wenn ein solches System nicht aber zur Deckung eines Teils der Kosten angewandt wird, so werden Einzelnen Vorteile gewährt auf Kosten anderer Gemeindeangehöriger und zwar könnte es leicht vorkommen, daß die Leistungsfähigeren gerade diese Vorteile in höherem Maße genießen. In allen Fällen wäre dieses Prinzip für diese Aufgaben der Kommunalverwaltung ein völlig Verkehrtes. Diese Gebühren und Beiträge werden besonders in den Großstädten kaum ausreichen, die Kosten vollständig zu decken. Als Ergänzung zur Verwirklichung des Prinzips von Leistung und Gegenleistung, wird daher die Gemeinde zu den Ertragssteuern, besonders zu den Immobiliensteuern zu greifen haben, zusammen mit einer besonderen Konjunktursteuer.

Von den beiden andern Ertragssteuern, nämlich der Grund- und der Gebäudesteuer, haben wir es in den Großstädten vornehmlich nur mit der letzteren zu thun, obwohl in gewisser Hinsicht, wie wir bald sehen werden, die Grundsteuer auch eine viel wichtigere Rolle spielen könnte, als wie bisher. Was die Immobiliensteuer im allgemeinen anlangt, so ist sie von einer Reihe von Finanztheoretikern als die ausschließliche richtige Gemeindesteuer angesehen worden. Es ist nicht zu leugnen, daß ein großer Teil der Gemeindeanlagen sich in dem Wert des bebauten und unbebauten Grundeigentums niederschlägt. Besonders von der deutschen Freihandelschule wurde daher die Immobiliensteuer als die einzig richtige angesehen, um das Schulprinzip von Leistung und Gegenleistung durchzuführen. Man muß sich natürlich in der Beurteilung der Prinzipien dieser Schule ihre Auffassung von den Aufgaben der öffentlichen Körper sowohl des Staates als der Gemeinde vergegenwärtigen. Daß diese Anschauungen noch sehr lebensfähig sind,

meindeaufgaben, worin auch eine Andeutung der Verschiedenheit der Staats- und Gemeindeaufgaben enthalten ist:

1. Die örtlich verteilten Aufgaben, die den einzelnen Gemeindeangehörigen einen nicht gleichmäßigen Vorteil bieten und darum ein besonderes System der Deckung der Kosten verlangen; so z. B. bei Straßensbauten, Beleuchtungswesen, Kanalisationsbauten.

2. Die allgemeinen Leistungen der Gemeinde (z. B. Unterrichts- und Gesundheitswesen), welche für alle Gemeindeangehörigen die gleichen sind und deren Kosten daher auf dem Wege der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit aufgebracht werden müssen.

zeigt sich zum Teil in den Vorschlägen der Regierung, die Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunen zu überweisen; ein Vorschlag, welcher nur als wenig annehmbar bezeichnet werden kann, da er eine der allerstärksten wirtschaftlichen Befugnisse des Staates preisgibt, nämlich durch eine über das ganze Land erstreckte Grund- und Gebäudesteuer eine gewisse Ausgleichung zwischen den von der Natur wenig begünstigten und den reicheren Gegenden zu bewirken. Die Beurteilung dieser Frage liegt aber ausserhalb des Rahmens dieser Arbeit.

Wir möchten uns hier, besonders was die Grossstädte anlangt, gegen die Ausschliesslichkeit in der Benutzung dieser Gebäudesteuer seitens der Kommunen aussprechen. Die Gründe, die hier massgebend sind, können wie folgend zusammengefasst werden:

1. Es ist keineswegs zutreffend, dass der grösste Teil der Leistungen einer Gemeinde, bezüglich einer grösseren Stadtgemeinde nur den Hausbesitzern finanziell zu gute kommt. Dies bedarf kaum einer weiteren Begründung, als des Hinweises auf die Thätigkeit einer Gemeinde wie Berlin; ein sehr bedeutender Teil der Ausgaben sind allen dienlich und gemeinsam.

2. Ferner ist in den Grossstädten das Verhältnis zwischen dem Real- und Personalbesitz ein ganz anderes als in den Mittelstädten und Landgemeinden. Die sich hieraus ergebenden Konsequenzen fallen in das Gebiet der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit, was wir später zu behandeln haben werden.

Wenn daher die Immobiliensteuer als ausschliessliche Gemeindesteuer unzulässig ist, so ist keineswegs damit gesagt, dass sie nicht eine bedeutende Rolle spielen soll. Insofern die Beiträge und Gebühren zur Deckung der rein wirtschaftlichen Ausgaben der Gemeinde nicht ausreichen, soll die Kommunal-Gebäudesteuer den Rest decken, da diese Ausgaben (Straassenbau, Pflasterung, Kanalisation u. s. w.) den Hausbesitzern ganz besondere finanzielle Vorteile bieten, für die man auf diese Weise eine Gegenleistung mit vollem Rechte verlangen kann. Als Ergänzung zu diesem Prinzip der Besteuerung nach dem Interesse haben wir noch eines zu berücksichtigen. Es ist vor allem das Verdienst Adolf Wagners gewesen, aus dem Verhältnis des städtischen Steuerwesens zum städtischen Grundbesitz wichtige Sätze für das Kommunalsteuerwesen zu konstruieren. Es liegt ausser allem Zweifel, dass ein Teil der ungeheuer hohen Gewinne, welche den einzelnen Grundbesitzern zu gute kommen, nicht durch irgend eine Leistung ihrerseits, sondern

ausschließlich durch die Entwicklung des ganzen Gemeinwesens verursacht wird. Deshalb müßte ein Teil davon dem Gemeinwesen zu gute kommen, welches auf zweierlei Weise zu erreichen wäre:

1. Durch eine ebenso hohe Besteuerung des unbebauten, als des angrenzenden bebauten Realbesitzes, i. a. W. der Gemeindefiskus soll die der Bebauung vorenthaltenen Grundstücke als bebaut betrachten und sie, nachdem ein gewisser Wert festgestellt worden ist, mit dem gewöhnlichen Prozentsatz belasten.

2. Durch hohe Besitzwechselabgaben mit besonderer Berücksichtigung derjenigen Fälle, wo der Unterschied zwischen An- und Verkaufspreis ein bedeutender ist.

Hiermit haben wir das Prinzip der Besteuerung nach dem Interesse in aller Kürze erledigt.

Über die besonderen Formen der Erhebung werden wir noch einige Worte zu sagen haben, nachdem wir das zweite Prinzip erörtert haben, nämlich das der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit.

Wir haben gesehen, daß das Prinzip von Leistung und Gegenleistung noch eine sehr wichtige Stellung in dem Gemeindesteuernwesen einnimmt, während es für die Staatsbesteuerung eine völlig unbrauchbare Grundlage ist. Wie sehr auch das Prinzip der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit in neuerer Zeit für die Staatsbesteuerung in den Vordergrund gedrungen ist, so hat es dennoch keineswegs eine allgemeine Anerkennung auf kommunalem Boden gefunden. Die Ursachen hiervon brauchen wir nicht zu wiederholen; sie liegen in der Auffassung des Charakters von Staat und Gemeinde. Für die Verwirklichung des Prinzips der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit kommen für uns in erster Linie die Personalsteuern in Betracht. Es ist von manchen Theoretikern unter andern von dem auf diesem Gebiet sehr verdienstvollen von Bilinski ¹⁾ die Behauptung aufgestellt worden, daß sogar alle Realsteuern eine Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit sind.

In einem gewissen Sinne ist dies war, jedoch steht das andere Prinzip in der Veranlagung dieser Steuern im Kommunalsteuernwesen so sehr im Vordergrund, daß die Theorie von v. Bilinski nur zu Verwirrungen und sehr oft zu unrichtigen Schlüssen führen kann.

Von den Personalsteuern ist die wichtigste die Einkommensteuer. Die Frage der Anwendung einer Einkommensteuer zur Durch-

¹⁾ „Die Gemeindebesteuerung und deren Reform“ Leipzig 1878.

führung der allgemeinen kulturellen, sozialen und politischen Aufgaben der großen Stadtgemeinden ist eine in der letzten Zeit viel bestrittene. Die Anhänger der ausschließlichen Immobiliensteuern für kommunale Zwecke verwerfen naturgemäß diese Steuerart. Gegenwärtig scheint überhaupt die Strömung gegen diese kommunale Steuerart zu sein, wie die projektierte Gemeindesteuerreform beweist. Die Überweisung der Grund- und Gebäudesteuer würde den alleinigen Vorbehalt der Einkommensteuer für den Staatshaushalt zur Folge haben, oder wenigstens die Einkommensteuer nur als eine Ergänzungssteuer gestatten. Wir haben uns gegen diese Ueberweisung vom Standpunkt des allgemeinen Staatsinteresses ausgesprochen. An dieser Stelle gilt es die Beibehaltung der Kommunal-Einkommensteuer vom Standpunkt des allgemeinen Gemeindeinteresses zu begründen.

Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß das Maß der Leistungsfähigkeit in den Einkommen der Einzelnen mit einigen Beschränkungen zum Ausdruck kommt. Wenn daher das Prinzip der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit für das kommunale Finanzwesen einmal begründet ist, erscheint es nur konsequent, daß eine Einkommensteuer mit einigen Ergänzungen hier Platz greifen soll.

Die Ergänzungen, welcher die Einkommensteuer bedarf, um völlig das Prinzip der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit zu verwirklichen, liegen einerseits in einem progressiven Steuerfuß, andererseits in einer verschiedentlichen Besteuerung des fundierten und unfundierten Einkommens. Für die Staatseinkommensteuer ist diese Lösung von einer Reihe von Schriftstellern angenommen worden; die letztere Forderung soll im weiteren Ausbau der preussischen Steuerreform durchgeführt werden. Es liegt auf der Hand, daß ein Einkommen aus Grund- oder Kapitalbesitz viel leistungsfähiger ist, als eines, deren Quelle im persönlichen Erwerb ist. Um ein Beispiel dieser verschiedentlichen Belastung durch die Ergänzung der Einkommensteuer mittels einer Vermögenssteuer zu geben, wollen wir hier den Vorschlag der im Jahre 1873 von Gensel ³⁾ gemacht worden ist, wiederholen. In seiner Tabelle nahm er einen gleichmäßigen Einkommensteuerfuß von 2 ‰, einen Vermögenssteuerfuß von 1 pro mille und gelangte dadurch zu folgendem Ergebnis:

¹⁾ Schriften des V.S.P: Gutachten über Personalbesteuerung. Leipzig 1873.

	Einkommen	Vermögen	Einkommen- steuer	Vermögen- steuer	Gesamtsteuer
A	2000	50 000	40	50	90
B	2000	30 000	40	30	70
C	2000	20 000	40	20	60
D	2000	10 000	40	10	50
E	2000	—	40	—	40

Wie aus dem Verhältnis von Einkommen- zur Gesamtsteuer leicht ersichtlich ist, ist der Hauptunterschied in der Leistungsfähigkeit der Einzeleinkommen genügend berücksichtigt.

Ehe wir zu der Frage der zweckmässigsten Form dieser verschiedenen Gebühren, Beiträge, Real- und Personalsteuern übergehen, wollen wir noch einige Worte über die Verbrauchssteuern hinzufügen. Unter diesem Titel sind die Aufwands- und Konsumtionssteuern zu behandeln. Was die ersteren anlangt, so kommt vor allem die Mietssteuer in Betracht, welche eine sehr bedeutende Rolle in einigen Großstädten Preussens spielt. Diese Steuer ist von den aller verschiedensten Seiten auf das heftigste angegriffen worden und bis zu einem gewissen Grade mit Recht. Es ist wahr, daß diese Steuer in ihrer gewöhnlichen Gestalt umgekehrt progressiv wirkt, da das Verhältnis zwischen Miete und Einkommen verschieden ist, je nach Höhe des Einkommens. Je kleiner dieses ist, ein desto höherer Prozentsatz muß für Miete verausgabt werden. Nichtsdestoweniger können wir uns für die Beibehaltung dieser Steuer, im Falle einer zweckmäßigen und gerechten Reform, aussprechen, da sie eine ergiebige Einnahme-Quelle für den städtischen Haushalt ist, ihre Erhebung eine so bequeme und durch sie etwas so leicht Nachweisbares betroffen wird. Ein stark progressiver Steuerfuß würde diese Steuer dem Prinzip der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit nahe bringen. Sodann sprechen, wie schon gesagt, finanztechnische Momente für sie. Ein nicht ganz unwichtiges Moment ist, daß eine solche Mietssteuer in einer Großstadt wie Berlin, die großartigen Vergnügungslokale (Bierpaläste u. s. w.) sehr stark trifft und so als eine Art von Luxussteuer dient. Letztere Steuern könnten überhaupt eine bedeutendere Beachtung in den preussischen Gemeindehaushalten finden, als dies gegenwärtig der Fall ist.

Es ist wahr, daß die Hundesteuer in manchen Städten, speziell in Berlin, eine gewisse Rolle spielt. Hierzu könnte aber eine Equipagen- und Bedientensteuer mit vollem Recht hinzutreten.

Es erübrigt noch, die Konsumtions- oder, wie gewöhnlich genannt, die indirekten Verbrauchssteuern zu erwähnen. Wir haben im Kapitel V die Entwicklung dieser Steuern in dem französischen und preussischen Kommunalsteuerwesen verfolgt und haben gesehen, wie sie in den zwei Ländern eine völlig entgegengesetzte gewesen ist. Während die indirekten Verbrauchssteuern zu immer größerer Bedeutung in den Großstädten Frankreichs erwachsen, verschwanden sie allmählich aus dem Budget der preussischen Großstädte, so daß gegenwärtig nur ein kleiner Rest in dem Zuschlag zur staatlichen Braumalzsteuer und in der noch in einigen Städten vorkommenden Schlachtsteuer besteht. Wir können an dieser Stelle nicht auf die Gründe, die gegen die indirekten Verbrauchssteuern im Staats- sowohl als im Gemeindehaushalt sprechen, eingehen. Es sei hier nur erwähnt, daß

1. eine Verbrauchssteuer auf notwendige Nahrungsmittel das Einkommen umgekehrt progressiv belastet,

2. ihre Erhebung eine kostspielige ist da ein ausgedehnter Kontrollapparat notwendig, um den Schmuggel so viel als möglich zu verhindern.

3. beeinflussen sie hemmend den Verkehr. Wenn nicht gleichmäßig in allen Städten veranlagt, können sie noch dazu als Binnenzölle wirken.

Für die ganz großen Stadtgemeinden fallen manche dieser Bedenken fort. Vor allem bis zu einem gewissen Grade das der hohen Erhebungskosten und des Schmuggels, obwohl auch hier die Erfahrungen keineswegs günstig gewesen sind. Nichtsdestoweniger haben die letzten Jahre wenigstens theoretisch eine zunehmende Strömung für die indirekten Verbrauchssteuern in Großstädten aufzuweisen. Wir haben im Kapitel VI gesehen, wie sehr die preussischen Stadtgemeinden auf diesem Gebiet eingeschränkt sind durch die Zollvereinsverträge zwischen den Staaten des norddeutschen Bundes vom Jahre 1867, welche später auf das Deutsche Reich ausgedehnt wurden. Die Objekte der indirekten Verbrauchsbesteuerung dürfen darnach nur Gegenstände sein, die zur örtlichen Konsumtion bestimmt sind, nämlich: Bier, Essig, Malz, Cider, Markt-Viktualien Brennmaterialien und Fourage: mit Ausnahme der beiden letzteren müssen sie inländische Gegenstände sein. Die Besteuerung aller dieser Gegenstände muß mit Ausnahme der Bier- und Branntweinsteuer verworfen werden. Ihre einzige Rechtfertigung wäre, als eine Ergänzung zur Einkommensteuer zu dienen,

im Fall die Befreiung dort bis zu einer angemessenen Höhe gewährt würde. Als Zuschlag zu der staatlichen Braumalzsteuer erheben circa 12 Städte, darunter Berlin, eine Art Biersteuer. Die Erhebung der Branntweinsteuer für Rechnung der Kommunen ist meistens dadurch ausgeschlossen, daß der Zollvereinsvertrag vom 8. Juli 1867, welcher jetzt Reichsgesetz geworden ist (§ 7), bestimmt, daß eine solche Abgabe nur ausnahmsweise und an einzelnen Orten gestattet werden sollte, wo sie sich bei Abschluss des Vertrages vorfand und „nach der bestehenden Gesetzgebung nicht versagt werden könne“. Zur Zeit besteht eine solche Abgabe in keiner preussischen Stadt. Mit einer Bier- und Branntweinsteuer wäre es sehr gut möglich, eine indirekte Verbrauchssteuer für verschiedene Delikatesswaren zu verknüpfen. Die erste Voraussetzung wäre natürlich eine Abänderung der bestehenden Zollvereinsverträge, um einige hier entgegenstehende Hindernisse zu beseitigen. Wie gesagt, sind aber die finanztechnischen sowohl als finanzpolitischen Bedenken eines solchen Verbrauchssteuersystems sehr groß. An ihrer Stelle möchten wir auf eine andere Steuer hinweisen, die die zwei Hauptartikel (Bier und Branntwein) treffen würde und gleichzeitig leicht und billig erhoben werden könnte; nämlich die Schankstättensteuer. Wie wir schon gesehen haben, ist diese Steuer mit großem Erfolg in den amerikanischen Städten eingeführt worden.¹⁾ Die soziale Bedeutung einer solchen Steuer durch ihre Verminderung der Zahl der Schanklokale ist auf dem Kontinent noch nicht genügend berücksichtigt worden. Wenn wir jetzt das Vorhergesagte zusammenfassen, so würden sich die Grundzüge einer rationellen großstädtischen Steuerpolitik folgendermaßen gestalten:

1. Für die rein wirtschaftlichen Aufgaben des Staats (Straßenbau und -Pflasterung, Kanalisation u. s. w.) ist die Kostendeckung nach dem Prinzip von Leistung und Gegenleistung aufzubringen. Hier kommen in erster Linie die Beiträge und Gebühren in Betracht, dann die Realsteuern, besonders die Gebäudesteuern. Als Ergänzung ist noch eine Immobiliarsitzwechselsteuer zu rechtfertigen.

2. Für die allgemeinen sozialen, politischen und kulturellen Aufgaben muß das Prinzip der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit maßgebend sein. Die Steuer, die dieses am besten ver-

¹⁾ Im Jahre 1887 erhob die Stadt Chicago zirka 8 Millionen Mark Schankstättengelder. Die Gesamteinnahmen waren etwas mehr als 64 Millionen Mark.

wirklicht, ist ohne Zweifel die Einkommensteuer, ergänzt durch eine Vermögenssteuer. In zweiter Linie kommt dann eine stark progressive Mietssteuer und eine Luxussteuer in Betracht. Die indirekten Verbrauchssteuern, obwohl sie bei den steigenden finanziellen Ansprüchen, die an die großen Stadtgemeinden herantreten, in Betracht kommen, sind wegen ihrer finanzpolitischen und finanztechnischen Bedenken kaum zu empfehlen. Schliesslich haben wir die Schankstättenbesteuerung in der Form einer Konzessionsbesteuerung empfohlen, erstens wegen ihrer Ergiebigkeit, und zweitens um diesem Gewerbe die nötigen Schranken zu ziehen.

Wir haben bis jetzt fast ausschliesslich von der Art der Besteuerung gesprochen. Eine kaum minder wichtige Frage ist die, welche Form sollen diese Steuern haben? Wie soll ihr Verhältnis zu den ähnlichen Staatssteuern sein? Sollen sie in der Form von Zuschlägen oder als selbständige Gemeindesteuern erhoben werden? Was die Gebühren und Beiträge anbelangt, verweisen wir auf die Erörterungen in Kapitel V. Es ist hier noch zu bemerken, dass die Heranziehung der Adjacenten zu Strassenbauten einer noch viel gröfseren Ausdehnung in den Grossstädten, wie Berlin, fähig ist, so dass nicht nur die unmittelbaren Adjacenten, sondern auch diejenigen, die Grundbesitz in nächster Nähe haben, mit vollem Recht herangezogen werden können, da ihnen auch ein handgreiflicher finanzieller Vorteil aus dieser Thätigkeit der Kommune erwächst. Die Verneinung der Frage eines ausschliesslichen Systems von Zuschlägen für das Gemeindesteuerwesen ist in den Betrachtungen über den Charakter und die Aufgaben von Staat und Gemeinde enthalten. Darauf brauchen wir nicht zurückzukommen. Für die einzelnen von uns vorgeschlagenen Steuern ist

1. betreffs der Gebäudesteuer in Grossstädten entschieden Stellung gegen ein Zuschlagssystem zu nehmen. Die wirtschaftliche Stellung des Grundbesitzes in den grossen Städten ist eine so eigentümliche, dass die Stadt vollkommen berechtigt ist, eine starke Progression in dem Steuerfuss eintreten zu lassen. Sodann ist die Staats-Grund- und Gebäudesteuer eine viel zu stabile, um dem steigenden Wert des städtischen Grundbesitzes genügend folgen zu können. Die Stadt muss in die Lage gesetzt werden, die Veränderungen in viel kürzeren Zeiträumen, als es jetzt möglich ist, in ihrem Steuersystem zu berücksichtigen.¹⁾

¹⁾ Die Berliner Haussteuer bewirkt dies aber in zu geringem Mafse.

2. Betreffs der Gemeindeeinkommensteuer muß die Beantwortung eine wesentlich andere sein. Es liegen keine genügenden Gründe vor, um die Gemeindeeinkommensteuer von der des Staates abweichen zu lassen. Man muß vielmehr sagen, daß fast alles gegen eine solche Trennung spricht. Wir haben die Gemeindeeinkommensteuer im wesentlichen für die allgemeinen Verwaltungsausgaben der Gemeinde bestimmt. Diese Aufgaben haben ihrer Definition nach denselben Charakter wie die des Staates, so daß eine selbständige Gemeindeeinkommensteuer neben der Staatseinkommensteuer einen inneren Widerspruch in sich hegen würde. Es wäre höchstens möglich, wenn die staatsrechtlichen Schranken gegen eine irgend wie rationelle indirekte Verbrauchsbesteuerung in Preußen beseitigt wären, die unteren Stufen der Gemeindeeinkommensteuer frei zu lassen und diesen Ausfall durch eine solche indirekte Verbrauchssteuer zu ersetzen.

3. Betreffs der Mietssteuer haben wir uns schon ausgesprochen und die Arten der Luxussteuer bedürfen keiner besonderen Erörterungen.

4. Die Schankstättenbesteuerung würde die Form einer jährlichen Abgabe für die von der Stadt erteilten Konzessionen annehmen. In vielen amerikanischen Städten beträgt diese Abgabe 500 Dollars (circa 2100 M.) jährlich.

Für eine Stadt wie Berlin wäre dies etwas zu hoch, man könnte zum Beispiel die Tarife je nach dem Charakter der zu verarbeitenden Getränke zwischen 250 und 1000 Mark feststellen. Zwischen 1 und 2 Millionen Mark wären immerhin in einer Stadt wie Berlin auf diesem Wege zu erzielen.¹⁾

Als Ergänzung zu der Kommunalsteuerfrage wäre noch einiges über die Frage der Zuwendungen zu dem Gemeindehaushalt seitens des Staates oder anderer kommunaler Körper hinzuzufügen. Die tatsächliche Rolle, die diese Arten von Einnahmen in dem französischen und preussischen Finanzwesen spielen, haben wir bereits in Kapitel VII dargelegt.

Im allgemeinen ist das finanzielle Konkurrenzverhältnis zwischen den französischen Gemeinden und den höheren Kommunalverbänden ein viel ausgedehnteres, als dies in Preußen der Fall ist. Aber auch hier sind in letzterer Zeit, nämlich seit (1) den neuen Kreis

¹⁾ Hierbei ist die durch diese Steuer zu erwartende Verminderung der Zahl der Lokale schon berücksichtigt.

und Provinzialordnungen, (2) das Gesetz betreffend die Verteilung der aus landwirtschaftlichen Zöllen erzielten Einnahmen (Lex Huene, 14. Mai 1885), (3) das Gesetz betreffend die Erleichterung der Volksschullasten der Gemeinden, (4) dem sogenannten Dotationsgesetz vom 8. Juli 1875, wichtige Schritte in dieser Richtung gemacht worden. Für Großstädte wie Berlin und Paris, von denen erstere einen Kreis für sich selbst bildet und aus dem Provinzialverband Brandenburg ausgeschieden ist und letztere fast ein ganzes Departement bildet, kommen fast ausschließlich die Zuwendungen seitens des Staates in Betracht.¹⁾ Da in den französischen Gemeindefinanzen das hauptsächliche Konkurrenzverhältnis zwischen der Gemeinde und den kommunalen Verbänden höherer Ordnung zu finden ist, so ergibt sich, daß die der Stadt Paris zu gute kommenden Zuwendungen von sehr geringer Bedeutung sind. Es kommen hauptsächlich dort in Betracht die Zuwendungen des Staates und des Departements für Straßenunterhalt und Reinigung, welche im Jahre 1891 2 720 000 Mark betrugen. Sowohl für die Einzelheiten des „Dotationsgesetzes“, der „Lex Huene“ und des Gesetzes betreffend die Erleichterung der Volksschullasten, als für die Zuwendungen seitens des Staates für Chausseeunterhalt und für das Nachtwachtwesen müssen wir auf die Ausführungen im Kapitel VII verweisen. Die Gesamteinnahmen der Stadt Berlin aus diesen Quellen waren im Jahre 1891/92 4 818 048 Mark. Wir haben hier nur noch einiges zur Kritik des Systems der Zuwendungen seitens des Staates hinzuzufügen. Eine der Hauptgefahren, welche ein solches System in sich schließt, ist ihr ungünstiger Einfluß auf die Gestaltung des kommunalen Lebens. Es führt leicht zu einer Einmischung des Staates in die Gemeindeangelegenheiten, deren Folge eine Lähmung der Selbstverwaltung zu sein pflegt. Wir haben in Kapitel VII die Zuwendungen in Dotationen, d. h. Zuwendungen für allgemeine Zwecke, und in Subventionen, d. h. solche für bestimmte Zwecke, eingeteilt. Es ist dort zugegeben worden, daß bei den immer wachsenden Bedürfnissen der Gemeinden, zusammen mit der Tendenz der Dezentralisation, welche viel stärker in Preußen als in Frankreich hervorgetreten ist, ein ausgleichendes Eintreten der höheren Verbände bzw. des Staates sich als unentbehrlich erwiesen hat. Da wir mit dieser Thatsache zu rechnen haben, ist

¹⁾ Da die Polizei in beiden Städten eine Sonderstellung einnimmt, können wir kaum die Beiträge seitens des Staates als Zuwendungen bezeichnen.

es möglich, sich für eine oder beide Methoden zu entscheiden. Es scheint uns, daß im allgemeinen das Dotationsprinzip als eine rohe und unzulängliche Form der Ausgleichung zu verwerfen ist. Von diesem Standpunkt aus ist gegen die „Lex Huene“ Stellung zu nehmen, sowie auch vom Standpunkt des Gemeindefinanzwesens. Wenn der Staat sich zu einer Zuwendung an die kommunalen Verbände entschließt, muß er vor allem in dem Verteilungsprinzip sich klar sein über das Verhältnis von Zuwendung zum Bedürfnis; in ganz ungenügender Weise hat dieses Gesetz das obige Prinzip angewandt, indem es die Verteilung an die Kreise zu $\frac{2}{3}$ nach der aufgebrachten Grund- und Gebäudesteuer und zu $\frac{1}{3}$ nach der Einwohnerzahl erfolgen läßt. Für das zweite Verteilungsprinzip, nämlich die Subventionen, läßt sich viel mehr sagen. Sie sind von besonderer Wichtigkeit für die kleinen Gemeinden. Man kann geradezu sagen, daß ein richtig durchgebildetes Volksschulwesen ein finanzielles Konkurrenzverhältnis zwischen den kleinen Gemeinden und den kommunalen Verbänden höherer Ordnung bzw. des Staates verlangt. Für die Großstädte kommt dieses nicht in diesem Maße in Betracht; immerhin ist das Gesetz betreffend die Erleichterung der Volksschullasten auch für diese Gemeinden zu rechtfertigen. Es muß aber zugegeben werden, daß für eine Stadtgemeinde wie Berlin ein solches Eintreten seitens des Staates kaum notwendig erscheint, jedoch eine besondere Ausnahme zu machen unzulässig wäre.

Wir haben hiermit die Art und Form einer Gemeinde- bzw. Großstadt-Besteuerungspolitik skizziert. Bei dem beschränkten Raum ist es unmöglich gewesen, eine wichtige hiermit zusammenhängende Frage mit zu berücksichtigen, nämlich die Frage der Besteuerung der Forenser und nicht physischen Personen seitens der Gemeinde.¹⁾

Es ist uns nur daran gelegen, ein Kommunalsteuersystem in seinen Grundzügen zu geben, als einen Abschluß der vorhergehenden Kapitel, um gleichzeitig, wie schon erwähnt, einen Anhaltspunkt zur Beurteilung der gegenwärtig bestehenden Steuerwesen der Städte Berlin und Paris zu bekommen. Wir wollen daher in einigen Schlußbemerkungen das Steuerwesen beider Städte vom Standpunkt der aufgestellten Prinzipien einer Prüfung unterziehen. Als Grund-

¹⁾ Den gegenwärtigen Zustand dieser Frage haben wir in Kapitel VI dargelegt.

lage hierfür ist es vor allem wichtig, die Steuern der beiden Städte zusammenzufassen, um zu zeigen, inwiefern der Steuerbedarf

1. durch Gebühren und Beiträge,
2. durch Realsteuern,
3. durch Personalsteuern

aufgebracht wird.

Zur Vervollständigung ist es zweckmäßig, diese Steuern wiederum in direkte und indirekte einzuteilen, um dann die gesamte Steuer und anderweitige Belastung der Bürger der beiden Städte zu erörtern (siehe Tabellen S. 226).

Es bedarf nur eines flüchtigen Blickes auf die zwei Tabellen, um sich klar zu werden, wie sehr verschieden, man kann geradezu sagen, wie entgegengesetzt die Steuerverhältnisse in den beiden Städten sind. Dies zeigt sich zuerst in dem Verhältnis der Einnahmen aus Steuern zu den Gesamteinnahmen, welches für Berlin 52 % beträgt, während es in Paris 63 % ist. Die Ursachen, die hier mitsprechen, haben wir in den vorhergehenden Kapiteln eingehend dargelegt. Sie liegen zum Teil in den, im Verhältnis zur Gesamteinnahme höheren Gewinne, welche die Stadt Berlin aus ihren privatwirtschaftlichen Unternehmungen, als auch aus den, von ihr erteilten Konzessionen erzielt. Die Hauptursache aber liegt anderswo, nämlich in dem unverhältnismäßig hohen Bedarf der Stadt Paris. Man muß sich immer vergegenwärtigen, daß während die Bevölkerung von Berlin zu der von Paris wie 66 zu 100 ist, das Verhältnis seiner Einnahmen zu denen von Paris nur etwa wie 34 zu 100 sich stellt; m. a. W. Paris braucht beinahe genau zweimal soviel pro Kopf als Berlin. Für die jetzige, als auch vorauszu- sehende zukünftige Entwicklung der Großstadtfinanzen kann man sagen, daß das Wachsen des Geldbedarfes ein Wachsen der Steuern bedeutet, und zwar ein verhältnismäßig viel stärkeres als das anderer Einnahmequellen. Dies ist besonders der Fall, wenn ein beträchtlicher Teil der Einnahmen für Schuldenverzinsung mit Amortisation bestimmt ist. Es tritt uns hier die fast erstaunliche Thatsache entgegen, daß die Stadt Berlin nur 1,8 M. für Schuldenverzinsung und Tilgung aus den Steuern bezahlen muß,¹⁾ während die gesamten Ausgaben für diese Zwecke etwas mehr als 8,7 Mark pro Kopf der Bevölkerung sind; dagegen sind die Ausgaben für dieselben Zwecke

¹⁾ Wir müssen hierauf unsere Ausführungen über das Schuldenwesen der beiden Städte verweisen.

Tabelle I. Verhältnis der direkten und indirekten Steuern und der Gebühren.

Städte	Etats-Jahr	Gesamt-Einnahme	Per Kopf der Bevölkerung	Aus direkten Steuern	Per Kopf der Bevölkerung	Aus indirekten Steuern	Per Kopf der Bevölkerung	Aus Gebühren und Beiträgen	Per Kopf der Bevölkerung	Gesamt-Steuern und Gebühren p. Kopf der Bevölkerung
Berlin	1891/92	69 701 111	44,2	35 588 897	22,5	580 000	0,37	3 795 932	2,4	25,27
Paris	1891	250 146 179	87,4	25 435 600	10,8	113 398 948	48,4	6 908 000	2,9	62,1

Tabelle II. Verhältnis zwischen Real- und Personalsteuern.

Städte	Etats-Jahr	Bevölkerung	Gesamt-Einnahme. Ordentl.	Per Kopf der Bevölkerung	Gebühren und Beiträge	Per Kopf der Bevölkerung	Personal-Steuern	Per Kopf der Bevölkerung	Real-Steuern	Per Kopf der Bevölkerung	Dotation und Submissionen	Per Kopf der Bevölkerung
Berlin	1891/92	1 576 376	69 701 111	44,2	3 795 932	2,4	30 668 847	19,4	5 500 000	3,5	4 818 048	3,05
Paris	1891	2 344 550	205 146 179	87,4	6 908 000	2,9	128 409 274	54,8	10 425 264	4,4	2 914 880	1,2

in dem pariser Haushalt, die sämtlich aus den Steuern bezahlt werden müssen, etwas mehr als 34,2 Mark pro Kopf der Bevölkerung, d. h. 39 % der Gesamteinnahmen und 58 % der Steuereinnahmen der Stadt. Die Gesamteinnahmen der Stadt Berlin stehen zu diesen Ausgaben der Stadt Paris ¹⁾ wie 100 zu 78, während die Steuereinnahmen von Berlin nur 67 % dieser Ausgaben erreichen.

Wir haben schon darauf aufmerksam gemacht, daß man keineswegs hieraus ohne weiteres den Schluß ziehen kann, daß in Berlin besser gewirtschaftet wurde als in Paris. Berlin hat einfach keine solchen kolossalen Aufgaben zu lösen gehabt, wie dies in Paris der Fall gewesen ist. Es kann gar nicht ausbleiben, daß die Zukunft ein sehr starkes Anwachsen des Schuldenbestandes der Stadt Berlin mit sich bringen wird, da die Stadt mit ähnlichen Problemen wie sie Paris in den 50er und 60er Jahren zu entscheiden hatte, zu rechnen haben wird. Wenn auch die Ziffern daher keine Schlüsse ziehen lassen, zeigen uns die Thatsachen, daß das Vorgehen der Stadt Paris große finanzielle Bedenken in sich schloß, wie wir schon im Kapitel IX ausgeführt haben. Die bisherige finanzielle Entwicklung der Stadt Berlin macht eines sicher, nämlich, daß ihr Vorgehen ein viel vorsichtigeres und viel weniger zu Anleihen geneigtes sein wird. Wir können daher sagen, daß in dem Schuldenbestand und den damit verbundenen Ausgaben die Hauptursache des ungeheuren Unterschieds in den Einnahmeverhältnissen beider Städte zu finden ist.

Wo aber sind die Ursachen der großen Verschiedenheiten der Einnahmequellen zu suchen? Wie kommt es, daß während Berlin 98 % seines Steuerbedarfes mittels direkten und nur 2 % mittels indirekten Steuern, Paris dagegen etwas weniger als 19 % mittels direkter und mehr als 81 % mittels indirekter Steuern aufbringt? Die einfachste Antwort auf diese Frage wäre ein Hinweis auf die historischen Erörterungen in Kapitel VI; es liegen hier aber auch Gründe prinzipieller Natur vor, die für alle Großstädte von allgemeiner Bedeutung sind. Die große Revolution in Frankreich dachte sicher, die indirekten Steuern für alle Zeiten beseitigt zu haben. Die Verhältnisse waren aber stärker, als der Wille des Gesetzgebers. Die wachsenden Bedürfnisse der französischen Städte, ganz besonders von Paris, machten diese Einnahmequelle einfach unentbehrlich. Die Zuschläge, die schon 212 Centimes zu den vier di-

¹⁾ d. h. die Ausgaben der Schuldenverwaltung.

rekten Staatssteuern betragen,¹⁾ reichen keineswegs aus, den Bedarf zu decken, wie dies aus Tabelle I leicht ersichtlich ist. Sie waren auch nicht der nötigen Ausdehnung fähig. Die Stadt besaß und besitzt heute noch nicht eine Gemeindееinkommensteuer, wie dies in Berlin der Fall ist, und dadurch wurde auf eine sehr ergiebige und zugleich leicht ausdehnbare Steuerquelle verzichtet. Wegen ihres viel günstiger gestalteten Steuersystems wird sich die Stadt Berlin nicht so bald genötigt sehen, zu den indirekten Steuern zu greifen. Wenn wir diese beiden Steuersysteme als geschlossenes Ganzes betrachten, und sie an den von uns aufgestellten Prinzipien prüfen, so treten uns die großen Unterschiede wiederum klar hervor. Daß das Steuersystem von Berlin die beiden Prinzipien, nämlich das der Besteuerung nach dem Interesse sowohl, als das der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit in viel höherem Maße erfüllt, als dies in dem pariser Steuersystem der Fall ist, liegt auf der Hand. Allein das Vorwiegen der indirekten Verbrauchssteuern im letzteren bringt den Beweis hierfür, da diese Steuern das Einkommen umgekehrt progressiv belasten, sofern sie auf etwas anderes als auf Delikatessewaren gelegt sind. Sie negieren hierdurch den Satz der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit und haben auch in sehr geringem Maße Beziehungen zur Besteuerung nach dem Interesse. So erwecken auch die Zuschläge zu den vier direkten Staatssteuern in den französischen Gemeinden erhebliche Bedenken, und zwar:

1. Die Stabilität der Staats- Grund- und Gebäudesteuer verhindert die Gemeinde, den Wertveränderungen des städtischen Realbesitzes genügend zu folgen.

2. Bei den Zuschlägen zu den drei anderen Staatssteuern, nämlich der Personal- und Mobiliarsteuer, der Thür- und Fenstersteuer und der Gewerbesteuer kommen noch viel schwerwiegendere Bedenken zum Vorschein. Es zeigt sich hier nämlich, — was wir schon in der Behandlung der Zuschlagsfrage erwähnt haben, — daß die Zuschläge die Unzulänglichkeit und Lückenhaftigkeit der Staatssteuern nur verschärfen. Was die Personal- und Mobiliarsteuer

⁴⁾ Diese Zuschläge sind wie folgend verteilt:

Grund- und Gebäudesteuer	75 Centimes
Personal- und Mobiliarsteuer	55 „
Thür- und Fenstersteuer	51 „
Gewerbesteuer	31 „

Summa: 212 Centimes.

anlangt, die einerseits eine Art Kopfsteuer und anderseits eine Mietssteuer ist, braucht man nur zu erwähnen, daß eine Kopfsteuer gar kein Gerechtigkeitsprinzip verwirklicht, während die Mietssteuer umgekehrt progressiv das Einkommen belastet. Die Thür- und Fenstersteuer, die in einem gewissen Sinne als Anhang zur der Grund- und Gebäudesteuer anzusehen ist, entspricht den von uns aufgestellten Prinzipien darum nicht, weil aus der Zahl und Gröfse der Thüren und Fenster kein Schluß auf den Wert bzw. den Ertrag ermöglicht wird. Gegen die Gewerbesteuer als Gemeindesteuer haben wir uns schon ausgesprochen, wozu noch die grofse Unvollkommenheit der Veranlagung der französischen Gewerbesteuer hinzutritt. Es ist eine schon längst zugegebene Thatsache, daß der Gewerbeertrag keineswegs in einem direkten Verhältnis zum Mietswert der gewerblichen Räumlichkeiten steht. Neben der „droit fixe“ wird die französische Gewerbesteuer durch eine proportionale Belastung des Mietswertes der zum Gewerbebetrieb und zur Wohnung benutzten Räumlichkeiten aufgebracht. Die Härten, die sich hieraus ergeben, sind keineswegs geringer Natur. Durch die Kommunalzuschläge zu dieser Steuer, die für Paris 40 Centimes pro Franc ausmachen, werden diese Härten nur gesteigert. Obwohl wir im allgemeinen das Kommunalsteuersystem von Paris ungünstig beurteilen, müssen wir gestehen, daß wenn die Frage einer Reform auftaucht, die Entscheidung eine sehr schwierige sein wird. Man erinnere sich an den alten Satz, daß eine altbewährte, wenn auch unzulängliche Steuer immerhin besser ist, als eine vermutlich gute, aber noch nicht probierte. Hierzu kommt noch die Thatsache, daß mit einer Abschaffung des Oktrois kaum eine völlig entsprechende Herabsetzung der Preise der betreffenden Waren folgen wird. Dies ist ein nicht zu unterschätzendes Moment in der Beurteilung dieser Steuer. Was das Berliner Steuersystem anlangt, möchten wir hier nur Einwand gegen die Mietssteuer in ihrer jetzigen Gestalt erheben. Die Gründe, die dagegen sprechen, haben wir schon bereits angeführt. Es ist wahr, daß bis zu einem Mietswert von 1000 Mark diese Steuer progressiv gestaltet worden ist. Diese Grenze ist aber eine viel zu niedrige, da die Progression bis mindestens 10 000 Mark, wenn nicht darüber, gehen müsste. Die Versuche der Gemeindeverwaltung, diesen Anforderungen nachzukommen, sind an dem Widerstand des Finanzministeriums in den Jahren 1884/85 gescheitert.

Schlussbemerkung.

Wir sind hiermit am Ende unserer Betrachtungen über die Gemeindefinanzen von Berlin und Paris angelangt. Viele Gebiete konnten wir nur sehr flüchtig berühren, andere haben wir außer Acht lassen müssen. Um allen Teilen der städtischen Finanzverwaltung gerecht zu werden, müßten mehrere große Bände geschrieben werden. Wenn wir im Laufe unserer Darstellung die Entwicklung der Städtefinanzen von Berlin und Paris dargelegt haben, wenn der Leser aus unserer Darstellung ein klares Bild der völlig verschiedenen Verhältnisse erhalten hat, welche sich in den beiden Städten vorfinden, und wenn endlich die Betrachtung dieser Verschiedenheiten dazu führt, die tieferen politischen, sozialen, ökonomischen und ethischen Ursachen derselben zu erfassen, dann ist dieses Werk, welches nur als eine Einleitung in das Studium der Städtefinanzen dienen kann und soll, nicht umsonst geschrieben worden.

Literatur-Verzeichnis.

Berlin.

- Abgeordnetenhaus. Drucksachen 1882 III. Session Nr. 135.
„ 1885 „ „ „ 59.
„ 1890 II. „ „ 5,
6, 7, 8, 13.
- Bilinski (Léon v.). „Die Gemeindebesteuerung und deren Reform.“ Leipzig 1878.
- Braun (Karl). „Staats- und Gemeindesteuer.“ Schriften des Vereins für Volkswirtschaft Bd. XIV S. 1 ff.
- Bruch (Ernst). „Die Finanzen der Stadt Berlin und die neue Einkommensteuer.“
— „Über die Haus- und Mietssteuer.“ 3. Jahrgang des Jahrbuchs der Stadt Berlin.
- Brückner, N. „Die Entwicklung der großstädtischen Bevölkerung im Gebiete des Deutschen Reichs.“ Mayrs Statistisches Archiv 1890 S. 135 ff., 615 ff.
- Engel. „Die Bevölkerung Berlins.“ Zeitschrift des preussischen statistischen Büreaus Bd. II S. 195 ff.
- Ebert. „Die Stadtverordneten.“ Berlin 1883.
- Eheberg. „Gemeindefinanzen“ in Conrads Handwörterbuch der Staatswissenschaften.
- Ely (Richard). „Lokal-Taxation und Natural-Monopolies.“ 1889.
— „Taxation in American States and Cities.“ New York 1890. Crowell 60.
- Faucher. „Staats- und Kommunalbudget.“ Schriften des Vereins für Volkswirtschaft.
- Friedberg (Robert). „Die Besteuerung der Gemeinden.“ Berlin 1877.

- Gerstfeld. „Städtefinanzen in Preußen.“ Schmollers Jahrbücher Bd. IV Heft I 1882.
- „Finanzreform für das Deutsche Reich.“ Leipzig 1881.
- „Zahlen und Bilder.“ Leipzig 1881.
- Gneist (R. v.): „The Governement of Berlin.“ Contemporary Review December 1884.
- „Preussische Finanzreform durch Regulierung der Gemeindebesteuerung.“ Berlin 1881. Springer.
- „Die Stadtverwaltung der City of London.“ Berlin 1867.
- „Verwaltung, Justiz und Rechtsweg, Staats- und Selbstverwaltung nach englischen und deutschen Verhältnissen.“ Berlin 1869.
- „Rechtsstaat und Verwaltungsgerichtsbarkeit in Deutschland.“ Berlin 1879. 2. Auflage.
- „Die preussische Kreisordnung.“ Berlin 1876.
- „Die preussische Steuerreform.“ Berlin 1878.
- „Selfgovernment, Kommunalverfassung und Verwaltungsgerichte.“ Berlin 1871. 3. Auflage.
- Grotefend. „Die Grundsätze des Kommunalsteuerwesens in den östlichen und westlichen Provinzen des preussischen Staates.“ Leipzig 1874.
- Goschen (Robert). „Reports and Speeches on Local-Taxation.“ House of Commons debates 16. april 1872. March 28th 1884, March 19th 1888; 12th, 15th, March 1890.
- Hart. „Local Taxation as it is and as it ought to be.“ London 1885.
- Hedley. „Local Taxation.“ London 1878.
- Herrfurth. „Beiträge zur Gemeindefinanzstatistik.“ Ergänzungsheft zur Zeitschrift des preussischen städtischen Büreaus.
- Hoffmann (J. G.). „Über die preussische Städteordnung.“ Nachlaß kleiner Schriften. 1847.
- Hubbard. „Local und Imperial Taxation.“ London 1875.
- Hübner. „Die Städteordnung von 1853.“ Berlin 1854.
- Hüllmann. „Städtewesen des Mittelalters.“
- Irmer. „Taschenbuch für Mitglieder städtischer Behörden in den östlichen Provinzen.“ Berlin 1886.
- Kaufmann (R. v.). „Staats- und Lokalfinanzen der Vereinigten Staaten Nordamerikas.“ Mayrs statistisches Archiv 1890 S. 234 ff.
- Koslik. „Das Bürgerrecht in Preußen.“ Berlin 1888.
- Körösi (Joseph). „Bulletin Annuel des Finances des Grandes Villes“ dixième année 1886 (erschieden 1890).

- Leidy (Eugen). „Preussisches Stadtrecht.“ Berlin 1891.
- Loening (Edgar). „Die Verwaltung der Stadt Berlin.“ Preussische Jahrbücher Bd. 55, 56.
- Lehrbuch des Deutschen Verwaltungsrechts 1884.
- Marcinowski. „Die Städteverordnung von 1853.“ Berlin 1890. 3. Auflage.
- Mascher. „Die städtische Kommunalverfassung.“ Potsdam 1860. 2. Auflage.
- Meier (Ernst). „Die Reformen der Verwaltungsorganisation unter Stein und Hardenberg.“ Leipzig 1881.
- Munk (Leo). „Die Steuerbelastung Wiens und Berlins.“ Wien 1889.
- Nessmann. „Das Verhältnis der Mieten zu den Einkommen in Hamburg.“ Heft II und VII der Statistik des Hamburgischen Staates.
- Neumann (Fr.). „Die progressive Einkommensteuer im Staats- und Gemeindehaushalt.“ Schriften des Vereins für Sozialpolitik. 1874.
- „Die Kommunalsteuerfrage.“ Schmollers Jahrbücher Bd. I, neue Folge S. 589—608.
- „Ertrag- oder Personalsteuern“ 1876.
- Porter (Robert). „Report on valuation, taxation and public indebtedness in the U.S.“ 10th Census Bd. 7.
- Raumer (Fr. v.). Über die preussische Städteordnung.“ Leipzig 1828.
- „Zur Rechtfertigung meiner Schrift über die preussische Städteordnung.“ Leipzig 1828.
- Reitzenstein (F. v.). „Das kommende Finanzwesen.“ Schönbergs Handbuch der politischen Ökonomie Bd. 3 S. 627—791.
- „Gemeindeanleihen“ in Stengels Wörterbuch des deutschen Verwaltungsrechts.
- „Die Kommunalsteuerfrage.“ Schriften des V.S.P. Bd. XII 1877.
- Roscher. „Geographische Lage der Großstädte.“ Bd. I S. 317.
- Rosin. „Souveränität, Staat, Gemeinde und Selbstverwaltung.“ Hirths Annalen des deutschen Reichs. 1883.
- Rümelin. „Reden und Aufsätze — ‚Stadt und Land‘.“
- v. Savigny. „Die preussische Städteordnung.“ Rankes Historische und politische Zeitschrift 1832 und in „Vermischte Schriften“ Bd. V. Berlin 1890.

- Schimmelpfennig. „Kommunale Abgaben in Städten und Landgemeinden des preussischen Staates.“ Berlin 1850.
- Schön (Paul). „Die Organisation der städtischen Verwaltung in Preussen.“ Annalen des deutschen Reichs 1891, Hefte 9, 10, 11.
- Schwabe. „Das Verhältnis von Miete und Einkommen in Berlin.“ 2. Jahrgang des Jahrbuchs der Stadt Berlin.
- Sohm. „Entstehung des deutschen Städtewesens.“ Leipzig 1890.
- Steffenhagen. „Städtische Verfassung und Verwaltung in Preussen.“ Berlin 1887/88.
- Stein (L. v.). „Handbuch der Verwaltungslehre und des Verwaltungsrechts.“ 3. Aufl. 3. Bd. 1887, 1888.
- Stolp (H.). „Die Gemeindeverfassung Deutschlands und des Auslandes.“ 6. Bd. 1870—75.
- Streckfuß. „Über die preussische Munizipalverfassung.“ Deutsche Vierteljahrsschrift 1838 Bd. 4.
- Wagner (Adolf). „Über den Gewerbebetrieb der Kommunen.“ Zeitschrift „Zukunft“, Hefte 9 u. 12.
- „Die Kommunalsteuerfrage.“ Referat für den Verein für Sozialpolitik. Schriften des Vereins Bd. XIV, 1878.
- „Die Kommunalsteuerfrage.“ Leipzig 1878. (Ausarbeitung des Obigen.)
- Westhoff. „Das Rechnungswesen des Stadthaushaltes von Berlin.“ Berlin 1878.
- Zander. „Die Städteordnung für die 6 östlichen Provinzen.“ Berlin 1880.
- Zelle (Richard). „Die Städteordnung von 1853 in ihrer heutigen Gestalt.“ Berlin 1887.
- „Das Budgetrecht der Stadtverordneten.“ Berlin 1876.
- Zimmer. „Die gegenwärtige Kommunalbesteuerung im preussischen Staate.“ Berlin 1888.¹⁾

Paris.

- Aucoc (Leon). „Conférences sur l'administration et le droit administratif.“ 3. Bd. Paris 1867.
- Babeau (Albert). „La Ville.“ 1. Bd.

¹⁾ Hierzu kommen noch die verschiedenen finanzwissenschaftlichen Lehrbücher sowohl als die Verwaltungsberichte von Berlin und Paris, insbesondere die Dunkerschen Verwaltungsberichte der Stadt Berlin (1860—1888).

- Barrière und Mocquaut. „Le Nouveau Conseil municipal de Paris, Biographies et Programmes.“ Paris 1886.
- Block (Maurice) und Henri De Pontich. „Administration de la Ville de Paris et du département de la Seine.“ 1. Bd. Guillaumin et Co. Paris 1884.
- „Entretiens familiers sur l'administration de notre pays.“ 1. Bd.
- Boiteau (Paul). „Les Finances de la Ville de Paris.“
- Brelay (Ernst). „Projet d'organisation municipale“ „Journal des Economistes.“ Juni 1881.
- Broglie (duc de). „Vues sur le Gouvernement de la France.“
- Champagnac (Emile). „Du Passé, du Present et de l'avenir de l'organisation municipale en France.“ Saint-Flour 1848.
- Chevillard (Jules). „De la division administrative de la France et de la Centralisation.“ 1. Bd. Paris.
- Conseil Municipal de Paris. „Discussions du nouveau projet de l'organisation de Paris.“ 1880.
- Constant (Benjam). „Cours de Politique constitutionnelle.“ Paris 1861.
- Defon. „Notre Capitale Paris.“
- Demombynes. „Constitutions Européennes.“ 2. Bd. Paris 1883. 2. Auflage.
- Depasse (Hector). „Paris, son maire et sa police.“ Paris 1871.
- Du Camp (Maxime). „Paris bienfaisant.“ 1. Bd. Paris 1888.
- „Paris, ses organes, ses fonctions et sa vie dans la seconde moitié du XIX siècle.“ 6. Bd. Paris 1874.
- Dupont-White. „La Liberté politique, considérée dans ses rapports avec l'administration.“ Discussions en 1841 à la Chambre de Deputés et devant la Chambre des Pairs, sur le projet d'organisation municipale de la Ville de Paris. Mm. Mole, H. Passy, Tezensac, Castellane Duc de Noailles.
- Ferrand. „Les Institutions administratives en France et a l'Etranger.“
- „La Réforme municipale“ in der Zeitschrift „Réforme Sociale“, 15. Aug. und 15. Sept. 1881.
- Flaix (Fournier de la). „L'aggrandissement de Paris.“ Nouvelle Revue 1884.
- Guyot (Yves). „Paris ouvert.“
- Laborde. „Paris municipale ou tableau de l'administration de la Ville de Paris depuis les temps les plus reculés jusqu'à nos

- jours pour servir à l'examen du nouveau projet de la loi municipale pour la ville de Paris." Paris 1833.
- Le Berquier. „L'administration de la Commune de Paris." 1. Bd. Paris 1888.
- „Le Nouveau Paris." Paris 1871.
- Leroy-Beaulieu (Paul). „De l'Administration locale en France et en Angleterre." Paris 1876.
- Luchaire. „Les Communes françaises sous les Capetiens."
- Mounet (Emile). „Histoire de l'Administration provinciale, départementale et communale." Rousseau. Paris 1884.
- Pascaud (Jean). „De l'Organisation communale et municipale en Europe, aux Etats-Unis et en France. Etude de législation comparée, d'histoire et de droit administratif." Paris 1877.
- „Relevé comparatif par articles des dépenses ordinaires de la Ville de Paris de 1876 à 1889." Paris 1890.
- „Relevé comparatif des recettes." Paris 1890.
- „Rapports sur les consommations de Paris et la gestion des halles et marchés et abattoirs de 1881 à 1888." 7 Brochuren. Paris 1889.
- Raynouard. „Histoire du droit municipal en France."
- Tissot. „Paris et Londres comparés." Paris 1830.
- Toqueville (Alexis de). „De la Démocratie en Amérique." Bd. I.
- Villam (G.). „Paris et la mairie centrale." Paris 1884.

16. Feb. 2000

Buchbinderei
H. Pantele
85376 Massenhäusen
Tel.: 08165 - 80121

Rowe, Leo S.

Die Gemeindefinanzen von Berlin und Paris

1893

Cam. 121 d

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11577163-0